

48. Sitzung

Donnerstag, den 05. Juni 2008

Mainz, Deutschhaus

Erklärung von Herrn Staatsminister Karl Peter Bruch über die Vorkommnisse zu dem Störfall in dem Atomkraftwerk in Slowenien..... 2882

Fragestunde
 – Drucksache 15/2276 – 2883

Die Mündlichen Anfragen Nummern 3 bis 20 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt...... 2893

Auf jeweiligen Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU findet zu der Mündlichen Anfrage Nummer 2 eine Aussprache gemäß § 99 der Geschäftsordnung des Landtags statt...... 2893

AKTUELLE STUNDE

"Niedrige Milchpreise in Rheinland-Pfalz gefährden die landwirtschaftlichen Betriebe in den Mittelgebirgsregionen"
auf Antrag der Fraktion der FDP
 – Drucksache 15/2251 – 2903

"Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der CDU
 – Drucksache 15/2259 – 2909

"Entwicklung von Militärstandorten - Gesicherte Zukunft für Baumholder und andere"
auf Antrag der Fraktion der SPD
 – Drucksache 15/2289 – 2915

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Regierungserklärung "Wir bringen Potenziale zur Entfaltung" 2921

Die Regierungserklärung wird von Herrn Staatsminister Hering abgegeben.

Jahresbericht 2007**Besprechung des Berichts des Bürgerbeauftragten (Drucksache 15/2010)
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/2011 – 2937

Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 112 GOLT 2937*Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 werden gemeinsam aufgerufen.**Der Bericht des Petitionsausschusses wird von dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses,
Herrn Abg. Peter Wilhelm Dröscher, abgegeben.**Die Tagesordnungspunkte sind jeweils mit ihrer Besprechung erledigt*..... 2943**Vorhandene und geplante Rheinquerungen in Rheinland-Pfalz****Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP und der Antwort der
Landesregierung auf Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksachen 15/1012/1161/2070 –

**dazu: Vorhandene und geplante Rheinquerungen in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der FDP**

– Drucksache 15/2295 – 2943

*Die Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP und der Antwort der Landesregierung
– Drucksachen 15/1012/1161 – wird gemäß § 93 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des
Landtags im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr fortgesetzt*..... 2953*Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2295 – wird an den Ausschuss für
Wirtschaft und Verkehr überwiesen*..... 2953**Zukunftsperspektiven für ältere Menschen: Altern als Chance begreifen, Potenziale des
demographischen Wandels nutzen, die Politik für eine Gesellschaft des längeren
Lebens gestalten****Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP**

– Drucksache 15/2253 –

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses

– Drucksache 15/2258 – 2953

*Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/2253 – wird einstimmig
angenommen*.....

Jugendkriminalität wirksam bekämpfen**Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/1836 –

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses

– Drucksache 15/2274 – 2958

Den nachhaltigen Kampf gegen Jugendkriminalität und ihre Ursachen fortsetzen**Antrag der Fraktionen der SPD und FDP**

– Drucksache 15/2267 –

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses

– Drucksache 15/2275 – 2958

*Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.**Der Antrag der Fraktion der CDU – wird mit Mehrheit abgelehnt..* 2963*Der Antrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 15/2267 – wird mit Mehrheit
angenommen..* 2963

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Der Abgeordnete Heinz Hermann Schnabel; die Staatsministerin Frau Margit Conrad; die Staatssekretäre Frau Jacqueline Kraege, Dr. Rüdiger Messal.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:	2896, 2941, 2961
Abg. Baldauf, CDU:	2889, 2890, 2892
Abg. Bauckhage, FDP:	2911
Abg. Billen, CDU:	2905, 2908, 2932
Abg. Bracht, CDU:	2884, 2887, 2891, 2893, 2894, 2895, 2897, 2900
Abg. Burgard, SPD:	2939, 2942
Abg. Creutzmann, FDP:	2886, 2889
Abg. Dr. Gebhart, CDU:	2949
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	2902
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	2955
Abg. Dr. Wilke, CDU:	2890, 2958
Abg. Dröscher, SPD:	2937, 2954
Abg. Ernst, CDU:	2940
Abg. Eymael, FDP:	2888, 2903, 2904, 2908, 2915, 2917, 2929, 2943
Abg. Frau Fink, SPD:	2928
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	2916
Abg. Frau Schellhaaß, FDP:	2884
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:	2893
Abg. Günther, CDU:	2946
Abg. Guth, SPD:	2945
Abg. Hartloff, SPD:	2893, 2896, 2952
Abg. Hoch, SPD:	2959
Abg. Langner, SPD:	2951
Abg. Licht, CDU:	2891, 2926
Abg. Maximini, SPD:	2910
Abg. Noss, SPD:	2915, 2920
Abg. Rüdell, CDU:	2909, 2914, 2953
Abg. Schreiner, CDU:	2886, 2889
Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:	2883, 2914, 2958
Abg. Wansch, SPD:	2891, 2900, 2901
Abg. Wehner, SPD:	2904, 2908
Abg. Winter, SPD:	2933
Abg. Wirz, CDU:	2950
Beck, Ministerpräsident:	2942
Bruch, Minister des Innern und für Sport:	2882, 2898, 2918
Dr. Bamberger, Minister der Justiz:	2962
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:	2956
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	2883, 2884, 2906, 2912, 2920, 2935
.....	2948, 2949
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:.....	2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892
Präsident Mertes:.....	2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890
.....	2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2900
.....	2901, 2902, 2903

Vizepräsident Bauckhage:.....2925, 2928, 2929, 2932, 2933, 2935, 2937, 2939, 2940
.....2941, 2942, 2943, 2945, 2946, 2948, 2949, 2950, 2951
.....2952, 2955, 2956, 2958, 2959, 2961, 2962, 2963
Vizepräsidentin Frau Klamm:2904, 2905, 2906, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2914
.....2915, 2916, 2917, 2920

48. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 5. Juni 2008

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur 48. Plenarsitzung begrüßen. Die Tagesordnung haben wir gestern beschlossen, sodass wir eigentlich fortfahren könnten. Der Innenminister hat jedoch gebeten, **vor Eintritt in die Tagesordnung** eine Erklärung über die Vorkommnisse von gestern Abend zu dem Störfall in dem Atomkraftwerk in Slowenien abzugeben. Das wurde in Absprache mit den Fraktionen vereinbart.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab europaweit eine Auslösung eines Atomalarms. Am 4. Juni 2008 um 17:38 Uhr kam es im Kernkraftwerk Krsko in Slowenien zu einem Störfall. Das betroffene Land Slowenien hat entsprechend den vorgesehenen Informationswegen über das europäische Schnellinformationssystem ECURIE die Mitgliedstaaten der EU über den Vorfall informiert.

Wie später von den Medien berichtet wurde, benutzte Slowenien als meldendes Land als Erstmeldung ein falsches Formular zur Auslösung einer Übung. Bis zur Mitteilung über das Erreichen eines stabilen Zustands in dem betroffenen AKW über ECURIE am 4. Juni um 21:42 Uhr wurde der Störfall als ausgelöster Atomalarm bezeichnet.

Die Erstinformation in Rheinland-Pfalz erfolgte von einem Medienvertreter gegenüber dem Herrn Ministerpräsidenten und mir gegen 19:50 Uhr. Eine Anfrage beim Lagezentrum des Bundesministeriums des Innern (BMI) konnte nicht befriedigt werden, weil dort keine Kenntnis vorlag. Auf eine Anfrage beim BMI wurde erst um 19:57 Uhr bestätigt, dass dort tatsächlich ein Störfall gemeldet worden ist. Um 20:25 Uhr ging im Lagezentrum ein Fax des Bundesministeriums für Umwelt ein, in dem eine Erstmeldung zum Störfall bekannt gegeben wurde.

In einem Ferngespräch haben wir nachgefragt, warum die Information über den Störfall erst nach Rückfrage gegen 19:57 Uhr telefonisch bestätigt und gegen 20:25 Uhr schriftlich mitgeteilt wurde. Hintergrund ist, dass wohl auf europäischer Ebene und auf Bundesebene über den Störfall unterschiedliche Einschätzungen bestanden.

Darüber wird noch zu reden sein. Entsprechende Briefe und Hinweise – das haben wir innerhalb der Landesregierung abgesprochen – werden mit dem Bund noch geklärt werden müssen.

Zur Zeitleiste möchte ich noch ein paar Bemerkungen machen, damit Sie sehen, was in Rheinland-Pfalz in

dieser Zeit passiert ist. Um 19:57 Uhr wurde bestätigt, dass es einen Unfall gab. Der Reaktor wurde heruntergefahren. Die Einschätzung des BMI war, dass eine eher geringe Gefährdung bestand.

Um 20:10 Uhr haben wir intern im Lagezentrum – wir haben immer ein bestehendes Lagezentrum – ein weiteres Lagezentrum im Katastrophenschutzbereich aufgebaut. Um 20:12 Uhr hat das THW auf Bundesebene mitgeteilt, dass es nur den Medienstand kennt und ebenfalls aufbaut. Die ADD-Rufbereitschaft wurde sofort mit der Bitte informiert, die nachgeordneten kommunalen Behörden zu informieren, damit diese über die gleiche Information verfügen wie wir.

Gleichzeitig wurde die Polizei, und zwar die Polizeinspektionen und die Polizeidirektionen, in allen Bereichen mit der Bitte informiert, Informationsnachfragen von Bürgerinnen und Bürgern entsprechend zu befriedigen.

Ich möchte nicht die gesamte Darstellung vorlesen. Wir haben innerhalb kurzer Zeit drei Lagezentren aufgebaut und die Informationen bereitgestellt. Von daher gesehen ist es schon etwas bedenklich, dass der Informationsweg von 17:38 Uhr bis ca. 20:00 Uhr dauert, wenn tatsächlich ein ernstzunehmender Störfall vorgelegen hätte.

Wir sind bis heute nicht genau darüber informiert, was passiert ist. Bis heute wissen wir lediglich, dass ein Leck im Kühlwassersekundärbereich aufgetreten ist. Dieses Leck ist bisher nicht lokalisiert. Es ist kein Material ausgetreten, das relevant wäre. Von daher gesehen müssen wir die weiteren Untersuchungen abwarten.

So weit die Erklärung.

Präsident Mertes:

Herr Innenminister, herzlichen Dank für die Information.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein. Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Frau Dr. Stefanie Lejeune und Herrn Clemens Hoch.

Entschuldigt fehlt Herr Abgeordneter Heinz-Hermann Schnabel. Frau Staatsministerin Margit Conrad und Frau Staatssekretärin Jacqueline Kraege nehmen an der Umweltministerkonferenz teil. Auch Herr Staatssekretär Dr. Rüdiger Messal ist entschuldigt.

Nun etwas Erfreuliches. Heute feiert unsere Kollegin Frau Christine Schneider einen aus meiner Sicht jugendlichen Geburtstag, zu dem ich ihr herzlich gratuliere.

Frau Schneider, alles Gute für Sie.

(Beifall im Hause)

Da Sie in diesem Hause immer gern zu Wein sprechen, ist das entsprechende Präsent für Sie vorrätig. Alles Gute für die Zukunft!

(Frau Schneider, CDU: Ich hoffe, Rheinland-Pfälzer!)

Es schadet nicht, ab und zu einmal einen Rheingauer zu trinken. Das ist kein Landesverrat. Das war natürlich eine absolut persönliche Bemerkung.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Fragestunde

– Drucksache 15/2276 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Alexander Schweitzer und Manfred Geis (SPD), Wachstums- und Innovationsdynamik der Kultur- und Kreativwirtschaft in Rheinland-Pfalz** – Nummer 1 der Drucksache 15/2276 – betreffend, auf.

Herr Abgeordneter Alexander Schweitzer trägt vor.

Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Branchen, die der Kultur- und Kreativwirtschaft zugerechnet werden, sind in Rheinland-Pfalz schwerpunktmäßig vertreten?
2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft auch in Rheinland-Pfalz eine besondere Wachstums- und Innovationsdynamik auszeichnet?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Land ein?
4. Mit welchen Instrumenten unterstützt die Landesregierung nachhaltig die rheinland-pfälzische Kultur- und Kreativwirtschaft?

Präsident Mertes:

Es antwortet der Herr Wirtschaftsminister, bitte schön.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein bedeutender Teil der Wertschöpfung in Deutschland wird von Branchen erbracht, die zur Kultur- und Kreativwirtschaft gehören. Wichtige Beispiele für Branchen in der Kultur- und Kreativwirtschaft sind die Medien, Design, Werbung und die Architektur. Aber auch die Computer- und Videospielebranche gehören zur Kultur- und Kreativwirtschaft.

Inzwischen – das zeigt die immense Bedeutung, um die es hier geht – wird in der Kreativwirtschaft eine Wertschöpfung vergleichbar jener der Chemiebranche erzielt. Dies vorausgeschickt beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zweifellos stellen sowohl die Medien- als auch die IT-Branche zentrale Elemente der Kreativwirtschaft in Rheinland-Pfalz dar. Sie allein erzielen in Rheinland-Pfalz etwa 7 % der Gesamtumsätze und weisen eine beeindruckende Dynamik auf.

In den vergangenen Jahren wuchsen die Umsätze jährlich um über 7 %. Die Beschäftigung in der Medien- und IT-Branche wuchs in der Vergangenheit um jährlich über 4,5 %. Etwa 1.800 Unternehmen mit über 10.000 Beschäftigten in Rheinland-Pfalz sind im Bereich der Film- und Hörfunkproduktion tätig.

Verbunden mit einer exzellenten Forschungsinfrastruktur – ich nenne die medienwissenschaftlichen Institute der Universität Mainz und die Fachhochschulen in Mainz, Bingen und Worms mit den entsprechenden Fachbereichen sowie im Fachbereich der Informationstechnologie beispielhaft die Fraunhofer-Institute in Kaiserslautern – liegen in Rheinland-Pfalz die Kerne für die Weiterentwicklung innovationstreibender Netzwerke.

Besonders hervorheben möchte ich eine Branche mit einer sehr tiefen Verwurzelung in unserem Land, nämlich die Edelstein- und Schmuckherstellung, die von Idar-Oberstein aus breite Wirkung entfaltet hat. So spielt heute das Edelstein- und Schmuckdesign insbesondere in Rheinland-Pfalz eine führende Rolle. Hierauf und auf eine Reihe weiterer Branchen kann die Kreativwirtschaft in Rheinland-Pfalz bauen.

Zu Frage 2: Eine leistungsfähige Infrastruktur, das gute Investitions- und Gründerklima, innovative Forschungseinrichtungen, maßgeschneiderte Fördermaßnahmen sowie die verschiedenen Initiativen der Landesregierung bieten Medien- und IT-Unternehmen optimale Entwicklungsmöglichkeiten und bilden wichtige Bausteine einer erfolgreichen Innovationspolitik in Rheinland-Pfalz.

So bieten beispielsweise die Regionen Kaiserslautern und Zweibrücken mit führenden Forschungs- und Bildungseinrichtungen, wie die Universität Kaiserslautern mit ihrer Transferstelle für Mikroelektronik und die Fraunhofer-Institute, ein innovatives Umfeld für Medien- und IT-Unternehmen.

Die Fachhochschule Kaiserslautern mit ihrem Standort Zweibrücken hat sich mit dem Studiengang Digitale Medien und Virtuelles Design einen Namen gemacht. Weiterhin befindet sich in der Region das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, DFKI. Gemeinsam mit dem Bund und dem Saarland wurde der Aufbau eines Max-Planck-Institutes für Softwaresysteme in Angriff genommen.

Ein gutes Gründungsklima herrscht insbesondere im Umfeld der Universitäten, die mit ihrem innovativen Angebot an medienrelevanten Studiengängen wichtige Impulse geben. In den letzten Jahren sind 17 neue Medien- und IT-Studiengänge im Land gegründet worden. Fünf starke Medienregionen geben wichtige Impulse für die Entwicklung des Medienstandortes Rheinland-Pfalz. Hier finden Investoren optimale Standortfaktoren: einen Mix aus Global Players, innovativen mittelständischen Unternehmen, führenden Forschungs- und Bildungsein-

richtungen und zukunftsorientierten Infrastrukturmaßnahmen.

Zu Frage 3: Zahlreiche neue Berufsbilder sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft angesiedelt. Ich nenne exemplarisch die IT-Kauffrau und den IT-Kaufmann oder auch den Mediengestalter für Bild und Ton. Darüber hinaus bildet die Kreativwirtschaft eine hervorragende Perspektive für Menschen, die sich selbstständig machen möchten, denn der Eigenkapital- und Investitionsbedarf ist in vielen Fällen überschaubar.

Zu Frage 4: Bereits seit 2002 ist auf Initiative der Landesregierung und gefördert sowohl von der Bundesregierung als auch vom Europäischen Sozialfonds das Kulturwirtschaftsportal www.vertikult.de entwickelt worden, das inzwischen vom Verein Kultur und Arbeit e. V. Mainz betrieben wird. Ursprünglich vorrangig auf rheinland-pfälzische Kulturschaffende und deren Bedürfnisse ausgerichtet hat sich das Portal inzwischen zu einem bundesweiten Angebot entwickelt, das nun für den europäischen Markt weiter ausgebaut wird. Dabei handelt es sich um das einzige kulturspartenübergreifende Kulturwirtschaftsportal in deutscher Sprache.

Das Portal ist ein Serviceangebot für Kulturschaffende, die Jobs suchen und anbieten. Es offeriert zudem eine Kooperationsplattform für kulturwissenschaftlich ausgerichtete Vorhaben und ein Infocenter mit Beiträgen zur Kulturwirtschaft.

Durch seine Vernetzung mit nationalen und europäischen Angeboten der Kulturwirtschaft bildet es einen einzigartigen Beitrag zur Kulturwirtschaft. Darüber hinaus fördert die Landesregierung seit Jahren die Designwirtschaft. Ziel der Aktivitäten ist es, günstige Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Designmarkt in Rheinland-Pfalz zu schaffen. Als wesentliche Maßnahme zur Designförderung wurden die Preise für Produkt- und Kommunikationsdesign ins Leben gerufen. Des Weiteren sind attraktive Standortbedingungen notwendig, um den Designstandort Rheinland-Pfalz nachhaltig zu stärken.

Design als Wettbewerbsfaktor ins Bewusstsein der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu rücken, Hilfestellung zu geben, den Dialog zwischen den Branchen anzuregen, und die rheinland-pfälzische Designwirtschaft attraktiv und aussagekräftig darzustellen, ist das Ziel des Designforums Rheinland-Pfalz, descom.

Descom, am Institut für Mediengestaltung der Fachhochschule Mainz angesiedelt, wird vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau gefördert. Mit den beiden Kooperationspartnern ITB GmbH und RKW Rheinland-Pfalz wird 2008 der Beratungsschwerpunkt ausgebaut und verbessert. Ziel ist es, erstmals zertifizierte Designberatung für die mittelständische Wirtschaft anzubieten.

Daneben erfolgt durch das Wirtschaftsministerium eine projektbezogene Unterstützung von Designinitiativen sowie die Verstärkung bzw. zielgerichtete Ergänzung des Informations-, Aus- und Weiterbildungsangebots in Rheinland-Pfalz. Ein wichtiger Baustein hierbei sind die jährlich stattfindenden Mainzer Designgespräche, die

sich als Fachforum bundesweit einen Namen gemacht haben.

Zudem stehen den Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Kultur- und Kreativwirtschaft zahlreiche Instrumente der Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Exemplarisch genannt seien das Mittelstandsförderungsprogramm oder die Beratungsförderung von Existenzgründerinnen und -gründern. Abschließend weise ich darauf hin, dass zahlreiche Bereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft indirekt von der öffentlichen Kulturförderung profitieren.

So weit zur Beantwortung.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Gibt es Zusatzfragen? – Ich erteile der Frau Abgeordneten Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Herr Minister, Sie haben gesagt, 7 % des Gesamtumsatzes der rheinland-pfälzischen Wertschöpfung stammen aus der Kreativwirtschaft. Wie viel davon wird aus öffentlichen Mitteln finanziert und wie viel aus privaten?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich habe ausgeführt, dass in der Medien- und IT-Branche insgesamt 7 % der Gesamtumsätze erwirtschaftet werden. Zentrales Element dieser Branche ist die Kreativwirtschaft. Derzeit wird im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz über einen Abgrenzungskatalog diskutiert, wie man den Bereich der Kreativwirtschaft genauer fassen kann. Darauf aufbauend werden wir Ihnen die genauen Zahlen berichten können, was unter Kreativwirtschaft in Rheinland-Pfalz zu verstehen ist.

Dass dies einen wesentlichen Teil der Bereiche Medien und IT umfasst, ist nachvollziehbar. Ihnen jetzt genau darzulegen, in welchem Umfang die Medien- und IT-Branche Aufträge aus der öffentlichen Hand erhält, würde einen nennenswerten Aufwand erfordern und war auch nicht Gegenstand der Anfrage, andererseits würden wir uns auf spezielle Anfrage hin bemühen, Ihnen diese Zahlen, soweit erschließbar, mitzuteilen.

Präsident Mertes:

Weitere Zusatzfragen sehe ich nicht.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hans-Josef Bracht und Gerd Schreiner (CDU), Finanzierung des Fritz-Walter-Stadions** – Nummer 2 der Drucksache 15/2276 – betreffend, auf. Wer trägt vor? –

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Ich spreche zum Thema „Finanzierung des Fritz-Walter-Stadions“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Treffen Medienberichte zu, wonach sowohl die ADD Trier als auch im Auftrag der Kreissparkasse Kaiserslautern die Anwaltskanzlei Menold schwerwiegende rechtliche Vorbehalte gegen die Verträge zur Gründung der kommunalen Stadiongesellschaft und der Übertragung des Stadions vom Verein auf die Gesellschaft geltend gemacht haben?
2. Welchen fachlichen und politischen Einfluss hat die Landesregierung auf die Errichtung der Stadiongesellschaft genommen?
3. Welche Verluste sind bis heute bei der Stadiongesellschaft entstanden?
4. Welche schon damals bekannten Probleme haben zu der entstandenen finanziellen Notlage geführt?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet der Herr Finanzminister.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anfang 2003 ist mit dem 1. FC Kaiserslautern ein bis dahin höchst erfolgreiches Dienstleistungsunternehmen der Freizeit- und Event-Branche mit sehr hoher direkter und indirekter Wertschöpfung in eine existenzielle Krise geraten.

Nach Einschätzung des Vereins und der eingeschalteten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestand akute Insolvenzgefahr, und eine Bundesligalizenz für die darauf folgende Saison 2003/2004 wäre ohne schnelle und nachhaltige Sanierung nicht erteilt worden, was wohl ebenfalls in die Insolvenz geführt hätte.

Eine Insolvenz hätte nicht nur zu einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden für die Stadt und die Region geführt, sondern zugleich auch erhebliche Folgelasten für Stadt und Land nach sich gezogen. Zu der Zeit war nämlich das Stadion im Umbau und hatte den Charakter einer Baustelle.

Bei einer Insolvenz wäre auf Stadt und Land fast zwingend zugekommen, aus der vorhandenen Baustelle wieder ein nutzbares Stadion zu machen, ein Stadion, in dem allerdings weder ein Bundesliga-Verein spielt noch eine Fußball-Weltmeisterschaft stattgefunden hätte. Selbstverständlich wäre Kaiserslautern nach einer Insolvenz des Vereins auch nicht mehr als WM-Standort infrage gekommen.

Dies billigend und sehenden Auges in Kauf zu nehmen, wäre aus der Sicht von Stadt und Land unverantwortlich gewesen.

Es gibt im Übrigen kaum einen Vorgang, über den der Landtag und die Öffentlichkeit so häufig und so intensiv informiert wurden wie über die Krisen des 1. FC Kaiserslautern in den Jahren 2002 und 2003. Die Informationen waren so umfangreich und detailliert, dass das eine oder andere offensichtlich schon wieder in Vergessenheit geraten ist.

Ein Blick in die zahlreichen Protokolle der Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses und des Landtags sowie in die Beantwortung der zahlreichen Anfragen reicht allerdings aus, um zu verdeutlichen, dass die aktuellen Medienberichte keinerlei Neuigkeitswert haben. Aber das Lesen von Protokollen oder eine schlichte Anfrage scheint nicht mehr unbedingt zum journalistischen Handwerk zu gehören.

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Pörksen, SPD: Das ist doch wahr!)

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Bracht und Schreiner wie folgt:

Zu Frage 1: Im Beisein von Herrn Bracht hat der Kollege Bruch im Haushalts- und Finanzausschuss am 3. Juli 2003 in öffentlicher Sitzung erklärt – ich zitiere auszugsweise aus dem Protokoll –:

„Ein Problem sei die Frage gewesen, ob für die Stadt Kaiserslautern aufgrund ihrer finanziellen Situation diese Stadiongesellschaft überhaupt tragbar sei und wie die Risikoverteilung aussehe. Das zweite Problem sei die Frage gewesen, wie das Baukostenrisiko aussehe.“

Diese Fragen seien kommunalaufsichtlich geprüft worden. Er habe die Weisung gegeben, dass wegen der finanziellen Situation der Stadt Kaiserslautern unter Abwägung der strukturpolitischen Problematik die Stadiongesellschaft aufgrund der geschilderten Struktur mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden könne.“

Sie sehen also auch daran, dass die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses und des Landtags jederzeit umfassend und zeitnah informiert wurden. Dies gilt selbstverständlich auch für die mit der Gründung der Stadiongesellschaft verbundenen Risiken für die Stadt und das Land.

Nicht Gegenstand der Berichterstattung, insbesondere nicht in öffentlichen Sitzungen, konnten natürlich die jeweiligen Risikoabwägungen der beteiligten Banken sein, die sich naturgemäß auf ihre eigenen Risiken fokussieren. Der Kreissparkasse Kaiserslautern als damalige Poolführerin ging es natürlich vor allem um die Minimierung ihrer eigenen Risiken. Zu diesem Zweck ist auch das Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei Menold erstellt worden.

Es empfiehlt im Wesentlichen, die Stadt Kaiserslautern und das Land Rheinland-Pfalz stärker zu belasten, um die Gläubigerbanken zu entlasten. Dies alles geschah im Übrigen, nachdem die beteiligten Banken dem Sanierungskonzept zugestimmt hatten. Mit Blick auf den Vertrauensschutz der beteiligten Banken möchte ich auf weitere Details verzichten.

Zu Frage 2: Der Zeitrahmen einer Fragestunde ist für die Beantwortung dieser Frage viel zu eng bemessen. Ich verweise deshalb auf die ausführlichen Darstellungen in den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses am 28. Januar 2003, am 4. Februar 2003, am 13. März 2003, am 3. Juli 2003, am 4. November 2003, am 16. September 2004 und am 22. September 2005. Hinzu kommt die Beantwortung zahlreicher Mündlicher und Kleiner Anfragen in diesem Zeitraum. Mit den Einzeldaten möchte ich Sie hier nicht langweilen.

Zu Frage 3: Ausweislich der im Beteiligungsbericht der Stadt Kaiserslautern dargestellten Bilanz der Fritz-Walter-Stadion GmbH zum 31. Dezember 2006 betrug der Verlustvortrag aus den Jahren 2003 bis 2005 3.870.000 Euro. Im Jahr 2006 ist ein Jahresverlust in Höhe von 624.000 Euro entstanden. Nach telefonischer Auskunft des Geschäftsführers der Fritz-Walter-Stadion GmbH vom 3. Juni 2008 liegt der Jahresabschluss 2007 noch nicht vor. Gemäß § 264 Abs. 1 Satz 3 HGB wird er bis zum 30. Juni 2008 erstellt.

Zu Frage 4: Die Ursachen für die damalige Krise des Vereins liegen sowohl im finanziellen als auch im sportlichen Bereich. Unter anderem infolge rückläufiger Einnahmen aus der Vermarktung von Fernsehrechten, hoher Personalkosten im Profibereich sowie erheblicher Steuernachzahlungen war die Ausgangssituation bereits prekär. Die positive Fortführungsprognose unter Annahme bestimmter Planungsprämissen als Grundlage des Destrukturierungskonzepts war naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken behaftet.

So weit die Beantwortung.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Creutzmann.

(Harald Schweitzer, SPD:
Griff in die Kloschüssel!)

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Staatsminister, ist meine Information richtig, dass die bisher vom FCK vereinbarten Zahlungen in Höhe von jährlich 3,2 Millionen Euro lediglich die Zinsbelastungen abdecken, also keine Tilgung für die Stadiongesellschaft beinhalten?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Dazu muss man in die Geschäftsgrundlagen der Stadiongesellschaft und in den genauen Miet- und Pachtvertrag schauen.

(Hörter, CDU: Ja oder nein? –
Ramsauer, SPD: Wollen Sie informiert werden oder nicht? –
Harald Schweitzer, SPD: Sie wollen gar nicht informiert werden!)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, es ist eine Frage gestellt, und das Ministerium ist bereit, sie zu beantworten. Sind Sie bereit, sie anzuhören?

(Beifall bei der SPD)

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Der Miet- und Pachtvertrag baut auf einer Grundmiete und auf einer Miete pro Besucher auf: 2 Euro pro Besucher, bei internationalen Spielen 2,50 Euro. Die 3,2 Millionen Euro sind die Mindestpacht, die zur damaligen Zeit, erste Liga, Qualifikation für den UEFA-Cup, allerdings ein ganzes Stück höher ausfallen konnte.

Die beteiligten Banken haben sich auf eine Rangfolge für die Bedienung ihrer Darlehen verständigt, sodass sehr wohl vorrangige Darlehen, sowohl was die Zinsen als auch was die Tilgung angeht, bedient werden, weiter hinten liegende Darlehen allerdings zunächst nicht, was die Tilgung angeht, und bei den Zinsen nur so weit, wie die Gesellschaft dazu in der Lage ist. So lautete damals die Vereinbarung zwischen den Banken.

Das heißt, die Geschäftsgrundlage bei Gründung der Stadiongesellschaft war, dass die Risiken aus nicht voller Bezahlung der Pacht oder auch nur 3,2 Millionen Euro im Wesentlichen bei den Altgläubigern lagen, deren Kredite praktisch Eigenkapitalcharakter in der Gesellschaft hatten.

Erst 2006, als alle Altdarlehen umgeschuldet wurden und die Stadt dafür im Gegenzug für einen niedrigen Zinssatz das komplette Risiko übernommen hat – vorher hatte sie überhaupt kein Risiko –, hat die Stadt dann die Probleme letztendlich alleine übernommen. Das ist aber vor 2006 nicht der Fall gewesen, sondern die Stadiongesellschaft war völlig anders konstruiert, und zwar so, dass das Risiko bei den kreditgebenden Banken lag.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schreiner.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Minister Deubel, Sie haben vorhin die Risiken für Stadt und Land angesprochen. Vor diesem Hintergrund habe ich eine Frage, weil auch der Ministerpräsident seinerzeit der Presse gegenüber deutlich gemacht hat, dass Sie maßgeblich diese Gesellschaft konstruiert haben.

Sie haben damals im Haushalts- und Finanzausschuss 2003 erklärt, dass der einmalige Zuschuss des Landes an die Stadt Kaiserslautern für das Land den Vorteil habe, dass er keine dauerhaften Verpflichtungen und Risiken bedeute, sprich die Verpflichtungen und Risiken bei der Stadt Kaiserslautern liegen, zugegebenermaßen letzteres ist eine Ergänzung von mir.

Wie stehen Sie zu dieser Äußerung vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade gesagt haben?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Schreiner, Sie verwechseln zwei Dinge.

(Frau Spurzem, SPD: Das tut er öfter! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Sie verwechseln die wirtschaftliche Situation der Stadiongesellschaft aus der Pacht des 1. FC Kaiserslautern auf der einen Seite mit den Ausbaurkosten des Stadions für die Fußball-Weltmeisterschaft auf der anderen Seite.

Bei den Ausbaurkosten war von vornherein klar – so die Vereinbarung von 2001 –, dass sich Verein, Stadt und Land die Kosten teilen, wobei die Vereinbarung ursprünglich vorsah, dass Stadt und Land einen Festzuschuss gewähren und der Verein die Risiken trägt, was im Jahr 2001 auch unproblematisch erschien, da der Verein damals in einer sehr guten wirtschaftlichen und sportlichen Verfassung war.

Erst später mit Gründung der Stadiongesellschaft ist der Verein an dieser Stelle aus dem Risiko herausgekommen, hat die auszubauende Osttribüne noch selbst finanziert, und der weitere Ausbau war dann Angelegenheit von Stadt und Land mit den damals festgelegten Zuschüssen, bei denen – auch dies ist im Übrigen sehr intensiv diskutiert worden – relativ früh erkennbar war, dass es zusätzliche Risiken geben würde.

Über diese Risiken ist frühzeitig mit der Stadt gesprochen worden, und im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags ist auch erläutert worden, dass wir mit der Stadt eine Vereinbarung getroffen haben, eventuelle Mehrkosten im Verhältnis von 2 : 1 aufzuteilen.

Dies ist dann auch bis zum heutigen Tag geschehen. Die Vereinbarungen wurden eingehalten. Dies hat aber zunächst nichts mit den Risiken der Stadiongesellschaft aus der Vermietung an den 1. FC Kaiserslautern zu tun. Das sind zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe. Ich musste das klarstellen, da sonst alles durcheinandergeht.

(Zurufe von der CDU: Ja, ja! Natürlich!)

Präsident Mertens:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, Sie haben dargestellt, dass der Haushalts- und Finanzausschuss darüber informiert wurde, dass Weisung gegenüber der ADD erteilt worden sei. Können Sie bestätigen, dass der ADD quasi untersagt wurde, Bedenken wegen Rechtsverletzung zu erheben?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Eine Weisung setzt immer voraus, dass es einen Weisungsgrund gibt,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

dass also die zuständige untere Behörde aus ihrer Sicht zu einem bestimmten Ergebnis kommt. Dieses Ergebnis hat natürlich zunächst einmal die Finanzsituation der Stadt Kaiserslautern berücksichtigt. Man kam zu dem Ergebnis, dass die Stadt Kaiserslautern insbesondere aus den Baukosten, die damals im Vordergrund standen, zusätzliche Risiken auf sich nimmt.

Man hatte also die Finanzsituation der Stadt sowie auch die zusätzlichen Baukosten berücksichtigt, die man damals nicht genau abschätzen konnte. Die ADD musste auch mit relativ wenigen Unterlagen arbeiten, um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken. Die Stadt Kaiserslautern war nicht unbedingt die informationsfreudigste, was die ADD angeht. Die ADD musste immer nachfragen.

Wie gesagt, die ADD sah die Risiken, hat aber die Abwägung, die ich Ihnen soeben dargelegt habe, dass nämlich in Kaiserslautern ein Stadion im Umbau war, das nach einer Insolvenz mit einer abgerissenen Tribüne einfach so herumliegt, überhaupt nicht ins Kalkül gezogen.

Jedem, der – ich formuliere es einmal ganz vorsichtig – nur halbwegs politisch denkt und Verantwortung für Stadt und Region trägt, musste klar sein, dass es völlig ausgeschlossen ist, dass der Verein in die Insolvenz geht. Da macht man Zäunchen um den Betzenberg und sagt: Hier war früher einmal ein Verein, der dort gespielt hat. – Damit haben wir nichts zu tun, das war eine Privatinsolvenz.

(Frau Kohnle-Gros, CDU:
So witzig ist das gar nicht!)

– Nein, das ist nicht witzig. Das ist bitterernst.

(Beifall der SPD)

Man stelle sich die Situation vor,

(Zurufe von der CDU)

dass eine Stadt billigend in Kauf nimmt, eine Bauruine zu haben, – – –

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist keine
Antwort auf die Frage! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Entschuldigen Sie, ich beantworte die Frage des Herrn Abgeordneten Bracht.

(Zuruf von der CDU: Aber wie! –
Bracht, CDU: Bitte fangen Sie an!)

– Ja, ich bin dabei.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Ihr wollt doch
gar keine Antwort!)

Ich habe deutlich gemacht, dass die ADD aus der schlichten kommunalaufsichtlichen Situation heraus sowie aufgrund der Leistungsfähigkeit und der Verschuldung der Stadt zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Stadt Kaiserslautern nicht so leistungsfähig ist, dass sie zusätzliche Risiken übernehmen kann. Das ist Aufgabe der ADD, und insofern ist auch die Stellungnahme der ADD aus der isolierten Sicht ihrer Kommunalaufsichtsfunktion und des städtischen Haushalts heraus durchaus in Ordnung gewesen.

Nun kommt das Land und sagt: Stellt euch bitte einmal vor, in Kaiserslautern liegt diese Sportbrache. – Man muss einmal die Dinge zu Ende denken. Es ist undenkbar, dass in einer Stadt eine Sportbrache an einer solch exponierten Stelle steht und die Stadt und das Land die Schultern zucken und sagen: Das war eine Privatinsolvenz, damit haben Stadt und Land nichts zu tun. –

Das heißt, die Konsequenz war glasklar: Nach der Insolvenz, nach dem Lizenzentzug, nachdem in Kaiserslautern kein Verein mehr in einer oberen Liga spielt, wäre es ein Skandal gewesen, dass mitten in der Stadt eine Baustelle besteht, um die sich niemand kümmert. Dies wäre natürlich öffentlich immer heftiger diskutiert worden, und ich weiß genau, auf wen gezeigt worden wäre: ein wenig auf die Stadt und ganz wesentlich auf das Land.

Da es undenkbar ist, dass mitten in der Stadt an einer solch exponierten Stelle eine Baustelle verbleibt, hätten wir das Stadion zu Ende gebaut, wenn auch möglicherweise nicht nach den Plänen eines WM-Stadions, aber wir hätten es mit hohen Kosten zu Ende gebaut. Dann wäre der nächste Skandal gekommen: Es wird ein Stadion zu Ende gebaut, ohne dass es einen Verein gibt, der darin spielt, ohne dass darin eine Fußball-Weltmeisterschaft stattfindet, aber für das viele Millionen hätten ausgegeben werden müssen. So schlicht war die Alternative.

Ich kann nur sagen, aus der Sicht der Stadt und aus der Sicht des Landes und der Region heraus wäre die Entscheidung, den FCK in die Insolvenz gehen zu lassen und eine Sportbrache herumstehen zu lassen, unverantwortlich gewesen. Deswegen hat Herr Kollege Bruch zu Recht aus der Sicht des Landes insgesamt und aus der Sicht der Region entschieden, dass es nur die Alternative der Stadiongesellschaft gibt. Damit wurde der Stadt zugelassen, die Stadiongesellschaft zu gründen, und der Stadiongesellschaft wurde zugelassen, das Stadion zu übernehmen, so wie es in der Absichtserklärung von allen Beteiligten vorgesehen war.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Eymael.

Meine Damen und Herren, die Reihenfolge kommt so zustande, dass diejenigen, die sich gemeldet haben, hier vorn vermerkt werden. Auch diejenigen, die eine zweite Frage haben, sind vermerkt. Nun ist Herr Kollege Eymael an der Reihe, danach kommen die Kollegen Herr Creutzmann, Herr Schreiner, Herr Baldauf, Herr Wilke, Herr Licht und danach noch einmal Herr Kollege Bracht. – Bitte schön, Herr Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Staatsminister, ich möchte eine Frage für die Zukunft formulieren. Mittlerweile sind rund 70 Millionen Euro an Darlehen und Krediten aufgelaufen. Wie gedenkt die Landesregierung, den schlingernden Kurs, den der FCK und die Stadiongesellschaft derzeit mitmachen, wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu bringen? – Herr Minister, meines Erachtens kann man die Stadt Kaiserslautern in dieser Form nicht allein in der Verantwortung belassen.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter Eymael, ich bin Ihnen für die Frage sehr dankbar. Selbstverständlich haben wir jetzt eine Situation, wie sie damals auch diskutiert wurde. In den Risikoszenarien war selbstverständlich enthalten: erste Liga, zweite Liga oberer Bereich, zweite Liga unterer Bereich und Abstieg aus der zweiten Liga. Natürlich gehörte das zur Risikoabschätzung dazu.

Natürlich hat die Stadt völlig richtig gehandelt, dass sie jetzt in diesem Jahr nicht die Insolvenz des Vereins herbeiführt – wir reden jetzt über aktuelle Entwicklungen –, weil die Insolvenz des Vereins dazu geführt hätte, dass die Stadt die gesamten Schulden der Stadiongesellschaft allein hätte bedienen müssen, und zwar ohne einen Cent Refinanzierung vom Verein. Insofern ist das, was die Stadt gemacht hat, aus der Sicht der Stadt eine notwendige Entscheidung gewesen, um wenigstens noch Teile der Kapitalbelastung der Stadiongesellschaft als Einnahme zu erzielen.

Insofern ist es nachvollziehbar auch richtig gelaufen. Es gab ein ordentliches Gutachten, eine nochmalige Absicherung, ein nochmaliges Hineinschauen. Dann gab es die Entscheidung, die Pacht zunächst einmal für die laufende Saison abzusenken. Ich glaube, man muss kein Prophet sein, um anzunehmen, dass das für die nächste Saison auch so sein muss, weil der Verein sonst unten überhaupt nicht herauskommen wird und die Stadt sich schädigen würde, weil sie dann den Ast, auf dem sie sitzt, absägen würde.

Das heißt aber natürlich, bei einer jährlichen Zinsbelastung von 2,9 Millionen Euro der Stadiongesellschaft – das ist die Zinsbelastung – kommt weniger an Pacht herein, als jährlich an Zinsbelastung entsteht. Damit entsteht nicht nur ein buchhalterischer Verlust – das sind nämlich die Verluste der Vergangenheit, es waren keine Liquiditätsprobleme –, sondern dann entsteht jährlich auch ein Liquiditätsloch in Höhe der Differenz zwischen den Zinsen und der Pacht, die eingenommen wird, minus der Kosten.

Natürlich hat das Land Verständnis dafür, dass die Kommune in einer solchen Situation auch in Richtung Land schaut und mit dem Land Gespräche aufgenommen hat. Diese Gespräche laufen. Es sind gute Gespräche. Gehen Sie davon aus, sie werden auch zu guten Ergebnissen führen.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Kollegen Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Eine Frage haben Sie eben schon beantwortet. Meine zweite Frage lautet: Wann wird die Stadiongesellschaft Insolvenz anmelden müssen, wenn, wie Sie eben geschildert haben, die jährlichen Einnahmen kleiner sind als die 2,9 Millionen Euro Zinsbelastung und die Ausgaben von 1,8 Millionen Euro, wenn ich einmal von dem ausgehe, was der FCK im letzten Jahr bezahlt hat? Wann wird die Stadiongesellschaft Insolvenz anmelden müssen, wenn das so fortgesetzt wird?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Die Situation ist etwas anders, weil seit 2006 die Stadt komplett für sämtliche Schulden, die die Stadiongesellschaft hat, bürgt. Die Stadt tut gut daran, eine Insolvenz zu verhindern, weil die Stadt im Fall einer Insolvenz sofort für die Bürgschaft in Haftung genommen würde. Deswegen gehen Sie einmal davon aus, dass die Stadt die notwendigen Schritte geht, damit die Stadiongesellschaft nicht in eine Insolvenz kommt.

Im Übrigen ist eine Überschuldung nicht gegeben. Eine Illiquidität ist erst recht nicht gegeben. Die Stadiongesellschaft, so hätte ich fast gesagt, schwimmt in Geld. Das ist ein bisschen übertrieben. Wenn ich es aber richtig im Kopf habe, hat sie um die 7 Millionen Euro Liquidität. Das hängt damit zusammen, dass Gewinn und Verlust einschließlich Abschreibungen gerechnet werden. Dadurch sind auch die Verluste entstanden.

Wenn man nur eine Cash-Flow-Betrachtung macht, ist die Stadiongesellschaft bisher ordentlich über die Runden gekommen und hat einen positiven Cash-Flow erwirtschaftet. Das ändert sich erst in der laufenden Saison, weil die Stadionmiete jetzt unter die jährliche Liquiditätsbelastung gesunken ist.

Aber, wie gesagt, bis 2006 wäre die Insolvenz der Stadiongesellschaft eine ernsthafte Option gewesen, weil die Risiken bei den Banken lagen. Nach 2006 ist es keine Option mehr, weil die Stadt alle Risiken selbst tragen muss. Das war eine Entscheidung des damaligen Oberbürgermeisters.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schreiner.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Minister, was lernt die Landesregierung aus den Erfahrungen in Kaiserslautern mit der dortigen Stadiongesellschaft für andere Fußballstadien in Rheinland-Pfalz? Als Mainzer Abgeordneter sei mir diese Frage vor dem Hintergrund der Pläne des Vereins Mainz 05 erlaubt. Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Wir müssen in der Zukunft klüger als in der Vergangenheit handeln.

(Zurufe von der SPD)

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Zunächst kann ich nicht feststellen, dass die Landesregierung unklug oder falsch gehandelt hat.

(Beifall der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Das Risiko liegt bei der Stadt, das ist klar! Die Weltmeisterschaft hat der Ministerpräsident gewollt!)

In der damaligen Situation gab es keine andere vernünftige Entscheidung. Insofern gibt es auch im Nachhinein unter Kenntnis aller Entwicklungen keine notwendige gedankliche Korrektur an dem, was damals entschieden worden ist.

Das Einzige, was an der Stadiongesellschaft problematisch ist, ist der Schritt des Jahres 2006 und die Übernahme der Risiken durch die Stadt. Dafür muss man aber auch ein gewisses Verständnis haben; denn die Stadt hat mit der Risikoübernahme ihre Zinsbelastung bzw. die der Stadiongesellschaft deutlich nach unten geführt. Ich glaube, die Zahlen sind öffentlich kommuniziert worden. Vorher waren es so ungefähr 5,5 % Zinsen, nach der Umschuldung 4,1 %. Die Stadt hat den richtigen Moment für eine Umschuldung erwischt. Das war der wirtschaftliche Vorteil. Damit hat die Stadt aber die Risiken, was ursprünglich nicht der Fall war.

Ihre Frage geht nach vorne, also auf das Konzept von Mainz 05 bzw. der Stadt Mainz. Hier besteht insofern gegenüber früheren Überlegungen die Veränderung, dass der Verein gar nicht mehr auf die Idee kommt, selbst ein solches Stadion zu errichten, sondern in Mainz läuft es so, wie praktisch in allen anderen Städten mit ganz wenigen Ausnahmen, dass nämlich öffentliche Infrastruktur, übrigens völlig EU-konform, öffentlich finanziert oder zumindest öffentlich garantiert wird. So ist es in Mainz beabsichtigt. Die Stadt ist am Zuge. Wir sind bereit, entsprechend dem Konzept, das vor eineinhalb oder zwei Jahren – es ist also schon eine ganze Zeit lang her – mit dem Verein und der Stadt verabredet worden ist, zu handeln und genau dies umzusetzen.

Wir denken, dass das für Rheinland-Pfalz und den Standort Mainz gut ist; denn die Dienstleistungsbranche im Bereich Freizeit und Event sollte man hinsichtlich ihrer Wertschöpfung und ihrer Bindekraft nicht unterschätzen.

Die Landesregierung täte nicht gut daran, aus lauter Vorsicht den Weg in die tiefste Provinz zu gehen.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Minister, wieso war denn im Jahr 2003 der Weg über eine Weisung erforderlich? Welche einzelnen Bedenken wegen Rechtsverletzung standen denn im Raum?

(Frau Spurzem, SPD: Das hat er immer noch nicht verstanden! –

Harald Schweitzer, SPD: Das hat der Minister schon zehnmal beantwortet! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Baldauf, es besteht die große Gefahr von Wiederholungen.

(Beifall bei der SPD)

Abg. Baldauf, CDU:

Der Präsident hat die Frage zugelassen. Dann gehe ich davon aus, dass sie auch beantwortet wird, Herr Minister. Ich finde, Sie sollten einfach Fragen beantworten und den Rest dem Präsidenten überlassen.

(Beifall bei der CDU)

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Lieber Herr Baldauf, es ist manchmal ein bisschen schwierig, wenn man die gleiche Frage mehrfach gestellt bekommt und die gleiche Frage dann auch mehrfach beantworten soll. Aber ich mache das gerne. Noch einmal: Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat sich mit dem Konzept beschäftigt. Zu der Zeit lag noch nicht einmal ein Antrag der Stadt vor. Dieser ist erst in letzter Sekunde nachgeschoben worden. Sie hat die Baukostenrisiken abgeschätzt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es erhebliche Baukostenrisiken gibt, die, wenn ich es richtig im Kopf habe, bis auf 18 Millionen Euro eingeschätzt wurden, also höhere Baukosten gegenüber den Zahlen, wie sie 2001 vereinbart worden sind. Diese Baukostenrisiken wären nach dem Vertrag von 2001 Risiken des Vereins und nach der Gründung der Stadiongesellschaft Risiken von Stadt und Land gewesen. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass die ADD wie auch jeder Beteiligte das Risiko gesehen hat, dass die Stadiongesellschaft in Schwierigkeiten kommen kann, wenn der FCK in Schwierigkeiten kommt.

Drittens war die ADD der Meinung, dass es nicht unbedingt Aufgabe einer Stadt ist, ein Stadion für einen im Wesentlichen professionellen Zweck zu betreiben. Das sind die wesentlichen Punkte gewesen.

Ich habe Ihnen eben Punkt für Punkt erläutert, wenn man dieser isolierten Sicht der kommunalen Aufsicht gefolgt wäre, dann hätten wir schweren Schaden für die Stadt und für die Region angerichtet, wenn man die Dinge wirklich zu Ende denkt.

Ich will das nicht wiederholen, sonst sagen Sie, ich würde das nicht ernst genug nehmen. Wie gesagt, es war bitterster Ernst und die Abwägung von Risiken. Das ist eine Aufgabe der Landesregierung. Diese Risiken sind abgewogen worden, und zwar aus der Sicht des Landes insgesamt. Das Ergebnis war ein anderes als die isolierte Betrachtung der ADD.

Präsident Mertes:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Dr. Wilke das Wort.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Herr Minister, Sie haben uns vorhin eine Cash-Flow-Betrachtung und die Perspektiven, die die reduzierte Pachtzahlung mit sich bringt, präsentiert. Bei der Bilanzbetrachtung spielen aber auch Abschreibungen und Wertberichtigungen eine entscheidende Rolle. Was können Sie uns zu diesem Thema sagen?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Ich könnte die Antwort zu Frage 3 noch einmal vorlesen. Bei der Frage 3 ist nach den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung gefragt worden. In den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung sind selbstverständlich die Kosten aus Abschreibungen enthalten.

Die Verluste der vergangenen Jahre kommen aus den Abschreibungen. Sie kommen nicht aus einer Liquiditätsbetrachtung. Das war von vornherein klar.

Im Übrigen ist es bei einer langfristigen Investition und deren Finanzierung immer so: Wir nehmen an, Sie finanzieren sie vollständig fremd. Wir nehmen an, Sie haben einen Zinssatz von 5 %. Weiter nehmen wir an, dass die Investition über 25 Jahre abgeschrieben wird. Wir nehmen an, Sie haben eine jährliche Einnahme von 7 %. Wenn das alles so ist, dann passiert in den ersten Jahren Folgendes: Sie haben Abschreibungen von 4 %. Sie haben Zinsen von 5 %. Das macht zusammen 9 %. Sie haben Einnahmen von 7 %. Das bedeutet einen Verlust von 2 %.

(Beifall der SPD –
Zuruf von der SPD: So ist es!)

So einfach ist das.

Dagegen steht die Liquiditätsbetrachtung. Sie nehmen einen Kredit über 25 Jahre mit einem Zinssatz von 5 % auf. Sie haben dann eine jährliche Annuität von etwa 6,6 %. 6,6 % ist weniger als 7 %. Wenn Sie ein Annuitätendarlehen aufnehmen, dann haben Sie einen jährlichen Liquiditätsüberschuss von 0,4 %. Das geht über 25

Jahre lang. Am Ende haben Sie sogar einen Gesamtüberschuss. Nur in den ersten Jahren haben Sie Buchverluste. Das liegt daran, dass in den Gewinn- und Verlustrechnungen Annuitäten nicht auftauchen, sondern Abschreibungen und Zinsen. So einfach ist das.

(Beifall der SPD –
Billen, CDU: Aber tilgen tun Sie nicht!)

Präsident Mertes:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, Ihre Ausführungen heute, neutral betrachtet, führen zu dem Schluss, dass rechtliche Bedenken bei zu befürchtenden „Sportbrachen“ außer Kraft gesetzt werden. Wie beurteilen Sie die Situation in Kaiserslautern unter Berücksichtigung, dass dies zu einem Präzedenzfall wird?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Das ist kein Präzedenzfall, sondern es gehört zu den ständigen Aufgaben des Landes. Wenn Unternehmen in Schwierigkeiten sind, wenn die Gefahr von Arbeitsplatzverlust besteht und wenn die Gefahr von Brachen mit Folgekosten für die öffentliche Hand besteht, weil keiner mehr da ist, der sich darum kümmert, dann gehört es zu den Landesaufgaben, dass wir frühzeitig eine Gesamt abwägung zwischen einer Insolvenz – anschließend darf die öffentliche Hand den Schaden reparieren – und einer frühzeitigen Einbindung und Lösungen vornehmen, die es dann ermöglichen, eine Insolvenz zu vermeiden. Das ist volkswirtschaftlich oder auch landeswirtschaftlich eine höchst vernünftige Vorgehensweise. Deswegen gehört sie zu den Kernaufgaben des Landes und ist in meinem Ministerium unter dem Thema „Bürgschaft“ angesiedelt.

Präsident Mertes:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, ich will meine erste Frage noch einmal wiederholen,

(Heiterkeit bei der SPD)

da sie bisher noch nicht beantwortet ist.

Trifft es zu, dass Sie den Haushalts- und Finanzausschuss nicht darüber unterrichtet haben, dass Sie bzw. der Innenstaatssekretär Weisungen erteilt haben, nach der es der ADD untersagt wurde, Bedenken wegen Rechtsverletzung zu erheben?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Ich habe Ihnen das Zitat aus dem Protokoll vorgelesen.

(Bracht, CDU: Da stand das nicht drin!)

Nach diesem Zitat, in dem Herr Kollege Bruch gesagt hat, er habe angewiesen, hat sich Herr Abgeordneter Bracht in der entsprechenden Sitzung gemeldet und hat etwas ganz anderes gefragt.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das ist immer noch keine Antwort! –

Bracht, CDU: Sie haben also den Haushaltsausschuss nicht unterrichtet! –

Licht, CDU: Kein Hinweis – – –

Zurufe der Abg. Keller und Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Entschuldigen Sie, ich kann Ihnen doch nur Wort für Wort das zitieren, was in der Sitzung gesagt worden ist. Das habe ich getan.

(Licht, CDU: Ihr Zitat beinhaltet keine rechtlichen Bedenken! –

Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Präsident Mertes:

Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Kollegen Wansch das Wort.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Minister, wer ist Beteiligter an der Stadiongesellschaft in Kaiserslautern?

Ich schließe gleich meine zweite Frage an. Gibt es eine Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Weltmeisterschaft auf die Region Kaiserslautern und das Land Rheinland-Pfalz?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Anteilseigner der Stadiongesellschaft ist allein die Stadt. Die ursprünglichen Überlegungen, Banken mit hineinzunehmen, sind nicht weiter verfolgt worden vor dem Hintergrund, dass eine Reihenfolge der Bedienung von Verbindlichkeiten festgelegt worden ist, sodass Banken faktisch in die Rolle wie Eigenkapitalgeber gekommen sind. So war die Ausgangssituation.

Wie gesagt, das hat sich durch die Umschuldung im Jahr 2006 geändert. Damit sind alle Banken und auch das Land komplett aus der Haftung herausgekommen. Sämtliche Bürgschaftsurkunden sind zurückgegeben worden, sodass es im Moment eine sehr einfache Struktur gibt. Die Stadt hält allein die Stadiongesellschaft und trägt 100 % der Risiken. So einfach ist diese Struktur.

Es gibt zwei Möglichkeiten, die Fußballweltmeisterschaft zu bewerten. Das kann man einmal aus der Entwicklung

des Sommers 2006 mit allem machen, was Deutschland in emotionaler Hinsicht sehr gut getan hat.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Ich sage, das gilt auch in nationaler Hinsicht im wohlverstandenen Sinne. Das gilt auch für die internationale Anerkennung. Deutschland ist also ein Land, in das man reisen will, weil man auf ein Land neugierig wird, das eine Fußballweltmeisterschaft so ausrichten kann. Das hat insbesondere in Rheinland-Pfalz und in der Region Kaiserslautern erhebliche zusätzliche Übernachtungen, Umsätze und Wertschöpfung gebracht. Alle Wirtschaftsexperten sagen, dass ein gewisser Sockel davon in die nächsten Jahre herüberreicht, sodass wirtschaftlich nicht nur ein Einmaleffekt vorhanden war, sondern es einen Dauereffekt gibt. Von daher waren die öffentlichen Investitionen für die Fußballweltmeisterschaft hoch rentable Investitionen. Das gilt auch für den Standort Kaiserslautern.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Minister, gab es auch auf europäischer Ebene Vorschriften, Richtlinien oder sonstige Dinge, die in diesem Zusammenhang bei der Weisung zu beachten gewesen wären?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Ach, jetzt weiß ich, worauf Sie hinauswollen.

(Hartloff, SPD: Nachtigall, ick hör dir trapsen!)

Jede Bank, die mit öffentlicher Finanzierung oder öffentlichen Bürgschaften zu tun hat, muss sich natürlich die Frage stellen, ob es sich hier um unerlaubte Beihilfe handeln könnte. Das gehört sozusagen zum Standard in einer Bank aus der Erfahrung heraus, dass die Europäische Kommission schon des Öfteren entschieden hat, dass gut gemeinte Zuschüsse oder Bürgschaften als unerlaubte Beihilfe zu werten sind. Für die Fußballweltmeisterschaft und die Infrastrukturinvestitionen gab es allerdings relativ frühzeitig klare Regeln seitens der Europäischen Union, nämlich dass dies öffentliche Infrastrukturmaßnahmen sind, die, wenn sie auch anders als für den reinen Profisport genutzt werden können, zulässig sind im Sinne einer öffentlichen Finanzierung oder einer öffentlichen Bürgschaft. Von daher haben wir uns auf absolut sicherem Boden bewegt.

Diese Grundregeln der Europäischen Union sind an einigen konkreten Beispielen in der Zeit vor der Fußballweltmeisterschaft durchgespielt worden. Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist dies am Beispiel des Stadions in Hannover geschehen, wo das durchexerziert worden ist und die Europäische Union dann zu dem Ergebnis gekommen ist, Infrastrukturinvestitionen, die auch – und

wenn es nur ein kleiner Teil ist – gemeinnützigen Zwecken dienen können, sind nicht zu beanstanden, wenn sie öffentlich finanziert oder öffentlich verbürgt werden. Insofern verstehe ich, dass der Sachbearbeiter oder der Rechtsanwalt in sein Gutachten so etwas hineinschreibt. Das ist Standard. Aber Risiken gibt es in diesem Bereich keine.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Minister, auch in die Zukunft gerichtet: Man hat Presseberichterstattungen entnehmen können, dass bei der damaligen Zahlung an das Finanzamt durch Herrn Jäggi eventuell zu viel gezahlt worden sei. – Gibt es denn Anstrengungen vonseiten des Vereins oder von Ihrer Seite aus – das ist ja schließlich das Finanzministerium –, das zu klären? Welche rechtlichen Bewertungen gibt es dazu? Gibt es Rückforderungsansprüche des Fußballvereins, um dem Verein Liquidität zu gewährleisten, und wenn es diese Rückforderungen gibt, wie werden diese vom Land dann entsprechend befriedigt?

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Zunächst einmal gibt es immer wieder einmal komplizierte Steuerfälle, die rechtlich schwierig zu bewerten sind, die möglicherweise auch nicht die Zeit geben, um die Dinge einer abschließenden Klärung zuzuführen, oder die möglicherweise jahrelange Recherchen mit sich bringen würden oder die gar nicht aufklärbar, aber mehr als dubios sind. In solchen Fällen gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die eine ist, man wartet den Steuerbescheid ab und geht gegen diesen dann rechtlich in der Hoffnung vor, im Widerspruchsverfahren, beim Finanzgericht oder beim Bundesfinanzhof möglicherweise Erfolg zu haben. Es kann aber sein, dass der Patient zwischenzeitlich verstorben ist.

Die andere Alternative ist, dass es in solchen Situationen, wie es auch hier der Fall war, wo vieles nicht aufklärbar ist, weil Zeugen nicht vorhanden sind, nicht kommen, sich nicht vorladen lassen oder Erinnerungslücken haben, dann zu einer tatsächlichen Verständigung kommt. Eine tatsächliche Verständigung ist ein abschließender Akt. Genau das ist hier geschehen.

(Hartloff, SPD: Selbst wenn sie einen Geld gekostet hat!)

Ich kann das hier kommunizieren, weil es öffentlich gesagt worden ist. Im Übrigen hat mich der Verein ausdrücklich von der Verschwiegenheitspflicht in Sachen Steuern befreit, sonst würde ich darüber überhaupt nicht reden. Die Steuerforderung, die im Raum stand, war deutlich höher. Sie ist natürlich aufseiten des Vereins von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern geprüft worden. Nach reiflicher Überlegung ist dann die tatsächliche

Verständigung abgeschlossen worden, nämlich mit statt 12 Millionen Euro, die etwa im Raum standen, mit gut 8 Millionen Euro. Das ist dann zunächst einmal ein abschließendes Ergebnis. Da gibt es auch keine Nachverhandlungsmöglichkeiten.

Dessen ungeachtet hat natürlich der Verein alle rechtlichen Möglichkeiten. Ob diese zum Erfolg führen, ist eine ganz andere Frage. Dazu will und kann ich mich nicht äußern. Abgesehen davon werden Sie sich vielleicht daran erinnern – das steht alles in Protokollen –, dass ich damals erklärt habe, dadurch, dass ich an der Sanierungslösung beteiligt war und insofern sozusagen den Hut „Finanzminister als Bürgschaftsminister“ aufhatte, hatte ich Anweisung an die Steuerabteilung gegeben, mich mit keinerlei Entscheidungen in dieser Steuersache zu befassen, was in jedem Fall vernünftig ist, aber was meistens im Nachhinein noch vernünftiger ist.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Deswegen kann ich Ihnen zu Details sowieso nichts sagen.

Präsident Mertes:

Die Fragestunde ist jetzt abgelaufen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Zur Geschäftsordnung erteile ich Frau Kollegin Schleicher-Rothmund das Wort.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion beantrage ich die Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 2 „Finanzierung des Fritz-Walter-Stadions“.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Bracht.

(Frau Spurzem, SPD: Jetzt ist er sprachlos!)

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, die CDU-Fraktion schließt sich diesem Antrag an.

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Mertes:

Ich rufe die **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hans-Josef Bracht und Gerd Schreiner (CDU), Finanzierung des Fritz-Walter-Stadions** – Nummer 2 der Drucksache 15/2276 – betreffend, auf.

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff.

(Licht, CDU: Da Sie es nicht verhindern können, war das so normal!)

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Licht, in keiner Weise wollen wir eine Aussprache über diesen Punkt verhindern,

(Licht, CDU: Sie können es ja auch gar nicht!)

sondern wir wollen diese Gelegenheit nutzen, noch einmal darzulegen, dass, wenn Chancen in diesem Land bestehen, wir diese Chancen auch nutzen und die SPD-Fraktion der Landesregierung dankbar dafür ist, dass diese Chancen der Fußballweltmeisterschaft und der Fortführung des Stadions genutzt wurden und Fantasie darauf verwendet wurde.

(Starker Beifall der SPD)

Es unterscheidet uns von Ihnen, dass wir auch den Mut haben, solche Entwicklungen zum Nutzen unseres Landes und darüber hinaus zu nutzen. Das ist hier geschehen. Da sollte man auch nicht nachkarten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es war eine Premiere bei der Fragestunde, dass nur zwei Mündliche Anfragen aufgerufen wurden. Ähnlich war das im Übrigen bei der Diskussion, wie es denn mit dem Stadionausbau und der Weltmeisterschaft weitergeht. 21 Mal habe ich gezählt – in den Ausschüssen, Kleinen Anfragen, Mündlichen Anfragen, Regierungserklärungen, Aussprachen in diesem Parlament zu allen Fragen hoch und runter, so wie wir es eben auch erlebt haben mit einem bestens präparierten Finanzminister und einem guten Innenminister, die zu jeder Frage detailliert antworten und Ihnen erklären können, wie die Zusammenhänge sind.

(Starker Beifall der SPD –
Ramsauer, SPD: Notfalls sogar mehrfach!)

Meine Damen und Herren, welche Ausgangsposition hatten wir damals im Jahr 2001 in Kaiserslautern? – Eine gebeutelte Region in der Westpfalz, in der wir uns mit Konversionsanstrengungen bemüht haben, eine Wende hinzubekommen, damit man Mut zur Zukunft in dieser Region hat.

Es hat sich die Chance gestellt, dass man eine Fußballweltmeisterschaft dort ausrichten kann, die beim nächsten Mal in Südafrika stattfinden wird. Was denken Sie, mit welchen Konditionen und unter welchen Klimmzügen dort gearbeitet wird, damit man ein solches weltweites Großereignis durchführen kann?

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Was hat das mit uns zu tun?)

– Was hat das mit uns zu tun? Frau Kohnle-Gros, wie tief sitzen Sie in der Provinz, wenn Sie vorhin gesagt

haben, eingeworfen haben – auf der Empore hat man es sicherlich nicht gehört –, die WM hat der Ministerpräsident dann gewonnen?

Sie wollten in dieser WM-Stadt Beigeordnete werden. Ich sage im Nachhinein, es ist gut, dass es nicht der Fall ist.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Wer sich in Gefahr begibt, muss aufpassen.

(Zurufe von der CDU)

Ich verstehe überhaupt nicht die Aufregung. Ich habe einen Fakt genannt. Wenn man in einer Kommune Verantwortung tragen will, dann muss man auch für eine Region und für eine Kommune stehen, und zwar mit Herzblut. Das scheint mir aus dieser Bemerkung nicht zu fließen.

(Beifall der SPD –
Frau Wopperer, CDU: Arroganz der Macht! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich zur Ausgangsposition zurückkommen.

Wir haben uns die Region betrachtet und gemeinsam entschieden, dass es sinnvoll ist, dort die Fußball-WM auszurichten. Auch die GRÜNEN – damals noch im Parlament – waren mit dieser gemeinsamen Entscheidung einverstanden. Frau Thomas war eine der hartnäckigsten Fragerinnen, wenn es darum ging, wie die Entwicklung dort ist.

Natürlich war es eine verdammt schwierige Situation, als der FCK in Schieflage gekommen ist. Herr Minister Deubel hat es vorhin gesagt. Es drohte eine Insolvenz, damit verbunden ein Abstieg, keine dauerhafte, sinnvolle Spieltätigkeit in diesem Stadion und eine Gefährdung der Durchführung der WM. Dann haben Sie die politische Frage, unternimmt man alle Anstrengungen, damit dieser „Worst Case“ nicht kommt, lässt man es einfach darauf ankommen, hat man Angst zu entscheiden, oder präpariert sich damals schon so mit Fragen, dass man nachher sagen kann, wenn es ein Erfolg war, wir wollten es, und wenn es kein Erfolg war, wir waren schon immer dagegen. Das ist Ihre Methode.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere Herrn Bracht. Ach, das mache ich in der nächsten Runde. Da bleibt mir noch ein wenig Vergnügen.

Danke.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler vom Kolbzentrum in Speyer, deut-

sche und polnische Schülerinnen und Schüler. Seien Sie herzlich willkommen! Dzień Dobry!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich den SPD-Ortsverein Neuwied-Feldkirchen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Fragestunde sind zu diesem Thema viele Fragen offengeblieben. Deshalb haben wir diese Aussprache beantragt.

Herr Hartloff, so, wie Sie Ihren Auftritt zu Beginn dieser Aussprache hingelegt haben, müssen wir annehmen, Sie haben viel zu verbergen.

(Beifall bei der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Nicht nur wir glauben das. Ich bin sicher, die Öffentlichkeit auch.

Meine Damen und Herren, Sie haben mit der Legendenbildung schon begonnen.

Ich will als erstes klarstellen, wir alle in der CDU-Fraktion, zumindest fast alle, sind auch Fans des FCK. Wir haben bei den Erfolgen mitgefeiert. Wir haben bei Niederlagen mitgetrauert. Wir haben um den Klassenerhalt gezittert. Wir wissen um die wirtschaftliche und die symbolische Bedeutung des 1. FC Kaiserslautern für die Region und unser Land. Wir haben auch die WM gewollt.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

– Hören Sie doch zu.

Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren wohlwollend kritisch die Unterstützung des FCK und der Stadt – – –

(Zuruf von der SPD: Wohlwollend!)

– Es ist Aufgabe der Opposition, das auch kritisch zu tun.

Wir haben wohlwollend kritisch die Unterstützung von FCK und Stadt in einer schwierigen Situation begleitet und werden dies auch in Zukunft tun. Aber wir haben dies auch in der Hoffnung getan, dass es besser werde. Aber es wurde immer schlimmer.

Wir haben nach mehrfachen Informationen und Diskussionen – es ist dargestellt worden – im Haushalts- und

Finanzausschuss darauf vertraut, dass die Landesregierung nach Recht und Gesetz handelt.

(Frau Spurzem, SPD: Das hat sie getan! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben darauf vertraut, dass das Sanierungskonzept, das der damalige Staatssekretär Deubel erarbeitet hat, wenigstens halbwegs tragfähig sei. Wir haben uns getäuscht. Meine Damen und Herren, nein, wir wurden getäuscht.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Zu keinem Zeitpunkt hat uns die Landesregierung unterrichtet, dass die ADD erhebliche rechtliche Bedenken, sogar Rechtsverstöße im Vertrag zur Übertragung des Stadions vom Verein auf die neu gegründete stadteigene Stadiongesellschaft festgestellt hat. Zu keinem Zeitpunkt. Das ist eben bestätigt worden.

Zu keinem Zeitpunkt hat die Landesregierung mitgeteilt, dass sie die ADD angewiesen hat, gegen die Errichtung des Fritz-Walter-Stadions in Kaiserslautern keine Bedenken wegen Rechtsverletzung zu erheben.

(Licht, CDU: Das ist ein Novum!)

Zu keinem Zeitpunkt hat uns die Landesregierung mitgeteilt, dass gleich zwei Gutachter erhebliche Bedenken geltend gemacht haben, was die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Konzepts betrifft.

(Frau Schmitt, SPD: Lesen Sie doch das Protokoll!)

Wir haben zwar die wirtschaftliche Tragfähigkeit angezweifelt, wir konnten es aber selbst nicht belegen. Jetzt scheint es schwarz auf weiß vorzuliegen. Wir erwarten, dass die Landesregierung uns diese Gutachten, soweit dies möglich ist, kurzfristig zur Bewertung zur Verfügung stellt.

Meine Damen und Herren, wir stellen also fest, diese Landesregierung hat nicht nur die Öffentlichkeit im Unklaren gelassen, sie hat auch das Parlament nicht umfassend informiert.

(Frau Schmitt, SPD: Das weise
ich entschieden zurück!)

Das allein ist ein nicht zu entschuldigender Vorgang. Noch viel schlimmer ist es aber, dass man Rechtsbeugung betrieben hat. Sie, die Landesregierung, nicht der damalige Staatssekretär Bruch, nein, diese Landesregierung; denn ein solches Projekt geht nicht über die Bühne ohne Zustimmung des Kabinetts, ohne Zustimmung des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Aha!)

Diese Landesregierung hat Rechtsbeugung betrieben, indem sie ihre Mittelbehörde angewiesen hat, keine Bedenken wegen Rechtsverletzung zu erheben.

(Frau Schmitt, SPD: Wie weit müssen Sie sinken!)

Meine Damen und Herren, das heißt, Sie haben die ADD nicht nur aufgefordert, rechtliche Aspekte nicht zu prüfen, was schon schlimm genug wäre, nein, Sie haben angewiesen, dass offensichtlich bereits festgestellte Rechtsverletzungen nicht benannt und einer rechtsstaatlichen Entscheidung zugrunde gelegt werden dürfen.

Meine Damen und Herren, das ist Rechtsbeugung nach Gutsherrenart.

(Beifall der CDU)

So arbeiten Regierungen in Bananenrepubliken, und so etwas darf in einem Rechtsstaat nicht passieren.

(Zurufe von der SPD –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist ein Verfassungsstaat und keine Bananenrepublik. Wenn wir das als erste nach draußen tragen, werden dies die anderen auch tun.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Abg. Bracht, CDU:

Meine Damen und Herren, natürlich können Sie Anweisungen in politischen Fragen erteilen. Das bestreitet niemand. Aber in Rechtsfragen muss auch für die Regierung Recht gelten.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, deshalb meine Antwort auf Ihre Stellungnahme in der Presse in den letzten Tagen: Das, was Sie hier gemacht haben, war weder richtig noch rechtens.

Das reiht sich nahtlos in die Reihe der Rechtsverstöße der letzten Jahre innerhalb der Regierung ein.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Verfassungsrechtsbruch durch Minister Bamberger, Vergaberechtsbruch durch Minister Bruch in der Schwiengersohnaffäre.

(Frau Schmitt, SPD: Wo ist
der Staatsanwalt dran? –
Ramsauer, SPD: Bei uns oder bei Euch? –
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, alles Weitere in der nächsten Runde.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich kann verstehen, dass man im Eifer des Gefechts in der Argumentation auch einmal danebenlangt. Nachdem ich aber gesehen habe, dass Herr Kollege Bracht eine schriftliche Vorlage gehabt hat, ist der Eifer des Gefechts zumindest nicht zu unterstellen, sondern er war vorbereitet.

(Zurufe von der CDU)

– Sie müssen sich das jetzt anhören, und zwar ohne dass es Beifall oder Kritik gibt. So steht es in der Geschäftsordnung, die Sie sich gegeben haben.

(Dr. Weiland, CDU: Wir müssen gar nichts!)

– Sie müssen nicht. Sie können gegen die Geschäftsordnung verstoßen. Selbstverständlich. Das dürfen Sie.

Bananenrepubliken wählen nicht. In Bananenrepubliken werden Regierungen nicht abgelöst. In Bananenrepubliken können Regierungen nicht kritisiert werden. Was tun wir in diesem Parlament? Entspricht das einer Bananenrepublik? Ich meine, wir haben uns jetzt verstanden.

(Unruhe bei der CDU)

– Ich meine, wir haben uns jetzt verstanden. Wir sollten mit der Begrifflichkeit – – – Sie können sie weiter benutzen, aber ich werde immer dafür eintreten, dass dieses Land nicht als Bananenrepublik desavouiert wird. Immer!

(Beifall der SPD)

Herr Auler, Sie haben das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Bundesrepublik Deutschland den Zuschlag für die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006 erhalten hatte, ist die Absicht, Kaiserslautern zum WM-Standort zu machen, vom 1. FC Kaiserslautern, von der Stadt Kaiserslautern und vom Land Rheinland-Pfalz unterstützt worden. Diese Bewerbung ist deshalb auch ausweislich einer Plenardebatte im rheinland-pfälzischen Landtag mit großer Unterstützung von den Regierungsfractionen und der Opposition erfolgt.

Dies hatte nicht nur mit sportlichen Erwägungen und vielleicht mit damit verbundenen emotionalen Befindlichkeiten zu tun. Klar war auch, dass dies eine Gelegenheit war, im Zusammenhang mit der Durchführung der WM Infrastrukturmaßnahmen in der Region voranzutreiben, um auf diesem Weg der Region bessere Voraussetzungen für einen nachhaltigen Strukturwandel zu geben.

Im Jahr 2003, nachdem Kaiserslautern den Zuschlag erhalten und der Umbau des Stadions begonnen hatte, stellte sich heraus, dass im Hinblick auf offensichtlich nicht vorhergesehene Mehrkosten und auf die zwischenzeitlich veränderte Finanzlage des 1. FC Kaiserslautern eine Fertigstellung des Stadions in Gefahr gera-

ten würde. Ein Scheitern dieser Maßnahme wäre nicht nur für den 1. FC Kaiserslautern, sondern auch für die Stadt Kaiserslautern sowie für das Land Rheinland-Pfalz ein schwerer Schaden gewesen.

Gegenüber anderen Partnern wäre z. B. nur schwer zu rechtfertigen gewesen, dass die in Aussicht genommenen Verbesserungen der Infrastruktur zu Ende geführt werden sollten, obwohl man es nicht schafft, ein WM-taugliches Stadion zu errichten und damit – wie vorgesehen – die WM in Kaiserslautern stattfinden zu lassen.

Im Hinblick auf die aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten war es deshalb notwendig, ein Sanierungskonzept zu erarbeiten, um die Durchführung der WM zu sichern und den für die Region zu erwartenden Schaden bei Absage der WM zu verhindern.

Das in Verhandlungen zwischen dem Verein 1. FC Kaiserslautern, der Stadt Kaiserslautern und dem Land entwickelte Konzept zur Fertigstellung des Stadions basierte unter anderem auch auf einer Prognose hinsichtlich der sportlichen und damit der wirtschaftlichen Entwicklung des Vereins 1. FC Kaiserslautern, da die vom Verein übernommenen Verpflichtungen im Sanierungskonzept nur bei wirtschaftlichem Erfolg zu tragen waren. Insofern beinhaltete das Konzept ein Prognoserisiko, welches sich in Zukunft verwirklichen konnte.

Eine Alternative, z. B. ein privater Investor mit einem geringeren Prognoserisiko für die öffentliche Hand, lag nicht vor. In der Abwägung der Vor- und Nachteile war es trotz der Risiken nicht falsch, den Weg des Sanierungskonzepts zu gehen, um größere Schäden von der Region und für das Land abzuwenden, und zwar nicht nur zu erwartende Image-, sondern auch wirtschaftliche Schäden.

Wenn nun rechtliche Zweifel an der Durchführbarkeit des damaligen Sanierungskonzepts erhoben werden, muss diesem Vorwurf nachgegangen und muss der Vorwurf insoweit geklärt werden.

Zum damaligen Zeitpunkt war der FDP-Fraktion klar, dass dem Konzept eine Prognose zugrunde lag, die Risiken beinhaltete. Sie ging jedoch davon aus, dass es ein rechtlich zulässiges und damit umsetzbares Konzept ist. Insofern liegt es auch im Interesse der FDP-Fraktion, wenn die erhobenen Vorwürfe geklärt werden.

Daneben erwarten wir aber auch, dass im Hinblick auf die jetzt entstandene Lage in Ruhe ein tragfähiges Konzept entwickelt wird, mit dem die durch das Eintreten des Prognoserisikos entstandenen Lasten angemessen unter den Beteiligten aufgeteilt und getragen werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Meine Damen, meine Herren! Wenn ich so engagiert vorhin hinter das Pult getreten bin, habe ich das deshalb getan, weil es mich ärgert, wie Sie von der CDU mit dem Thema umgehen. Das ist nicht lauter.

(Wirz, CDU: Sie ärgern sich über jeden – – –)

Sie haben sich früher genauso wie wir dafür eingesetzt, dass es zu dieser WM kam und man in Kaiserslautern nach den Vorgaben der FIFA ein entsprechendes Stadion baut.

(Baldauf, CDU: Transparent, Herr Kollege!)

Sie sind permanent in den Ausschüssen auch über die Schwierigkeiten und über den Lösungsweg in einer schwierigen Situation informiert worden. Es ist darüber permanent mit der Stadt Kaiserslautern kommuniziert worden, weil das in Zusammenarbeit geschehen ist. Die Stadt Kaiserslautern ist ihrer Verantwortung gerecht geworden. Da ich ein gutes Gedächtnis habe, weiß ich sehr wohl noch, dass meine eigenen Parteikolleginnen und -kollegen in Kaiserslautern sehr skeptisch waren und wir sie zuerst überzeugen mussten. Dort haben wir auch Gespräche geführt, weil wir natürlich das Gesamtinteresse im Auge gehabt haben. Ich meine, das war gut so. Das sollte man später genauso sehen, wie man es früher gesehen hat.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Bracht, Sie haben in Ihrer Presseerklärung ausgeführt: „Die aktuelle Entwicklung bestätigt unsere Befürchtungen. Wir haben bereits seinerzeit deutlich gemacht, dass wir erhebliche Zweifel an der finanziellen Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts haben. Offensichtlich waren diese Zweifel mehr als berechtigt. Bruch und Deubel müssen diesen Sachverhalt umgehend aufklären. Wir werden beiden hierzu im Rahmen der Plenarsitzung in dieser Woche Gelegenheit geben.“

Herr Minister Deubel hat aufgeklärt, so wie er das früher auch getan hat.

Ich zitiere aus dem Protokoll der öffentlichen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 3. Juli 2003. Diese Ausführungen haben Sie schon einmal gehört. Herr Staatssekretär Bruch führte aus: „Ein Problem sei die Frage gewesen“ – es geht um die Prüfung der ADD –, „ob für die Stadt Kaiserslautern aufgrund der finanziellen Situation diese Stadiongeseellschaft überhaupt tragbar sei und wie die Risikoverteilung aussehe.“

Das zweite Problem sei die Frage gewesen, wie das Baukostenrisiko aussehe. Diese Fragen seien kommunalaufsichtlich geprüft worden.“ Es wurde dann auch gesagt, er habe die Weisung gegeben, dass wegen der finanziellen Situation der Stadt Kaiserslautern unter Abwägung der strukturpolitischen Problematik die Stadiongeseellschaft aufgrund der geschilderten Struktur mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden könne.

(Frau Spurzem, SPD: Ganz neue Fakten!)

Eine Weisung erteilt man dann, wenn die ADD, wie mehrfach vorgetragen, zutreffend Bedenken geäußert und gesagt hat, wir werden aus den und den Gründen nicht genehmigen. Man nimmt eine gesamtpolitische Abwägung vor, ob diese Risiken zu gehen sind, und spricht das mit der Stadt Kaiserslautern durch, die auch davon betroffen war. Daraufhin ist diese Weisung ergangen. Das ist in der erwähnten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in öffentlicher Sitzung kommuniziert worden. Ich habe eben aus dem Protokoll zitiert. Da können Sie nicht von Täuschung reden. Das ist wider besseres Wissen, Herr Kollege Bracht.

(Beifall der SPD)

Die Landesregierung ist für Verwaltungshandeln zuständig. Das hat sie auch gemacht. Das tun wir nicht im Landtag, auch wenn Sie das vielleicht manchmal vermengen wollen. Das ist in diesem Verfahren in größtmöglicher Transparenz gerade auch wegen der großen bestehenden Probleme geschehen. Das sollten Sie gewiss nicht der Regierung zum Vorwurf machen.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Schreiner, Sie haben erwähnt, was die Regierung für zukünftige Stadionbauten oder anderes daraus lernt. Soll ich daraus schließen, dass man keinerlei Risiken eingehen soll und diese Sachen von denen bauen lässt, die eigentlich dafür stehen, nämlich Mainz 05? Wünschen Sie sich, dass sich die Regierung heraushält? Ist das Ihr Wunsch?

(Zurufe von der SPD)

Wenn sich das Land aus übergeordneten Interessen heraus bemüht, Lösungswege zu finden und daran mitarbeitet, sollten Sie es auch nicht kritisieren.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident! Wenn man dem Kollegen Hartloff zuhört, bekommt man den Eindruck, dass die „Transparenz“ ein ganz neues Leitbild, eine neue Definition und neue Wertigkeit erhalten sollte.

Lieber Herr Kollege Hartloff, im Haushalts- und Finanzausschuss ist nicht gesagt worden, dass wegen Rechtsverletzung keine Bedenken erhoben werden dürfen. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Ich bleibe auch dabei, dass eine Regierung so etwas nicht tun darf. Das ist nicht rechtens. Sie dürfen politische Weisungen erteilen. Dafür müssen Sie die Verantwortung tragen. Das ist klar. Sie dürfen aber keine Weisung erteilen, dass gegen Recht verstoßen werden soll. Deshalb bleibe ich bei meiner Position.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Bleiben Sie doch einmal
bei den Fakten!)

Meine Damen und Herren, die großen Probleme, die wir beim FCK haben, haben wir nicht erst seit 2003. 2003 sind sie eskaliert und explodiert. Wir standen vor der Insolvenz. Die Probleme haben weit früher begonnen.

Wer war es denn, der vor vielen Jahren nach der Wahl zum Ministerpräsidenten einen Herrn Herzog aus der Staatskanzlei als Geschäftsführer zum FCK geschickt hat, um diesen im Sinne der Staatskanzlei zu steuern?

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Wer war zumindest mitverantwortlich dafür, dass ein Herr Friedrich und ein Herr Wieschemann gemeinsam mit Herrn Herzog als Triumvirat installiert wurden, das mit Überheblichkeit, Selbstüberschätzung und gelegentlichem Größenwahn den FCK in den Ruin geführt hat?

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür ist diese Regierung und kein anderer mitverantwortlich.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Das ist primitiv!)

Der Herr Ministerpräsident hat der Presse in den letzten Tagen gesagt, dass es undenkbar gewesen wäre, im Vorfeld der WM zu sagen, wir machen Schluss.

Herr Ministerpräsident, dazu will ich Ihnen sagen, dass wir das auch so sehen. Das wäre undenkbar gewesen. Es ging nicht darum, Schluss zu machen. Wir werfen Ihnen heute nicht vor, dass Sie gehandelt haben.

(Zurufe von der SPD)

Wir werfen Ihnen vor, dass Sie falsch gehandelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir werfen Ihnen vor, dass Sie nicht nach einer rechtlich einwandfreien und wirtschaftlich tragfähigen Lösung gesucht und diese realisiert haben. Das werfen wir Ihnen vor.

(Pörksen, SPD: Schlagen Sie doch eine vor!)

Herr Ministerpräsident, Sie werden in der „AZ“ mit dem Satz zitiert: „Wir werden uns auch in Zukunft erlauben, unsere Behörden in diesem Sinne anzuweisen.“

Herr Ministerpräsident, ich glaube nicht, dass es sich eine Regierung erlauben darf, gegen Recht zu verstoßen bzw. eine nachgeordnete Behörde anzuweisen,

gegen Recht zu verstoßen, und zwar ganz gleich, welche Gründe vorliegen.

(Zurufe von der SPD)

Das erwarten wir von den Bürgerinnen und Bürgern. Das erwarten wir auch von unserer Regierung.

Meine Damen und Herren in der Regierung, hören Sie endlich auf, diesen Weg zu gehen und Einfluss auf diesen Verein zu nehmen! Hören Sie auf, ihm in Ihrem Interesse zu instrumentalisieren! Dann wird es dem Verein auch bald besser gehen.

(Beifall der CDU –
Frau Spurzem, SPD: Wer solche Mittelstürmer
hat, kann nur verlieren! –
Pörksen, SPD: Nur foul spielen
kommt nie zum Ziel!)

Präsident Mertes:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Dingen ein paar Bemerkungen machen. Zuerst komme ich auf die Rolle der ADD, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion im staatlichen Gefüge, und dann auf die Weisung des Staatssekretärs zu sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich es richtig verfolge, ist für die CDU die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion die Aufsicht über die Landesregierung. Das ist nicht der Fall. Das staatliche Gefüge sieht vor, dass die ADD Anträge baulich und rechtlich prüft und diese bescheidet, soweit sie zuständig ist, und, wenn sie nicht zuständig ist, diese Bescheide dem Ministerium vorlegt. Das Innenministerium prüft diese Fragen, klärt sie und gibt Weisung oder keine Weisung. Das ist die Rolle der ADD.

Mir ist es auch in den Presseveröffentlichungen so vorgekommen, als sei das umgedreht. Das ist im Übrigen eine nachgeordnete Behörde. Chef dieser Behörde ist der Präsident. Sein Chef bin zurzeit ich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns damals die Situation sehr schwer gemacht. Ich habe vor der Sitzung am 3. Juli mit meinen Mitarbeitern geredet. Wir haben diese Bedenken gewogen.

Ich lese Ihnen meinen Vermerk vom 28. Mai 2003 vor: Den im Rahmen der Bearbeitung des Vorgangs „Erweiterung des Fritz-Walter-Stadions“ von der Abteilung 3 – das ist die Abteilung, die mit der ADD kommunalrechtlich und förderrechtlich für diese Förderung zuständig ist – vorgebrachten Bedenken gegen die Erteilung kommunalaufsichtlicher Weisungen und gegen die Bewilligung von Zuwendungen kann ich aus übergeordneten Gründen des Gemeinwohls nicht folgen. Die Versagung der erforderlichen Genehmigungen und der Zuschüsse

würde das Stadionprojekt und die Sanierung des Vereins unmöglich machen.

Wenn die vorgesehene Sanierung des 1. FCK nicht fristgemäß gelingt, wird ein Insolvenzverfahren sehr wahrscheinlich sein. Verbunden mit der Insolvenz wäre der Verlust erheblicher Landesmittel, die im Rahmen von Garantien zu leisten sind. Die Insolvenz würde überdies dazu führen, dass bisherige erhebliche Landeszuwendungen verloren wären, da bei der Versteigerung durch die nachhaltige grundbuchrechtliche Sicherung die Rechte des Landes nicht berücksichtigt werden. Ein Abstieg des Vereins in die Regionalliga – auch dies haben wir damals diskutiert und besprochen – trotz der jüngsten Spielerfolge 2003 ist nicht zu verhindern, sollte die Sanierung nicht gelingen.

Die wirtschaftlichen Folgen für den Verein, der einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region darstellt, sind in diesem Fall kaum absehbar. Der Verein beschäftigt ca. 60 Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze im Fall der Insolvenz oder dem Abstieg nicht in vollem Umfang erhalten werden können, mindestens massiv bedroht sind. In diesem Zusammenhang müssten die Pächter der Gastronomie des 1. FCK und die vielen Pächter von Kleinbetrieben in und am Stadion mit empfindlichen Umsatzrückgängen rechnen.

Der Verein ist ferner für einen großen Teil des Aufkommens von Ertragssteuern in der Stadt Kaiserslautern verantwortlich. Es ist davon auszugehen, dass sich das Umsatzsteuer-, Körperschafts- und Einkommensteueraufkommen erheblich verringern wird. Ein Scheitern der Sanierung des WM-Ausbaus schadet ferner empfindlich dem Land, da die Millionen Euro an Fördermitteln nur mühsam abgeschwächte Probleme des Truppenabzugs und des wirtschaftlichen Abschwungs in einer ohnehin strukturschwachen Region wieder um ein Vielfaches verschärfen würden.

Vor diesem Hintergrund dürfen weder die Sanierung des Vereins noch der Ausbau des Stadions zu einem WM-Stadion in irgendeiner Weise gefährdet werden. –

Herr Abgeordneter Bracht, daraufhin erfolgte die Weisung, die gegen das Haushaltsrecht war. Das ist eindeutig klar. Wie anders hätte der Staatssekretär entscheiden sollen? Sie haben doch gesagt, es gibt noch andere Wege. Nennen Sie mir einen Weg, den wir hätten gehen können!

(Beifall der SPD)

In der Sitzung am 3. Juli habe ich über diese Weisung berichtet. Es muss schon ein sehr Unkundiger sein, der daraus schließt, dass keine transparente Information erfolgt ist, Herr Baldauf. Ich habe mir angeschaut, wer damals in der Sitzung war.

(Zuruf von der SPD: Jetzt wird es spannend!)

Der Abgeordnete Manfred Nink, der Abgeordnete Gerd Itzek, der Abgeordnete Joachim Mertes, der Abgeordnete Frank Puchtler, die Abgeordnete Beate Reich, die Abgeordnete Astrid Schmitt, der Abgeordnete Franz Josef Bischel, die Abgeordnete Marlies Kohnle-Gros, der

Abgeordnete Hans-Josef Bracht, der Abgeordnete Herbert Jullien, der Abgeordnete Dr. Weiland, der Abgeordnete Werner Kuhn, die Abgeordnete Ise Thomas von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gab eine Nachfrage in dieser Sache, die sich jedoch nicht auf meine Information bezog, sondern auf die Bankensituation, zu der ich nichts sagen konnte, weil ich damals nicht involviert war. Auch heute bin ich nicht involviert. Sie, Herr Bracht, haben keine Fragen gestellt. Sie haben auch die Weisung nicht infrage gestellt,

(Zurufe von der SPD)

obwohl dies der Schwerpunkt meiner Darstellung war. Das war der Schwerpunkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen zum Thema. Sie haben gesagt, wir hätten gegen Recht und Gesetz verstoßen. Dies sollten Sie zurücknehmen.

(Beifall der SPD)

Sie haben den Vorwurf der Rechtsbeugung gemacht. Wissen Sie, was das bedeutet? – Der Minister hat die Möglichkeit, über dieses Haushaltsrecht hinwegzugehen. Wissen Sie, hier sitzen zumindest fünf Abgeordnete, die mich jedes Mal fragen, ob ich das nicht tun werde. So sieht das nämlich aus.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es ist natürlich so, dass viele Kommunen ihren Eigenanteil nicht leisten können. Dann sagt die Kommunalaufsicht, dem darfst du kein Geld geben. Dann kommt der Abgeordnete XY – ich will jetzt keine Namen nennen, weil ich Sie alle sehr schätze – und sagt: Bruch, mach' das für mich. – In Absprache und in Abstimmung mit dem Finanzminister, denn die Landeshaushaltsordnung sieht das so vor – und so ist es auch hier geschehen –, sage ich dann: Jawohl, das machen wir. Wir fördern das. – So sieht das aus. Sie sollten nicht so tun, als gebe es das nicht.

(Beifall der SPD)

Herr Abgeordneter Bracht, ich gestatte mir, auch noch Folgendes zu sagen: Es gibt offensichtlich einen großen Unterschied in der Betrachtung des 1. FCK zwischen der lokalen CDU, dem Oberbürgermeister Deubig, einem CDU-Mitglied, und Ihnen. Der Oberbürgermeister stand in ständigem Kontakt. Er hat mich gedrängt, diese Weisung abzugeben. Anders wäre es nicht gegangen. Ich hoffe, Sie haben sich irgendwann einmal mit ihm unterhalten.

(Abg. Frau Schmitt, SPD: Er hat es auch nicht so dargestellt!)

Diese lokale Situation scheint die Landes-CDU überhaupt nicht zu interessieren.

(Abg. Frau Schmitt, SPD: Er distanziert sich davon!)

Diese Landtagsfraktion ist offensichtlich völlig isoliert oder allein im Raum schwebend ohne diejenigen, die die

örtliche Politik machen. So sieht es aus. Sie müssen sich prüfen, inwieweit Sie mit Ihrer lokalen Politik übereinstimmen.

(Beifall der SPD)

Herr Bracht, eine allerletzte Bemerkung: Der Ministerpräsident ist an allem schuld. – Auch am Wetter.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile dem Kollegen Wansch das Wort. Bitte schön.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vollkommen überraschend – so ist es der Pressemeldung zu entnehmen – hat die CDU-Fraktion das ganze Verfahren um die Stadiongesellschaft in Kaiserslautern zur Kenntnis genommen. Heute hat sie vollkommen überrascht die ganzen Abläufe gesehen und fehlende Transparenz bemängelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war in der damaligen Zeit, als das Ganze zur Diskussion stand, nicht im Plenum vertreten. Ich habe mich gefragt, ob das alles so überraschend war und ob das alles neu ist. Ich habe deshalb mein privates, als kommunalpolitisch interessierter Mitbürger gesammeltes Archiv an Pressemeldungen durchforstet.

(Unruhe im Hause –
Abg. Ernst, CDU: Geben Sie es zu Protokoll!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, alles, was ich hier bei mir habe, ist im Jahre 2003 zur Gründung der Stadiongesellschaft in Kaiserslautern veröffentlicht. Es sind Veröffentlichungen zu der Frage, wie mit der WM in Kaiserslautern umgegangen wird und welche Möglichkeiten Rheinland-Pfalz hat, hier unterstützend einzugreifen. Sie sagen, es sei vollkommen überraschend. Haben Sie etwa keine Zeitung gelesen?

(Beifall der SPD)

Es ist für mich eine Kleinigkeit, einige Passagen zu zitieren. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus der „RHEINPFALZ“ den Kollegen Böhr: Wir sind Feuer und Flamme. CDU-Landtagsfraktion unterstützt Stadion-Ausbau. –

(Zuruf von der SPD: Oje! –
Widerspruch bei der CDU)

Blicken wir jetzt ein bisschen weiter zum Thema Ablauf, wie geht es mit dem Stadion weiter, wie geht es mit dem FCK weiter. Da titelte „DIE RHEINPFALZ“ am 7. Februar 2003: Objektgesellschaft oder Insolvenz? Beim Krisengipfel zum FCK zeichneten sich zwei Möglichkeiten ab. –

Es war also ganz klar, wie die Situation ist und dass diese Diskussion auch die Stadt und den Stadtrat beschäftigt hat. „DIE RHEINPFALZ“ titelte am 11. November 2003: Stadtrat stimmt FCK-Engagement zu. – Die „Pirmasenser Zeitung“ stellte fest: Stadt steht zum FCK.

(Zurufe aus dem Hause)

Machen wir weiter. Sie haben vollkommen überrascht über Vertragssituationen gesprochen. „DIE RHEINPFALZ“ sagte am 12. Juni 2003 in ihrer Schlagzeile: Kompliziertes Vertragswerk. Sie stellte dieses auch dar. Als interessierter Mitbürger der Stadt und der Region Kaiserslautern war es mir damals jederzeit möglich, das, was Sie heute bemängeln, nachzuvollziehen. Man brauchte es nicht irgendwo in einem Protokoll nachzulesen, man konnte es in der „RHEINPFALZ“, der dortigen Tageszeitung, nachlesen. Meine Damen und Herren, Sie hätten sich lediglich die Mühe der Recherche machen müssen.

Gestatten Sie mir eine weitere Bemerkung als ehemaliger Spieler des 1. FC Kaiserslautern.

(Zurufe aus dem Hause)

Ich korrigiere mich und ergänze: Als E-Jugend-Spieler.

(Heiterkeit im Hause)

Meine Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen und einige andere wissen sicherlich, dass mein sportlicher Lebensweg im Bereich eines anderen Fachverbandes verlaufen ist.

Der FCK hat zurzeit 12.000 Mitglieder. Die Region um Kaiserslautern hat sich in vielfacher Sicht auch um diesen Verein gesorgt. Man hat auch die Chancen des Vereins erkannt. Wenn Sie als Kind im Bereich Fußball unterwegs waren, konnten Sie erleben, dass der FCK überall einen guten Namen hatte. Wenn Sie heute unterwegs sind, stellen Sie fest, dass über die Weltmeisterschaft die Stadt Kaiserslautern nicht nur national, sondern auch international einen guten Namen hat. Das ist eine Entwicklung, die die Weltmeisterschaft in Rheinland-Pfalz bewirkt hat. Das hat die Ausrichtung in Kaiserslautern bewirkt.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wie es konkret in der Stadt aussieht, werde ich in der zweiten Runde darstellen.

(Beifall der SPD –
Zuruf aus dem Hause: Welche zweite Runde?)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal auf die Äußerungen von Herrn Minister Bruch

eingehen. Herr Minister, auch Haushaltsrecht ist Recht. Auch an Haushaltsrecht muss man sich halten.

(Hartloff, SPD: Sie reden als Ministerialer und nicht als Politiker!)

Deshalb bleibe ich dabei: Was Sie vorgenommen haben, war ein Rechtsbruch. Ich bleibe dabei, dass Sie darüber den Landtag und den Haushalts- und Finanzausschuss nicht informiert haben.

(Beifall der CDU)

Auch dies habe ich schon einmal gesagt, ich bleibe dabei. Sie können auch aus den Protokollen nicht belegen, dass Sie genau dies damals gesagt haben.

(Ramsauer, SPD: Das ist doch lächerlich! – Zurufe von der SPD)

– Hören Sie doch zu. Sie müssen es ertragen, tut mir leid.

Wenn Sie die Legendenbildung weitertreiben und uns in Zwiespalt zur lokalen Situation und in Dissens zur örtlichen CDU bringen wollen, dann muss ich sagen, wir haben dort zahlreiche Gespräche geführt. Natürlich haben wir das, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Wir haben dabei aber erkannt, in welcher Zwangslage die Stadt steht. Die ganze Last war auf sie abgewälzt worden.

(Staatsminister Bruch: Was? Sie hat sie doch übernommen!)

Das Konstrukt der Betreibergesellschaft hat der damalige Finanzstaatssekretär entwickelt. Sind die Informationen denn falsch, die uns seinerzeit gesagt wurden, dass in diesen verschiedenen Krisengesprächen im Februar 2003 der Stadt klargemacht worden war, dass keine weiteren Landeshilfen fließen würden, wenn man nicht diesem neuen Finanzierungskonzept zustimmen würde? Ist das falsch?

(Beifall der CDU –
Zurufe von der CDU: So ist das! –
Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Die Stadt hatte also offensichtlich keine andere Wahl, als diesen Weg mitzugehen. So war die Situation. Jetzt werden Sie stumm, meine Damen und Herren. Uns dann vorzuwerfen, wir würden gegen die Stadt handeln, ist Unsinn.

Wir werfen Ihnen vor:

1. Sie haben keine stichhaltigen Gründe nennen können, die Ihr Verhalten von 2003 und 2005 rechtfertigen.

(Heiterkeit des Abg. Hartloff, SPD)

2. In der konkreten Entscheidungsphase 2003 hat diese Landesregierung unter Führung ihres Ministerpräsidenten das Parlament nicht ausreichend informiert.

3. Sie haben – dabei bleibe ich – Rechtsbeugung begangen und wirtschaftliche Argumente nicht gelten lassen.

(Ramsauer, SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

4. Offensichtlich haben Sie auch keine Alternative zu dem Vorgehen seinerzeit geprüft. Jedenfalls ist dies heute hier nicht deutlich geworden.

(Frau Schmitt, SPD: Haben Sie eine vorgelegt?)

– Wer ist denn die Regierung? Sind Sie die Regierung oder wir?

(Ramsauer, SPD: Sie argumentieren wider besseres Wissen!)

Wenn Sie das nicht können, dann lassen Sie die Arbeit sein, dann übernehmen wir das. Wir legen Ihnen dann rechtmäßige Konzepte vor.

(Beifall der CDU)

5. Diese Regierung ist für die seit Jahren schwelende und jetzt erneut ausgebrochene Krise des FCK und der Stadt Kaiserslautern mitverantwortlich. Sie sind mitverantwortlich für den entstandenen Schaden beim Verein, bei der Stadt und in der Region.

6. Auch heute haben Sie kein rechtlich sauberes und wirtschaftlich tragfähiges Lösungskonzept vorlegen können.

Wir werden das Thema im Haushalts- und Finanzausschuss vertiefen und weiter beraten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das Wort hat der Herr Kollege Wansch.

Das wäre die vierte Runde.

(Frau Schmitt, SPD: Wir machen eine Sommersondersitzung!)

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bracht, das, was Sie hier zum Besten gaben, hat für mich den Charakter der Feststellung: im Nachhinein besser vorhersehen wollen, oder manchmal auch irgendwie die

Passage eines trotziges Kindes, da Sie anscheinend einfach etwas nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Beifall bei der SPD –

Ramsauer, SPD: So ist das! Wenn Herr Deubig noch im Amt wäre, würden Sie nicht so argumentieren! –

Frau Mohr, SPD: So ist das! –

Bracht, CDU: Woher wissen Sie das? –

Hartloff, SPD: Das wissen Sie doch selber!

Was war denn? Es ist klar, es war alles öffentlich, es war alles frei zugänglich.

Der Zeitdruck damals in der Entscheidung war enorm, um nicht nur den Verein und das Stadion, sondern um die WM und damit alle wirtschaftlichen Chancen und Erfolge für dieses Land, für Rheinland-Pfalz zu retten.

Zur Bedeutung dieser WM haben Sie bisher keine Aussagen gemacht, zumindest nichts Wesentliches. Was hat diese WM für die Stadt Kaiserslautern, für die Region und für das Land gebracht?

(Dr. Weiland, CDU: Ja, was denn?)

Welches positive Image können wir denn verzeichnen? Dazu möchte ich ein paar Beispiele als jemand benennen, der sich oft vor Ort bewegt und dort in der Region wohnt.

Haben Sie einmal nicht nur die Aufbruchstimmung, die anlässlich der WM in der Stadt zu spüren war, zur Kenntnis genommen, sondern auch, wie sich die Stadt verändert hat, wie das Land mit enormen Mitteln mit dazu beigetragen hat, dass die WM ein großer Erfolg wurde?

Ich nenne als Beispiel die Innenstadt von Kaiserslautern, das Bahnhofsumfeld und das Entree der Stadt, viele Dinge, die sich positiv mit Unterstützung dieses Landes weiterentwickelt haben, weil wir die WM dort hatten.

Wirtschaftlich gesehen haben wir dort plötzlich ein engeres Zusammenrücken der Kommunen festzustellen gehabt, weil man dieses Ziel „WM“ als Chance begriffen hat. Ein neues Tourismuskonzept wurde gemeinsam entwickelt, die Stadt, der Landkreis Kaiserslautern und die umliegenden Landkreise haben sich beteiligt. Das, wovon jahrelang niemand zu träumen wagte, war plötzlich Realität, weil wir dieses Ziel als wirtschaftlichen Erfolg vor Augen hatten.

(Beifall der SPD –

Ramsauer, SPD: So ist es!)

Was das für den Wissenschaftsstandort bedeutet, das sagen Ihnen viele Vertreter der TU Kaiserslautern und der Fraunhofer-Institute, die beide dort vertreten sind. Besuche von Vertretern ausländischer Universitäten, die dort zu Gast waren, fanden nicht nur anlässlich der WM statt, sondern es hat sich auch um Folgebesuche gehandelt, die Kontakte ergaben, die eine wirtschaftliche Weiterentwicklung ermöglicht haben.

Wenn wir das Ganze in eine Gesamtbeurteilung hineinbringen, dann ist das für das Land Rheinland-Pfalz ein

Glücksfall gewesen, dass es möglich war, die WM umzusetzen und eine Region, die Anfang der 90er-Jahre erhebliche Probleme in ihrer Strukturpolitik verkraften musste, damit auch ein Stück nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wird im Nachhinein darüber diskutiert, ob man den einen oder anderen Punkt hätte besser machen können. Wer war denn damals bereit, Verantwortung zu übernehmen? Das waren die SPD und die Landesregierung.

Meine Damen und Herren, was will denn heute die CDU? Ich weiß das zwar manchmal nicht so recht Ihren Redebeiträgen hier zu entnehmen, aber ich beziehe mich dann auch auf die Presse.

Die Presse hat am 11. April 2008 in der lokalen Ausgabe der „RHEINPFALZ“ in Kaiserslautern – Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Genehmigung – mit der Schlagzeile berichtet: „Baldauf drängt auf Mainzer Hilfe für die Stadt.“

(Baldauf, CDU: Ja!)

Sie wollen doch weitere Hilfe für die Stadt und auch, dass dieses Land mit der Stadt mitgeht. Wenn ich mir all das ansehe, was heute vorgeführt, vorgetragen wurde,

(Ramsauer, SPD: Vorgeführt ist schon richtig!)

dann kann man schon sagen, für die Stadt ist eine sehr gute Entwicklung über die WM zu verzeichnen gewesen. Es war eine gute Entscheidung nicht nur für die Stadt Kaiserslautern, es war auch eine gute Entscheidung für das Land Rheinland-Pfalz.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Dr. Rosenbauer.

(Ramsauer, SPD: Nichts Politik!)

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Innenminister Bruch, Gott sei Dank ist der Ministerpräsident für das Wetter noch nicht zuständig. Das lässt nämlich auf einen guten Sommer hoffen. Wäre er zuständig, hätte ich Bedenken.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege, wenn man Sie hier heute hört, es wäre ein toller Erfolg für die Stadt, dann wollen wir doch einmal schauen. Die Stadt trägt das ganze Risiko, hat die 70 Millionen Euro zu tragen. Die Stadt ist mehr oder

weniger pleite. Das ist eine gute Entwicklung, ist gut gelaufen, ist prima.

(Zuruf von der SPD: Das hat doch Ihr Oberbürgermeister übernommen!
Ohne Not hat Ihr Oberbürgermeister das übernommen!)

Ich weiß nicht, wie man sich in einer solchen Situation hierher stellen kann.

Ich will Ihnen etwas vorlesen. Beim FCK auf der Homepage kann man nachlesen: Dazu bekam der FCK bzw. die Stadt Kaiserslautern eine Fußball-WM. –

Das ist gut für die Stadt, das ist schlecht für den FCK. Es werden wieder Investitionen benötigt für den erforderlichen Umbau der Arena, schreibt der FCK. Das schreiben nicht wir von der CDU, das schreibt der FCK. Ich könnte noch weitere Zitate anführen.

(Zuruf von der SPD)

– Entschuldigung, aber das ist doch überhaupt nicht das Thema.

(Fuhr, SPD: Das Thema ist, dass Sie mit Schmutz werfen wollen!)

Herr Bruch, wir sind völlig einer Meinung: In der Situation, in der sich das Stadion damals befand, musste natürlich irgendetwas geschehen, und es musste irgendwie weitergehen.

(Zurufe von der SPD)

Aber der Zug hat doch schon vorher die falsche Richtung aufgenommen. Wir wollen es doch einmal beim Namen nennen.

(Zurufe von der SPD: Deubig heißt der Name!
Deubig! Deubig!)

Das, was derzeit geschieht, hat doch nur damit zu tun, dass ein Ministerpräsident einen eigenen Verein halten wollte.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh! –
Heiterkeit bei der SPD)

Auch das ist okay, solange man keine eigenen Steuermittel dafür braucht.

Herr Ministerpräsident, aber der Zug hat doch schon lange vorher Fahrt in die falsche Richtung aufgenommen. Es ist nicht so, als seien die Probleme erst 2006 entstanden. Die Frage lautet, welche Dimensionen man beim FCK angeschlagen hat.

Das ist das Problem: Solange alles gut lief und man sich gut damit brüsten konnte, war alles okay. Aber sobald die Probleme auftauchen, ist es schon ein starkes Stück, nur die anderen reden zu lassen und selbst nichts dazu zu sagen. Sie haben sich lange mit dem FCK identifiziert.

Ich möchte noch einmal sagen, niemand in der CDU ist gegen den FCK.

(Zurufe und Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf des Staatsministers Bruch)

– Niemand! Nein, niemand! Liebe Kollegen von der SPD, Ihr Aufschreien zeigt doch nur, dass wir Recht haben.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Die Probleme beim FCK haben lange vorher begonnen. Die finanzielle Notlage war schon vorher ersichtlich. Teilweise hat man Schritte unternommen, die in die völlig falsche Richtung führten.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, die CDU hat niemals gefordert, damals alles zu stoppen. Das war in diesem Moment überhaupt nicht möglich.

(Noss, SPD: Was hätten wir denn tun sollen?)

Aber Herr Kollege Bracht hat als Einziger die richtige Frage aufgeworfen, und das ist nicht zum ersten Mal der Fall. Es ist die Frage, inwieweit das Parlament informiert wird. – Entschuldigung, aber wenn solch starke Bedenken vorgetragen werden, ist es doch mehr als recht, dem Ausschuss diese Bedenken im Detail vorzutragen und nicht nur mit einem Satz abzutun.

(Ramsauer, SPD: Soll er es noch einmal vorlesen?)

Ich bitte Sie daher, lassen Sie die Vereine nicht zu Parteivereinen oder Ministerpräsidentenvereinen werden; denn dann würde vieles nicht geschehen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD –
Hartloff, SPD: Nur weil Sie Unsinn behaupten, ist das nicht so!)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache über die Mündliche Anfrage beendet.

Wir kommen nun zu **Punkt 11** der Tagesordnung:

AKTUELLE STUNDE

Ich rufe das erste Thema auf:

„Niedrige Milchpreise in Rheinland-Pfalz gefährden die landwirtschaftlichen Betriebe in den Mittelgebirgsregionen“

auf Antrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/2251 –

Herr Eymael hat das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben wunderschöne Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz. Wir haben Flusstäler mit Wein-, Obst- und Gemüsebau.

(Ramsauer, SPD: Und Milchvieh!)

Wir haben Mittelgebirge als wunderschön gewachsene Kulturlandschaften und wollen sie im Grundsatz alle so erhalten, wie sie sind. Wir wollen insbesondere die Mittelgebirgslandschaften mit ihren Wiesen und Weiden so erhalten, wie sie sind. Wir sind gegen eine Versteppung und Verödung der Mittelgebirge. Wir brauchen die landwirtschaftlichen Betriebe in diesen Mittelgebirgsregionen, wir brauchen die Dienstleister, wir brauchen den Tourismus, und wir brauchen die wirtschaftliche Kraft.

Meine Damen und Herren, in den Mittelgebirgsregionen spielen die Milchviehhalter eine besonders große Rolle. Wir wollen, dass die Milchviehhalter in Rheinland-Pfalz eine Zukunftschance haben.

(Beifall der FDP)

Sie müssen überleben, sie sind diejenigen, die dafür sorgen, dass müde Männer munter werden.

(Beifall bei CDU und SPD –
Zuruf von der SPD: Auch die Damen werden munter! Das hat man vorhin in der Diskussion gemerkt! –
Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

– Selbstverständlich, auch die Damen werden munter. Nun habe ich gegen das Gleichstellungsgesetz verstoßen. – Entschuldigung, meine Damen! Natürlich werden auch die Damen munter.

Meine Damen und Herren, wir setzen uns dafür ein, dass auch bei einer Liberalisierung der Agrarmärkte angemessene Preise für unsere Milchviehhalter erzielt werden müssen. Es müssen angemessene Milchpreise erzielbar sein, und zwar insbesondere auch deswegen, weil die Strukturen in unserem Land stimmen. Wir haben ein gutes Molkereiwesen, in das in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel an öffentlichen Mitteln investiert worden ist. Die Molkereistruktur im Land Rheinland-Pfalz ist vorbildlich. Über viele Jahre hinweg sind die höchsten Milchpreise durch rheinland-pfälzische Molkereien ausgezahlt worden. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein. Ich hoffe, dass dies auch in der Zukunft so sein wird. Derzeit liegen wir im Übrigen wieder an der Spitze der erzielbaren Preise im Verhältnis zu anderen Molkereien in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, dennoch möchte ich darauf hinweisen, die Preise sind derzeit nicht ausreichend. Die Landwirte demonstrieren. Ich bin der Meinung, solange sie dies mit legalen Mitteln tun, unterstützen wir es. Wenn aber Straftatbestände dabei begangen werden, wie dies beispielsweise bei der Blockade geschehen ist, müssen diese Blockaden abgebrochen werden, ansons-

ten müssen die Landwirte zur Verantwortung gezogen werden.

Man muss natürlich wissen, die Landwirte sind auch gleichzeitig Eigentümer ihrer Milchindustrie, wenn sie so wollen, ihrer Molkereien selbst. Das heißt, sie müssen dafür sorgen, dass in den Molkereien alles daran gesetzt wird, dass bei Preisverhandlungen entsprechend höhere Preise erzielbar sind und die Produkte und Angebote in den Molkereien entsprechend erweitert werden. Sie müssen dafür sorgen, dass sie konkurrenz- und wettbewerbsfähig sind und vernünftige Preise erwirtschaften. Insofern sind die Landwirte natürlich auch mitverantwortlich für die Verluste, die bedingt durch die Blockadeaktion entstanden sind. Dies sind sicherlich Beträge, die in den zweistelligen Millionenbereich hineingehen und die wieder anderweitig getragen werden müssen.

Meine Damen und Herren, dennoch muss das Land alles dazu beitragen, dass zukünftig die Rahmenbedingungen gut bleiben. Herr Minister, ich sage nicht, dass Sie schlecht sind, aber Sie müssen dazu beitragen, dass sie gut bleiben. Das heißt, dass weiterhin in die einzelbetriebliche Investitionsförderung investiert wird, die Bodenordnung unterstützt wird, in die Marktstrukturverbesserung investiert wird und auch im Bereich des Marketings alles getan wird. Man sollte sich schließlich auch überlegen, die Ausgleichszulage in Anbetracht der schwierigen Situation, die wir derzeit haben, ein oder zwei Monate vorzuziehen.

Man sollte auch einmal darüber nachdenken, die Gasölbeihilfe, die durch die rot-grüne Bundesregierung bis auf Restbestände aufgehoben worden ist, wieder ins Leben zu rufen, da die erhöhten Energiepreise insbesondere auch die Landwirte hart treffen. Die damalige Gasölbeihilfe ist gezahlt worden, weil die Landwirte nicht das Straßensystem nutzen, sondern zu 80 % oder 90 % ihre Traktoren und Schlepper auf den Feldern und den Äckern bewegen und damit unsere Straßen nicht beschädigen, wie dies möglicherweise durch Lkw- oder Pkw-Transporte eher der Fall ist.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt sicherlich noch einige Maßnahmen, die man ergreifen kann.

Ich freue mich, abschließend sagen zu dürfen, dass die Bauern mit weitestgehend legalen Mitteln ihr Ziel erreicht haben. Ich freue mich für die Bauern.

(Glocke der Präsidentin)

Ich freue mich darüber, dass LIDL die Milchpreise um 10 % und die Preise für Butter um 20 % erhöht. Ich freue mich darüber, dass REWE dem nachfolgen wird, und ich könnte mir auch vorstellen, dass ALDI heute das Gleiche erklären wird. Insofern ist ein kleiner Erfolg erzielbar.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Eymael, Sie haben fünf Minuten Redezeit in der ersten Runde. Ich darf Sie bitten, nun zum Ende zu kommen.

Abg. Eymael, FDP:

Vor diesem Hintergrund hoffe ich, dass die weiteren Demonstrationen von weiterem Erfolg gekrönt sein werden.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Aktuellen Stunde hat jeder Redner in der ersten Runde fünf Minuten und in der zweiten Runde zwei Minuten Redezeit. Herr Eymael, Sie haben nun fünf Minuten und 42 Sekunden geredet. Ich bitte Sie doch ganz herzlich, sich an Ihre Redezeiten zu halten.

Ich erteile nun Herrn Kollegen Wehner das Wort.

Abg. Wehner, SPD:

Verehrte Frau Präsidentin, lieber Kollege Eymael, sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat, es sind turbulente Zeiten in der deutschen Landwirtschaft. Die Bilder der demonstrierenden Bauern, die ihre Milch wegkippen, sind hoch emotional und machen uns alle betroffen, die Verbraucher und die Politik.

Wir sollten nicht vergessen, dass das hoch qualitative Produkt Milch ein Nahrungsmittel mit stark symbolischer Bedeutung ist; denn, meine Damen und Herren, fast alle von uns sind damit groß geworden.

Was ist denn nun eigentlich los? Böseartig geantwortet könnte man sagen: Guten Morgen, meine Landwirte, willkommen in der globalen Marktwirtschaft! – Nachdem Ende 2007 der Milchpreis mit ca. 42 Cent pro Kilogramm seit langem endlich wieder einigermaßen auskömmlich war, sind die Landwirte abrupt aus ihren Träumen gerissen worden. Milch und Milchprodukte sind allerdings internationale Produkte. Es ist bis heute erklärtes Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik, diesen Prozess der Liberalisierung in Europa voranzubringen.

Milch ist schließlich genug da. Die alten Instrumente, wie die Quote im Zusammenhang mit den Exporterstattungen, haben letztendlich in den Jahren zuvor nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Die Erzeugerpreise sind mehr oder weniger im Keller. Bei steigendem Kostendruck mehrten sich die Existenzängste.

Die Ohnmacht der Bauern gegenüber der Macht der Oligopole im Lebensmitteleinzelhandel und die daraus resultierenden Ängste haben sich in Wut und Zorn verwandelt und haben nun zu diesen Aktionen geführt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat großes Verständnis für die Sorgen und Nöte der Landwirte und deren Familien. Wir nehmen sie sehr ernst. Die Landwirtschaft ist für uns mehr als nur Produzent von Nahrungsmitteln. Sie ist für uns ein prägender Teil des ländlichen Raums.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD im rheinland-pfälzischen Landtag ist sich ihrer Verantwortung für die Landwirtschaft bewusst. Seitens unserer Fraktion und ebenso der Landesregierung begleiten wir die rasante Entwicklung auf dem Milchmarkt jetzt schon seit über einem Jahr. Zahlreiche Gespräche mit Betroffenen, unter anderem mit dem Bauernverband, aber auch mit dem BDM, Initiativen im Parlament wie unsere Große Anfrage zu Milch sowie der „Milch-Gipfel“ des Ministers im Februar in Bitburg zeigen, wir lassen unsere Landwirtinnen und Landwirte nicht alleine. Da, wo wir unterstützen können, tun wir es. Dazu gehört in erster Linie Verlässlichkeit; denn, wer unternehmerisch handelt, braucht stabile Rahmenbedingungen. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der SPD)

Wer unternehmerisch tätig ist und nicht untergehen möchte, muss wettbewerbsfähig sein. Die Betriebe, die das erkannt haben, unterstützen wir; denn zu Ehrlichkeit gehört auch, dass noch nicht alle Potenziale ausreichend genutzt werden. Es gibt nicht wenige innovative Betriebe, die unter den gegebenen Kostenbedingungen in der Lage sind, ihren Betrieb auch heute schon effizient zu führen.

Es gilt eben, auch seine Hausaufgaben zu machen. Nicht immer sind die Strukturen so – übrigens nicht nur bei den Erzeugern –, dass sie zu optimalen Ergebnissen führen. Ziel muss es allerdings sein, den Betrieben auch ein Überleben zu ermöglichen, die aufgrund der ungünstigen Mittelgebirgslagen Nachteile haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Aktionen gehen weiter, wenn auch ohne Blockaden. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bedanken, dass die Sache aufgrund der Intervention durch Minister Hering nicht eskaliert ist. Wir danken auch dem Innenministerium, dass mit Augenmaß gehandelt wurde, als eine Räumung der Blockaden gefordert wurde. Ich denke, man darf nicht vergessen, dass das Ganze illegal war. Sie haben es auch angesprochen. Ich denke, insofern sind wir da ein gutes Stück weitergekommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Eymael, FDP)

Wir begrüßen es, dass nun etwas Bewegung in die Sache gekommen ist und von allen Beteiligten, insbesondere vom Lebensmitteleinzelhandel – LIDL hat es zugesagt, ich denke, Aldi wird es auch machen –, die Suche nach fairen Kompromissen angekündigt wurde. Das ist auch notwendig: Schließlich sitzen alle im selben Boot. Die meisten Verbraucher sind auch bereit, etwas mehr für Milch und Milchprodukte auszugeben.

Momentan darf man begrenzt optimistisch gestimmt sein.

In der zweiten Runde können wir uns vielleicht einen kurzen Blick in die Zukunft leihen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Bauer schüttet nicht gerne Milch weg. Es gibt Fälle, bei denen der Altbauer erzählt: Ich habe mir mein Leben lang immer Sorgen gemacht, ich habe aus Versehen den Tank offen gelassen und die Milch ist beim Melken weggelaufen und meine Arbeit war weg. – Heute sagt der Altbauer: Ich mache den Tank nicht auf. Das muss mein Sohn machen, ich kann das nicht. –

Wie verzweifelt müssen Bauern sein, dass sie zu solchen Maßnahmen greifen, dass sie ihre eigene Milch weglaufen lassen, ihrer eigenen Hände Arbeit weglaufen lassen, um zu protestieren und zu zeigen, sie wollen existieren, aber mit einem vernünftigen Milchpreis.

Ich habe kein Verständnis für diejenigen – das sage ich ganz offen –, die aufgrund einer nie nachgewiesenen Gerüchteküche, es kämen 30 polnische Lkw mit Milch, ihre eigene Firma boykottiert haben und Kollegen, die das anders gesehen haben, gezwungen haben – durch Boykott, wenn kein Milchtankwagen fährt –, auch die Milch weglaufen zu lassen. Ich glaube, für Rechtsbruch kann niemand sein. Das war Rechtsbruch, auch noch Rechtsbruch gegen die eigene Firma, zumindest in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des Abg. Eymael, FDP)

Wir haben in Rheinland-Pfalz zwei Molkereien, die deutschlandweit den höchsten Auszahlungspreis bezahlt haben.

Man stellt sich die Frage, warum man mit vernünftigen Argumenten mit seinen eigenen Kollegen nicht mehr reden kann. Die Frage kann ich mir persönlich nicht beantworten. Jeder Landwirt weiß, dass die Europäische Gemeinschaft gegen den entschiedenen Willen von Minister Seehofer die Quote um 2,5 % erhöht hat und bei einem Milchboykott aller europäischen Landwirte – wenn sie also alle mitmachen und nicht nur 90 % in Bayern, 30 % in Rheinland-Pfalz, 10 % Norddeutschland und fast 0 % im Ausland –, wenn sie also eine Woche die Milch auszuschütten, sich die Milchmenge insgesamt unter 2 % verringert. Dann weiß man, dass eine solche Aktion überhaupt keinen Wert hat, um den Milchpreis dauerhaft nach oben zu bringen. Man weiß, da schädigen sich Kollegen, ohne dass sie eine Chance haben, in der Marktwirtschaft eine Wirkung zu erzielen. Das verstehe ich nicht.

Dieses Argument ist überhaupt nicht an Kollegen herüberzubringen, die sagen, dass sie den Milchpreis nach oben treiben.

Wenn man dann noch weiß, wie der Milchmarkt funktioniert – auch das wissen viele –, und weiß, dass Milch in Tüten noch nicht einmal 20 % der Milch ausmacht, die vermarktet wird – es heißt jetzt, LIDL und Edeka erhöhen um 10 % –, dann weiß man also, wenn 10 Cent

draufkommen, dann muss man es durch fünf teilen, und dann sind es vielleicht 2 Cent für drei Monate. Dann bricht der Markt wieder aus. Dann ist die Menge wieder da. Das, was zuviel vorhanden ist, ist schwer zu vermarkten und drückt den Preis.

Momentan gibt es die Situation, dass man aber mit diesem Vernunftsargument nicht weiterkommt und dann, wenn man nach einem Weg sucht, wie man helfen kann, nicht mehr miteinander reden kann, und dass führende Molkereivertreter, ob hauptamtlich oder im Ehrenamt, bis hin zu Morddrohungen bekommen und beschimpft werden sowie an den Rand ihrer psychologischen Grenze gejagt werden, sodass sie teilweise nicht mehr reden können, obwohl sie sich alle immer nur bemüht haben, den besten Preis für ihre Bauern zu erzielen. Eine Molkerei in Rheinland-Pfalz macht keine eigenen Gewinne. Sie nimmt die Milch auf, vermarktet sie, und all das, was an Gewinn vorhanden ist, geht im Milchpreis an ihre Mitglieder, an ihre Besitzer weiter. Meine Damen und Herren, dafür brauchen wir eine beruhigende Diskussion.

(Glocke der Präsidentin)

Wir brauchen eine sachliche Diskussion und eine Perspektive für die Landwirtschaft, vor allen Dingen in Rheinland-Pfalz in den Höhegebieten. Darüber sollten wir gleich reden.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich darf weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Königswald. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist richtig, was Herr Kollege Eymael ausgeführt hat, dass wir uns bewusst sein sollten, wie wichtig die Landwirtschaft und insbesondere die Milchviehwirtschaft für das Land Rheinland-Pfalz ist. Eine flächendeckende Landwirtschaft, wie wir sie für den Erhalt der Kulturlandschaft und für die Nutzung der Potenziale des ländlichen Raums benötigen, ist ohne Milchviehbetriebe in den Mittelgebirgslandschaften von Hunsrück, Eifel, Westerwald, Taunus und der Westpfalz undenkbar. Sie ist von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume.

Wir reden über 2.700 Milchviehbetriebe, die es in Rheinland-Pfalz gibt. Diese haben zum Teil eine unterschiedliche Struktur. In 35 % dieser Betriebe, das sind 950 Betriebe, stehen 63 % aller Kühe, etwa 74.000. Es

sind 660 Betriebe, also knapp ein Viertel, die gerade einmal 4 % der gesamten Milch produzieren. So weit die Spannweite der Größe der Betriebe und deren Leistungsfähigkeit.

Es gehört zur Ehrlichkeit der Diskussion hinzu, dass man sagt, es wird in diesem Bereich weiterhin einen Strukturwandel geben.

Ich habe Wert darauf gelegt, dass wir bezüglich der Zukunft der Milchviehbetriebe eine klare Position beziehen, dass es im Jahr 2015 zum Ausstieg aus der Milchquote kommen wird. Die Europäische Union hat dies entschieden. Das ist auch die Auffassung fast aller Landwirtschaftspolitiker in Deutschland. Bedauerlicherweise hat Bayern keine klare Position. Das ist nicht hilfreich, um sich auf Zukunftsperspektiven zu verständigen. Dafür brauchen wir einen klaren Grundansatz.

Herr Billen, mit Blick auf Ihre interessanten Ausführungen kann man nach Motiven forschen, was dort geschehen ist. Das, was geschehen ist, ist dramatisch, wenn man betrachtet, dass Streit in den Dörfern und in den Familien herrscht. Es wird lange dauern, bis die Streitigkeiten, die bis zu persönlichen Feindschaften geführt haben, beseitigt sein werden. Deshalb ist es wichtig nachzuforschen, woran es gelegen hat.

Wir hatten Auszahlungspreise von 42 Cent. Es hat einen Preisverfall gegeben. Der Unterschied zwischen Sommermilch und der Herbstmilch lag sonst bei 6 % bis 8 %. Diesmal mussten wir einen dramatischen Preisverfall zur Kenntnis nehmen. Gleichzeitig mussten die Landwirte zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund gestiegener Energie- und Futtermittelkosten die Produktionskosten um ca. 6 % gestiegen sind. Hier ist Verzweiflung entstanden. Die Verzweiflung ist auch deswegen entstanden, weil man berechtigterweise vielleicht den Eindruck gehabt hat, man ist den Marktmechanismen von manchen Akteuren ausgeliefert, und man ist ohnmächtig, dagegen vernünftig zu handeln.

Bei dieser Diskussion geht es um die Verantwortung von Marktbeteiligten. Wer in der Marktwirtschaft eine starke Marktstellung erreicht hat, der hat eine besondere Verantwortung wahrzunehmen. Ihm muss klar sein, welche Konsequenzen seine Entscheidungen auf Menschen und Betriebe in diesem Land haben werden.

Ich will eine Molkerei benennen, die mit Sicherheit dieser Verantwortung nicht gerecht geworden ist. Das ist Theo Müller. Wie wir wissen, zahlt er nicht in Deutschland seine Steuern. Deswegen hatte er eine gewisse Bekanntheit. Er hat ohne jede Not die Preisspirale nach unten angestoßen, weil es ihm aufgrund seines Produktportfolios ein Dorn im Auge war, welche guten Preise für H-Milch gezahlt werden. Deswegen hat er mit die Preisspirale von 10 Cent bis 15 Cent nach unten angestoßen.

Das hat dazu geführt, dass andere Lebensmittelkonzerne mitgegangen sind, die auch eine große Verantwortung haben. Wenn wenige Konzerne – es sind wenige Lebensmittelkonzerne – eine so starke Marktmacht haben, dass sie in den Verhandlungen in der Lage sind, Preise weitgehend vorzuschreiben, dann bedeutet dies,

sich auch Gedanken darüber zu machen, was das für die Erzeuger bedeutet. Sind die Erzeuger in der Lage, mit den Preisen, die ich aushandeln will, zu existieren, oder hat das die Konsequenz, dass diejenigen, von denen ich langfristig lebe, überhaupt nicht mehr existieren können? Sie haben ihre Marktmacht dazu genutzt, Preise durchzudrücken, deren Ergebnis war, dass ein Großteil der Betriebe nicht mehr in der Lage war, davon zu existieren und Zukunftsperspektiven aufzubauen.

Das hat Menschen, die darunter litten und nicht mehr wussten, wie es weitergeht, zu Verzweiflungstaten getrieben, weil sie erkannt haben, gegen diese Mechanismen haben wir praktisch keine Chance mehr, weiter zu existieren. Wegen Ausnutzung der Marktmacht wird deren Zukunft zerstört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Politik hat die Aufgabe, dieses unverantwortliche Verhalten von manchen Marktbeteiligten anzuklagen, zu verurteilen und deutlich zu machen, das hat nichts mehr mit einer Marktwirtschaft, einer sozialen Marktwirtschaft zu tun, wie wir sie uns vorstellen.

(Beifall der SPD)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir nicht zur Marktwirtschaft stehen; denn in anderen Regionen der Welt hat die Milch nach wie vor einen höheren Preis.

Es gibt folgende Situation: Natürlich hat die erhöhte Preissituation zu höheren Angeboten geführt. Die höheren Preise haben zu weniger Nachfrage geführt. Das hat marktmäßig funktioniert. Die Lebensmittelkonzerne wären in der Lage gewesen, andere Preise auszuhandeln, ohne dass ihr Betriebsergebnis nennenswert beeinträchtigt worden wäre.

Ganz klar ist, Molkereien zu blockieren und die Bauern, die ihre Milch abliefern wollen, daran zu hindern, ist rechtswidrig und nicht akzeptabel. Das kann nicht hingenommen werden.

Ich bin Herrn Kollegen Englert dankbar, dass er neben mir mit allen Beteiligten Gespräche geführt hat. Wir, die für die Landwirtschaft Verantwortung haben, haben es als unsere Verantwortung gesehen, mit allen zu reden und dazu beizutragen, dass die Situation nicht eskaliert, da es bei der Räumung von Molkereien eventuell zur Eskalation hätte kommen können. Wir sind froh, dass wir das in Rheinland-Pfalz verhindern konnten. Die Blockierer konnten bewegt werden, sowohl am letzten Wochenende als auch Anfang dieser Woche freiwillig abzuziehen.

Ich bin froh, dass durch LIDL und REWE Signale gesetzt werden, dass vernünftige Preise vereinbart werden. Ich bin überzeugt, dass die anderen nachziehen werden. Ich bin froh, dass insoweit die Protestaktionen Erfolg hatten.

Ich will mir die Situation nicht vorstellen, die sich ergeben hätte, wenn sich die Marktbeteiligten nicht bewegt hätten und die Situation gegen Wochenende eskaliert wäre. Ich glaube, wir hätten dann eine problematische Situation gehabt.

Wir müssen dazu beitragen, dass die Gräben wieder zugeschüttet werden und der gesäte Streit beseitigt wird. Wir werden das konsequent weiter umsetzen, was ich mehrfach verkündet habe. Klar ist, wir werden die Betriebe, die zukunftsfähig sind, die investieren wollen und sich verstärkt auf den Wettbewerb nach der Quote vorbereiten, verstärkt finanziell unterstützen.

Deswegen habe ich auch die Entscheidung schon vor zwei Jahren getroffen, dass die Mittel für einzelbetriebliche Förderung gestärkt werden. Das Land Rheinland-Pfalz hat aufgrund der klugen Entscheidung meiner Vorgänger die Ausgleichszulage erhalten. Andere Länder haben sie abgeschafft. Es war eine richtige Entscheidung, an der Ausgleichszulage festzuhalten. Wir brauchen auch zukünftig ein Instrument, wie wir den von der Natur benachteiligten Gebieten Zuwendungen zukommen lassen können, damit dort wettbewerbsfähig produziert werden kann. Solche Instrumente muss es auch weiterhin geben.

Wir werden intensiv auch die Betriebe beraten und begleiten, die für sich aufgrund ihres Alters oder aufgrund der Struktur entschieden haben, dass sie perspektivisch aussteigen wollen, damit dies ein sozialer Ausstieg wird, sie für sich auch eine Lebensperspektive haben. In dem Sinne betreiben wir hier verantwortungsvoll Landwirtschaftspolitik. Wir werden auch, sobald die Entscheidungen im Health Check gefallen sind, mit Ihnen gemeinsam diskutieren, wie auch Zukunftsprogramme für die Milchviehwirtschaft aussehen. Dazu müssen wir die entsprechenden Entscheidungen auf europäischer Ebene abwarten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte zur Preisbildung doch noch etwas sagen. Wir haben erlebt, dass die Preise für Milch und Butter für den Endverbraucher bis zu 20 % teurer geworden sind, aber nicht nur für den Endverbraucher – denn der hat noch Verständnis dafür, wenn das Geld wieder bei den Landwirten ankommt –, sondern insbesondere natürlich auch in der verarbeitenden Industrie. Da gibt es natürlich auch Konkurrenz, nämlich die pflanzlichen Fette. Je nachdem, was günstiger ist, greift die Industrie zu den günstigeren Fetten. Wenn die pflanzlichen Fette günstiger sind, haben wir ein Problem, dass wir ein Überangebot haben. Deswegen muss eine Preisbildung meines Erachtens sukzessive und vorsichtig erfolgen.

Ein angemessener Preis muss sich entwickeln. Diese sprunghaften Preissteigerungen kann der Markt nicht verarbeiten. Deswegen hoffe ich bei den jetzt anstehen-

den Verhandlungen, dass man angemessen erhöht, dass damit die Milchbauern in der Tat eine Zukunftschance haben und sie sich für den Wettbewerb in der Zukunft noch besser aufstellen, als das bisher der Fall ist – denn ab 2015 werden wir den Wegfall der Quote erleben –, und das Land alles dazu beitragen muss, dass die Rahmenbedingungen, die Sie Herr Minister – da sind wir uns völlig einig – eben genannt haben, auch weiterhin genutzt werden.

Meine Damen und Herren, das Problem liegt jetzt bei den Bauern selbst. Wir haben es mit wenig Solidarität zu tun. Auf der einen Seite steht der BDM, kämpferisch und manchmal über das Ziel hinausschießend. Die Blockaden entstanden aufgrund des BDM, nicht des Bauernverbandes. Auf der anderen Seite haben wir den Bauernverband, der sich alles in allem eigentlich relativ vernünftig in dieser ganzen Demonstrationsangelegenheit der Landwirtschaft verhalten hat. Letztlich war es auch Herr Sonnleitner, der besonnen letztlich auch diese Ergebnisse mit LIDL bei den Preisverhandlungen selbst erzielt hat.

(Glocke der Präsidentin)

Aber alles in allem, wenn die Landwirte nicht auf ihre Probleme aufmerksam gemacht hätten, wären diese Ergebnisse nicht erzielt worden. Insofern stehen wir jetzt dazu und hoffen, dass die Molkereien gute Abschlüsse mit dem Lebensmitteleinzelhandel tätigen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Wehner das Wort.

Abg. Wehner, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Billen, Sie haben sehr ablehnend über die Boykottmaßnahmen gesprochen. Bei aller kritischen Distanz zu den Maßnahmen kann man sagen, was man will, aber eines kann man nicht abstreiten, sie haben zum Erfolg geführt. Ich meine, insofern war es auch einfach einmal notwendig, dass ein Zeichen gesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Billen, CDU: Rechtsbruch!)

Unabhängig von den jetzigen Verhandlungen ist für das laufende Jahr zunächst wieder mit steigenden Milchpreisen zu rechnen. Ich denke, diese optimistische Aussicht darf man haben. Allerdings besteht nicht die Aussicht auf stabile Preise. Die Preisschwankungen auf dem gemeinsamen Milchmarkt – insbesondere in Europa – werden demnächst stärker vom Weltmarkt bestimmt werden. Der Herr Minister hat ausgeführt, dass im Zuge des Health Check noch weitere Reformen anstehen. Wie man in einer Fachzeitschrift lesen konnte, ist der Milchmarkt ein volatiler Markt. Das bedeutet wohl, dass man für die Landwirte auch ein vernünftiges Risikomanagement initiieren muss.

Die Landwirte, aber auch die Molkereien müssen sich neu aufstellen – da schließe ich ausdrücklich auch die Verbände mit ein – und sich an diese veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Sie haben auch davon gesprochen, dass es scheinbar eine schlechte Kommunikationskultur gibt. Das ist in der Tat so. Auch ich habe mit vielen Landwirten gesprochen. Der Unmut der Landwirte kommt scheinbar oft nicht in den Molkereien an. Ich denke, da müsste man einfach einmal mehr miteinander reden. Da bin ich bei Ihnen. Vielleicht muss man aber auch die eine oder andere Struktur einmal ändern.

Von unserer Seite kann ich nur noch sagen, wir wollen Partner für die Landwirte sein und den Prozess weiter begleiten. Ich hoffe, dass wir da auch im Sinne der Landwirtschaft zu einem positiven Ergebnis kommen.

Danke.

(Beifall der SPD und des Abg. Eymael, FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Billen.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, Herr Kollege Wehner! Markt ist Markt.

(Hartloff, SPD: Das aus dem Munde eines Landwirts!)

Wenn wir die Milch dem freien Spiel des Marktes überlassen – die Europäische Gemeinschaft ist auf dem Weg, dies zu tun, wenn es sich nicht zwischendurch noch ändert –, dann wird die Milch dort produziert, wo die Produktionskosten am preiswertesten sind. Das ist auch einer der Konstruktionsfehler des jetzigen Preises. 43 Cent Milchgrundpreis sind in der Eifel, im Westerwald,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wenig!)

im Hunsrück und in der Westpfalz wesentlich weniger Geld im Portemonnaie des Landwirts als in den guten Gebieten des Niederrheins,

(Eymael, FDP: Und Schleswig-Holstein!)

weil sie einfach andere klimatische Voraussetzungen haben. Daher ist es nicht so ganz einfach zu sagen, die Politik – ich würde höllisch davor warnen – ist in der Lage, einen Preisausgleich zu machen, dass man diese Wettbewerbsunterschiede zwischen Höhegebieten und Gutgebieten ausgleichen will. 1 Cent Milchpreis ist unglaublich viel Geld. Das können Sie selbst ausrechnen. Bei unseren beiden Molkereien haben wir zwei Milliarden Liter Milch. Rechnen Sie 1 Cent aus, dann wissen Sie, von wie viel Geld Sie pro Jahr reden.

(Eymael, FDP: 20 Millionen Euro!)

1 Cent würde jedoch nicht reichen. Insofern bleibe ich dabei, wenn Bauern in diesem Produkt eine flächende-

ckende Landbewirtschaftung auf Dauer europaweit halten wollen, geht es nur mit einer am Markt orientierten Quote. Ansonsten wird der Markt gnadenlos zugeschlagen.

(Glocke der Präsidentin)

Dieses gnadenlose Zuschlagen trifft vor allen Dingen die Höhegebiete, die benachteiligten Gebiete.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/2259 –

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Rüdgel das Wort.

Abg. Rüdgel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU hat mit ihrer Breitbandinitiative in Rheinland-Pfalz viel erreicht. Unsere Ideen und Vorstellungen sind von der Landesregierung aufgegriffen worden.

(Heiterkeit bei der SPD –
Pörksen, SPD: Langsam, langsam!)

Erste Schritte zur Beseitigung von weißen Flecken sind in Aussicht gestellt. Es gibt hierzu viele Möglichkeiten. All diese Chancen müssen konsequent genutzt werden, und das nicht nur in Ballungsräumen, sondern gerade auch im ländlichen Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Die Breitbandschere öffnet sich hier zunehmend. Während in den Städten über VDSL, Kabel und Glasfasernetze Bandbreiten von 50 oder 100 Megabit pro Sekunde angeboten werden, gilt in den ländlichen Gebieten die Einführung von DSL light oftmals schon als großer Erfolg. Es ist daher absehbar, dass selbst nach der Schließung der Versorgungslücken das Problem der Unterversorgung der ländlichen Räume, aber auch mancher städtischer Regionen künftig fortbestehen wird.

Viele der heute verfolgten Lösungen stellen offenkundig Interimslösungen dar, die zwar kurzfristig einen wichtigen Versorgungsbeitrag leisten, aber mittelfristig durch den ständig steigenden Bandbreitenbedarf aus der Sicht der meisten Bürger und Unternehmer als unzureichend empfunden werden.

Eine gute Breitbandversorgung ist Chance und Lebensqualität zugleich. Deshalb brauchen wir flächendeckende, schnelle und preiswerte Internetverbindungen. Schnelle Zugangsmöglichkeiten zum Internet sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes von grundlegender Bedeutung.

Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze auch in Rheinland-Pfalz.

Laut einer Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie können bei schnellem flächendeckendem Ausbau moderner und leistungsfähiger Datenautobahnen in Deutschland in den nächsten zwei Jahren ein Wirtschaftswachstum von 50 Milliarden Euro und 200.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, folgende Ziele umzusetzen:

- Eine stärkere Verzahnung und bessere Abstimmung der zahlreichen Initiativen von Bund, Land und EU zur Umsetzung einer flächendeckenden Breitbandversorgung.

- Die Schaffung von Transparenz über die Beantragung von Mitteln durch die betroffenen Kommunen.

- Eindeutige Aussagen über die angestrebte flächendeckende DSL-Mindestübertragungsrate.

- Eine bessere Informationspolitik für die betroffenen Kreise und Kommunen.

- Die Herstellung einer größeren Markttransparenz für Anbieter, Nutzer und Kommunen durch eine höhere geografische Präzision des Breitbandatlases der Bundesregierung und eine Regionalisierung des Kartenwerks für das Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der CDU)

- Informationen über und Förderung von Satelliteninternet in Rheinland-Pfalz.

- Die Unterstützung der Breitbandversorgung insbesondere von Gewerbe und Industrie mit ihren speziellen Bedürfnissen in den unterentwickelten Gebieten.

- Die Förderung der schulischen Versorgung auf dem Land mit schnellem Internet.

- Das neue Programm zur Förderung der Breitbandversorgung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarinfrastruktur und des Küstenschutzes“. Dort ist ein Fördervolumen von jährlich 2 Millionen Euro zwischen 2008 und 2010 vorgesehen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, zudem nur zu einem Teil vom Land und überwiegend vom Bund finanziert.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: So ist es!)

Ein eigenes, gut ausgestattetes Förderprogramm, wie es die Landesregierung propagiert, fehlt bisher.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Deshalb müssen wir
die Steuern senken!)

Gleichzeitig gibt es nach wie vor keine Informationen für die Kommunen, wer und in welcher Höhe sich bei Inves-

itionen für schnelle Internetverbindungen im ländlichen Raum beteiligt.

(Beifall des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Dies gilt für Mittel der Europäischen Union wie für Mittel des Bundes und des Landes. Unklar ist weiterhin, welche Kriterien die Kommunen erfüllen müssen, damit sie finanzielle Unterstützung erhalten können. Es fehlen auch Informationen darüber, welche Grundvoraussetzungen erfüllt werden müssen, damit die Ausschreibung für eine schnelle Internetverbindung im ländlichen Raum die späteren Kriterien für Bezuschussung erfüllen.

Vor Ort fehlen aber auch weiterhin Informationen, ob es ein eigenes Kontingent zum Satelliteninternet für Rheinland-Pfalz gibt oder die Anbieter von Satelliteninternet nach dem Prinzip verfahren,

(Glocke der Präsidentin)

wer zuerst kommt, erhält als Erstes den Zuschlag.

Keiner darf durch fehlende Zugangsmöglichkeiten vom schnellen Internet ausgeschlossen sein.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Maximini das Wort.

Abg. Maximini, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Bemerkung vorweg, lieber Herr Kollege Rüdell.

Die Breitbandinitiative Rheinland-Pfalz wird immer noch von der Landesregierung initiiert und nicht von der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Noch eine Vorbemerkung, Herr Kollege.

Nachdem im Medienausschuss am 3. April dieses Jahres darüber Einigung herrschte und ausdrücklich vom Vorsitzenden, Ihrem Sitznachbar, Herrn Dr. Mittrücker, festgestellt wurde, dass es große Übereinstimmung für einen gemeinsamen Antrag gebe, sind wir nun doch etwas befremdet über den Alleingang der CDU-Fraktion. Von Verlässlichkeit der CDU-Fraktion in dieser Frage kann man absolut nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren, am 26. Februar dieses Jahres hat Wirtschaftsminister Hendrik Hering als Folge der Breitbandinitiative Rheinland-Pfalz in einer Pressekonferenz das neue Förderprogramm des Landes vorgestellt. Ausgangslage dafür ist das Anfang des Jahres vorgelegte Breitbandgutachten für Rheinland-Pfalz.

Das Gutachten liegt den Fraktionen vor. Darin wird festgestellt, dass Rheinland-Pfalz überdurchschnittliche Verfügbarkeitszahlen von 97 % aufweisen kann, davon kabelverlegt gar 96 % – nach Angaben der Deutschen Telekom. Der Bundesschnitt liegt bei 94 %, das heißt, Rheinland-Pfalz liegt leicht über dem Bundesschnitt.

Sicher gibt es noch ca. 89.000 Haushalte, die nicht versorgt sind. Es gibt auch ca. 60.000 Haushalte in Rheinland-Pfalz, die aus verschiedenen Gründen – aus topografischen Gründen, aus technischen Gründen usw. – nicht versorgbar sind.

Meine Damen und Herren, das sind Angaben der Deutschen Telekom, und die haben wir zu akzeptieren.

(Licht, CDU: Akzeptieren müssen wir sie nicht!)

Meine Damen und Herren, das Gutachten macht keine detaillierten Angaben und verweist auf den Breitbandatlas der Bundesregierung. Ohne politische Maßnahmen wie Förderprogramme blieben rund 3 % der Haushalte unversorgt. Das ist auch eine Aussage im Gutachten.

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Engpässe nicht so sehr aufgrund der finanziellen Situation der Breitbanderschließung entstehen, sondern ein Großteil an Informationsdefiziten bei den Kommunen besteht, welche andere technischen Möglichkeiten der Versorgung es gibt. Deshalb auch die Empfehlung eines sogenannten Breitbandbeauftragten, der im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist.

Dieser dient als Ansprechpartner zwischen der Telekommunikationswirtschaft und den Kommunen. Er soll den technischen Entwicklungsstand im Land beobachten, Informationen von den Kommunen über die Bedarfe und die technische Infrastruktur sammeln und der Telekommunikationswirtschaft zur Verfügung stellen.

Auch entsprechende finanzielle Hilfeleistungen sind Bestandteil des Förderprogramms. Dafür stehen für die Jahre 2008 bis 2012 nur an Bundes- und Landesmitteln 10 Millionen Euro zur Verfügung. Die Förderung dient in der Regel zur Teilfinanzierung der letzten Meile oder auch als gemeinsame Kostenbeteiligung z. B. an den kostenintensiven Grabenherstellungen bei der Kabelverlegung. Man nennt das auch die sogenannte Wirtschaftlichkeitslücke.

Der Fördersatz beträgt in der Regel 50 % bis 60 % der förderfähigen Kosten. Die Kommunen müssen lediglich einen Nachweis der fehlenden oder unzureichenden Breitbandversorgung führen und eine Ermittlung der Anschlussnehmer durchführen. Eine technikkoffene Ausschreibung ist Voraussetzung für eine Förderung.

Eine weitere Empfehlung des Gutachtens, die Einrichtung einer Website, ist zurzeit im Aufbau. Hier werden

den Kommunen Informationen über sämtliche Breitbandtechniken, Breitbandanbieter, Best-Practice-Beispiele und die gesamte technische Palette der DSL- bzw. Breitbandversorgung gegeben. Auf der Website wird selbstverständlich auch über Fördermöglichkeiten informiert.

(Glocke der Präsidentin)

Weiterhin wird eine Ausschreibungsplattform für die Kommunen angeben.

Meine Damen und Herren, all diese Dinge sagen uns, Rheinland-Pfalz ist gut aufgestellt. Man kann auch sagen, ein Land ist am Netz.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Bauckhage.

Abg. Bauckhage, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich nicht dazu äußern, wer was wann angestoßen hat, und ich will mich auch nicht dazu äußern, ob man einen bestimmten Weg so oder so geht. Für die Zukunftsfähigkeit eines Flächenstaates wird entscheidend sein, erstens eine gute Verkehrsverbindung – damit meine ich in der Tat eine gute Straßenverkehrsverbindung – und auch eine gute überregionale Anbindung der Fläche, zweitens eine gute Bildungsinfrastruktur mit einem hoch qualifizierten Angebot an Schulen in der Fläche bis hin zu Hochschulen und ähnlichen Konstrukten – ich denke dabei an Berufsakademien – und drittens – das ist genauso wichtig – eine gute und schnelle Datenverbindung zu haben.

Meine Damen und Herren, es ist von dem Gutachten und von einer hohen Versorgung gesprochen worden. Das stimmt alles. Es stellt sich aber die Frage, wie hoch die schnelle Versorgung ist. Das wird die spannende Frage sein. Es kann aus dem Gutachten nicht herausgelesen werden, wie schnell die VDSL-Versorgung aufgebaut wird. Das ist der entscheidende Punkt; denn für Wirtschaft und Dienstleister ist nicht entscheidend, dass es eine Versorgung gibt, sondern es muss eine schnelle Datenverbindung sein.

Herr Staatsminister Hering, deshalb ist es notwendig, dass man einmal offenlegt, wie die Versorgung in diesem Flächenland mit VDSL aussieht. Das ist die entscheidende Frage. Ich weiß, es gibt genügend Mittel, die man einsetzen kann, die man einsetzen muss und die auch eingesetzt werden – das ist keine Frage –, aber es stellt sich die Frage, wo und wie die Mittel eingesetzt werden. Sie müssen schon einmal offenlegen, wie sie eingesetzt werden und wofür sie eingesetzt werden. Das ist eine Frage, die heute nicht beantwortet werden kann, sondern das können wir im Ausschuss besprechen.

Es bleibt aber dabei, dass von entscheidender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, der

Dienstleister und für dieses Land ist, wie gut die erwähnten drei Faktoren sind und wie gut und wie schnell die VDSL-Versorgung realisierbar ist, wie gut unsere Straßenversorgung ist und wie gut unsere Bildungsinfrastruktur ist. Das sind die entscheidenden Fragen für die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Deshalb ist es meiner Meinung nach wichtig, gerade bei der Infrastruktur für die Datenversorgung genau hinzusehen und feststellen, wo und wie die Infrastruktur ist und wo und wie die Versorgung mit schnellen Datenverbindungen ist. Ich sage das deshalb, weil man viel tun kann.

Ich erinnere mich noch gut daran, dass ich seinerzeit angestoßen habe, bei der Erschließung von Gewerbegebieten beispielsweise die Datenerschließung genauso zu bezuschussen wie die Straßenerschließung. Das ist alles wichtig. Das hilft aber wenig, wenn keine schnellen Datenverbindungen geschaffen werden. Der entscheidende Punkt wird sein, dass man das schnell auf den Weg bringt.

Wenn man das schnell auf den Weg bringen will – da gebe ich Ihnen recht –, muss man eine hohe Transparenz haben. Darüber hinaus darf man sich nicht nur an die Kommunen wenden, damit diese sagen, was fehlt. In der Regel wissen das die Kommunen nicht. In der Regel wissen das der Nutzer und die Nutzerin. Deshalb ist wichtig, dass eine Kommunikation mit den Nutzerinnen und Nutzern stattfindet. Ein Bürgermeister kann dazu wenig beitragen. Was will er machen, wenn es keine entsprechenden Nachfrager gibt?

Man muss sehen, dass wir immer noch von einer Monopolstruktur der Post ausgehen. Das muss man in aller Nüchternheit sehen. Rheinland-Pfalz ist deshalb ein Stück zurückgeworfen worden, weil die Post eine Zeit lang kein Interesse hatte und weil Herr Malone damals unter anderen Bedingungen kaufen wollte. Deshalb befinden wir uns jetzt in einer schwierigen Situation.

Ich bin mir aber sicher, dass mit dem Pushen der Mittel, die zur Verfügung stehen, eine ganze Menge gemacht werden kann. Ich wehre mich aber dagegen zu sagen, wir sind mit 97 % versorgt. Das reicht nicht aus. 97 % sind viel, aber es stellt sich die Frage, wie wir mit schnellen Datenverbindungen versorgt sind. Das ist die spannende Frage. Dieser Frage muss man nachgehen. Deshalb sollte man im Ausschuss einmal berichten, wie die Lage da aussieht, Herr Staatsminister.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Hauptschule im Kolbzentrum Speyer mit polnischen Austauschschülerinnen und -schülern. Herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Das Wort Herr Staatsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rüdgel, ich meine, es ist müßig nachzuforschen, wer zuerst das Wort „Breitbandversorgung“ im Parlament in den Mund genommen hat. Klar ist,

(Bracht, CDU: Dass Ihr zu wenig gemacht habt!)

dass diese Landesregierung unter meinem Vorgänger bereits im August 2003 die erste Initiative gestartet hat. Damals ging es um die wichtige Frage der Erschließung von Gewerbegebieten.

Die entscheidende Frage ist nicht, wer als erstes den Begriff in den Mund genommen hat – ich will das gar nicht nachforschen –, sondern wer durchdachte, zielgerichtete Programme auf den Weg gebracht hat. Das ist das, was die Landesregierung am 26. Februar gemeinsam mit Herrn Kollegen Karl Peter Bruch verkündet hat, nämlich dass ein Programm zur Erschließung der weißen Flecken in einem Flächenland aufgelegt wird. Das ist eine Konzeption, die beispielhaft in Deutschland ist. Wir erhalten viele Anrufe und Anfragen aus anderen Bundesländern, die sich am Beispiel Rheinland-Pfalz orientieren möchten. Das ist der Maßstab, dass wir nämlich anderen Ländern mit der Konzeption vorausgehen. Das ist für uns wichtig.

(Beifall der SPD)

Das klare Ziel ist eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Breitbandversorgung. Das ist das Entscheidende. Wir sind bezogen auf den Bundesdurchschnitt ein Land, das sehr gut mit Breitband versorgt ist. Der Ortsgemeinde, die aber keine Breitbandversorgung hat, nutzt es sehr wenig, dass sie statistisch gesehen recht gut im Durchschnitt versorgt ist. Wenn allerdings die Bürgerinnen und Bürger und die Gewerbetreibenden in diesem Ort keine Breitbandversorgung haben, nutzt ihnen diese Aussage schrecklich wenig. Deshalb ist klar, dass wir ganz konsequent handeln und das umsetzen werden.

Das geschieht allerdings mit einer durchdachten Konzeption. Deshalb haben wir uns nicht nur auf die Daten des Breitbandatlases der Bundesregierung verlassen, sondern wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, wie diese Aufgabe gelöst werden kann, nämlich zeitnah und effizient die Lücken im Land zu schließen. Dieses Gutachten war die Grundlage für uns, die Konzeption zu erarbeiten, die wir im Februar verkündet haben.

Dazu gehört, dass wir eine Bündelungsstelle benötigen, wir einen Beauftragten bei der Landesregierung haben und eine Geschäftsstelle existiert, die im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist.

Herr Rüdgel, wenn Sie sagen, wir würden die Gemeinden nicht informieren, nehmen Sie vielleicht die Angebote nicht wahr. Es hat mittlerweile über 20 Veranstaltungen gegeben. Mehrere Tausend Bürgerinnen und Bürger haben das Informationsangebot wahrgenommen.

Ich habe erfahren, dass Sie auch versucht haben, sich zu informieren, indem Sie bei der Pressestelle angerufen und gefragt haben, was mit der Breitbandinitiative los ist. Dabei haben Sie sich nicht geoutet, dass es sich um eine Anfrage eines Abgeordneten handelt. Sie können als Abgeordneter unmittelbar die Staatssekretäre, den Minister oder das Ministerium anschreiben. Sie erhalten dann Informationen und müssen nicht über die Pressestelle gehen und dort anfragen, wie es mit der Breitbandinitiative des Landes Rheinland-Pfalz aussieht. Dann sind Sie vielleicht zeitnäher informiert und würden auch nicht einigen Fehlinformationen aufsitzen.

(Licht, CDU: Hat die Pressestelle Fehlinformationen gegeben?)

– Nein, sie hat sehr präzise informiert. Allerdings meine ich, dass ein Abgeordneter andere Informationswege kennt, um sich zu informieren. Es ist mit Sicherheit auch nicht üblich, nicht zu kommunizieren, wer man ist.

Ich komme zu der Aussage, dass das Förderprogramm angeblich ein Tropfen auf dem heißen Stein wäre. Wir haben eine klare Vorstellung von einer Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz. Wir wissen, 130 Gemeinden verfügen über keine Breitbandversorgung. Wir haben berechnet, was die Verfahren in anderen vergleichbaren Gemeinden gekostet haben. Wir haben eine Hochrechnung vorgenommen und sind auf den Betrag von 10 Millionen Euro gekommen. Wir haben auch die klare Aussage getroffen, dass wir entsprechend nachsteuern werden, wenn das nicht ausreichend ist.

Das ist im Vergleich zu anderen Bundesländern ein sehr hoher Betrag, den wir mit 10 Millionen Euro investieren. An anderer Stelle haben Sie kritisiert, wir würden Bundesmittel einsetzen.

Herr Rüdell, ich halte es für sehr klug, dass wir Bundesmittel und nicht allein Landesmittel einsetzen.

(Beifall der SPD)

Ich halte es für eine Aufgabe des Bundes, dass er Mittel für seine Firma, z. B. der Telekom, bei der er noch Eigentum hat, für eine flächendeckende Versorgung bereitstellt, weil sie vielleicht ihrem Auftrag nicht ganz nachgekommen ist.

Als Sie noch wenig über Breitbandversorgung gesprochen haben, habe ich im Mai letzten Jahres Bundesminister Seehofer angeschrieben und ihm mitgeteilt, dass ich es für angemessen halten würde, wenn der Bund insbesondere Flächenländer bei dieser Aufgabe unterstützt.

Ich habe ihm mitgeteilt, dass ich es für sinnvoll halten würde, diese Maßnahme zukünftig aus der Gemeinschaftsaufgabe zu fördern. Ich bin froh, dass mir Herr Seehofer am 22. Juni geantwortet und mitgeteilt hat, dass meine Überlegungen mit seinen Überlegungen übereinstimmen. Ich glaube, das ist eine sehr vornehme Formulierung dafür, dass man den Vorschlag eines Kollegen übernommen hat.

Ich bin dem Kollegen Seehofer sehr dankbar, dass er die Initiative und den Vorschlag von Rheinland-Pfalz übernommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Den Finanzminister wird es freuen, dass von den 10 Millionen Euro 6 Millionen Euro vom Bund finanziert werden. Ich halte das für angemessen, richtig und auch im Interesse des Landes Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine klare Transparenz, wie wir uns die Förderung vorstellen. Wichtig ist, dass wir die Aussage technik- und wettbewerbssoffen machen. Es muss vollkommen klar sein, dass wir nicht vorschreiben, welche Technik eine Gemeinde anwenden muss, wenn sie ihre Gemeinde mit einem angemessenen Breitband versorgen will. Wir dürften dies aus Wettbewerbsgründen nicht. Es wäre auch sachlich nicht richtig, dies vorzuschreiben, weil die jeweilige Situation in den Gemeinden auch andere Lösungskonzepte vernünftig macht. Das muss vor Ort entschieden werden.

Wir beraten die Gemeinden sehr kompetent durch die Geschäftsstelle, welche technischen und angemessenen Möglichkeiten es gibt, und vermitteln auch, wenn es notwendig ist, entsprechende Berater. Auch das fördern und unterstützen wir.

Dazu gehören leitungsgebundene Verbindungen – klassisch – über DSL, Kabelfernsehen, Funkverbindungen, aber auch Satellitentechnologie. Wir wissen, diese wird sich weiterentwickeln. Deswegen bin ich meinem Kollegen Bruch sehr dankbar, dass er die Kontakte zur Telekom genutzt hat, damit in Rheinland-Pfalz eine Reihe von Pilotprojekten umgesetzt werden kann. So soll die Satellitentechnik in kleineren Gemeinden verstärkt angewandt werden, um die Weiterentwicklung dieser Technologie genau zu beobachten; denn wir werden in Rheinland-Pfalz nicht den Fehler machen, uns auf eine Technologie zu konzentrieren und nicht zu beachten, was in anderen Bereichen passiert, die vielleicht schneller vorankommen und effizienter sind.

Grundvoraussetzung für die Förderung ist die Darstellung, dass in der Gemeinde die Versorgung unter einem Megabit liegt. Es muss eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger nach dem Bedarf durchgeführt werden und eine Ausschreibung erfolgen. Dann fördern wir vom Land bis zu 60 % der unwirtschaftlichen Kosten. Wir haben über 100 Anfragen von Gemeinden vorliegen.

Herr Rüdell, an den Nachfragen der Gemeinden können Sie sehen, dass das Programm bekannt ist. Wir sind auch sehr froh, dass es eine Reihe von Projekten gegeben hat, die sich eigenwirtschaftlich darstellen und bei denen es gar keinen Zuschuss geben muss, weil sich Firmen stärker um ihre Kunden bemühen. Auch die Telekom bringt plötzlich Dinge auf den Weg, die vorher noch mit einem Fragezeichen versehen waren.

Ich will nicht kritisieren, dass das Notifizierungsverfahren, das das Bundeswirtschaftsministerium auf den Weg gebracht hat, etwas gedauert hat. Wir hoffen, es wird im

Juni abgeschlossen sein. Damit die Gemeinden aber jetzt schon handeln können, sind alle Gemeinden angeschrieben worden, die Interesse geäußert haben. Wir werden vorzeitige Maßnahmen genehmigen, damit kein Zeitverzug entsteht.

(Beifall der SPD und des Abg. Bauckhage, FDP)

Dort handeln wir konsequent und flott.

Herr Rüdgel, Sie haben die Aussage getroffen, man dürfe sich nicht allein auf die Aussagen des Breitbandatlasses verlassen, der von dem Unionskollegen von Ihnen, Herrn Glos, auf den Weg gebracht wurde.

Ich stimme Ihnen zu. Es ist richtig, das auch mit eigenen Datengrundlagen zu hinterfragen. Das sieht der Gemeinde- und Städtebund auf Bundesebene auch so. Er hat sich ein Land für die Durchführung einer Detailbefragung herausgesucht. Sie können sich einmal fragen, welches Land er sich ausgesucht hat. Er hat sich für das Land Rheinland-Pfalz entschieden, weil wir bezüglich der Breitbandinitiative sehr weit voran sind. Wir sind gebeten worden, diese Befragung durchzuführen.

Wir haben selbstverständlich gehandelt und die Gemeinden angeschrieben. Wir werden als erstes Land genauere Informationen darüber haben, wie im Detail die Breitbandversorgung aussieht. Damit erhalten wir noch bessere Informationen, als sie im Breitbandatlas vorhanden sind. Wir können summa summarum feststellen, dass wir das Problem nicht nur erkannt, sondern auch eine Konzeption erarbeitet haben, die wir konsequent umsetzen. Wir haben durch einen intelligenten Vorschlag aus 4 Millionen Euro Landesmitteln 10 Millionen Euro gemacht, die wir im Interesse der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer einsetzen können. Wir sind zumindest mit dem, was wir auf den Weg gebracht haben, sehr zufrieden, die Bürgerinnen und Bürger auch.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Rüdgel.

Abg. Rüdgel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, wir freuen uns, dass Ihre Vorstellungen den Kommunen jetzt endlich bekannt sind. Wir hatten die Erwartung, dass das schon vor Monaten hätte passieren können und viele Unsicherheiten in den Kommunen nicht entstanden wären, wenn die Landesregierung konsequenter und schneller gehandelt hätte.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ziel ist es auf jeden Fall, dass jeder in Rheinland-Pfalz, egal wo er lebt und arbeitet, an den Chancen der Informationsgesellschaft teilhaben muss. Problematisch

ist weiterhin, dass noch immer zu viele Kommunen zu meist im ländlichen Raum gar nicht oder nur unzureichend mit Breitband versorgt sind.

In mehr als 1.600 Gemeinden allein in Rheinland-Pfalz gibt es teilweise massive Versorgungslücken. Diese sogenannten weißen Flecken leiden schon heute unter den negativen Folgewirkungen. Unternehmen wandern ab, Arbeitsplätze gehen verloren, und die Finanzkraft der Kommunen wird geschwächt.

(Frau Spurzem, SPD: Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus?)

Wir fordern die Landesregierung auf, zügig bedarfsgerechte Versorgungen mit schnellen und preiswerten Internetverbindungen im Land sicherzustellen. Wir brauchen Chancengleichheit im Wettbewerb der Regionen. Der ständig steigende Breitbandbedarf lässt sich gerade in ländlichen Regionen mit der gefühlten Unterversorgung begründen. Datenraten von weniger als einem Megabit pro Sekunde können auch im ländlichen Raum künftig selbst den Bedarf von Privathaushalten nicht decken. Das in der Vergangenheit beobachtete dynamische Wachstum beim Bitratenbedarf der Nutzer wird sich künftig fortsetzen.

Umfangreichere Updates, aber auch neue Anwendungen, wie Videodienste, lassen den Breitbandbedarf kontinuierlich wachsen. Hinzu kommen Anwendungen im Bereich der beruflichen und schulischen Weiterbildung. Die aktive Nutzung des Internets erfordert daher deutlich schnellere Anschlüsse. Hier ist die Landesregierung gefordert. Die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz haben diese Chancengleichheit verdient.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Alexander Schweitzer.

Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Ich glaube, wir sind uns einig. Wir wissen es schon lange, dass die Breitbandinitiative der Landesregierung in die richtige Richtung weist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie dies auch so sehen, sieht man doch daran, Herr Rüdgel, dass Ihr erster Satz von dieser Stelle aus gelautet hat: Wir beanspruchen die Vaterschaft für dieses Projekt. Insofern kann doch dieses Projekt gar nicht so falsch sein.

Herr Rüdgel, wenn ich mir aber anschau, welche selbstverschuldeten Informationslücken Sie über dieses Projekt zur Kenntnis gegeben haben, bin ich ganz froh, dass das Sorgerecht für diese Initiative doch weiterhin bei der Landesregierung bleibt.

(Beifall der SPD)

Herr Bauckhage, ich bin froh, dass Sie auf die Bedeutung funktionierender Datenübertragungswege für unseren Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz verwiesen haben. Wir sind das Land des modernen Mittelstandes. Alle Standortbedingungen, die wir beeinflussen können, sehen sehr gut aus. Das haben wir hier immer wieder feststellen können. Wir haben aber Nachholbedarf, was die Breitbandwege angeht. Das ist zweifellos so.

Die Breitbandinitiative des Landes zeigt ganz deutlich, dass man mit den Beteiligten im Dialog und mit Unterstützung durch ein Gutachten dann in die richtige Richtung geht, wenn man fragt, wo es den Bedarf und die Möglichkeiten gibt, zusammen mit der Telekommunikationswirtschaft, der Industrie- und Handelskammer, mit den wirtschaftlichen Akteuren vor Ort und den Gemeinden im Boot dafür zu sorgen, dass die digitale Schere zwischen Stadt und Land nicht weiter aufklafft, sondern sich im Gegenteil schließt.

Wenn ich mir anschau, dass nach all diesen Informationen und Erkenntnissen, die man gesammelt hat, adäquat mit einem Förderprogramm geantwortet wird, wenn ich mir dann anschau, wie in meinem Beritt in der Südpfalz die Kommunen dankbar auf dieses Programm reagieren und wie die Breitband-Dialoge, Veranstaltungen, die ich habe anbieten können, dafür gesorgt haben, dass Informationen ausgetauscht werden,

(Glocke der Präsidentin)

dann weiß ich, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich glaube, wir werden alle gemeinsam in naher Zukunft feststellen, dass auch Rheinland-Pfalz,

(Glocke der Präsidentin)

was die Breitbandversorgung angeht, aber nicht nur hier, zu den Spitzenländern der Flächenländer in Deutschland gehört.

Danke schön.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns alle einig: Wenn Rheinland-Pfalz mit seinen vielen ländlichen Räumen eine Zukunft haben will, was sowohl für die Wohnbevölkerung als auch für die Dienstleistungsunternehmen, die Gewerbe- und Industriebetriebe gilt, dann brauchen wir schnelle Internetverbindungen. Die Breitbandkonzeption der Landesregierung ist genau die richtige Antwort auf die Fragen der Zukunft. Insofern muss bei den Menschen im Lande dafür geworben werden. Es muss auch bei der Telekommunikationswirtschaft dafür geworben werden, damit sie mitzieht und entsprechende Hardware zur Verfügung stellt.

Vor diesem Hintergrund ist es mir eigentlich nicht bange. Ich will jedoch noch eine Anregung geben. Wir haben in Rheinland-Pfalz sehr viele Industrie- und Gewerbegebiete, die noch nicht völlig belegt sind, sondern auf denen es noch leere Flächen gibt. Unternehmen kommen heute nur noch dorthin, wenn es in der Tat eine ausreichende DSL-Breitbandanbindung gibt. Das muss gewährleistet sein.

Mit solchen Kommunen muss man Gespräche führen; denn sie sind mit ihren Industrie- und Gewerbegebieten auch gefördert worden. Man muss ganz gezielt versuchen, die Standorte ein Stück weit attraktiver zu machen, als sie es jetzt sind. Vielleicht entscheidet sich das eine oder andere Unternehmen auch dafür, sich in der Tat stärker im ländlichen Raum zu engagieren und sich dort anzusiedeln.

Die 10 Millionen Euro an Fördermitteln, die in der Breitbandkonzeption zur Verfügung stehen, sind insgesamt gut angelegt. Das Land geht damit ein Stück weit nach vorne und kann die Zukunft gewinnen.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Entwicklung von Militärstandorten – Gesicherte Zukunft für Baumholder und andere“ – Drucksache 15/2289 –

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Noss das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vergangene Woche war eine gute Woche für Baumholder. Es war eine gute Woche für die Region um Baumholder herum, und es war eine gute Woche für das Land. Die US-Streitkräfte verbleiben in Baumholder.

(Beifall der SPD)

Das Pentagon hat darüber hinaus entschieden, dass Baumholder ähnlich wie Spangdahlem, Kaiserslautern und Ramstein ein dauerhafter Standort für die US-Streitkräfte sein wird. Damit hat eine große Ungewissheit innerhalb der Bevölkerung ihr Ende gefunden. Eine große Ungewissheit und große Ängste, wie es weitergeht, haben ein Ende gefunden.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Für viele außerhalb Baumholders ist nicht nachvollziehbar, was dieser Entschluss für eine Kommune wie Baumholder bedeutet. Ich möchte das vielleicht anhand einiger Zahlen und Fakten darlegen, damit auch Außenstehende wissen, um was es hier geht. Seit 1951 gehören amerikanische Bürgerinnen und Bürger zum ganz normalen Straßenbild in Baumholder. Baumholder ist eine der größten US-Garnisonen in Europa. Ohne den

American Way of Life ist Baumholder gar nicht vorstellbar. Tagtäglich meint man eher, man sei in Amerika und nicht in Deutschland.

Nicht zuletzt wurde – auch durch zahlreiche Verfilmungen unterstützt – der Satz geprägt, dass Baumholder die amerikanischste Stadt außerhalb der USA ist. Das kommt nicht von ungefähr. In besten Zeiten waren in Baumholder über 20.000 amerikanische Soldaten und ihre Familienangehörigen beheimatet. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir etwa noch 5.500 Soldaten und 6.500 Familienangehörige, also immer noch rund 12.000 Einwohner amerikanischer Herkunft. Dem stehen 4.000 Einwohner der Stadt Baumholder sowie etwa 12.000 Einwohner in der Verbandsgemeinde Baumholder gegenüber. Dieses Zahlenverhältnis macht überdeutlich, wie wichtig diese Entscheidung des Pentagon pro Baumholder war.

(Beifall der SPD)

Ich möchte das Ganze auch an Arbeitnehmerzahlen belegen. Wir hatten Mitte der 80er-Jahre etwa 1.500 Beschäftigte bei den US-Streitkräften, etwa 800 bei der Bundeswehr und bei der Standortverwaltung. Mittlerweile ist es weniger geworden: 500 bei den US-Streitkräften und 300 bei der Bundeswehr. Das ist aber immer noch eine sehr große Menge. Damit sind die Bundeswehr und die US-Streitkräfte in Baumholder mit Abstand der größte Arbeitgeber. Viele Familien sind unmittelbar davon abhängig, dass es die Bundeswehr und die US-Streitkräfte in Baumholder gibt.

Die Lohnsumme der Soldaten und der Familienangehörigen beträgt etwa 200 Millionen Euro jährlich. Hiervon verbleiben etwa 35 Millionen Euro direkt in der Region. Auch das macht deutlich, wie wichtig die amerikanischen Soldaten für das Funktionieren der Gesellschaft in Baumholder sind.

(Beifall der SPD)

Der Verbleib der Amerikaner ist eine ganz wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Baumholders. Es ist daher kein Wunder, dass in Baumholder und herum die Freude riesengroß war, als wir dies mitgeteilt bekamen. Hierfür wurde von vielen Personen an vielen Rädern gedreht, an großen Rädern und auch an kleinen. Ich möchte an der Stelle ganz besonders unserem Ministerpräsidenten danken, der sich persönlich um diese Sache gekümmert und dafür gesorgt hat, dass es in Baumholder weitergeht. Ganz besonders möchte ich mich bei unserem Innenminister Karl Peter Bruch bedanken, der in zahlreichen Gesprächen mit US-Militärs, der Administration und Politikern sowohl in Deutschland als auch in Amerika, wo er mehr als zehnmals seit 2003 gewesen ist, versucht hat, eine Stimmung pro Deutschland, pro Rheinland-Pfalz und pro Baumholder zu erzeugen. Dieses Engagement war letztendlich notwendig, dass unsere Standorte – ich spreche nun für alle, aber ganz besonders natürlich für Baumholder – erhalten werden konnten und es in der Region wirtschaftlich weitergeht. Darüber hinaus können wir uns auch bei vielen anderen bedanken.

(Glocke der Präsidentin)

Ich habe nachher noch zwei Minuten.

Danke.

(Beifall der SPD –
Heiterkeit im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Noss, ich unterstreiche ausdrücklich das, was Sie gesagt haben. Ich mache allerdings eine kleine Einschränkung am Schluss bei den Danksagungen, aber nur eine kleine Einschränkung, ich übe keine grundsätzliche Kritik.

Ich will auch noch sagen – das dokumentiert auch noch einmal das Verhältnis in der Region Baumholder, im Landkreis Birkenfeld zu den Amerikanern –, dass dort nie die Schilder „Amis go home“ gehangen haben, wie es einmal die „Rhein-Zeitung“ vor ein paar Monaten getitelt hat, wie es bei uns z. B. führende Sozialdemokraten in der Region Kaiserslautern über Jahre hinweg gemacht haben.

(Pörksen, SPD: Ja klar! Das mussten
Sie natürlich sagen!)

– Ja, das will ich nur einmal der Vollständigkeit halber sagen. Das ist mir aufgefallen, als ich noch einmal nachgelesen habe, was es dazu zu sagen gibt.

Herr Noss, das Lob an die Landesregierung – Sie haben ausdrücklich gesagt, seit 2003 fahre der Innenminister nach Amerika; es gibt dort Persönlichkeiten, die sich für Steuergelder als Lobbyisten betätigen – muss deshalb eingeschränkt werden, weil wir natürlich in den letzten Monaten durch Wechselbäder der Gefühle in dieser Frage gegangen sind, ob wir jetzt Stationierungsstandort bleiben, die Brigade der Panzerdivision bleibt, wie lange es mit dem Abzug dauert, wer dann kommt und in Bezug auf alles, was damit zusammenhängt.

Wir hängen in diesen Entscheidungen – das haben Sie auch noch einmal bestätigt, indem Sie das Pentagon mehrfach erwähnt haben – in all diesen Fragen von den Amerikanern direkt ab, zum einen vom Pentagon und zum anderen vom Kongress, ob er jeweils die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt.

Der Innenminister hat in der letzten Meldung vom 2. Juni, wieder in der „Rhein-Zeitung“, gesagt, jetzt haben wir vielleicht die Chance, dass wir für die nächsten 20 Jahre „Enduring Base“ bleiben oder werden, allerdings – Sie haben es wörtlich gesagt – vorausgesetzt, dass das Pentagon das Stationierungskonzept nicht wieder ändere. Wir hängen von den Amerikanern ab. Deswegen will ich die Besuche ein Stück relativieren, ob diese tatsächlich diese Wirkung gehabt haben.

Aber in dem Zusammenhang – das muss man an dieser Stelle sagen – muss man nachfragen: Was haben Sie mit den Amerikanern bei den Besuchen, bei den Gesprächen hier in Deutschland vereinbart? Welche infrastrukturellen Zusatzmaßnahmen müssen jetzt geleistet werden? Was haben die Amerikaner im Sinn? Was wollen sie dafür haben, dass sie hier – wie ich hoffe – längerfristig bleiben? Ich denke, Sie werden uns dazu Auskunft geben, Herr Bruch.

Das ist eine wichtige Frage für die Entwicklung der Region. Wir haben das an anderer Stelle schon mehrfach diskutiert.

Wir haben schon ein paar Probleme mit den Amerikanern, auch hier im Land. Auch das muss an dieser Stelle gesagt werden. Deswegen sind die Kontakte notwendig.

Wir haben das Problem in Ramstein mit der Verlagerung, mit dem Korruptionsvorfall, mit dem LBB, der in Amerika kein gutes Bild – so jedenfalls ein Kongressbericht – hinterlassen hat. Die Zusammenarbeit zwischen der deutschen, der rheinland-pfälzischen und der amerikanischen Seite ist nicht ohne Schatten. Das muss man in diesen Gesprächen ein Stück bereinigen.

Ich möchte deshalb schon gern wissen, was vereinbart wurde oder was Sie zu vereinbaren gedenken. Vielleicht sind Sie noch gar nicht so weit, wie es ausgesehen hat.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu der Frage der Stationierung in Baumholder sagen. Ich war nach dem Rheinland-Pfalz-Tag – darum knüpft man auch Kontakte – bei der Diakonie in Idar-Oberstein. Dort gibt es eine Beratungsstelle für Frauen, die mit Amerikanern verheiratet sind. Man glaubt es kaum, für viele junge Mädchen ist es immer noch eine attraktive Aussicht, mit einem amerikanischen Soldaten nach Amerika zu gehen.

Viele leben auf der „Base“, was mit vielen Problemen verbunden ist. Das ist nicht nur der Dollar, der gegenüber dem Euro jetzt einen solch schlechten Stand hat, sondern es gibt auch viele andere Fragen zu klären; denn wir müssen wissen, diese Truppen in Baumholder sind Kampftruppen. Es handelt sich um eine Kampf Einheit der Panzerdivision.

(Hartloff, SPD: Sie gehen in den Irak!)

Diese ist im Irak. Die Männer und Frauen sind lange fort und hinterlassen nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in familiärer, sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht große Lücken. Das bedeutet große Aufgaben für die Familien, dies alles zu bewältigen.

Deshalb will ich an dieser Stelle noch einmal sagen: Diese Kampf Einheit – das ist auch nicht für jeden ganz einfach, das alles zu akzeptieren – war auf dem Weg in die USA. Es gab bestimmte Gründe für die aktuelle Situation: In den USA gab es nicht genug Kasernen, um alle diese Soldaten wieder zurückzuholen.

Was mir an dieser Stelle wichtig ist zu sagen, es ging vielleicht wirklich nicht – die Generäle haben diesbezüglich bestimmt einen großen Einfluss auf den Herrn Verteidigungsminister in den USA ausgeübt – zu sagen, wir

entziehen zu Hause den kämpfenden Truppen die Basis und belassen die Soldaten in Unsicherheit darüber, ob sie die Koffer packen müssen, ohne dass die kämpfenden Soldaten daheim sind. Deswegen denke ich, dass es aus amerikanischer Sicht durchaus sinnvoll war, ein Stück gegenzusteuern.

So viel in der ersten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Kollege Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landkreis Birkenfeld mit der Region Baumholder gehört sicher zu den strukturschwächeren Regionen in unserem Land. Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sind das Räume, die sich zunehmend entleeren. Wir müssen deshalb alles daran setzen, dass diese Räume als ländlicher Raum attraktiv bleiben.

Deshalb kämpft die Landesregierung schon seit vielen Jahren – ich kann mich erinnern, bestimmt schon zehn Jahre und mehr –,

(Harald Schweitzer, SPD: So ist es!)

um diesen Standort Baumholder zu stärken, der immer wieder in der Diskussion steht, aber für die Region Gold wert ist.

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, wenn die Amerikaner ihre Panzerdivision dort abziehen, entsteht ein Konversionsprojekt in einer Größenordnung, wie wir es selten im Land hatten und selten erfolgreich in dieser Region umsetzen könnten. Darüber muss man sich auch im Klaren sein.

Deswegen begrüßen wir diese Entscheidung, die die Amerikaner getroffen haben, die das Pentagon getroffen hat, eine „Enduring Base“ für 20 Jahre zu schaffen. Wenn das in der Tat zutrifft, wäre dieser Standort mit der Panzerdivision, mit den schweren Einheiten, mit den grünen Einheiten – die kämpfende Truppe trägt bei der Bundeswehr grüne Litzen – für 20 Jahre gesichert.

Ich hoffe, dass es auch so bleiben wird. Ich habe vorhin schon einmal angemerkt, wenn Obama Präsident wird und in den USA eine andere Regierung kommt, dann ist schon zu hoffen, dass die Karten nicht neu gemischt werden, was die Sicherheits-, die Verteidigungs- und Militärpolitik der Amerikaner insgesamt betrifft. Hoffen wir, dass die Amerikaner bleiben und weiterhin in der Region dafür Sorge tragen, dass Kauf- und Wirtschaftskraft ein Stück weit erhalten bleiben und weiterhin gewährleistet sind.

Der große Vorteil dieser Region ist, dass die Menschen sehr amerikanerfreundlich eingestellt sind und viele daran partizipieren. Es gibt viele Zivildienstbeschäftigte oder auch junge Mädchen, die bereit und stolz sind, einen amerikanischen Soldaten heiraten zu dürfen, zu können oder zu müssen.

(Frau Spurzem, SPD: „Müssen“ muss man nicht mehr! Die Zeiten sind vorbei!)

Es gibt sehr viele Beziehungen und Bande. Wichtig ist auch, dass die Wirtschaft in dieser Region davon profitiert; denn es werden immer wieder Aufträge seitens der Amerikaner vergeben. Daran partizipiert der Standort insgesamt, und wenn es dadurch in den nächsten 20 Jahren eine Zukunftsperspektive für den Landkreis Birkenfeld und insbesondere für den Standort Baumholder gibt, dann wäre das ein Problem weniger für das Land.

Es gibt noch andere Regionen, die noch große Probleme haben. Ich habe heute gelesen, Pirmasens hat wieder knapp 600 Einwohner im letzten Jahr verloren. Man sieht, die strukturschwachen Regionen haben ihre Probleme. Deswegen sage ich noch einmal, es ist Gold wert für Baumholder, dass dieser Standort erhalten bleibt.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Innenminister Bruch für die Landesregierung.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich um den Standort Baumholder bemüht oder ihn würdigt, muss sich insgesamt die Situation von 2003 in Erinnerung rufen. 2003 gab es eine neue Diskussion in den USA über die Frage, wie die künftige Stationierung in der Welt und in Deutschland aussehen soll.

Nach diesen Vorstellungen, die 2003 formuliert worden sind, war die damalige Landesregierung, SPD und FDP, vor die Tatsache gestellt, dass trotz Transformationsprogrammen von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem, immerhin mit einem Landesanteil von 30 Millionen Euro, noch zwei bzw. drei ungelöste Fragen bestanden:

Wie wird die Zukunft in Spangdahlem aussehen? Bleiben dort die Jäger, oder wird das nur ein sogenannter Airlift, also ein Flughafen, der nur für Ramstein als Ersatz dient, wenn dort z. B. Nebel herrscht? Wie sieht es in Baumholder aus? Wie sieht es rund um Kaiserslautern, mit Ramstein und den dortigen Standorten, aus?

Es sind über 13 hochwertige Standorte von Germersheim bis zu einem Labor in Pirmasens, über die wir reden. Es betrifft die gesamte Situation des Nachschubs für den Irak im Bereich der Munition, die auch in der Nähe von Ramstein gelagert wird. Es geht um einen weltweiten Transfer.

Dies war die damalige Auseinandersetzung, und über diese Frage haben wir damals verhandelt. Walter Zuber und ich haben damals mit dem Herrn Ministerpräsidenten darüber geredet und haben gefragt: Was können wir tun? Was ist zu tun?

Der Herr Ministerpräsident hat mich über das Konversionskabinett beauftragt, zum einen Gespräche vor Ort mit den Vertretern der Hauptquartiere und der Standorte zu führen, zum anderen die Frage zu klären, ob es eine Vorstellung der Landesregierung darüber gibt, wie man mit ihnen in Verhandlungen treten kann. Es ist normalerweise nicht üblich, dass ein Land in eine Verhandlung tritt, in die eigentlich das Auswärtige Amt bzw. die Bundesregierung eintreten müsste; denn wir haben staatlich eher im Innenbereich zu handeln und nicht im Außenbereich. – Dies war die Ausgangssituation.

Was haben wir getan? – Wir haben ein Programm mit dem schönen Namen „Housing“ entwickelt, das Sie alle kennen. Intention dieses Programms war es, die Amerikaner von bestimmten Lasten zu entlasten. Dies haben wir im Pentagon vorgetragen und bekamen 2003 – Sie werden sich erinnern – zum ersten Mal ein Entree. Sie können sich vorstellen, wenn ein Staatssekretär dieser Landesregierung in Washington auftritt, bebt natürlich die Welt, um es einmal salopp auszudrücken. – Das ist schon schwierig. Frau Kohnle-Gros, deswegen haben wir uns darum bemüht, ein Büro zu finden, das uns nicht pauschal behandelt, sondern das nach Aufwand abrechnet und auch punktuell beauftragt wird. Dieses Büro haben wir heute noch.

Es war hilfreich, dass die Bundesregierung – damals Herr Scharioth als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, heute als Botschafter, und der damalige Bundesverteidigungsminister Struck, heute Bundesverteidigungsminister Jung – dies auf Bundesebene begleitet hat. All dies ist abgesprochen worden. Wir haben niemals allein gehandelt.

Ich bitte um Vergebung, aber wir haben praktisch ein Stationierungsprogramm ausgearbeitet und haben uns überlegt, wie eine zukünftige Stationierung aussehen könnte, wohl wissend, dass wir in eine Arbeit „hineinpfuschen“, die andere zu erledigen hätten oder vielleicht auch besser erledigen könnten. Dabei haben viele mitgeholfen, auch amerikanische Streitkräfte, amerikanische Obristen und amerikanische Generäle. Es haben viele Verbindungen zum Generalkonsulat bestanden, und sie bestehen noch heute. Wir haben die Frage geklärt: Gibt es eine Möglichkeit – sei es im Repräsentantenhaus, sei es im Senat –, Menschen zu treffen, die uns helfen?

Der Herr Ministerpräsident hat sich zweimal persönlich in diese Verhandlungen in den USA eingeschaltet, und wir haben damals mehrere Gespräche mit Senator Warner geführt. Der eine oder andere von Ihnen wird wissen, welcher einflussreicher Senator dieser Mann war. Es war eine beeindruckende Persönlichkeit, die uns erklärt hat: Jawohl, Baumholder muss eine Option haben. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden mit den USA verhandeln können, und Sie müssen über eine Sache reden: Der Grundgedanke der Stationierung ist

Frage der Sicherheitspolitik. Die amerikanische Weltpolitik hat dabei eine Rolle gespielt. Soll aus Sicherheitsgründen wehrpolitischer Art in der Bundesrepublik Deutschland eine Stationierung in Ramstein oder Kaiserslautern auf Dauer bestehen? – Schon damals war es eine „Enduring Base“. Soll es Spangdahlem sein, und soll es Baumholder sein? – Dies war die spannende Frage.

Diese Frage wurde sehr schnell von der Bundesregierung mit Ja, von der Landesregierung mit Ja und von den amerikanischen Gesprächspartnern ebenfalls mit Ja beantwortet. Frau Kohnle-Gros, aber es war ein mühsamer Weg dorthin und ist es noch immer; denn der Weg ist noch nicht zu Ende. Was wir heute erleben, ist die Frucht einer nun fünfjährigen Arbeit, bei der viele mitgeholfen haben, bei der dieses Land insgesamt mitgeholfen hat und bei der am wirksamsten war, dass die Menschen vor Ort zu der Stationierung standen und die Bürgermeister und Fraktionen dies auch nach außen dargestellt haben.

Ich denke, die gesamte Mischung hat letztendlich dazu geführt, dass Robert Gates, der nun Verantwortung trägt, ein neues Stationierungskonzept erarbeitet hat.

Nun sind die 20 Jahre gekommen, lieber Herr Kollege Eymael. Ich bitte um Vergebung, Sie sind von mir gekommen, weil ich es nicht so hoch spielen wollte. „Enduring Base“ heißt für die Amerikaner eine Stationierung auf Dauer, ich sage, auf ewig. Das ist ihre Aussage.

Ich habe diese Aussage im Februar bei meinem letzten Besuch entgegengenommen und habe gehört, was man vorhat. Man hat mich gebeten, dies zunächst einmal für mich zu behalten, da noch Gespräche mit Senatorinnen und Senatoren notwendig sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, dass es damals ein Stationierungskonzept der Amerikaner mit einem Abbau von Streitkräften in Europa und einer Verlagerung in die USA gab. Nun ist man wieder davon abgekommen. Natürlich gibt es dort auf der Landesebene Senatorinnen und Senatoren, die genau das gleiche Interesse haben wie wir. Wir sagen, eigentlich müssten wir doch die Streitkräfte im Land behalten.

Ich wiederhole, die erste Argumentation ist das Stichwort „Sicherheit in der Welt“, die zweite Argumentation lautet: Wir haben die besten Standorte. – Ich bitte um Vergebung, aber das haben wir einfach behauptet und konnten es auch unter Beweis stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe die Sicherheitsfrage immer als erstes Argument genannt, und die zweite Frage war immer die Qualität der Standorte und die Einbettung in unsere Bevölkerung. Wichtig ist das, was die Landesregierung tun will. Dabei war nicht so sehr die Frage, wie viel Geld gebt ihr aus, sondern die Frage lautete eher: Seid ihr bereit, weitere Infrastrukturmaßnahmen mit uns gemeinsam durchzuführen – ich nenne das Stichwort „Housing“ –, und seid ihr bereit, uns aktiv zu unterstützen? – Diese Frage konnten wir guten Gewissens bejahen.

Der dritte Punkt, den ich vorgebracht habe, war, dass wir ein wirtschaftliches Eigeninteresse haben.

Herr Kollege Eymael hat vollkommen recht. Als ich 2003 nach langer Zeit wieder einmal in Baumholder war, habe ich mir den Ort angesehen. Ich war in jungen Jahren ab und zu einmal dort. Damals gab es im Landtag die Fraktion der GRÜNEN, die uns gesagt haben, dass wir ihn konvertieren sollen. Die damalige Landesregierung von SPD und FDP hatte seinerzeit große Erfolge in der Frage der Konversion, die noch heute deutlich sind.

Als ich dort war, habe ich mir die Frage gestellt: Wo soll ich ansetzen? – 4.500 Deutsche, 11.000 Amerikaner in einer Infrastruktur, die seit 1930 rein militärisch geprägt ist. Wie soll ich dies alles konvertieren?

Mir wurde sehr schnell die einzige Möglichkeit klar: Wir müssen mit den Amerikanern verhandeln, und wir müssen ein Programm auf den Weg bringen. Diese Landesregierung hat beispielsweise gemeinsam mit der Verbandsgemeinde über 2 Millionen Euro investiert, um die Bahnlinie zu sichern. Es bestand immer auch eine große Einigkeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich vergesse nie, als mein Kollege Michael Billen mich angerufen und gesagt hat: Die Jäger müssen in Spangdahlem bleiben. – Es ist klar, wenn die Jäger von Spangdahlem weggehen, muss man auch wissen, dass pro Jäger etwa 100 nachgeordnete Arbeitsplätze von Spezialisten verloren gehen. Wenn man sich vorstellt, was dort im Umfeld an Wertschöpfung stattfindet, allein durch den Bereich Spangdahlem, weiß man, dass wir über sehr viel Geld reden.

Dass heute die Amerikaner noch weitere Einheiten aus dem europäischen Raum nach Spangdahlem verlegen wollen, hat etwas damit zu tun, dass dieses Transformationsprogramm von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem stattgefunden hat, und es hat auch etwas damit zu tun, dass die Landesregierung aktiv geworden ist, für Spangdahlem eingestanden ist und dies in den USA auch mithilfe des Auswärtigen Amtes und einiger anderer Beteiligter deutlich gemacht hat.

Ich werde in diesem Monat noch im Pentagon sein und politische Gespräche führen. Für Baumholder wird sich die Frage stellen, wie wir weiter agieren. Es gibt die Aussage eines endgültigen Standortes. Es gab vorher die Aussage, wir bleiben bis zum Jahr 2012 oder 2013 mit der jetzigen Brigade. Nach meinem Informationsstand ist aber bisher offen, ob es erneut eine schwere Brigade sein soll.

Es gibt auch eine andere Information, wonach zwei schwere Brigaden nach Europa, und zwar nach Deutschland kommen sollen, eine Brigade nach Bayern, eine zu uns. Des Weiteren kursiert die Information – diese muss ich allerdings noch verifizieren –, dass möglicherweise noch eine Logistikbrigade aufgebaut werden soll. Dies müssen wir prüfen. Es hat aber nichts mit der Grundaussage zu tun, dass dieser Standort bestehen bleibt.

Herr Ministerpräsident Beck hat damals mit Herrn Minister Struck verhandelt, wir haben mit Herrn Minister Jung über die Frage verhandelt, dass wir natürlich auch den

Truppenübungsplatz aufrüsten müssen. Natürlich brauchen wir dafür neue technische Innovationen, damit der Übungsplatz erhalten bleibt. Diese Zusage besteht.

Wir haben die Zusage gegeben, dass wir natürlich erneut ein Housing-Programm auflegen werden, wenn dies gewünscht wird. Es wird gewünscht; denn man will wegkommen von den alten Stationierungen, die es bisher gibt. Darüber müssen wir konkret sprechen. Bisher ist das Housing-Programm in Spangdahlem praktisch ohne rheinland-pfälzisches Geld ausgekommen. Es gibt genug Private, die in dieses Programm investieren, wenn sich das Land dahinterstellt. Das tun wir, und dies werden wir auch jetzt wieder tun.

Von daher bitte ich um Vergebung, dass ich heute nicht konkret sagen kann, wie viel Geld wir in die Hand nehmen werden, um bestimmte Maßnahmen durchzuführen. Wir werden vielmehr eine fortdauernde Arbeit haben, eine positive Arbeit – wie ich finde –, um weitere Verhandlungen mit den Amerikanern zu führen und uns zu diesen Standorten zu bekennen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, dies ist wirklich ein sehr großer Erfolg.

Wenn ich die Situation von 2013 sehe, geht es in Rheinland-Pfalz um eine Wertschöpfung der amerikanischen Streitkräfte oder ihrer Angehörigen von insgesamt etwa 1,5 Milliarden Euro. Dieses Gutachten ist damals von einer Professorin erstellt worden.

Als ich zum ersten Mal hörte, dass mit etwa 80 % eine Möglichkeit für eine „Enduring Base“ besteht, habe ich mit dem Verantwortlichen im Pentagon gesprochen, den ich schon seit über fünf Jahren kenne. Manchmal wechseln sie auch sehr schnell, aber Gott sei Dank habe ich einen gehabt, der mich lange Zeit begleitet hat. Ich hoffe, ich treffe ihn wieder. Ich habe ihm gesagt: Wenn es so ist, dass Ihr das vorhabt, dann sagt mir doch einmal, wieso Ihr jetzt darauf kommt, wo wir Euch schon fünf Jahre mit Baumholder im Ohr liegen. –

Er hat gesagt: Wissen Sie, nachdem Gates gesagt hat, wir überprüfen das Stationierungskonzept in der Welt, haben wir ein Ranking aller Standorte der amerikanischen Streitkräfte in der Welt gemacht. – Ich wiederhole diese Aussage jetzt sehr ernsthaft, weil sie unter Zeugen gefallen ist. Ich muss mich da nicht in irgendeiner Form verbiegen.

Er hat gesagt, wir haben ein Ranking gemacht. Wie sieht das aus? Wie ist der Standort bei den Menschen eingebettet? Wie ist der Standort hinsichtlich der Umwelt? Ist er umweltfreundlich? Gibt es dort gesundes Wasser? Wie ist dort die Luft? Wie sind die Möglichkeiten? Wie ist die Infrastruktur? Will uns das Land Rheinland-Pfalz? Ich muss sagen, Sie sind da an der Spitze des Rankings. Sie sind die Ersten. Deswegen haben wir Baumholder genommen. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, diese Arbeit hat sich ausgezahlt. Sie sehen mich sehr zufrieden.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Noss das Wort.

(Harald Schweitzer, SPD:
Der ist auch zufrieden!)

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal betonen, dass ich mich ausdrücklich freue, dass in diesem Hohen Hause die nicht immer anzutreffende große Übereinstimmung festgestellt werden kann. Ich glaube, wir alle haben erkannt, wie wichtig diese jetzige Entscheidung ist.

Ich sage deutlich, ein Konversionsfall Baumholder hätte mit Sicherheit die Möglichkeiten der Region und des Landes bei Weitem gesprengt. Das weiß jeder, der einmal in Baumholder war und weiß, dass etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Stadt nur amerikanische Liegenschaften sind, die gar nicht zu entsorgen und zu besetzen wären. Ich glaube, von daher war die Entscheidung goldrichtig.

Ich möchte noch etwas betonen, was vorhin schon vom Minister angesprochen worden ist. Die Amerikaner werden in Baumholder gut aufgenommen. Viele ehemalige amerikanischen Generäle und Offiziere sind mittlerweile entsprechend in höheren Dienststellungen angekommen. Diese kommen immer wieder nach Baumholder und freuen sich, dass sie hier sind. Sie haben sich auch für Baumholder verwendet.

Gleichzeitig wird auch bei den Amerikanern anerkannt, dass sich die Landesregierung voll hinter die amerikanische Stationierung stellt. Wir haben öfter in Baumholder Veranstaltungen, wenn Truppen zum Kampfeinsatz in den Irak abziehen oder wenn sie zurückkommen. Es gibt dann immer größere Aufmärsche. Stets sind Vertreter der Landesregierung dort. Ich glaube, das ist durchaus auch nicht überall die Regel. Das wird sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Der Herr Minister sprach es vorhin an, die erforderlichen Verbesserungen und eine Attraktivierung des Standorts werden und müssen angegangen werden. Der Truppenübungsplatz, der auch von der Bundeswehr noch sehr rege genutzt wird, ist ein ganz wichtiger Punkt des Gesamtkonzeptes. Zu nennen ist auch die Verbesserung der Infrastruktur, die ohnehin bereits im Ranking sehr hoch angesiedelt ist.

Ich glaube, mit dieser Entscheidung, über die wir uns alle freuen und die von uns allen noch etwas an Arbeit verlangt, können wir alle sehr gut leben. Wir können uns freuen. Ich sage nochmals, es war eine gute Woche für Baumholder, für die Region und für das Land.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Damit sind wir am Ende der Diskussion zum dritten Teil der Aktuellen Stunde und treten in die Mittagspause bis 14:15 Uhr ein.

Unterbrechung der Sitzung: 13:14 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14:15 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort. Zunächst darf ich Gäste begrüßen, und zwar Seniorinnen und Senioren der Seniorenresidenz St. Sebastian in Dudenhofen. Herzlich willkommen in Mainz im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zu **Punkt 12** der Tagesordnung:

Regierungserklärung**„Wir bringen Potenziale zur Entfaltung“**

Ich erteile Herrn Wirtschafts- und Verkehrsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bild unseres Landes wird geprägt von seinen romantischen Flusslandschaften, dem Wechsel zwischen Wäldern und landwirtschaftlich genutzten Flächen. Es ist der Reichtum an unterschiedlichen Landschaften, der Rheinland-Pfalz so attraktiv macht. Unsere Kulturlandschaften wurden durch landwirtschaftliche Nutzung geboren und leben durch sie weiter. Sie sind Grundlage für den Tourismus und dienen den Menschen als Wohn- und Erholungsraum.

In den ländlichen Räumen lebt und arbeitet die Mehrheit der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Die ländlichen Räume machen knapp zwei Drittel der Landesfläche aus.

Die ländlichen Räume stehen vor einem Veränderungsprozess, der eng mit der demografischen Entwicklung verbunden ist. Es geht darum, die Chancen und Potenziale zu erkennen und zu nutzen, die ein solcher Veränderungsprozess mit sich bringt.

Meine Damen und Herren, dem Prozess des Wandels einen Rahmen zu geben, in dem sich die Potenziale entfalten können, dafür steht unsere Politik für die ländlichen Räume. Es geht um eine moderne Landwirtschaftspolitik, es geht um infrastrukturelle Voraussetzungen für die Entwicklung ländlicher Räume, wie die Nahversorgung und die Verkehrsanbindung.

Wer gute Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte, muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch die positive Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur in ländlichen Räumen fördern.

(Beifall der SPD)

Die Ziele der Landesregierung bestehen daher aus einer wirtschaftlichen Stärkung dieser Gebiete auch außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, der Erhaltung und Schaffung geeigneter Infrastruktur und der Bewahrung der Kulturlandschaft. Wir wollen in Rheinland-Pfalz weiter an einem Netz arbeiten, in dem jeder Teil des Landes seinen Beitrag zum Gelingen des Ganzen beiträgt, einem Netz, das alle Teile trägt; denn dieses Netz ist die große Stärke unseres Landes. Dabei konzentrieren wir uns darauf, die Stärken zu stärken.

Die Lösung der Zukunftsaufgaben unseres Landes muss bei einer vernetzten, integrierten Politik für die ländlichen Räume ansetzen. Die Vernetzung wichtiger Bereich der mittelständisch geprägten Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur setzt die richtigen Impulse für den Erhalt und für die Stärkung regionaler Identität. In diesem Umfeld werden sich die Potenziale der Menschen in den ländlichen Räumen entfalten.

Meine Damen und Herren, die Dynamik, wie wir sie im vergangenen Jahr auf einigen wichtigen Agrarmärkten erlebt haben, lässt die Medien von einem „Comeback der Bauern“ sprechen und sogar ein neues Zeitalter für die Landwirtschaft einläuten. Auch wenn manche Preisentwicklungen in ihrem Ausmaß von kurzfristigen Einflüssen mitbestimmt waren, so lässt sich doch feststellen, die Situation auf wichtigen Agrarmärkten hat sich grundlegend und nachhaltig verändert.

Die Preise für Lebensmittel nähern sich dem Wert dieser an. Hochwertige Lebensmittel zu erzeugen, das ist die Herausforderung unserer Zeit. Das ist zugleich eine große Chance, eine wiedergewonnene Perspektive für unsere Landwirtschaft.

Wir wissen aber auch, es gibt Schattenseiten dieser Entwicklung. Die gestiegene Nachfrage und die vermehrte Nutzung von Rohstoffen der Lebensmittelproduktion als Biokraftstoff haben dazu beigetragen, dass Nahrungsmittel für viele Menschen in den Entwicklungsländern unbezahlbar werden und auch die Lebenshaltungskosten in Deutschland steigen.

Ursächlich für diese Schattenseiten aber – und das muss klar gesagt werden – sind Knappheiten auf der Angebotsseite. Wir brauchen mehr hochwertige Lebensmittel. Wir brauchen eine gesunde Perspektive für die Landwirtschaft. Wir brauchen letztlich eine Agrarpolitik in Europa und darüber hinaus, die wirtschaftliche Anreize für eine nachhaltige Steigerung der Agrarproduktion bietet.

Aus marktverzerrenden Maßnahmen der Vergangenheit gilt es zu lernen. Agrarmärkte dürfen und werden künftig nicht am Subventionstropf hängen. Wer nur den Subventionen das Wort redet, zeigt, dass er kein Vertrauen

in die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft besitzt. Ich glaube an die Landwirtschaft!

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade deshalb ist es nach meiner festen Überzeugung wichtig, in diesen Zeiten des Umbruchs in der Agrarpolitik einen verlässlichen Kurs zu steuern. Diese Grundhaltung bestimmt auch die Position der Landesregierung in der aktuellen Diskussion um den sogenannten „Gesundheitscheck“, zu dem die EU-Kommission am 20. Mai 2008 ihre legislativen Vorschläge vorgelegt hat.

Ich spreche mich entschieden dagegen aus, zum jetzigen Zeitpunkt die Modulation zu erhöhen. Die Betriebsprämie wurde 2005 für einen Zeitraum bis 2013 eingeführt. Bis dahin sollte sie für die Betriebe eine verlässliche Planungsgröße sein.

Ein zweites wichtiges Thema in der Diskussion um den Gesundheitscheck ist die Zukunft der Milchquote nach 2015. Hier sollten wir uns nichts vormachen, die Zeichen stehen eindeutig auf Ausstieg. Die von der Kommission gesetzten Quotenerhöhungen und Vorschläge zeigen, das Ende der Quote ist eingeläutet. Bis dahin ist ein gleitender Ausstieg zu organisieren. Die Landesregierung wird die Milcherzeuger in diesem Anpassungsprozess mit einer gezielten Strukturförderung unterstützen, damit sich die Milcherzeugung als Rückgrat der Landwirtschaft in den Mittelgebirgsregionen unseres Landes auch weiterhin erfolgreich im Wettbewerb behaupten kann.

(Beifall bei der SPD)

Milch ist ein sehr hochwertiges Nahrungsmittel. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben zu Recht ein großes Vertrauen in heimische Produkte entwickelt. Diese sind nicht zum Nulltarif zu erhalten. Andererseits ist der Lebensmitteleinzelhandel gerade bei Milch von einem teilweise ruinösen Preiskampf geprägt, bei dem kleine und mittlere Betriebe gegenüber den großen Handelsketten auf der Strecke bleiben. Die hohe Qualität der Produkte verdanken wir den heimischen Milchbauern. Bei ihnen muss ein gerechter Teil des Milchpreises ankommen.

(Beifall der SPD)

Ein wichtiges Anliegen von mir ist es, für einen einheitlichen Ausgleich für die gesellschaftlichen Leistungen unserer Landwirte zu sorgen. Die Betriebsprämie vergütet die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landwirte – die Weiterentwicklung unserer Kulturlandschaften.

Diese Prämie, die keine Subvention ist, die eine Vergütung für eine Leistung darstellt, muss zukunftsfähig gestaltet werden. Diese Regelung muss nachvollziehbar, transparent und vor allem gerecht sein!

Wieso liegt die Prämie in Rheinland-Pfalz bei rund 290 Euro und in Schleswig-Holstein bei rund 360 Euro? Dies ist durch nichts zu rechtfertigen! Mit dieser Regelung sind eklatante Wettbewerbsverzerrungen und

Nachteile für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft verbunden, die wir so auf Dauer nicht hinnehmen.

(Beifall der SPD)

Mit einer gezielten Strukturpolitik wollen wir in Rheinland-Pfalz gute Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft setzen. Für diese Politik steht in Rheinland-Pfalz unser Entwicklungsprogramm PAUL. Die Schwerpunkte liegen in der Investitionsförderung, in der Bodenordnung, in der Marktstrukturverbesserung und in der Junglandwirteförderung. Wir haben zudem die einzelbetriebliche Investitionsförderung finanziell aufgestockt. Gleichzeitig sichern wir mit der Förderung der benachteiligten Gebiete oder den Agrarumweltmaßnahmen – wie beispielsweise bei der Steillagenförderung im Entwicklungsprogramm PAUL – unsere abwechslungsreichen Kulturlandschaften.

Meine Damen und Herren, sprechen wir über Agrarpolitik, so rücken schnell Zahlen in den Vordergrund. Wie viel Geld wird für diese oder jene Maßnahme bereitgestellt? Das ist wichtig. Aber letztlich entscheidend ist, ob wir junge Menschen für die grünen Berufe gewinnen können, ob junge Menschen dort Perspektiven für sich und ihre Familien erkennen, ob sie sich begeistern lassen.

Neben einer gezielten und effizienten Förderung sind dafür vor allem Investitionen in die Köpfe notwendig.

(Beifall der SPD)

An erster Stelle steht daher ein sehr gutes Aus- und Weiterbildungssystem. Der landwirtschaftliche Nachwuchs muss in die Lage versetzt werden, die Betriebe auf die Herausforderungen der Märkte einzustellen. Diese Aufgabe in der Weiterbildung ist eine zentrale Aufgabe eines jeden Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum. Unternehmerisches Handeln bedarf einer soliden Basis. Wir wollen unternehmerisches Handeln, also legen wir auch großen Wert auf die Aus- und Weiterbildung. In diesem Jahr hat die Zahl der Berufsschüler für grüne Berufe erneut zugelegt – um erfreuliche 3 %. Die ländlichen Räume und die Agrarwirtschaft in Rheinland-Pfalz bieten viele Chancen und benötigen dafür qualifizierten und engagierten Nachwuchs. Ohne kluge Köpfe hilft jede gezielte Förderung nichts!

Meine Damen und Herren, die Stärke unseres Bundeslandes ist die Stärke seiner Regionen. Regionale Identitäten haben eine wichtige Funktion. Die Menschen in Rheinland-Pfalz identifizieren sich in hohem Maße mit ihrer Region, ihrer Heimat! Gemeinsame Aktivitäten erzeugen – wie derzeit z. B. an der Mosel erlebbar – eine beeindruckende Aufbruchstimmung. Die Regionalinitiativen greifen regionale Stärken und Kompetenzen auf und schaffen durch Vernetzung, Kooperationen und Innovation neue Wertschöpfungspotenziale. Erfreulicherweise gibt es auch in vielen anderen Regionen Bestrebungen zu einem neuen Wir-Gefühl.

Ich denke dabei an die jüngste Entwicklung im Westerwald, wo die drei Landkreise noch stärker ihre regionale Identität als „Wäller“ herausstellen und noch enger als bisher zusammenarbeiten wollen. Ich denke an die Re-

gion Hunsrück/Nahe, wo die Initiativen „SooNahe“ und „Hunsrück Marketing“ mit unserer Unterstützung gemeinsam an einer regionalen Dachmarke arbeiten. In Rheinhessen und in der Pfalz werden unter dem Dach „Rheinhessen Marketing“ bzw. „Pfalz Marketing“ schon seit längerer Zeit Aktivitäten in den Bereichen Wein und Tourismus gebündelt.

Alles das leistet einen wertvollen Beitrag zum Zusammenwachsen der Regionen und natürlich auch zum regionalen Standortmarketing. Welche Erfolge eine Regionalmarke im agrarischen Bereich feiern kann, zeigt eindrucksvoll die Eifel.

Die zwölf LEADER-Regionen haben gerade auch hier einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten gesetzt.

Diese regionalen Identitäten sind unser Erfolgsrezept. Umso bedauerlicher ist, dass dies die EU-Kommission nicht verstehen will. Wir haben das im vergangenen Jahr bei der Weinmarktreform erleben müssen. Die große Solidarität aller europäischen Weinbaugebiete unter der Führung von Rheinland-Pfalz hat die EU-Kommission dazu bewegt, ihren Entwurf in grundlegenden Punkten zu ändern und abstruse Vorstellungen über Weinbau zu begraben.

Die traditionellen Weinbereitungsverfahren wurden nicht einem europäischen Gleichmacherei-Wahn geopfert, sondern bleiben weiterhin die Stärke unserer wunderbaren Anbauregionen. Dies zu erreichen, war ein steiniger Weg. Ihn zu gehen, hat aber gezeigt, die Regionen Europas agieren gemeinsam, um so den regionalen Besonderheiten ein adäquates Gewicht zu verleihen.

Die Zukunft der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz ist untrennbar mit den Zukunftschancen im Tourismus verknüpft. Der Tourismus ist mit einem jährlichen Nettoumsatz von 6,2 Milliarden Euro, 190.000 Beschäftigten und mehr als 190 Millionen Tagesgästen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Rheinland-Pfalz.

Im Tourismus sind unsere Kulturlandschaften der entscheidende Wettbewerbsvorteil. Wir wollen uns deshalb mit dem ersten gemeinsamen rheinland-pfälzischen Tourismuskonzept auf vier Felder konzentrieren, die in einer engen Beziehung zu dem Erlebnis dieser Kulturlandschaften stehen: Wandern, Radfahren, Gesundheit sowie Wein und Genuss. – Kultur und Tourismus sind eng miteinander verknüpft, da das kulturelle Erbe des Landes nicht nur zur regionalen Identität beiträgt, sondern die Regionen auch für die Touristen noch attraktiver macht.

Meine Damen und Herren, ein regionales Profil ist auch und gerade dann unumgänglich, wenn es darum geht, die ländlichen Räume als Wirtschaftsräume zu erhalten und zu stärken. Für die Landesregierung steht fest: Die ländlichen Räume sind für die wirtschaftliche Entwicklung von Rheinland-Pfalz unverzichtbar. Mehr noch: Die ländlichen Räume gehören zu den Triebfedern der wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Es gibt auch und gerade in den ländlichen Räumen zahlreiche unternehmerische Erfolgsgeschichten, die sich in Wachstum und Beschäftigung niederschlagen. Überwiegend ländlich geprägte Landkreise wie Trier-Saarburg oder der Donnersbergkreis haben das dritt- bzw. vierthöchste langfristige Wirtschaftswachstum unter allen rheinland-pfälzischen Landkreisen.

Dies zeigt, dass die Arbeitswelt der ländlichen Räume nicht nur durch Landwirtschaft und Tourismus geprägt ist. In den ländlichen Räumen bieten sich zukunftsfähige Arbeitsplätze im Handel, in den Dienstleistungen oder in der Industrie und im Handwerk.

Grundlegende Voraussetzung für diese positive Entwicklung sind gut ausgebildete Menschen. Für die Qualität des Bildungsstandortes Rheinland-Pfalz stehen Reformschritte, wie etwa das 2005 aufgelegte Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ und das bereits 2001 gestartete Ganztagschulprogramm, um zwei Meilensteine, für die meine Kollegin Doris Ahnen steht, hervorzuheben.

Eine der wichtigsten Herausforderungen für den ländlichen Raum ist es, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden und an die Unternehmen zu binden. Die Familienfreundlichkeit des Unternehmens spielt hierbei eine zunehmend wichtiger werdende Rolle bei der Auswahl des Arbeitsplatzes.

Das Kernstück unserer Wirtschaftspolitik ist die Förderung von Netzwerken und Clustern. Diese stützen sich auf die regionalen Stärken in Wissenschaft und Wirtschaft und umfassen dabei je nach regionaler Struktur auch weite Bereiche der ländlichen Räume.

Dabei können sie auch einen Beitrag zur stärkeren Verzahnung von Ballungsräumen und den angrenzenden ländlichen Räumen leisten. Ein aktuelles Beispiel erleben wir im Westerwald. Er ist auf dem besten Wege, zu der Innovationsregion für die Verarbeitung von Metall und Keramik zu werden. Für dieses Innovationscluster werden wir bis 2013 mehr als 10 Millionen Euro bereitstellen.

In diesem Zusammenhang ist auch der vom Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz geförderte Cluster „Forst, Holz und Papier“ zu erwähnen. Dieser Sektor trägt in einer beachtlichen Weise zur Wertschöpfung unseres Landes bei.

Auch die Gesundheitswirtschaft mit ihrem hohen Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotenzial weist für die ländlichen Räume ein enormes wirtschaftliches und beschäftigungspolitisches Potenzial auf. Mit der Initiative „Gesundheitswirtschaft“ haben meine Kollegin Malu Dreyer und ich diese Zukunftsaufgabe erkannt und in Angriff genommen.

(Beifall der SPD)

Neben der Clusterförderung wird die Mittelstandsförderung weiter ausgebaut. Ich verweise exemplarisch auf das Mittelstandsförderungsprogramm und das regionale Landesförderprogramm sowie auf die finanzielle Unterstützung bei der Erschließung von kommunalen Indust-

rie- und Gewerbegebieten und den Aufbau touristischer Infrastruktur.

Wenn wir in ländlichen Räumen ein neues Industriegebiet erschließen, Unternehmensinvestitionen zielgerichtet unterstützen und innovative Unternehmensgründer fördern, dann sind dies immer Investitionen in eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen Räumen.

Ich bin mir bewusst: Die Wirtschaftsförderung alleine wird nicht alle Probleme lösen können. Sie kann aber wertvolle Impulse setzen und so neue Entwicklungen anstoßen. – Ich habe die bisher im Landesförderprogramm bestehenden regionalen Beschränkungen für die Förderung von Beherbergungsbetrieben aufgehoben und die Mindestvolumina einzelbetrieblicher Investitionsvorhaben vereinheitlicht und gesenkt.

Meine Damen und Herren, ein lebenswerter, ein attraktiver ländlicher Raum steht und fällt mit einer adäquaten Nahversorgung. Sie ist aus ökologischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Gründen von zentraler Bedeutung. Die Frage, was eine adäquate Nahversorgung ist, kann nicht von Utopisten beantwortet werden.

Den Lebensmitteleinzelhandel in jeder einzelnen Ortsgemeinde gibt es schon heute nicht mehr. Die Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte war und ist unumkehrbar. Der Strukturwandel geht bundesweit weiter. Gleichzeitig aber erleben wir in vielen Gemeinden, dass die Menschen vor Ort tragfähige Konzepte entwickeln und so ihre Nahversorgung auf ein wirtschaftlich solides Fundament stellen wollen. Es gilt, diese Herausforderungen systematisch anzunehmen.

Meine Damen und Herren, das muss unser Ansatz sein. Wir können und wollen keine dauerhaft öffentlich geförderte Konkurrenz zu bestehenden Unternehmen etablieren, aber tragfähige Konzepte zur Nahversorgung werden gerade im Aufbau unsere Unterstützung erhalten.

Machbarkeitsstudien mit Pilotcharakter werden ebenso gefördert wie die Betriebsberatung. In den LEADER-Wettbewerben wird die Nahversorgung einen entsprechenden Stellenwert erhalten.

Meine Damen und Herren, neben einem entsprechenden Einzelhandelsangebot ist die Bereitstellung von Postdienstleistungen eine zweite Säule der Nahversorgung in den ländlichen Räumen. Ein liberalisierter Postmarkt bedarf eines passenden Ordnungsrahmens, der Mindestanforderungen an die flächendeckende Qualität der Postdienstleistungen sicherstellt.

Bis Ende vergangenen Jahres wurde die Qualität der postalischen Dienstleistungen einerseits durch die Post-Universaldienstleistungsverordnung und andererseits durch eine Selbstverpflichtungserklärung der Deutschen Post AG aus dem Jahre 2004 definiert. Letztgenannte ist Ende 2007 ausgelaufen.

Dem Landtag liegt ein gemeinsamer Antrag aller in diesem Hause vertretenen Fraktionen vor, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den Ordnungsrahmen an den liberalisierten Markt anzupassen. Es ist in der Tat

nicht hinzunehmen, dass seit über sechs Monaten eine Neufassung der eben genannten Verordnung durch den Bundeswirtschaftsminister unterbleibt.

(Beifall der SPD)

Ich habe diesen ersucht, seine Phase der Untätigkeit dringend zu beenden.

Wir brauchen keinen Freibrief für die Ausdünnung postalischer Leistungen in den ländlichen Räumen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir brauchen klare Regeln. Es ist höchste Zeit, dass der Universaldienst im Sinne der Menschen neu definiert wird.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Eine gute gesundheitliche Versorgung ist die dritte Säule. Ich habe die Potenziale der Gesundheitswirtschaft schon benannt, möchte aber noch einen Aspekt herausstreichen. Die Landesregierung hat das gesundheitspolitische Ziel, die gesundheitliche Versorgung in der Fläche sowohl im stationären als auch im ambulanten Sektor zu erhalten.

Meine Damen und Herren, ich komme zur vierten Säule einer modernen Nahversorgung: Dem Zugang zu Breitbandnetzen. Er ist eine essenzielle Voraussetzung für die Standortqualität im Wettbewerb der Regionen. Dies gilt nicht nur für Breitbandanwendungen von Wirtschaft, Landwirtschaft, Weinbau und Schulen, sondern auch für die Privathaushalte.

Das Ziel der Landesregierung ist eine flächendeckende Breitbandverfügbarkeit. Dafür haben wir im Dialog mit den kommunalen Entscheidungsträgern und mit wissenschaftlicher Fundierung frühzeitig eine Konzeption erarbeitet. Das Ergebnis ist unsere Breitbandinitiative, eine koordinierte Strategie der Landesregierung, um die verbleibenden Lücken in der Versorgung schnell zu schließen.

Insgesamt wird die Landesregierung in diesem und in den folgenden vier Jahren 10 Millionen Euro für die finanzielle Unterstützung von Breitbanderschließungsprojekten in den bislang nicht versorgten oder unterversorgten Gemeinden und Verbandsgemeinden bereitstellen.

Die fünfte und letzte Säule betrifft die Energieversorgung. Verantwortlicher Umgang mit Energie bedeutet, Einsparpotenziale zu nutzen, wo dies möglich ist, und durch den Bau zusätzlicher Kraftwerkskapazitäten dauerhafte Versorgungssicherheit zu schaffen. Deshalb dürfen große Investitionsvorhaben für Kohlekraftwerke nicht torpediert werden.

(Beifall der SPD)

Wir müssen den Weg zu dezentralen und umweltfreundlichen Energieanlagen weitergehen. Das ist ein Weg, der gerade für die ländlichen Räume wirtschaftliche Chancen eröffnet. Ebenso werden die ländlichen Räume

gestärkt durch die Betonung der Verantwortung der Kommunen für die Bereiche Wasser und Abwasser. In diesem wie auch im eben genannten Bereich der Energieversorgung betreibt meine Kollegin Margit Conrad eine konsequente und zielführende Politik für die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Eine wichtige Voraussetzung für eine Stärkung der ländlichen Räume ist ihre Anbindung an die großen Verkehrsachsen. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten, ist eine besonders effektive Politik für die Entwicklung der ländlichen Räume. Deshalb müssen die großen Verkehrsprojekte konsequent umgesetzt werden. Genau das tun wir! Wir haben nach Jahren des Stillstandes den Lückenschluss der Autobahn A 1 erneut in Angriff genommen.

(Beifall der SPD)

Gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen werden bis zum Jahr 2011 alle Abschnitte im Planfeststellungsverfahren sein.

(Eymael, FDP: Da bin ich mal gespannt!)

Auch die wichtigen Ost-West-Verbindungen treiben wir mit Nachdruck voran.

Mit den Baumaßnahmen an der B 50 wird der ländliche Raum rund um den Flughafen Frankfurt-Hahn mit Europa verbunden, und zwar mit einer Straße, die Autobahnqualität hat. Beim Hochmoselübergang haben wir im letzten Jahr wesentliche Fortschritte gemacht. Ich erwarte Baurecht noch in diesem Jahr.

Der Ausbau der B 10 dient dazu, die Westpfalz zu stärken und hier ebenfalls eine Infrastruktur zu schaffen, welche mithilft, die dortigen Potenziale zur Entfaltung zu bringen.

(Beifall der SPD)

Beim Ausbau der A 65 ist das Raumordnungsverfahren erfolgreich abgeschlossen.

Diese Beispiele könnten noch um weitere ergänzt werden. Sie machen deutlich: Die Entscheidungen sind herbeigeführt. Die Zeichen stehen auf Bau.

Eine gute Verkehrsanbindung der ländlichen Räume ist ohne das ca. 7.000 Kilometer lange Kreisstraßennetz als Bindeglied zwischen Bundes- und Landesstraßen sowie den Gemeindestraßen nicht denkbar.

(Vizepräsident Bauckhage
übernimmt den Vorsitz)

Die Förderung des Kreisstraßenbaus ist daher bereits seit vielen Jahren ein Schwerpunkt im Rahmen der Straßenbaupolitik des Landes. Auch in den nächsten Jahren soll der Ausbau der Kreisstraßen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mit Priorität gefördert werden. Deshalb habe ich mich entschlossen, die Fördersätze für Brückenbauwerke und freie Strecken

um 10 % zu erhöhen. Die Förderung kann sich damit, je nach Grundfördersatz der einzelnen Kommune, auf bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Kosten belaufen.

(Beifall der SPD)

Gerade in den ländlichen Räumen brauchen die Bevölkerung und die Wirtschaft eine bedarfsgerechte Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Bus und Bahn sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Rheinland-Pfalz-Takt bedient die ländlichen Räume mit einem bundesweit anerkannt hohen Standard.

Wir werden diesen qualitativ und quantitativ mit dem Konzept „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ weiterentwickeln. Das Konzept werde ich noch in diesem Monat gemeinsam mit den Zweckverbänden im Detail vorstellen.

Meine Damen und Herren, soweit in den ländlichen Räumen Verkehrsangebote zur Sicherstellung der Mobilität erforderlich sind und eine entsprechende Verkehrsbedienung im Bus- oder Schienenverkehr nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen möglich ist, sollen flexible Verkehrsleistungen die Lücke schließen. Damit meine ich auch in Rheinland-Pfalz bereits erprobte Modelle wie Anruf-Sammel-Taxis, Bürgerbusse oder Ruf-taxis. Diese flexiblen Bedienformen werden wir weiter unterstützen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, erfolgreiche ländliche Räume zeichnen sich durch den Ideenreichtum und die Kreativität regionaler Akteure aus. Meine Damen und Herren, diese sind unser größtes Kapital! Sie sind der Motor für viele innovative Entwicklungen.

Überdeutlich wurde dies in fünf großen Regionalkonferenzen und einer Abschlussveranstaltung des vergangenen Jahres. Ich bin vom Ideenreichtum der lokalen Akteure sehr angetan. Es besteht kein Zweifel: Von den ILE- und LEADER-Regionen gehen wichtige Impulse für die ländlichen Räume aus. Die Ergebnisse werden in einem Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz zusammengefasst. Auf dessen Basis werden wir unser Programm PAUL weiterentwickeln.

Es ist ein wichtiges Ziel der Landesregierung, die Bürgerinnen und Bürger darin zu unterstützen, ihre speziellen Erfahrungen, ihre Kompetenzen sowie ihr Insiderwissen in die Planungsprozesse einzubringen. Dazu wird ein zusätzliches Schulungsprogramm der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum als neue „Akademie Ländlicher Raum“ schrittweise aufgebaut. Dieses soll sich gezielt an alle Akteure in den ländlichen Räumen richten und vielfältige Handlungsfelder einer Politik für die ländlichen Räume integrieren.

Die Menschen in den ländlichen Räumen sind bereit, sich für ihre Region zu engagieren, weil sie diese als Heimat verstehen. Sie sagen: Das ist der Bereich, wo ich Land und Leute kenne. Dort fühle ich mich heimisch, und dort bin ich auch bereit, mich für diese Region zu engagieren, weil es meine Region ist. –

Wir greifen die Ideen der Menschen auf und unterstützen sie als Partner und Begleiter. Wir greifen die Motivation der Menschen auf und nutzen ihre speziellen Erfahrungen und Kompetenzen.

(Beifall der SPD)

Wer die großartigen Chancen der ländlichen Räume erkennt, der ist auch bereit, in deren weitere Entwicklung zu investieren. Meine Damen und Herren, die Landesregierung investiert so viel wie noch nie zuvor in die ländlichen Räume.

Bis zum Ende der Legislaturperiode wird allein das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau als „Strukturministerium für die ländlichen Räume“ 1 Milliarde Euro für Investitionen in die ländlichen Räume einsetzen.

(Beifall der SPD)

Wir investieren eine Potenzialmilliarde in unsere mittelständische Wirtschaft, in die Verkehrsinfrastruktur, in die Landwirtschaft und in die Daseinsvorsorge. Wir investieren in die Potenziale der ländlichen Räume.

Meine Damen und Herren, diese Potenzialmilliarde investieren wir heute, damit kommende Generationen etwas Besonderes erleben dürfen: einen attraktiven, lebenswerten ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Meine Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich deutsche und französische Schülerinnen und Schüler des Albert-Grosser-Schulzentrums. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Gibt es Wortmeldungen? – Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Wir bringen Potenziale zur Entfaltung.“ Wenn man sich diese Überschrift ansieht, dann erwartet man einen dynamischen Wirtschaftsminister, der so richtig loslegt, der überlegt, der uns mit neuen Ideen nur so bombardiert.

(Dr. Weiland, CDU: Eine Rakete nach der anderen!)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich wundere mich, dass Sie nur dreimal zum Glas gegriffen haben, so staubtrocken war das, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU und des
Abg. Creutzmann, FDP –
Guth, SPD: Zur Sache!)

Meine Damen und Herren, wissen Sie, die Dynamik dieser Regierungserklärung – Gott sei Dank – ist nicht vergleichbar mit der Dynamik der ländlichen Räume. Uns müsste angst und bange werden.

(Beifall der CDU)

Mit vielem sind wir einverstanden. Das sind die Ziele, die aus der Region entwickelt werden. Das ist das, was an der Mosel, im Hunsrück, in der Eifel und im Westerwald von den Akteuren vor Ort vorgetragen wird, was dort entwickelt wird, was Sie heute in einer großen Auflistung mit einer stoischen Ruhe vorgetragen haben.

(Harald Schweitzer, SPD: Euch kann
man es nicht recht machen!)

Ich hätte mir vorgestellt, dass die Dynamik richtig herauskommt. Das hätte ich mir gewünscht.

Meine Damen und Herren, bei Ihrer letzten Regierungserklärung haben Sie von der Lokomotive gesprochen. Das war wieder einmal die Museumsbahn, die wir erlebt haben.

(Beifall der CDU)

Von einem Wirtschaftsminister hätte ich mir in der Ankündigung, wir bringen Potenziale zur Entfaltung, einen Strauß von Ideen, auch neue Ideen erwartet, Ideen, wie der ländliche Raum zukunftssicher ganzheitlich gestaltet werden kann.

(Frau Mohr, SPD: Vorschläge!)

– Ich mache welche. Nur zuhören.

Welche neuen Erkenntnisse heute? – Ich habe keine neuen Erkenntnisse gehört. Das war eine Auflistung von EU-Programmen, Initiativen etc. Doch, einiges war neu. Neu ist nur, dass alte bekannte Ankündigungen jetzt ab dem Datum 5. Juni 2008 als – hören Sie genau hin – investive Potenzialmilliarden laufen. Das ist ein neues Etikett. Ab morgen werden wir das öfter hören.

Dann gibt es noch ein neues Etikett. Übrigens, was auch bemerkenswert war, dass Frau Ahnen beim Schaulaufen so ein bisschen mitbeteiligt wurde. Das war kollegial. Das muss ich sagen.

Auch das Ministerium hat ein neues Etikett: Strukturministerium für die ländlichen Räume. Das werden wir auch demnächst öfter hören. Das wird sich demnächst neu in Broschüren so darstellen.

Ein drittes neues Etikett ist angekündigt worden – die FDP muss jetzt genau zuhören –, aus DLR wird ALR, aus „Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum“ wird jetzt die „Akademie Ländlicher Raum“. Das kann man machen. Ich glaube, wir haben vor Jahren diskutiert, ob so etwas nicht sinnvoll sei. Da will man vielleicht so ein bisschen die Spuren zur FDP verwischen.

(Bracht, CDU: Genauso ist es!)

Meine Damen und Herren, wenn es dann heißt, wir wohnen in einem wunderschönen Bundesland, und die

Mehrheit der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wohnt und arbeitet im ländlichen Raum, dann ist das sicher keine neue Erkenntnis. Rosamunde Pilcher lässt grüßen. Aber es ist als Einstieg okay. Wir wohnen gerne in diesem wunderschönen Land Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Mohr, dann kommen wir aber zu einem Kapitel, bei dem es schon ernst wird, das die SPD-geführte Landesregierung offensichtlich nicht begreifen will. Ich zitiere jetzt wieder das, was Sie sagten: „Die ländlichen Räume stehen vor einem Veränderungsprozess, der eng mit der demografischen Entwicklung verbunden ist. Es geht darum, die Chancen und Potenziale zu erkennen und zu nutzen, die ein solcher Veränderungsprozess mit sich bringt.“ So weit, so gut.

Meine Damen und Herren, dann kommt der Satz, der uns schon in der Diskussion zum LEP IV mächtig aufregte. Hören Sie noch einmal genau hin. Genauso haben Sie es auch gesagt. Ich habe genau mitgelesen, weil ich dachte, vielleicht sagt er es dann doch etwas anders und bringt eine neue Idee mit ein.

Dann heißt es: Dabei konzentrieren wir uns darauf, die Stärken zu stärken. – Das ist ein Fehler, oder nein, wenn Sie nur dabei bleiben, ist es ein Fehler. Die Stärken zu stärken, dagegen kann man nichts haben. Nur auch hier, vielleicht schauen Sie sich bei Frau Ahnen das Programm „Keiner ohne Abschluss“ an. Da geht es nicht darum, nur die Stärken zu stärken, sondern man muss auch die Schwachen mitnehmen. Wenn Sie das nicht tun, dann werden im ländlichen Raum in Zukunft größere Katastrophen entstehen.

(Beifall der CDU)

Die Aufgaben liegen nicht nur darin, Chancen und Potenziale einer demografischen Entwicklung zu erkennen, sondern auch deren Risiken.

Meine Damen und Herren lassen Sie mich diese Zeitung hochhalten: Positive Überraschung – Vollbeschäftigung in der Region. „Trierischer Volksfreund“: Arbeitslosenquote in der Region: Prüm, 2,6 %, Bernkastel-Kues 3,8 %, Morbach 2,7 %, Hermeskeil 3,5 %. In dieser Region liegt sie bei 4 %.

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt hoch)

Ich kann sagen, alles in Ordnung. Aber dem ist nicht so. Wenn ich dort die Stärken stärke, dann werde ich eine Konzentration auf die Zentren haben, auf die Schwerpunkorte. Dann wird das zu großen Problemen im ländlichen Raum führen. Also muss ich wissen, wie ich ländlichen Raum zu entwickeln habe.

Der Minister ist offensichtlich nur gewillt, auf die Risiken der Zukunft zu reagieren.

Meine Damen und Herren, ein Minister mit Zukunft muss es sich aber zur Aufgabe machen, auch auf diese Risiken zu reagieren.

Fördern und Fordern und keine Zwangskooperation wäre beispielsweise eine Antwort, die wichtig wäre.

Ich greife einen oft unterbelichteten, aber für das Überleben in den Dörfern im wahrsten Sinne des Wortes wichtigen Punkt heraus, nämlich die Gesundheitsversorgung in den ländlichen Räumen, auch eine Ihrer Säulen, Herr Minister.

Ich zitiere – so sagten Sie es auch hier –: „Die Landesregierung hat das gesundheitspolitische Ziel, die gesundheitliche Versorgung in der Fläche sowohl im stationären als auch im ambulanten Sektor zu erhalten.“ Nur, was ist die Wirklichkeit? – Eine Notarztversorgung ist in weiten Teilen nicht mehr vollends gewährleistet. Das ist die Wirklichkeit. Was ist Ihre Reaktion? Da hätte ich mir beispielsweise heute eine Idee gewünscht, wenn Sie sich denn als Minister des ländlichen Raums präsentieren. Wie wollen Sie die Daseinsvorsorge sicherstellen?

Insgesamt ist die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum infrage zu stellen. Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren zu dieser Problematik stets abwägend geäußert und noch zuletzt bevorstehende Versorgungsengpässe bestritten.

Die bevorstehende Entwicklung mit ihren Folgen für Patientinnen und Patienten und den ländlichen Raum kann aber nur abgewendet werden, wenn rechtzeitig gehandelt wird, also wenn ich diese Risiken erkenne.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat deshalb ein Konzept zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten ärztlichen Versorgung gefordert. Der entsprechende Antrag wurde beispielsweise im Jahr 2007 abgelehnt.

Der von der Frau Sozialministerin im Oktober 2007 vorgestellte Masterplan ist nur eine Scheinlösung für ein Problem, das es aus Sicht der Landesregierung eigentlich gar nicht gibt. Das kann so nicht funktionieren.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich ein weiteres Stichwort aus der Daseinsvorsorge verwenden. Zitat: „Wir brauchen keinen Freibrief für die Ausdünnung postalischer Leistungen in den ländlichen Räumen.“ – Das haben alle unterschrieben. Das ist in Ordnung. Nur, was ist geschehen? – Die Post hat sich zurückgezogen. Was ist danach geschehen? –

Dort haben neue innovative Betriebe einen neuen Markt gefunden und einen neuen Markt gesucht. Was ist dann wiederum geschehen? – In die Lücke der Post sind kleine kreative Unternehmen hineingestoßen. Aber dann haben Sie mit Ihrer Politik diese Betriebe wieder zunichte gemacht.

Das hat sich mit diesem Postmindestlohn gezeigt.

(Zurufe von der SPD)

Im Donnersbergkreis hatten wir einen größeren Betrieb, der innovativ im ländlichen Raum unterwegs war. Er musste Konkurs anmelden.

(Bracht, CDU: So ist das!)

Dort waren Hartz-IV-Beschäftigte. Dort waren Menschen mit geringer Qualifikation wieder in Arbeit gekommen. Man hat diese Lücke im ländlichen Raum eingenommen. Die Post hat sich zurückgezogen. Hier hätte ich mir von Ihnen eine neue Idee erwartet.

(Zuruf von der SPD: Sie sind für Ausbeutung!)

Das Stichwort „Landwirtschaft“ ist eben schon einmal breit debattiert und diskutiert worden. Ich will Michael Billen gerne Raum lassen, dazu ein paar Sätze zu sagen. Ich möchte es deswegen überspringen.

Meine Damen und Herren, in der Weinwirtschaft haben wir vor 20 Jahren Ähnliches hinter uns gebracht. Daran kann ich mich noch gut erinnern. Wir haben viel Lehrgeld bezahlt. Wir haben viel Geld dabei verloren.

Meine Damen und Herren, andere Punkte wie der Tourismus, neue Strategien und Querschnittsaufgaben wurden angesprochen. Auch der Kulturtourismus wurde angesprochen. Das sind alles Dinge, die vor Ort schon entwickelt wurden. Sie wurden von Ihnen nur noch einmal wiederholt.

Ich komme zum Stichwort „Breitbandversorgung“. In der Diskussion ist deutlich geworden, dass wir alle mit diesem Ziel unterwegs sind. Aber haben Sie beispielsweise geklärt, wie kommunale Beteiligung ermöglicht wird? Haben Sie geklärt, ob es eine freiwillige Leistung oder eine Pflichtaufgabe ist? Ist das mittlerweile geklärt? Dürfen die Kommunen dort investieren? Wird es dann nicht wieder zum Haushaltsproblem? –

Das hatten wir heute schon in der Diskussion. Es gibt also noch viele Fragen vor Ort, die noch nicht geklärt sind. Sie besinnen sich auf das große Kapital der Kreativität regionaler Akteure. Es freut mich, dass ich an dieser Stelle Alexander Saftig, Frau Fischer und Herrn Frieden gratulieren kann.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD)

Dies sind alle Akteure, die sich in der letzten Woche in besonderer Form bestätigen konnten. Ich möchte zum Schluss noch zwei Anregungen geben. Die IHK-Arbeitsgemeinschaft hat sich zur rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik mit Sorge geäußert. Sie hat Ihnen zehn Kritikpunkte übergeben. Lesen Sie sich die noch einmal genau durch. Das wäre eine gute Anregung.

Zu meiner nächsten Anregung: Wenn Sie die Titelseite der Regierungserklärung kopieren und veröffentlichen, sparen Sie Papier. Im weiteren Inhalt findet sich nämlich nichts Neues.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fink.

Abg. Frau Fink, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Licht, über das erste Kapitel, Kritik zu üben, sind Sie nicht hinausgekommen. Sie haben uns Vorschläge versprochen. Ich habe keine gehört.

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Herr Licht, Sie haben etwas nicht verstanden: Stärken stärken heißt nicht, die Starken noch stärker machen, sondern die Stärken der Schwachen ebenfalls stärken.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU –
Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn Sie sich dann abgeregt haben, mache ich gerne weiter. Der Titel der Regierungserklärung „Wir bringen Potenziale zur Entfaltung“ enthält Ansprüche und Ankündigungen, die wir nicht nur in der Tagespolitik im Land und in den Kommunen prägen, sondern wir wollen dieses auch als einen Teil einer gesellschaftlichen Diskussion mit in unser Land nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Die ländlichen Räume in Deutschland und Rheinland-Pfalz werden bereits seit vielen Jahrzehnten marginalisiert. Viele Dörfer sind zu Schlaforten geworden, viele der besser ausgebildeten jungen Menschen zieht es in die Städte. Profitiert haben von dieser Entwicklung vor allem die Speckgürtel rund um die Ballungsräume, aber auch deren Position wird bei der schrumpfenden Bevölkerungszahl nicht ungefährdet bleiben.

Der demografische Wandel in Deutschland droht, die Marginalisierung der ländlichen Räume noch zu beschleunigen, wenn z. B. die Infrastruktur wegen schrumpfender Zahlen nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Die Politik muss also neue Wege gehen und neue Möglichkeiten konsequent nutzen, die sich aus technischen und gesellschaftlichen Innovationen ergeben. Wer eine gute Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte, muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch eine nachhaltige Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum fördern.

(Beifall der SPD)

Die Mehrzahl der Menschen in den ländlichen Räumen arbeitet längst nicht mehr in der Landwirtschaft, dennoch bleibt sie eng mit ihr verbunden; denn ländlicher Raum ist eben auch durch bäuerliches Wirtschaften geprägte Kulturlandschaft. Ohne die Kultur der Landbewirtschaftung bestünde Rheinland-Pfalz zu 90 % aus Buchenwäldern. Wer von uns würde gerne noch auf Bäumen leben?

(Beifall der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: Sehr gut)

Es liegt an uns, Politik so zu gestalten, dass wir von einer reinen Landwirtschaftspolitik zu einer integrierten Politik der ländlichen Räume kommen.

Lassen Sie mich einen Blick darauf lenken, worauf wir aufbauen können. Seit 1991 wurden viele Millionen DM und später Euro in Konversionsmaßnahmen gebracht. Die Mittel kamen und kommen in erster Linie dem ländlichen Raum zugute. Dies weiß ich aus eigener Erfahrung.

(Beifall der SPD)

Jedes Jahr fließen viele Mittel in Dorferneuerungsmaßnahmen, Investitionshilfen und auch in gemeinschaftliche Projekte für Wasser und Abwassermaßnahmen in ländlichen Regionen. Schwerpunktgemeinden fördern das Engagement der Dorfbewohner. Die Landesregierung fördert dies mit Moderatoren und Mitteln. Zum gemeindlichen Straßenbau, zu den Kreisstraßen und Radwegen werden Zuschüsse gezahlt. Bus und Bahn gehören zur Daseinsvorsorge. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt gibt es ein gutes Instrument im ÖPNV. Dies weiterzuentwickeln, hat der Minister angekündigt. Wir wollen und wir werden uns nicht ausruhen.

(Beifall der SPD)

Für die Landwirtschaft als tragende Säule der ländlichen Regionen verfolgen wir dabei folgende Ziele:

1. Die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel zu bezahlbaren Preisen. Diese Diskussion haben wir eben in der Aktuellen Stunde zur Milch geführt.
2. Die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen, aber bitte schön mit Fingerspitzengefühl wegen des Flächenverbrauchs für Nahrungsmittel.
3. Die Erhaltung der intakten abwechslungsreichen Kulturlandschaft und der natürlichen Lebensgrundlagen.
4. Die Erzielung eines angemessenen Einkommens für landwirtschaftliche Unternehmerfamilien, einschließlich einer zeitgemäßen sozialen Absicherung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wundern Sie sich nun nicht. Alle diese Aussagen stehen auch im LEP IV. Damit zeigt es sich, dass dies ein Plan für alle Bereiche in unserem Land ist.

(Beifall der SPD)

Ziel unserer Politik für die ländlichen Räume wird die wirtschaftliche Stärkung der Regionen, die Erhaltung und Schaffung geeigneter Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft sein. Kurz gesagt: Politik für die ländlichen Räume hat die Lebensqualität der Menschen in diesen Gebieten zum Ziel.

Sowohl die Menschen in den Ballungsgebieten als auch viele Menschen in den ländlichen Räumen einschließlich vieler Landwirte haben Vorbehalte gegen die heutige Landwirtschaftspolitik, und zwar wegen der vielen Sonderregelungen, Ausnahmen und vor allem wegen der Subventionstatbestände. Dadurch ist auf Dauer die

Finanzierung einer Politik für die ländlichen Räume insgesamt gefährdet; denn die Landwirtschaft steht in der öffentlichen Wahrnehmung stellvertretend für die ländlichen Räume. Am besten begegnet man diesen Vorbehalten durch uneingeschränkte Transparenz. Dies gilt sowohl für die Sonderrechte, aber auch für die Sonderlasten der Landwirtschaft z. B. in den sozialen Sicherungssystemen, die aus meiner Sicht in die normalen sozialen Sicherungssysteme integriert werden sollten.

(Bilden, CDU: Sie stimmen dem Antrag also zu?)

Nicht die undifferenzierte Förderung der Landwirtschaft, sondern die gezielte Unterstützung für mehr Arbeit auf dem Land und eine konkrete Entlohnung der Leistung der Landwirtschaft, z. B. für Umwelt und Kulturlandschaft, sind das Ziel.

(Beifall der SPD)

Die demografische Veränderung in Deutschland ist der größte Katalysator für den Strukturwandel im ländlichen Raum. In allen Politikbereichen muss diese Herausforderung angenommen und zu einer integrierten Politik weiterentwickelt werden.

Dies bedeutet aber auch und vor allem, dass wir die Menschen mitnehmen müssen. Auf dem eingeschlagenen Weg, „bottom up“, gelingt dies uns allen und der Landesregierung hervorragend.

Politik für die ländlichen Räume sollte Vorreiter einer Nachhaltigkeitsstrategie sein. Wir wollen Vorreiter im Natur- und Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit, dem Gesundheits- und dem Verbraucherschutz sein. Dies ist unser Faustpfand im Wettbewerb.

(Beifall der SPD)

Zur Nachhaltigkeitsstrategie gehört die Transparenz, die Transparenz bei Agrarsubventionen, über die Wirtschaftsform, aus der die Produkte stammen, über die regionale Herkunft und natürlich über den direkten oder indirekten Einsatz von Gentechnik.

Zum Einsatz für eine Nachhaltigkeitsstrategie gehört auch, dass wir selbstverständlich als Gesellschaft und als Politik keine Neutralität in der Frage haben dürfen, wie groß der Anteil von Ökolandbau, multifunktionaler Landwirtschaft und industrieartigem Landbau sein soll.

Wir wollen einen größtmöglichen Anteil der beiden ersten Aussagen, weil wir nur so den steigenden Markt bedienen können, die Kulturlandschaft erhalten, gute Lebensqualität und letztlich so auch mehr Arbeitsplätze schaffen können als in einer Landwirtschaft, die einseitig auf Massengüter setzt.

Deswegen sollten wir erneut verstärkt Werbung für diese beiden Wirtschaftsformen machen, für die Umstellungsberatung und die Förderung. Zwei noch relativ junge wirtschaftliche Entwicklungen sind es, die besondere Chancen für die ländlichen Räume schaffen.

(Beifall der SPD)

Die Veränderungen in der Energieversorgung und die Fortschritte in der Informationstechnologie: Wer die Entwicklung der ländlichen Räume ernst nimmt, muss die Einführung erneuerbarer Energien in Deutschland weiter voranbringen. Deshalb begrüßen wir das Kompetenzzentrum Nachwachsende Rohstoffe am DLR Eifel. Die Wertschöpfungspotenziale für die ländlichen Räume durch Anbau, Verarbeitung, Verwendung der erneuerbaren Energien und Rohstoffe sowie die damit verbundenen Dienstleistungen sind enorm.

Für mich steht fest, die Menschen in unseren ländlichen Räumen, die in der Landwirtschaft Tätigen, die von der Landwirtschaft Profitierenden, also wir alle aus diesen Regionen, stehen vor Herausforderungen. Wir wollen uns diesen stellen und fordern Sie alle auf: Gehen Sie mit. Unser schönes Land eröffnet uns noch viele Möglichkeiten.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich die Landfrauen aus Thalfang als Gäste auf der Zuschauertribüne. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Regierungserklärung „Wir bringen Potenziale zur Entfaltung“ gehört. Das ist eine Zusammenfassung aller Programme, Initiativen und sonstigen Aktivitäten, die das Wirtschaftsministerium vornimmt.

Das Wirtschaftsministerium war schon immer sehr innovativ, auch was die Namensfindung betrifft: Früher gab es die „Mobilitätsmilliarde“, jetzt lautet das neue Stichwort „Potenzmilliarde“, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit im Hause)

Entschuldigung, „Potenzmilliarde“.

(Hartloff, SPD: Das spielt er jetzt sehr schön! –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich brauchen wir die Förderung der ländlichen Räume. Diesen ländlichen Räumen kommt eine besondere Bedeutung zu, auch im Land Rheinland-Pfalz. Deswegen müssen wir diese Potenziale weiterentwickeln und entfalten.

Ich beginne einmal mit einem Themenbereich, der mir sehr am Herzen liegt, weil ich glaube, dass das Überleben der ländlichen Räume maßgeblich davon abhängt, dass wir eine insgesamt moderne Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln.

(Beifall der FDP sowie der Abg. Billen
und Günther, CDU)

Es wird das A und O des Überlebens der ländlichen Räume sein, gute Anbindungen zu ermöglichen.

Gerade bei uns im Land Rheinland-Pfalz spielt natürlich der Straßenbau eine große Rolle. Deswegen muss es weitergehen beim Ausbau und beim Erhalt des Straßennetzes. Sie haben diesbezüglich Zeichen gesetzt, was den kommunalen Straßenbau betrifft, Herr Minister. Es muss den Kommunen stärker geholfen werden. Der Landesstraßenbau muss weiter auf hohem Standard fortgesetzt, und auch der Bundesfernstraßenbau muss ergänzt bzw. erhalten und ausgebaut werden.

(Pörksen, SPD: Und die Steuern
müssen gesenkt werden!)

Meine Damen und Herren, nur so werden auch die strukturschwächeren Regionen irgendwann einmal zu strukturstärkeren Regionen. Es gibt zahlreiche Beispiele.

Ich sage einmal, was wäre die Westpfalz ohne die A 62, der Raum Alzey und der Hunsrück ohne die A 61? Das sind alles Verkehrsadern, die von entscheidender Bedeutung sind. Dort haben sich Betriebe und Menschen angesiedelt, es sind neue Arbeitsplätze entstanden.

(Kuhn, FDP: Jawohl! –
Frau Kohnle-Gros, CDU:
Aber nicht durch die SPD!)

Dort wird auch der demografischen Entwicklung letztlich Einhalt geboten werden.

Meine Damen und Herren, aber die Regionen, die schwach angebunden sind – das zeigen auch die neuesten Zahlen, die heute veröffentlicht worden sind –, haben ihre Probleme. Pirmasens hat im Jahr 2007 13,2 % seiner Bevölkerung verloren.

Der Landkreis Südwestpfalz hat 9,0 %, der Landkreis Kusel, dort, wo er nicht an Verkehrsadern angebunden ist, auch über 9 % verloren. Das sind die Probleme, die wir haben. Dort müssen wir ansetzen, und dort müssen die Straßenbauprojekte entsprechend erfolgen.

Deswegen ist es richtig, dass man beispielsweise die B 10 vierstreifig mit Nachdruck ausbaut.

(Beifall der FDP)

Mir geht das zu langsam. Zwischen Landau und Queichhambach gibt es immer nur ein Hin und Her, immer wieder wird nur ein Abschnitt in Angriff genommen. In diese Sache muss mehr Druck gebracht werden, damit die Region Pirmasens und die Südwestpfalz nicht auf Dauer abgehängt bleiben.

Sie haben interessanterweise Ihre eigenen Probleme im Westerwald nicht angesprochen. Auch der Westerwald hat Verkehrsanbindungsprobleme, ob das die fehlende Westerwaldautobahn oder der dringende Ausbau der B 255, B 256, B 62 oder B 4 sind. Das sind alles aktuelle Probleme.

Vor Kurzem konnten wir uns selbst davon überzeugen, dass wir eine halbe bis dreiviertel Stunde über Land-

und Bundesstraßen fahren mussten, bis wir bei gewissen Standorten am Ziel waren. Dort gibt es auch Probleme.

Es gibt im Übrigen auch Probleme, die Sie nicht angesprochen haben, im Bereich der Nahe mit der B 41. Dies ist aus meiner Sicht ein dringendes Projekt, dass weiter dreistreifig und vierstreifig ausgebaut werden muss, damit der Naheraum, der Kreis Birkenfeld nicht weiter abgehängt bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus freuen wir uns natürlich, dass der Rheinland-Pfalz-Takt, das Markenzeichen liberaler Verkehrspolitik weiterentwickelt wird. Der Rheinland-Pfalz-Takt mit einer noch besseren Vertaktung, mit einem noch besseren Angebot, neueren Zügen und noch besseren Bahnhöfen sowie besseren Standards hat dazu geführt, dass sich das Fahrgastvolumen um 100 % gesteigert hat.

Mir macht es schon Kummer, wenn die Regionalisierungsmittel auf Bundesebene um über 130 Millionen/140 Millionen Euro gekürzt worden sind, wie sich das auf den Rheinland-Pfalz-Takt in Zukunft auswirken wird, ob die Qualität und der Standard noch gehalten werden. Wir werden es sehen.

Sie haben angekündigt, dass Sie neue Konzepte mit den Schienenpersonenzweckverbänden entwickelt haben und sie entsprechend vorstellen werden. Meine Damen und Herren, auch der Schienenpersonennahverkehr, der ÖPNV insgesamt, spielt in den ländlichen Räumen eine herausragende Rolle.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Wir müssen zumindest bei dem bisherigen Standard bleiben.

Meine Damen und Herren, natürlich sind die ländlichen Räume ohne Landwirtschaft nicht vorstellbar. Aber auch hier, nach dem anfänglichen Boom und Comeback der Bauern, zeigt sich jetzt am Markt, dass höhere Preise nur bedingt durchsetzbar sind und die Landwirte alles daransetzen müssen, dass sie gute Qualitäten anbieten, die Produktion in gewissen Grenzen halten und versuchen, mit Wettbewerb standzuhalten; denn wir bekommen eine immer stärkere Liberalisierung der Agrarmärkte.

Die anfänglich sehr hohen Preise – bei der Milch oder beim Getreide – sind nun wieder ein wenig reduziert. Beim Getreide ist eine ähnliche Reduktion eingetreten. Der Preis für Schweinefleisch ist wieder etwas angestiegen, wobei diese Bereiche schon seit längerer Zeit der Marktwirtschaft unterworfen sind. Letztlich müssen wir aber alles daransetzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft weiter zu stärken.

Wir müssen insbesondere die Milchviehbetriebe bis zum Auslaufen der Betriebsprämie im Jahr 2013 oder 2015 insoweit wettbewerbsfähig erhalten, dass sie eine Zukunft haben. Dies muss unser Ziel sein. Wir brauchen eine Zukunft für die Landwirtschaft, wir brauchen die

landwirtschaftlichen Betriebe, und wir brauchen den leistungsfähigen Familienbetrieb.

(Beifall der FDP)

Dies hat mit Massenproduktion gar nichts zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, dass der Betrieb unter kostengünstigen Aspekten auch wirtschaftlich arbeiten kann. Dorthin müssen die Betriebe letztlich gebracht werden.

Wir brauchen darüber hinaus natürlich eine Harmonisierung auf der EU-Ebene. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen. Es kann nicht sein, dass heute noch Pflanzenschutzmittel in Frankreich oder Luxemburg zugelassen sind, die bei uns verboten sind. Das geht nicht, das ist ein ungleicher Wettbewerb.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Es muss alles darangesetzt werden, dass wir in Wettbewerbsfragen, in Steuerfragen oder in sonstigen Fragen mehr Harmonisierung herbeiführen können, damit es keine Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Landwirtschaft gibt und unsere Landwirte dabei den Kürzeren ziehen. Dies ist ein sehr wichtiger Aspekt, den ich noch einmal ansprechen möchte.

Ich sage dies auch in Bezug auf den Umweltschutz. Ich habe nichts dagegen, dass die EU-Standards bei uns eingehalten werden. Aber wir müssen nicht noch besser sein als die EU-Standards, und wir müssen für unsere Landwirte nicht noch mehr Auflagen machen als die EU. Ich glaube, darin sind wir einer Meinung.

Wir brauchen die Mittel aus der Landwirtschaft für die Landwirtschaft. Das heißt, wir dürfen keine Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule umschichten. Die Mittel, die jetzt für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen, brauchen wir dringend, damit sich die landwirtschaftlichen Betriebe in den nächsten Jahren wettbewerbsfähig aufstellen können. Deswegen müssen sie diesen Betrieben direkt zufließen und dürfen nicht erst über Umwege in die Strukturförderung bzw. außerhalb der Landwirtschaft gelangen. Dies gilt in gleicher Weise für die Modulationsmittel, die den Landwirten als Prämie zur Verfügung stehen sollten und nicht für zusätzliche Auflagen, die wiederum im Grundsatz nichts als Bürokratie mit sich bringen.

Bürokratie in der Landwirtschaft ist ein drängendes Thema. Die Landwirte wissen schon gar nicht mehr ein noch aus, wie sie all dies noch bewerkstelligen können. Je mehr neue Initiativen, Gesetze und sonstige Aktivitäten es gibt, desto mehr Bürokratie entsteht. Deswegen muss unser Thema die Entbürokratisierung der Bürokratie in der Landwirtschaft selbst sein.

Meine Damen und Herren, Sie haben die regionalen Produkte herausgehoben. Ich freue mich darüber, wenn diese Produkte in diesem hohen Maße akzeptiert werden. Wir brauchen diese Produkte dringender denn je.

Diese Produkte genießen auch ein hohes Vertrauen beim Verbraucher. Herr Minister, ich frage Sie: Warum gibt es nicht endlich einen Herkunftsschutz für irgendein

rheinland-pfälzisches Agrarprodukt bei der EU? – Nicht einmal die „Pälzer Lewwerworscht“ ist geschützt.

(Hartloff, SPD: Ich habe gedacht, die Dampfnudel!)

Herr Minister, ich esse sie wirklich gern, und man sieht es mir auch an. Aber dies muss doch möglich sein. Die Bayern haben zwischenzeitlich 14 bayerische Produkte unter Herkunftsschutz gestellt, und wir in Rheinland-Pfalz schaffen das nicht. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Es ist mir völlig egal, welches Produkt es ist, aber die „Pälzer Lewwerworscht“ würde sich anbieten, da sie auch überregional einen hervorragenden Ruf hat. Sie soll auch schon in den ersten Diätplänen vorgekommen sein, wie ich gehört habe. – Nein, das war ein Scherz! Aber sie ist im Grundsatz gesund, weil sie aus heimischen Produkten hergestellt ist. Auf regionale Produkte Wert zu legen, ist natürlich ein richtiger Ansatz.

Meine Damen und Herren, heute Morgen haben wir über die Milch diskutiert. Ich glaube, für die Mittelgebirgsregionen sind die Milchviehhalter notwendig. Dazu gibt es keine Alternative. Es kann nicht das Ziel sein, Wiesen und Weiden veröden und versteppen zu lassen – aus Wiesen und Weiden werden Wälder –, sondern wir sollten alles daransetzen, den Milchbauern eine Zukunftschance zu geben.

Dies gilt natürlich auch im Weinbau, der schon seit längerer Zeit der Marktwirtschaft unterworfen ist. Als größtes weinbautreibendes Bundesland spielt Rheinland-Pfalz eine große Rolle, insbesondere auch beim Aufstieg des Ansehens, bei der Imageverbesserung und bei der Profilierung deutscher Weine mit entsprechender Qualität. Es gilt insbesondere in diesem Bereich, die Kulturlandschaften wie Mosel-Saar-Ruwer, die Pfalz, Rheinhessen, Mittelrhein, Ahr und Nahe zu erhalten. Gerade in diesem Bereich ist auch die Verzahnung mit dem Tourismus von besonderer Bedeutung.

Der ländliche Raum beinhaltet auch Tourismusregionen. Viele Regionen haben dies mittlerweile erkannt, aber es gibt immer noch einzelne Gebiete, die noch nicht auf diesen Dienstleistungssektor setzen. Diese Regionen müssen noch dazu animiert werden und dazu aufgefordert werden. Damit kann man nämlich vor Ort Arbeitsplätze schaffen, und damit kann man Potenziale, Kaufkraft und Wirtschaftskraft schaffen.

(Beifall der FDP)

Wir haben wunderschöne Kulturlandschaften. Vor diesem Hintergrund sind alle Aktivitäten in Sachen Förderung des Fremdenverkehrs und des Tourismus in den ländlichen Räumen zu begrüßen. Dies gilt im Übrigen auch für Themenbereiche wie Radfahren oder Radwandern. Wir in der Bundesrepublik hatten schon immer viele Radfahrer, aber die wenigsten haben bis vor wenigen Jahren ein Rad gebraucht. Jetzt brauchen alle ein Fahrrad. Wir haben 4 Millionen Radfahrer im Jahr. 4 Millionen neue Fahrräder werden gekauft. Das heißt, davon kann man profitieren. Die Radwanderer geben 20 %, 25 % oder 30 % mehr aus als die anderen Touristen. Darin stecken richtige Potenziale für den Tourismus, die es zu nutzen gilt. Dies alles steckt in dieser wunder-

schönen Potenzialmilliarde. Ich glaube, vor diesem Hintergrund sind wir im Bereich des Tourismus auf dem richtigen Weg.

Die Kur- und Heilbäder spielen dabei auch eine Rolle. Die Staatsbäder in Rheinland-Pfalz dümpeln ein wenig vor sich hin. Wenn ich an mein eigenes denke, wird dort nun schon seit Jahren über eine Dürkheim-Therme geredet.

(Ramsauer, SPD: Sie besitzen eines?)

– Für die Staatsbäder hat das Land Rheinland-Pfalz die Verantwortung. Dabei gibt es noch Potenziale, die man nutzen kann. Dazu muss man aber entweder selbst investieren, oder man muss entsprechende Investoren finden, die bereit sind, neue Attraktivitäten zu schaffen. Ich habe als Stichwort die Dürkheim-Therme genannt. Es ist dringend notwendig, dass die Staatsbäder neue Ansätze erfahren.

(Beifall der FDP)

Dies bedeutet, man darf nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen, sondern für die Dinge, für die man verantwortlich ist, muss man auch selbst etwas tun. Dies wollte ich in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der FDP)

Was die Wirtschaftsförderung angeht, sind wir uns weitestgehend einig. Wir benötigen sie dringend, und insbesondere in die strukturschwächeren Regionen müssen genügend Wirtschaftsförderungsmittel fließen. Dies wird notwendig sein, damit sich dort Betriebe ansiedeln und um dem Entleerungsprozess, von dem ich eben sprach, entgegenzuwirken.

Ich komme zu dem Stichwort „Cluster“. Bei einem Cluster muss hinterher auch etwas Gescheites herauskommen, und es darf nicht nur Kränzchen oder andere Veranstaltungen geben. Es müssen konkrete Projekte dahinterstehen, die der Region helfen. Es muss für die Region etwas geschaffen werden. Plauderrunden dürfen es nicht werden, sondern es muss eine Vernetzung geben, und es muss ein Wissenstransfer, ein Technologietransfer aus der Universität oder aus der Fachhochschule in die Wirtschaft hinein geschehen, damit neue Produkte, Hightech-Produkte, neue Arbeitsplätze, neue Betriebe und Existenzgründungen entstehen. Dies gehört mit dazu, und dies muss letztendlich die Erfolgsmeldung sein. Nur so haben unsere Mittelständler eine gute Chance.

(Beifall der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Mohr, SPD –
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, integrierte ländliche Entwicklungskonzepte sollten alles umfassen: den Gesundheitssektor, den Bereich der ärztlichen Versorgung, die Pflegeversicherung und die Postversicherung.

(Beifall der FDP –
Glocke des Präsidenten)

Erst dann ist es ein integriertes ländliches Entwicklungskonzept. Bisher springen wir zu kurz. Es muss mehr hinein,

(Glocke des Präsidenten)

damit die Potenzialmilliarde in der Tat richtig umgesetzt wird. Damit werden aus einer Milliarde mehrere Milliarden.

(Beifall der FDP –
Creutzmann, FDP: Viagra für Rheinland-Pfalz!)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Billen.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Potenzialmilliarde ist das einzig Neue in dieser Regierungserklärung. Es ist ein neuer Begriff, der das Geld beschreibt, das EU- und bundesgestützt ausgegeben wird.

Herr Minister Hering, ich weiß nicht, ob dies der Wert einer Regierungserklärung ist und ob es sich lohnt, dafür eine Regierungserklärung zu machen. Das glaube ich nicht. Ich habe wenigstens das eine oder andere Neue erwartet.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Im Gegensatz zu der Diskussion heute Morgen habe ich das Gefühl, in der Regierungserklärung wird erklärt, wir haben überhaupt kein Problem mit Milch. Die Bauern haben die Milch gar nicht ausgeschüttet. Es gibt auch keine Proteste. Sie haben auch nicht zu wenig Geld. Nach der Regierungserklärung ist alles in Ordnung, alles bestens. Der Markt wird kommen.

Ich sage Ihnen noch einmal in aller Freundlichkeit, der reine Markt – das ist bei Milch ein Weltmarkt – wird unglaubliche Schwierigkeiten in die Höhegebiete und in die strukturbenachteiligten Gebiete von Rheinland-Pfalz bringen. Dort gibt es die Milchproduktion. Er gefährdet mit absoluter Sicherheit die flächendeckende Landwirtschaft, eines der höchsten Ziele auch im Sinne von Kulturlandschaft und im Sinne von Erhalt unseres schönen Landes Rheinland-Pfalz.

Ich hätte zumindest erwartet, dass Sie das, was wir über zwei Jahrzehnte hinweg in diesem Landtag immer wieder diskutieren, was aber nie umgesetzt worden ist, ansprechen, dass man also einmal mit einem Programm für ein Gebiet im ländlichen Raum anfängt.

Sie nehmen in Ihrer Regierungserklärung fast alles zusammen und sagen „Potenziale für den ländlichen Raum“. Sie kennen die Gebiete, in denen der ländliche Raum z. B. in der flächendeckenden Landwirtschaft gefährdet ist. Dann muss man einmal ein Kulturlandschaftsprogramm machen.

Es gab einmal eines, das Herr Dr. Brack einmal geschrieben hat, das hieß: Kulturlandschaftsprogramm Mosel.

(Eymael, FDP: Das ist aber schon lange her!)

– Herr Kollege Eymael, Sie nicken. Es ist zu Ihrer Zeit als Staatssekretär geschrieben worden, aber auch von Ihnen nie umgesetzt worden.

(Frau Raab, SPD: Wir haben
seitdem viel mehr erreicht!)

Es wäre immer noch wert, es im Grundprinzip umzusetzen. Es gibt noch andere Gebiete, bei denen man Ähnliches machen könnte, wenn man perspektivisch über den ländlichen Raum diskutiert.

Herr Kollege Licht hat gesagt, in der Region Trier gelten die Arbeitslosenzahlen als Vollbeschäftigung. Es gab eine Aussage der Landesregierung – schriftlich/mündlich –, jedes Dorf in Rheinland-Pfalz kann einen DSL-Anschluss haben.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Ende, Herr Präsident. Dies kann bis zum Sommer dieses Jahres geschehen, wenn man es möchte. Es wurde vergessen dazuzusagen, dass dies mit unglaublichen Mehrkosten für die Betroffenen und für die Gemeinden verbunden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Das kann nicht Ziel der Politik sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Winter das Wort.

Abg. Winter, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir eben überlegt, Opposition wäre nichts für mich. Ich hoffe, nie in die Gelegenheit kommen zu müssen, der Opposition anzugehören; denn eigentlich findet man persönlich alles gut und richtig, aber man muss es hier vorne am Mikrofon niederreden, schlechtreden und kritisieren.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Ich hoffe, nie in eine solche Situation zu kommen.

(Licht, CDU: Sie haben den Auftrag
des Parlaments noch nicht
verstanden, Herr Winter! –
Zuruf des Abg. Billen, CDU –
Weitere Zurufe im Hause)

– Heute Morgen haben sich bei mir Besucher ein wenig über die Akustik im Saal beschwert. Mir geht es im Moment genauso.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aus den vielen Potenzialen und den Säulen, die der Minister und meine Kollegin Fink vorgetragen haben – es ist einfach zu viel, um auf jedes einzeln einzugehen –, meine Ausführungen auf zwei bis drei Themen begrenzen.

Die Zukunft der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz ist untrennbar mit den Zukunftschancen im Tourismus verknüpft. 7,7 Millionen Gäste mit über 21 Millionen Übernachtungen haben im vergangenen Jahr unser Land besucht, dazu 190 Millionen Tagestouristen. Die Universität Trier hat nicht umsonst festgestellt, dass 190.000 Menschen Arbeit im Tourismus finden. Bezogen auf Übernachtungen haben die kreisfreien Städte einen Anteil von nur etwa 15 %. Dies belegt die große Rolle, die die ländlichen Gebiete für den Tourismus in Rheinland-Pfalz haben.

Ich schwärme auch für Rheinland-Pfalz. Ich bin dann der Dritte in dieser Runde, der das getan hat, Herr Eymael hat es gemacht, der Minister und ich auch. Ich finde Rheinland-Pfalz auch schön mit seinen Flusstälern und Mittelgebirgen, Weinkulturlandschaften und Wäldern.

(Beifall bei SPD und FDP –
Creutzmann, FDP: Da klatschen wir auch!)

Wer das alles vor Ort erleben möchte, so lade ich Sie nach Neuwied ein, der Perle am Mittelrhein.

(Harald Schweitzer, SPD:
Neuwied ist auch schön!)

Die Kulturgüter, die Städte und Dörfer bieten alle Voraussetzungen, um den Wirtschaftsstandort und Faktor Tourismus weiter zu stärken.

Meine Damen und Herren, in vielen ländlichen Regionen des Landes trägt der Tourismus dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu sichern. Dabei besteht eine enge Verknüpfung mit Bereichen der Daseinsvorsorge. Tourismus trägt zur Erhaltung des Einzelhandels, der Gastronomie, des Handwerks und vieler anderer Bereiche bei und erhält damit den Lebenswert der ländlichen Regionen auch für die Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern spielt der Tourismus für Rheinland-Pfalz eine große Rolle. Bezogen auf die Tourismusintensität – das sind die Übernachtungszahlen bezogen auf die Einwohnerzahl – liegt Rheinland-Pfalz bundesweit auf einem vierten Platz, bezogen auf den Anteil ausländischer Besucher hinter Berlin sogar auf dem zweiten Platz.

Meine Damen und Herren, das sind zwar sehr positive Zahlen, auf denen dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Vor allem beim Inlandstourismus befinden wir uns in einem starken Verdrängungswettbewerb. Rheinland-Pfalz kann diesem Wettbewerb nur standhalten und

seine Position ausbauen, wenn die Themen gezielt definiert und bearbeitet werden, die sowohl im Hinblick auf unsere Zielgruppen als auch im Hinblick auf die besonderen rheinland-pfälzischen Voraussetzungen hohe Chancen versprechen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Allerdings reicht allein die Definition von Zukunftsthemen nicht aus. Es gilt vielmehr, dafür Sorge zu tragen, dass alle, die für die touristische Entwicklung Verantwortung tragen, an einem Strang ziehen, also die Kommunen, die Leistungsträger vor allem im Hotel- und Gaststättenbereich, die touristischen Organisationen und das Land.

Es wurde bereits erwähnt, vor diesem Hintergrund hat das Land vor einigen Wochen gemeinsam mit dem Hotel- und Gaststättenverband, dem Tourismus- und Heilbäderverband, der Rheinland-Pfalz-Tourismus GmbH und den Industrie- und Handelskammern die Tourismusstrategie 2015 verabschiedet.

Meine Damen und Herren, damit liegt nunmehr erstmals seit Jahren eine Strategie vor, die von den wichtigsten Akteuren in diesem Sektor getragen wird. Wir unterstützen und befürworten dieses gemeinsame Auftreten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Licht, sicherlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, Tourismus gab es schon immer vor Ort. Ich denke aber, mit der Kompetenz und mit dem Zusammensein der von mir genannten Stellen lässt sich noch vieles besser umsetzen, die Konzentration auf chancenreiche Themen.

Wir brauchen in Rheinland-Pfalz im Tourismus keinen Gemischtwarenladen. Wir können uns allerdings nicht allen Bedürfnissen widmen und diese befriedigen. Die Eckpfeiler sind genannt, das Wandern, das Radwandern, der Wein, die Gesundheit, die Kultur.

Wir haben das Wachstum auf den Auslandsmärkten im Auge zu halten. Die Qualitäten sind zu verbessern. Qualifizierung sei nur ein Stichwort, das ich benutzen darf. Zu nennen ist außerdem noch die Verschönerung der Ortsbilder und – an dieser Stelle löblich zu erwähnen, Herr Minister – die Förderung. Es gibt das regionale Landesprogramm, in dem genau und hervorragend geregelt wird, dass dann, wenn ein Hotelier, wenn ein Gastronom umbauen, ausbauen, erweitern und neu bauen will, das Land ihm finanziell zur Seite steht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Schwerpunkt – dies auch für die ländlichen Räume – ist die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft. Sie ist in der Tat eine der größten Branchen der deutschen Volkswirtschaft und ein Zukunftsmarkt mit enormen Beschäftigungs- und Wachstumspotenzialen. Ich denke, ich habe noch ein paar Minuten Redezeit, sodass ich neben der Gesundheitswirtschaft noch zwei bis drei Bemerkungen machen möchte, die in der Kürze der Zeit hier nicht unerwähnt bleiben sollten. Es sind drei kurze Themen.

Zunächst ist es aus der Fülle dessen, was wir vom Minister gehört haben, die Telekommunikation. Sie ist mehrmals heute schon genannt worden, vor allem das Stichwort der Breitbandinitiative. Als ich das heute Morgen hörte, fiel mir die Werbung ein, die mir so gut gefällt: Wer hat das erfunden? – Das wäre noch zu klären. Es waren weder die Finnen noch die Schweizer. Ich glaube, wir sind hier in Mainz zu Hause.

Meine Damen und Herren, hier ist ein flächendeckender Ausbau der Mobilfunknetze wichtig und richtig.

Ausdrücklich anerkennen möchten wir hierbei die Breitbandinitiative des Landes mit ihren Fördermöglichkeiten. Gerade im ländlichen Raum sind wir auf schnelle Internetzugänge angewiesen. Dies ist für private Haushalte, für Handwerk und Gewerbe, ganz allgemein für unsere Unternehmen, die sich in den Gemeinden ansiedeln und dort ansässig bleiben möchten, von zukunftsreicher Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage ein Zweites. Unser Bemühen muss es sein, dass die Postversorgung flächendeckend, d. h. insbesondere im ländlichen Raum qualitativ ausgebaut wird und einer Ausdünnung entgegen gewirkt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss gebe ich noch einen kleinen Hinweis und mache einen kleinen Schlenker. Auch dieser Hinweis sei erlaubt. Ein funktionales Verkehrsnetz ist eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung unserer ländlichen Räume.

Meine Damen und Herren, leider reicht die Redezeit nicht aus, um allumfassend die Politik für die ländlichen Räume darzustellen. Dem Minister und seinem Haus sei an dieser Stelle herzlichen Dank gesagt. Die besten Wünsche begleiten ihn bei der Umsetzung all dieser genannten Maßnahmen. Meine Fraktion wird auf jeden Fall hierbei jederzeit unterstützend und mitwirkend an seiner Seite und der Seite seines Hauses sein.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Herrn Staatsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Licht, Ihre Ausführungen waren ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass sich die CDU schon lange davon verabschiedet hat, durch eigene Ideen und kreative

Konzepte zu überzeugen und uns Vorschläge zu unterbreiten.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Zu vielen aktuellen Themen sind Sie aufgrund des Streites in den eigenen Reihen nicht in der Lage, eigene Positionen, sei es zur Kommunalreform, sei es zum Konzept Realschule plus, zu finden.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Das gilt jetzt auch für das Konzept zur Entwicklung der ländlichen Räume. Der Minimalkonsens ist, alles zu kritisieren. Das ist das Minimalkonzept der CDU, das Sie auf den Weg bringen.

(Beifall der SPD)

Seien Sie deswegen sicher, dass wir den Begriff „Potenzialmilliarde“ häufiger verwenden werden.

(Licht, CDU: Sie haben gemerkt, wie – – –)

Damit können wir eindrucksvoll unter Beweis stellen, wir kennen die Potenziale, die die ländlichen Räume haben. Wir werden sie mit den Menschen weiterentwickeln; denn Sie sind schlicht und ergreifend als Partner dafür ausgefallen.

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Ohne den Partner
Christdemokraten können Sie
das gar nicht machen!)

Wir wissen, welche Stärken die ländlichen Räume haben. In einigen Tagen werde ich den Jahreswirtschaftsbericht vorstellen. Daraus ergibt sich, in wie vielen Rankings wir auf Platz 1, 2 oder 3 stehen. Denken Sie an den Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Existenzgründungen. Die Gründe dafür liegen sehr stark in der guten Entwicklung der ländlichen Räume. Wir haben es geschafft und auf den Weg gebracht. Darauf werden wir aufbauen.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Sie haben ausgeführt, dass einige Punkte des Landesentwicklungsprogramms aufgegriffen werden. Das wird aufgegriffen, weil wir eine vernetzte Politik, eine Politik aus einem Guss gestalten. Selbstverständlich taucht dort der Begriff „Stärken stärken“ auf. Jeder, der etwas von Strukturpolitik und moderner Wirtschaftspolitik versteht, weiß, dass das ein zielführendes Konzept ist. Sie haben es nur nicht verstanden. Das ist Ihr Problem.

„Stärken stärken“ heißt, es gibt insbesondere keine Region in Rheinland-Pfalz, die nicht auch Stärken hat. Kluge Wirtschafts- und Strukturpolitik schaut genau in die Regionen hinein. Sie erkennt im Dialog mit den Menschen, was die speziellen Stärken der Regionen sind. Das wollen wir besonders unterstützen, weil dann ein Land in einem Netzwerk der gestärkten Regionen vorankommt, indem wir die besonderen Stärken erkennen, sie unterstützen. Das habe ich ausgeführt. Das ist mo-

derne Strukturpolitik. Das setzen wir beginnend mit dem Landesentwicklungsprogramm konsequent um. Das ist durch diese Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht worden.

(Beifall der SPD)

Herr Billen, Sie haben das Kulturlandschaftsprogramm erwähnt. Wir als Landesregierung werden nicht durch kluge Gutachter in Mainz aufschreiben, welche Entwicklung die Region A und B nehmen soll. Das maßen wir uns nicht an. Wir werden Entwicklungskonzepte mit den Menschen erarbeiten und diskutieren. Das sind die Experten und Akteure in den ländlichen Räumen. Sie kennen die Region besser. Sie kennen die Potenziale besser. Sie werden die Konzepte erarbeiten. Wir betrachten uns nicht als „Übervater“, sondern als begleitender Partner dieser Prozesse. Das ist moderne Strukturpolitik, Menschen mitnehmen und damit ihre Motivation und Einsatzbereitschaft steigern.

(Beifall der SPD)

Wir haben über 20 Impuls-Regionen im Land. Sie werden so leicht kein anderes Bundesland finden, in dem es gelungen ist, so viele Akteure zu motivieren. Als Beispiel können das Raiffeisenland, Landau oder viele andere genannt werden.

300 bis 400 Menschen haben sich bei drei bis vier Verbandsgemeinden, die wir zusammengefasst haben, bereitgefunden, sich ehrenamtlich in diesem Prozess zu engagieren. Diese waren nicht nur bei der Eröffnungsveranstaltung da, sondern sie waren in vielen Fällen auch bei der Schlussveranstaltung mit dabei. Sie haben gesagt, wir haben durchgehalten, wir wollen uns weiter engagieren, weil ihr vom Land einen Rahmen vorgegeben habt, in dem kreative Ideen entwickelt werden können, wir kompetenten Sachverstand bekommen, um diese Ideen weiterzuentwickeln, und das Land die Zusage gemacht hat, die Projekte, die aus solchen Prozessen erarbeitet werden, prioritär zu fördern. Dabei ist die Motivation viel größer, die Projekte umzusetzen, weil die Menschen sagen, dass es ihre Projekte seien, die sie konzipiert hätten. Das Land unterstützt die Umsetzung. Das sind Potenzen, in die wir investieren, das sind Potenziale, die wir unterstützen. Deswegen habe ich den Begriff genannt, dass wir Potenziale zur Entfaltung bringen, die Menschen erarbeiten und umsetzen.

Meine Damen und Herren, wir greifen Dinge auf, bei denen wir noch nicht besonders stark sind. In Rheinland-Pfalz werden nur 30 % des Stroms produziert, den wir verbrauchen. Uns entgeht hier Wertschöpfung. Mit der Produktion von Strom wird Geld verdient. Mit der Produktion von Strom werden Arbeitsplätze gesichert. Stromerzeugungsanlagen müssen gebaut werden. Sie müssen gewartet und erhalten werden. Dort werden Menschen beschäftigt.

Ihr Beitrag, der erkennbar ist, wenn Stromerzeugungskapazitäten wie hier in Mainz aufgebaut werden sollen, ist Nein zu sagen, wenn so etwas auf den Weg gebracht werden soll. Das ist Ihr Beitrag, nämlich keine kreativen Ideen, sondern Nein sagen.

(Beifall der SPD)

Wir haben schlüssige Konzepte. Mit dem „Kompetenzzentrum Nachwachsende Rohstoffe“ leisten wir einen Beitrag für die Landwirtschaft. Wir wollen die Stadtwerke stärken; denn das sind die Partner, die dezentrale Kapazitäten außerhalb der Konzerne aufbauen können. Wir wollen die Stadtwerke von den Fesseln befreien, die sie derzeit noch haben, damit sie wachsen können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Eymael, Sie haben eine Frage gestellt. Man muss Sie im Gegensatz zu Herrn Licht loben, dass Sie sich mit dieser Regierungserklärung auseinandergesetzt haben. Sie haben einige Anregungen gegeben. Sie haben die Frage gestellt, ob bei Clustern im ländlichen Raum nur Veranstaltungen durchgeführt werden oder ob es Erfolge gibt. Wir haben im Norden des Landes in drei Landkreisen 30 % der Kapazitäten der metallverarbeitenden Industrie gebündelt. Das gilt für Arbeitsplätze und Betriebe. Dort haben wir 100 % der keramischen Industrie, die viel mit den anderen zu tun haben. Es geht immer um Oberflächentechnologie und Werkstoffkunde. Wir haben dieses Cluster im Dialog mit den Regionen der Wirtschaft auf den Weg gebracht.

Es ist uns gelungen, dass ein Forschungsinstitut „Feuerfest“, das bisher in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn angesiedelt war, nach Höhr-Grenzhausen in die ländliche Region umsiedelt, weil wir dieses Kompetenznetzwerk geschaffen haben.

Interessant war auch die Rede des Präsidenten der Keramischen Gesellschaft, der mitgeteilt hat, Frau Kollegin Thoben hätte ihn auch zum Thema „Werkstoffland Nordrhein-Westfalen“ eingeladen, aber offensichtlich hätte man dort nicht verstanden, dass es neben Metall auch andere innovative Werkstoffe gibt, Keramik, technische Keramik und vieles andere. Man hat erkannt und ausdrücklich gelobt, dass dieses Land Rheinland-Pfalz diese speziellen Potenziale erkennt und Netzwerke schafft, um sie zur Entfaltung zu bringen. Das sei der Grund, warum zukünftig der Sitz dieser Gesellschaft auch in Höhr-Grenzhausen sein wird.

Das ist ein Beleg dafür, hier haben wir ganz konkrete Erfolge, indem wir Innovationsnetzwerke nicht nur in Ballungszentren einrichten, sondern auch in der Lage sind, sie in ländlichen Räumen zu etablieren. Das ist ein Beleg dafür, das Konzept „Stärken stärken“ ist richtig, wenn es vernünftig verstanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass wir auch bei dem Tourismuskonzept bewiesen haben, dass wir etwas von vernetzter Politik verstehen. Herr Eymael, Sie haben zu Recht betont, wir erleben derzeit in Deutschland eine Renaissance des Fahrrads und auch des Wandertourismus. Das haben wir erkannt. Wir haben dies nicht nur in einem Konzept als Idee festgeschrieben, sondern wir haben auch ein Sonderprogramm zum Ausbau der Radwege von jeweils 3 Millionen Euro im Jahr 2007 und im Jahr 2008 festgelegt, um diese Tourismusstrategie auch mit Hardware zu unterstützen, nicht nur über den Schwerpunkt zu reden, sondern auch zu handeln. Viele andere Initiativen zum Radfahrertourismus gehören hinzu.

Wir sind das Land, das die Chance des Wandertourismus wie kein anderes Land erkannt hat. Rheinsteig, Eifelsteig, Saar-Hunsrück-Steig und Westerwaldsteig sind Qualitätswanderwege, die mittlerweile in allen Bundesländern Deutschlands als Beispiel genannt werden, wie man Wandertourismus voranbringt. Wir gelten mittlerweile in Deutschland als das Wanderland Nummer 1, das am besten verstanden hat, das konzeptionell umzusetzen. Wir sind auch erfolgreich, was die Zahlen der Gäste betrifft, die zusätzlich nach Rheinland-Pfalz kommen.

(Beifall der SPD –
Ramsauer, SPD: Es ist ja auch am schönsten!)

Als weiteren Schwerpunkt der Tourismusstrategie greife ich den Gesundheitstourismus auf. Auch das wird in vernetzter Politik im Schwerpunkt „Gesundheitswirtschaft“ weiterentwickelt. Auch daran sehen Sie, wir machen eine durchdachte und vernetzte Politik.

Herr Eymael, damit kein falscher Eindruck entsteht, wollen wir als Hausaufgabe dann die wichtigen Straßenverbindungen aufführen, damit nicht der Vorwurf entsteht, man hätte die eine oder andere vergessen. Das geht natürlich los bei der B 50, dem Lückenschluss der A 1, der B 255, der B 8, der B 414, was Herrn Bauckhage besonders am Herzen liegt, der B 41, der B 10 und natürlich auch des Ausbaus des Autobahnringes in Mainz.

Herr Eymael, eines ist aber auch klar. Wir sind bezüglich der Erlangung von Baurecht und der Vereinbarungen mit Nachbarländern in keinem Zeitraum im Land so schnell vorangekommen wie in den letzten zwei Jahren, weil wir den Schwerpunkt gesetzt haben, wir werden diese Großprojekte in Angriff nehmen und werden sie systematisch zum Baurecht führen, um dann auch mit dem Bund über Finanzmittel zu sprechen.

(Eymael, FDP: Ah!
Hochmoselübergangfinanzierung!)

Wir sind in diesem Bereich noch nie so schnell vorangekommen.

Herr Eymael, wenn Sie von Hochmoselübergang sprechen, ich habe das Amt übernommen, als wir eine Gerichtsentscheidung hatten, hier gehe gar nichts. Mittlerweile haben wir wahrscheinlich in diesem Jahr festes Baurecht.

(Beifall bei der SPD –
Eymael, FDP: Nein, nein!
Wo ist die Finanzierung? –
Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Wir hatten damals eine Gerichtsentscheidung, die erst einmal besagte, es gehe nichts. Wir haben konsequent die Planung vorgebracht. Wir werden in diesem Jahr Rechtskraft erlangen. Wir haben trotz Protesten auch bei der Hagenbach-Variante nicht gezauert. Wir haben nicht gezauert beim Flughafen Speyer. Auch dort haben wir den Bescheid auf den Weg gebracht. Es gibt kein Großvorhaben, bei dem wir gezauert haben, weil wir wichtige Projekte für die Infrastruktur erkannt haben. Nicht Sie haben protestiert, aber den Kollegen von der

CDU könnte ich einige Projekte nennen, wo sie protestiert haben, sich den Protesten vor Ort angeschlossen haben.

(Beifall der SPD –
Billen, CDU: Wo denn?)

Wir stehen zu den wichtigen Großprojekten in diesem Land, weil wir auch damit ländliche Räume unterstützen.

(Licht, CDU: Haben Sie die Beschlüsse der Sozialdemokraten aus Hessen entgegengenommen?)

– Herr Licht, Sie hätten besser wenigstens eine Idee vorgebracht, über die man sich qualifiziert hätte unterhalten können. Von Ihnen kam schlicht und ergreifend nichts. Auch daran wird deutlich, wir werden nicht nur eine Potenzialmilliarde auf den Weg bringen, sondern wir sind die Partei, die auch die Ideen und die kreativen Konzepte für die ländlichen Räume hat. Sie haben dort nichts zu bieten.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aufgrund des Debattenbeitrags von Herrn Staatsminister Hering hat jede Fraktion noch 14 Minuten Redezeit.

(Zurufe aus dem Hause: Wie viel?)

Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den **Punkten 13 und 14** der Tagesordnung, die gemeinsam aufgerufen und beraten werden sollen:

Jahresbericht 2007 Besprechung des Berichts des Bürgerbeauftragten (Drucksache 15/2010) auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/2011 –

Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 112 GOLT

Es wurde eine Grundredezeit von je zehn Minuten pro Fraktion vereinbart.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dröscher.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch im Berichtsjahr konnte der Petitionsausschuss gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten wieder für die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz gute Arbeit leisten. Das zeigt der Jahresbericht des Bürgerbeauftragten deutlich auf. Deshalb beginne ich heute mit etwas, was man sonst gern am Ende einer Rede macht, nämlich mit einem ganz herzlichen Dankeschön für den Bürgerbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter, mit denen wir hervorragend zusammengearbeitet haben, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausschussdienstes des Landtages, die uns in hervorragender Weise zugearbeitet haben, und an die Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Landtag, die im Ausschuss und in der Strafvollzugskommission kooperativ gearbeitet haben.

Es ist Vieles zu berichten. Was die Statistik angeht, will ich mich auf ganz wenige Punkte beschränken; denn das können Sie ausführlich nachlesen, und das werden die Nachredner auch noch ausführlich würdigen.

Wir hatten im Jahr 2007 3.252 Neueingaben, also mehr als im Jahr vorher. 2.917 davon wurden angenommen. Die Schwerpunkte lagen in der Rechtspflege mit 19,7 %, im Sozialwesen mit 17,3 % und in der Gemeindeverfassung mit 14,5 %.

Es fanden wieder regelmäßig Sprechstage des Bürgerbeauftragten statt, zum ersten Mal auch in einer Justizvollzugsanstalt, nämlich in Wöllstein. Der Strafvollzug spielt mit 15,4 % ohnehin eine erhebliche Rolle. 10,2 % waren es im vergangenen Jahr.

Auch die Legislativeingaben – es waren insgesamt 39 – hatten einen Schwerpunkt, nämlich den Nichtrauchererschutz mit 19 Eingaben. Das hat uns also im Petitionsausschuss genauso beschäftigt wie hier im Parlament.

Wir haben im vergangenen Jahr auch eine Reise gemacht, und zwar waren wir in Nürnberg. Der Petitionsausschuss hat dort zwei sehr interessante Gespräche geführt, zum einen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu den Themen „Asyl und Abschiebeschutz von Flüchtlingen“ und „Sprachliche, soziale und gesellschaftliche Integration von Zuwanderern in Deutschland“, über die Entwicklung und Durchführung von Integrationskursen für Zuwanderer, über die Neuausrichtung der Migrationserstberatung sowie über die Förderung von Projekten zur sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung der in Deutschland dauerhaft lebenden Aussiedler und Ausländer.

Das zweite Gespräch fand in der Bundesagentur für Arbeit statt. Es ging um Informationen zur Neuausrichtung der Berufsberatung und die Umsetzung in den Strafanstalten. Das war eines der Hauptthemen, das wir dort besprechen wollten. Ebenfalls wollten wir Gespräche zu Fördermaßnahmen der Bundesagentur in den Justizvollzugsanstalten und Jugendstrafanstalten und über Maßnahmen für Jugendliche, insbesondere berufsvorbereitende Maßnahmen, während und nach dem Vollzug führen.

Es hat in der Zwischenzeit ein Nachgespräch mit Vertretern des Justizministeriums und der Agentur für Arbeit gegeben. Leider sind noch nicht alle Hausaufgaben von der Agentur gemacht. Es ist noch nicht alles erledigt.

Neben dem Petitionsausschuss hat die Strafvollzugskommission als ständiger Unterausschuss in unserer Arbeit eine große Rolle gespielt. Wir hatten sieben Sitzungen, davon drei auswärtige Sitzungen in den Jugendstrafanstalten in Schifferstadt und Wittlich, bei denen es um das Jugendstrafvollzugsgesetz ging, in der

JVA Wittlich auch um die Erweiterung der JVA, die Baumaßnahme und die Frage der Sicherungsverwahrung mit dem Konzept, das in diesem Neubau verwirklicht werden soll. Das Thema „Sicherungsverwahrung“ war auch in der Justizvollzugsanstalt Diez auf der Tagesordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Petitionen sind mehr als nur Beschwerden. Das zeigt bereits die sprachliche Wurzel. Da findet man eine Bandbreite von Ersuchen bis hin zu Angriff, durchaus aktive Maßnahmen. Wenn man es – historisch – genau betrachtet, gab es bereits im Absolutismus die Möglichkeit. Wenn es dem Fürsten, König oder Kaiser gefiel, dann hörte er den Einzelnen an und verhalf ihm selbst dann zu seinem Recht, wenn es zuvor Gerichte anders entschieden hatten.

Im demokratischen Rechtsstaat, auch in unserem Land, ist das Petitionsrecht ein starkes, unveränderliches Grundrecht. Das gilt für Bund und Länder.

Den Bürgerbeauftragten gibt es nicht nur bei uns in Rheinland-Pfalz, sondern auch in einigen anderen Ländern.

Jeder kann mit jedem Thema – das ist ganz wichtig – einzeln oder gemeinsam, mit anderen oder mit vielen anderen – dann ist es eine Massenpetition – Eingaben machen.

Ich habe ein schönes Zitat in einer Broschüre gefunden: Wenn die Anwendung des Rechts klemmt, muss der Gesetzgeber das auch erfahren. – So sehen wir das auch.

Es gibt eine Ausnahme in der Geschichte, nämlich der NS-Unrechtsstaat. Hier wurde man im Allgemeinen verfolgt, wenn man kritische Sichtweisen äußerte und durch kritische Sichtweisen auffiel.

Einen weiteren Aspekt möchte ich einbringen. Das Petitionsrecht ist nicht nur vielfältig, sondern es entwickelt sich auch. Es entwickelt sich weiter. Man könnte salopp sagen, es entwickelt sich vom Kummerkasten zum Instrument politischer Teilhabe.

Es gibt seit 2005 einen Modellversuch „Öffentliche Petition“, öffentliche Petition im Internet, Kind des Internetzeitalters. Die Petitionen werden elektronisch übermittelt. Es gibt eine Online-Veröffentlichung der Petitionen. Sechs Wochen lang besteht die Möglichkeit mitzuzeichnen, also die Petition zu unterstützen. Es gibt im Internet auch ein entsprechendes Diskussionsforum.

Die Bedingungen sind, dass ein öffentliches Interesse besteht, es sich nicht um personenbezogene Petitionen handelt und diejenigen, die sich beteiligen, auch die namentliche Verantwortung für die Beiträge übernehmen. Das Ergebnis – Stand April 2008 – trägt dem auch Rechnung.

Es gab bisher 611 zugelassene öffentliche Petitionen auf Bundesebene, davon 18 mit Mitzeichnung und fast 1 Million Mitzeichnungen. Das ist eine ganz spannende Geschichte. Es gab 27.000 Diskussionsbeiträge. Die

Hitliste wird von dem Thema „Förderung der beruflichen Weiterbildung“ angeführt. Es wird die Stimmabgabe mit Wahlgeräten erwähnt. Es ging um die Leiharbeit, die Arbeitnehmerüberlassung. Übrigens, an fünfter Stelle war das Verbot von Käfighaltung Thema einer öffentlichen Petition mit 24.000 Mitzeichnungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt vor allem in der Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene immer wieder unterschiedliche Standpunkte über die Kompetenzen und Grenzen des Petitionsausschusses und der Arbeit des Bürgerbeauftragten. Dazu möchte ich heute kurz Stellung nehmen.

Das Petitionsrecht und das kommunale Selbstverwaltungsrecht sind gleichermaßen verfassungsrechtlich gesichert. Das ist in den Artikeln 11 und 90 a der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz für das Petitionsrecht und in Artikel 49 für die kommunale Selbstverwaltung festgeschrieben. Die vom Landtag an den Petitionsausschuss und damit an den ständigen Beauftragten delegierte Kontrollbefugnis beschränkt sich im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Entscheidung oder eines Handelns. Das ist ebenfalls festgeschrieben.

Unbeschadet dessen steht es dem Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss frei, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes den Versuch einer einvernehmlichen Erledigung zu unternehmen. Ich verzichte jetzt darauf, die entsprechenden Kapitel vorzulesen. Freundlicherweise sind im Handbuch des Landtags Rheinland-Pfalz nicht nur die Gesetze vorhanden, sondern an einer Stelle auch die Zusammenfassung die das Petitionsrecht betreffenden Gesetzestexte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind alle auch in kommunalen Gremien tätig und tragen vor Ort in den Städten und Gemeinden Verantwortung. Für die Bürgermeister und Landräte mag der Ablauf eines Petitionsverfahrens schon einmal unbequem oder ärgerlich sein. Wir im Ausschuss kennen die ganze Bandbreite von konstruktiver Kritik bis hin – ich versuche, es einmal zu beschreiben – zu den periodisch wiederkehrenden Eingaben unzufriedener Vielfachsreiber.

(Pörksen, SPD: Wie heißt das? – Querulanten!)

Aber Demokratie ist unbequem, und das Petitionsrecht muss ein wirksames Bürgerrecht bleiben. Wir sollten es nicht infrage stellen, sondern stärken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das war zu Punkt 14 der Tagesordnung der Bericht des Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Dröscher.

Herr Dröscher, vielen Dank.

Wir kommen jetzt zur Aussprache zu den Punkten 13 und 14 der Tagesordnung.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Burgard das Wort.

Abg. Burgard, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aussprache zum Jahresbericht 2007 des Bürgerbeauftragten Ullrich Galle bietet Gelegenheit, die umfangreiche Arbeit näher zu beleuchten, Entwicklungen in Augenschein zu nehmen und schließlich die geleistete Arbeit des Bürgerbeauftragten, seines Teams und des Ausschusses anzuerkennen.

Das Petitionswesen hat im Ländervergleich in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert, ein hohes Ansehen. Die Bürger vertrauen dem Bürgerbeauftragten, Herrn Galle, und dem Petitionsausschuss. Anerkennung findet die Person des Bürgerbeauftragten auf Bundesebene, ja europaweit, was sich vor fast genau einem Jahr am 2. Juni 2007 bei seiner Wahl in Mainz zum Präsidenten des Europäischen Ombudsmann-Instituts zeigte.

Hinter der hohen Erfolgsquote stecken Erfolge in Tausenden Einzelfällen und hin und wieder auch Erfolge in Eingaben von grundsätzlicher Natur, die der Allgemeinheit dienen und uns allen weiterhelfen.

Einzelfälle im Bericht machen deutlich, wie groß die Bandbreite des Aufgabenfelds in der Petitionsarbeit ist. Gleichzeitig sollen die Bürgerinnen und Bürger ermutigt werden, Rat und Unterstützung beim Bürgerbeauftragten zu suchen.

Der Bürgerbeauftragte und der Petitionsausschuss nutzen die Möglichkeiten, die die Gesetze bieten, um sich bestmöglich für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, sie zu beraten und zu unterstützen.

Mangelhafte Kommunikation ist leider immer noch oft die Ursache von Konflikten von Bürgern mit Verwaltungen. Mehr Kundennähe, mehr Transparenz und Freundlichkeit kosten nichts und können auch von Verwaltungen erwartet werden. Verwaltungen sind Dienstleister, müssen sich Kritik stellen und respektvoll mit ihr umgehen.

Der Bürgerbeauftragte Ullrich Galle nimmt hartnäckig und erfolgreich die ständigen Herausforderungen als Zuhörer, Gesprächspartner, Aufklärer, Ratgeber und auch Organisator von Hilfe an.

(Beifall bei der SPD)

Seine zahlreichen auswärtigen Sprechstage, Sprechstage hier in Mainz und auch die gerade im Jubiläumsjahr 60 Jahre Rheinland-Pfalz 2007 geleistete Öffentlichkeitsarbeit belegen den großen Anklang und die Bürgernähe.

Viele anerkennende Dankschreiben sind ein Beleg für Kundenzufriedenheit.

Eine Schlichtung in Streitfällen soll nun verstärkt im Land außergerichtlich erreicht werden. Durch die Stärkung der

Schiedsleute wird bereits ein Stück der Arbeit des Bürgerbeauftragten geleistet. Das Vermeiden von juristischem Streit und das Abschließen von Vergleichen gelingt dem Bürgerbeauftragten tagtäglich.

Bei Eingaben müssen wir immer wieder sehen, dass es in unserem Land nach wie vor an Kinderfreundlichkeit mangelt, z. B. wenn Kinder auf Spielplätzen in der Nachbarschaft spielen. Streit zwischen Nachbarn mit und ohne Kinder sowie zwischen Gemeinden und Anliegern ohne Kinder ist leider immer noch Realität.

Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen, Menschen im Strafvollzug, Menschen in finanzieller Not und Menschen in sozialer Bedrängnis, Menschen auf der Flucht vor Diktatur und Krieg finden über Petitionen respektvolles Gehör und meist auch Hilfe.

Die Arbeit im Ausländerrecht zeigt, dass es im Vorfeld der Härtefallkommission in den Ausländerbehörden unseres Landes deutlich mehr Aufenthaltserlaubnisse gibt und auch mehr Integrationsbereitschaft vorliegt. Es kommt dadurch zu deutlich weniger Anträgen an die Härtefallkommission.

Humanitäre Gründe finden verstärkt im Asylverfahren Berücksichtigung. Im Petitionsausschuss gab 2007 Innenstaatssekretär Roger Lewentz auch einen Bericht über die kompetente und vertrauensvolle Arbeit der Härtefallkommission, die mit dem zehnköpfigen Gremium in unserem Bundesland vorbildlich arbeitet.

Mit großen und kleinen Anliegen wandten sich wieder über 200 Strafgefangene an den Bürgerbeauftragten. Die räumlichen Verhältnisse haben sich durch den deutlichen Rückgang in der Belegung im Jahr 2007 verbessert. Die SPD-Fraktion sieht in der jetzigen günstigen Belegungssituation die Chance, auch mit Blick auf den Neubau der JVA in Wittlich einen deutlichen qualitativen Schub und mehr Freiräume zu erreichen.

Die Finanzierung von Ausbildungsmaßnahmen in Haftanstalten für junge Menschen war Gesprächsinhalt der Strafvollzugskommission bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg im Herbst 2007. Mehr Mittel der berühmten Bundesagentur für Arbeit sind auch mit Blick auf das neue Jugendstrafvollzugsgesetz notwendig und auch schon teilweise zugesagt. Ich fordere in diesem Zusammenhang mehr Flexibilität und Weitsicht in den Arbeitsagenturen gerade im Übergangmanagement vor der Straftatlassung und Wiedereingliederung.

Der erstmals stattgefundenen Sprechtag des Bürgerbeauftragten in einer Justizvollzugsanstalt – in der JVA Rohrbach – zeigte zum einen, dass es oft kleine Dinge des Haftalltags sind, die von den Häftlingen beklagt werden. In der Folge des Besuchs zeigte sich aber auch, wie zeitnah und flexibel Verbesserungen mit dem Ministerium und der JVA-Leitung erreicht werden können.

Das Verständnis und das Bemühen der Verantwortlichen nach Verbesserungen und dem Erreichen von besseren Standards in den Justizvollzugsanstalten ist gefordert, so beim Informationszugang, der Weiterbildung von Häftlingen, der Freizeitgestaltung, der ärztlichen Versorgung und auch der gemeinsamen Vollzugsplanung.

Die Legislativeingaben sind ein wichtiges Instrument im Petitionswesen, um Vorschriften zu hinterfragen, ob sie aktuell noch sinnvoll und auch gerecht sind. Gespräche im Petitionsausschuss mit Ministerien, Verbänden und Institutionen wie der GEZ schärfen dort das Problembewusstsein, zeigen neue Wege auf und weisen darauf hin, dass es nicht so bleiben muss, wie es schon immer geregelt war.

Wenn ich dem Bürgerbeauftragten Ulrich Galle mit seinem Team im Namen der SPD-Fraktion herzlich danke, geschieht das in Kenntnis der hohen Arbeitsbelastung von ihm und seinem Team. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD im Petitionsausschuss sehen auch in Zukunft zuversichtlich eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bürgerbeauftragten, mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den zuständigen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und auch den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses der beiden anderen Fraktionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend stelle ich fest: Die Arbeit des Bürgerbeauftragten und des Petitionsausschusses war 2007 wieder erfolgreich. Sie ist unverzichtbar und auch weiter den Bürgern nahe.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich „alte“ Herren aus Flacht sowie Kursteilnehmer der Volkshochschule Frankenthal. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ernst.

Abg. Ernst, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf wohl davon ausgehen, dass Sie alle den Bericht gelesen haben.

(Pörksen, SPD: Natürlich!)

Deshalb möchte ich mich heute auf wenige Aspekte beschränken. Fest steht, die Schwerpunkte dieses Berichts liegen nach wie vor in denselben Sachgebieten wie in den Vorjahren. Leider muss ich aber feststellen, dass die Bürger unseres Landes offensichtlich nicht optimal bedient werden. Sie werden fragen, warum. Wir wurden in den vergangenen Monaten oft darüber in Kenntnis gesetzt, dass sich aufgrund personeller Engpässe die Bearbeitungsdauer der Eingaben spürbar verlängert hat. Auch in den Ausschusssitzungen konnten aus diesem Grund weniger Fälle bearbeitet werden. Wir haben mehrfach Personaltableaus mit ständig neuen Mitarbeitern erhalten. Verständlich ist, dass entsprechende Einarbeitungszeiten notwendig sind. Unverständlich ist allerdings, dass beim Büro des Bürgerbeauftragten diese hohe Fluktuation vorherrscht.

Meine Damen und Herren, für uns steht fest, wir erachten die Arbeit der Institution des Bürgerbeauftragten und des Petitionsausschusses als außerordentlich wichtig und erhaltenswert. Beide sind die entscheidenden Ansprechpartner.

Uns fällt aber auf, dass sich das Bürgerbüro der Staatskanzlei nicht nur zu einer Dependance, sondern zu einem großen Bruder des Büros des Bürgerbeauftragten entwickelt. Wir haben kürzlich eine Kleine Anfrage an die Landesregierung bezüglich der Arbeit des Bürgerbüros der Staatskanzlei und der Zusammenarbeit mit dem des Bürgerbeauftragten gestellt. Die Staatskanzlei wirft allerdings mehr Fragen auf, als sie Antworten liefert.

So hat im Bürgerbüro der Landesregierung binnen Jahresfrist die Zahl der Eingaben um 30 % zugenommen. Die Landesregierung wertet das als gutes Zeichen und behauptet mit Hinweis auf die Steigerungsrate, dass die Aufgabenstellung, eine schnelle und unbürokratische Kommunikation zwischen Bevölkerung und Verwaltung zu gewährleisten, erfüllt wird. Ich sehe das anders und frage: Hat die Zahl möglicherweise deshalb zugenommen, weil die Eingaben an den Bürgerbeauftragten nicht mehr zügig beantwortet werden können?

Weiter heißt es in der Antwort: Die an den Ministerpräsidenten bzw. die Landesregierung gerichteten Eingaben und Petitionen würden alle Bereiche des verwaltungsmäßigen Handelns treffen, so etwa Eingaben zu Bauangelegenheiten, zu Steuern und kommunalen Abgaben, zu den Rundfunkgebühren, zu schulischen Angelegenheiten, zu Ausländerangelegenheiten und zum Strafvollzug.

Meine Damen und Herren, ich frage: Sind da Doppelarbeiten mit dem Büro des Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss tatsächlich ausgeschlossen? – Aus Erfahrung wissen wir, dass sich viele sowohl an den Bürgerbeauftragten als auch an die Staatskanzlei wenden. Da sagen wir, dass muss überhaupt nicht sein.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Punkte im Bericht des Bürgerbeauftragten ansprechen, von denen ich meine, dass sie nerven. Viele Aussagen geben keinen Aufschluss über Problemfelder, die sich dahinter verbergen. So hilft es aus unserer Sicht wirklich nicht, dass wir nun wissen, welcher Landkreis oder welche Stadt bei den Eingaben einen Spitzenplatz einnimmt bzw. die rote Laterne trägt. Meine Damen und Herren, das hat nur dann einen Informationswert, wenn man sich dabei auch Gedanken über die Ursachen machen kann. Das wäre an dieser Stelle sicherlich hilfreich.

Ebenso würden Kürzungen dem ellenlangen Bericht sehr guttun. Es wäre aus unserer Sicht ein Leichtes, wenn man die Legionen von Bürgerinnen und Bürgern, Petentinnen und Petenten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Antragstellerinnen und Antragsteller vermeiden würde, die in dieser Häufung den Bericht fast unlesbar machen. Als Beweis kann ich gern den letzten Absatz auf der Seite 32 des Berichtes anbieten. Ich lasse es. Sie können leicht eine Verbindung zu Lorient feststellen.

Wenn Sie noch ein Dacapo möchten, zitiere ich gerne aus der Seite 43. Aber auch das erspare ich mir.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht, dass ein falscher Eindruck entsteht. Es gibt auch Positives im Bericht.

So begrüßen wir nachhaltig den Entschluss des Bürgerbeauftragten, sein Engagement für die Initiative „Herzenssache“ in seinen Sprechstunden einzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Nicht zu kurz – das sage ich in aller Offenheit – soll auch der Dank an alle Mitarbeiter im Büro des Bürgerbeauftragten, in der Landtagsverwaltung sowie an die Mitglieder im Ausschuss kommen. Unser Eindruck war und ist, dass wir immer an der Sache orientiert gemeinsam nach Lösungen suchen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Auler.

Abg. Auler, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Ernst, ich war etwas irritiert. Ich glaube, wir haben eine andere Tradition im Hause, wenn wir über den Jahresbericht des Bürgerbeauftragten sprechen. Es sei, wie es ist. Wir werden unserer Tradition folgen.

Es ist seit vielen Jahren ein guter Brauch, dass die Ergebnisse der Tätigkeit des Bürgerbeauftragten und seines Büros für das abgelaufene Jahr im Landtag diskutiert und damit öffentlich gemacht werden. Nach unserer Einschätzung hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, wie sich die Arbeit nach Umfang und Struktur und damit verbunden die Inanspruchnahme des Bürgerbeauftragten entwickelt hat.

Auf der anderen Seite hat es die erfolgreiche Arbeit des Bürgerbeauftragten verdient, im Landtag gewürdigt zu werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Institution des Bürgerbeauftragten hat in Rheinland-Pfalz eine lange und erfolgreiche Tradition. Da wir in einer Demokratie leben, ist ihre Existenz folgerichtig. Sie stellt für die Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Anlaufstelle in Problemsituationen dar.

Die Tätigkeit des Bürgerbeauftragten hat sich bewährt. Sie weist ein hohes Maß an Dienstleistungscharakter für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz auf. Für

die Menschen im Lande ist es gut zu wissen, dass ihre Sorgen und Nöte beim Bürgerbeauftragten auf offene Ohren treffen und dort sorgfältig behandelt und korrekt entschieden werden.

Die Aufgabe des Bürgerbeauftragten ist anspruchsvoll. Diese Institution ist eine Einrichtung der Menschlichkeit, in der mit besonderer Sensibilität gearbeitet, recherchiert und entschieden wird.

Herr Galle, aus meiner Sicht wird diese Aufgabe von Ihnen mit großem Verantwortungsbewusstsein, viel Sensibilität und anerkannterweise mit Erfolg gehandhabt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich schließe mich gern denen an, die dem Bürgerbeauftragten danken. Sehr geehrter Herr Galle, in meinen Dank für Ihre stets sachorientierte Amtsführung schließe ich ausdrücklich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Büros mit ein.

(Beifall der FDP und des
Abg. Schweitzer, SPD)

Sie haben Ihr Amt mit innerem Engagement, diplomatischem Geschick, mit großer Fairness, aber auch mit Entschlossenheit und Durchsetzungskraft wahrgenommen. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen auch ganz herzlich im Namen der FDP-Fraktion zur Wahl zum Präsidenten der europäischen Ombudsmänner ganz herzlich gratulieren und alles Gute wünschen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Konsens ist ein Schlüsselwort bei Petitionsangelegenheiten. Konsens zu erzielen, ist immer dann besonders schwierig, wenn zur Erreichung des Konsenses Kompromisse geschlossen werden müssen. Das ist nicht immer einfach. Wo es sein muss, sind Sie aus unserer Sicht Manns genug, Herr Galle, auch einmal hartnäckig nachzufassen und die Autorität Ihres Amtes zu reklamieren. Ich möchte nur die Auseinandersetzung mit dem Landrat des Landkreises Birkenfeld erwähnen. Das war schon beachtlich. Dafür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken.

Es wird auch sehr deutlich, worum es beim Amt des Bürgerbeauftragten geht. Es geht um Fairness und Gerechtigkeit. Häufig fehlt lediglich eine Ansprache oder eine Aufklärung von beteiligten Behörden. Die Einzelheiten und die vielen Zahlen des Jahresberichts darf ich Ihnen und mir ersparen.

Sehr geehrter Herr Galle, Ihren Ausführungen ist zu entnehmen, dass Sie bei 78,5 % der Eingaben helfen konnten und somit auch zu einer ganz entscheidenden Entlastung unserer Gerichte beigetragen haben. Ich glaube, dass dies ein Punkt ist, der zu oft vergessen wird. Ich glaube, dass damit nicht nur viel Menschlichkeit deutlich, sondern auch sehr viel Geld im Land Rheinland-Pfalz gespart wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Galle, ich darf Ihnen nochmals für Ihre geleistete

Arbeit meinen Dank aussprechen und Ihnen für Ihre zukünftige Arbeit im Land und auch in Ihrem neuen Amt eine glückliche Hand und viel Erfolg wünschen. Ich möchte aber auch den Mitgliedern des Petitionsausschusses unter dem Vorsitz von Herrn Dröscher ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit, die immer konstruktiv ist, danken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Burgard.

Abg. Burgard, SPD:

Herr Präsident! Ich möchte doch noch einmal kurz auf das eingehen, was Herr Ernst vorhin geäußert hat. Er hat heute das wiederholt, was er schon vor zwei Tagen in der Presseinformation der CDU erklärte. Er zerredet die erfolgreiche Arbeit des Bürgerbüros der Landesregierung und greift sie an. Er zieht auch die Qualität der Arbeit des Bürgerbeauftragten in der Presseinformation in Zweifel. Die Stoßrichtung Ihrer Äußerungen ist durchsichtig, haltlos und unqualifiziert.

(Beifall der SPD)

Die CDU hat schon öfter bewiesen, dass sie nicht rechnen kann. Nun beweist sie, dass sie Äpfel von Birnen nicht unterscheiden kann.

Es gibt mehr als einen Unterschied zwischen dem Bürgerbeauftragten, der ein Organ des Landtags ist, und dem Bürgerbüro der Landesregierung. Unser noch von der CDU geführtes Nachbarland Saarland kennt bisher nur einen Bürgerbeauftragten, der unmittelbar beim Büro des Ministerpräsidenten sitzt und sich auch als Bürgerlotse bezeichnete. Ganz konkret wird aber dort überlegt, das Modell Rheinland-Pfalz zu übernehmen, einen Bürgerbeauftragten auch beim Landtag einzurichten. Dazu ist Herr Galle nun wieder in den Petitionsausschuss des Saarlandes eingeladen worden.

Wenn Herr Galle 2007 auch in Thüringen oder Schleswig-Holstein als Ratgeber für neue Petitionsgesetze angehört wurde und rheinland-pfälzische Gesetzestexte übernommen werden, so ist das doch ein Beleg dafür, dass sich das Petitionswesen bewährt hat. Unser Land ist Vorbild für andere Bundesländer.

Wir haben für Bürgerinnen und Bürger mehrere Möglichkeiten, sich mit Anliegen Hilfe suchend an Einrichtungen und Personen zu wenden, und zwar zunächst an die Verwaltungen selbst, wo der Mangel besteht, oder an die Landesregierung oder den Landtag. Wenn er sich an mehrere unterschiedliche Stellen gleichzeitig wendet, ist das sein gutes Recht. In Rheinland-Pfalz sind die Hilfen und Kümmerer vielfältig und sollten nicht nach den Kosten beurteilt werden. Diese Hilfen rechnen sich auf jeden Fall.

Landrat Dr. Brechtel vom Landkreis Germersheim hat ebenfalls, wie er schreibt, ein Bürgerbüro ähnlich des Bürgerbüros der Landesregierung eingerichtet. Das gute bewährte Beispiel der Landesregierung macht auch in den Kreisen, egal welche Führung dort ist, Schule. Was würden die Christdemokraten sagen, wenn der Ministerpräsident und die Ministerien kein Gehör mehr für die unmittelbaren Anliegen der Bürgerinnen und Bürger haben?

(Beifall der SPD)

Wenn Sie den Bericht des Bürgerbeauftragten aufmerksam gelesen haben, konnten Sie auch erfahren, dass z. B. sehr wenige Eingaben im Verhältnis zur Einwohnerzahl aus dem Landkreis Südliche Weinstraße kamen. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sich ihr Ministerpräsident auch in seinem Heimatkreis um die Anliegen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger unmittelbar kümmert.

Er hat offene Ohren und ein offenes Herz für ihre Anliegen. Die Landesregierung und der Landtag sind und bleiben bürgernah, ob das dem Kollegen Ernst und seinen wenigen Mitstreitern passt oder nicht. Danke.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Den muss man doch
nicht ernst nehmen!)

Vizepräsident Bauckhage:

Der Ministerpräsident hat das Wort für eine Erklärung.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist normalerweise nicht üblich, dass die Landesregierung Stellung nimmt, wenn die Berichte des Bürgerbeauftragten und des Petitionsausschusses debattiert werden. Aber nachdem Kollege Ernst mich und die Landesregierung direkt angesprochen hat, will ich kurz einiges klarstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Artikel 11 unserer Landesverfassung wie folgt lautet: „Jedermann hat das Recht, sich mit Eingaben an die Behörden oder an die Volksvertretung zu wenden.“ – Das, was ich in einer organisatorischen Form als Bürgerbüro in der Staatskanzlei gegossen habe, ist die konkrete Umsetzung eines verfassungsgemäßen Rechtes.

Zu meiner zweiten Bemerkung. Ich möchte mich beim Bürgerbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Kooperation bei der Bearbeitung von Petitionen, die sich gelegentlich überschneiden, bedanken. Es wird regelmäßig so gehandhabt, dass es nicht zu Doppelarbeit kommt, es sei denn, man wendet sich an ihn oder mich oder meine Mitarbeiter in konträrer Auslegung von Entscheidungen. Dann beurteilen wir natürlich noch einmal unabhängig voneinander, wobei sich die Schlussfolgerungen meistens wieder decken.

Ich will zum Dritten deutlich machen, dass ich auch im Namen meiner Kollegin Dreyer dankbar dafür bin, dass im Büro des Bürgerbeauftragten das gehandhabt wird, was Verfassungsauftrag ist, dass wir nämlich im Wort und in der Darstellung die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einer Selbstverständlichkeit in unserem Land gemacht haben. Ich finde, das verdient keine Kritik, sondern Anerkennung. In diesem Sinn herzlichen Dank auch von meiner Seite aus.

Im Übrigen wollen wir es so halten, dass, wenn der Bürgerbeauftragte seinen Bericht vorlegt, es regelmäßig vor dieser Debatte zu einem Meinungsaustausch zwischen dem Bürgerbeauftragten und dem Ministerpräsidenten kommt, nicht weil wir die Aufgaben verwischen, sondern weil ich darum gebeten habe, dass gewisse Auffälligkeiten miteinander besprochen werden, um schlussfolgern zu können, ob aus einer gewissen Häufung von Einzelpetitionen auf gesetzgeberische oder administrative Mängel, die über den Einzelfall hinaus gehen, geschlossen werden kann. Dies soll zugleich ein Zeichen des respektvollen Miteinanders gegenüber der Institution des Bürgerbeauftragten und selbstverständlich der Institution des Petitionsausschusses sein. Ich biete ausdrücklich an, es in der Zukunft so zu halten. Ich finde, an einer solchen Verfahrensweise ist wenig Kritikwürdiges.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hätten wir die Tagesordnungspunkte 13 und 14 erledigt, wenn nicht Ihrerseits der Wunsch besteht, Tagesordnungspunkt 13 im Petitionsausschuss weiter zu diskutieren. Kann ich davon ausgehen, dass nicht weiter diskutiert werden soll? – Dann wären die beiden Tagesordnungspunkte mit der Besprechung erledigt.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Vorhandene und geplante Rheinquerungen in Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der FDP

– Drucksachen 15/1012/1161/2070 –

dazu:

Vorhandene und geplante Rheinquerungen in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/2295 –

Ich bitte um Wortmeldungen. – Das Wort hat der Abgeordnete Eymael von der FDP-Fraktion.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diese Große Anfrage über vorhandene und geplante Rheinquerungen in Rheinland-Pfalz gestellt, weil wir glauben, dass dies ein ganz besonders

wichtiges Thema ist. Wir haben heute mehrfach darüber diskutiert, dass eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur die Grundlage für einen funktionierenden und auf die Zukunft ausgerichteten Wirtschaftsstandort ist. Insbesondere verbinden die Rheinbrücken zum Großteil Ballungszentren, die führend sind in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Große Anfrage zeigt uns, dass wir derzeit 15 Rheinbrücken haben. Das beginnt in Schierstein mit der höchsten Belastung von rund 80.000 Kfz innerhalb von 24 Stunden, Weisenau hat 79.800, Wörth hat 70.000, Bendorf 61.000. Das sind allerdings Zahlen aus dem Jahr 2005, sodass wir davon ausgehen müssen, dass es noch mehr ist. Allein diese drei oder vier Beispiele, von mir aus den 15 herausgezogen, zeigen, dass die jetzigen Rheinbrücken in der Tat eine hohe Belastung haben. Teilweise sind sie überlastet. Es geht bis zu 110.000 Kfz pro 24 Stunden in der Spitzenlast.

Aus der Historie wissen wir, dass man es an der Mosel verstanden hat, in den 50er- und 60er-Jahren Brücken zu bauen. Beinahe hätte ich gesagt, man hat dort Brücken ohne Ende gebaut. Teilweise wurde alle fünf Kilometer eine Brücke gebaut. Man war stolz darauf, dass man eine Brücke hatte. Ich bin Moselaner. Ich kann mich erinnern und weiß das im Detail. Heute gibt es dort viele Sanierungsarbeiten, aber die Brücken sind vorhanden.

Beim Rhein hat man eines vergessen. Man hat vergessen, zwischen Mainz und Bingen eine Brücke zu bauen. Dies hat man in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren vergessen. Wir hatten vor dem Zweiten Weltkrieg Brücken. Diese wurden teilweise zerstört. Ich denke an die Brücke in Remagen, an die Brücke in Bingen – Rudesheim. Diese sind nicht mehr aufgebaut worden. Jetzt haben wir ein Problem.

Die 15 Brücken sind zum Großteil überlastet. In der Zwischenzeit sind etliche neue Brücken in der Diskussion, genauso wie etliche Varianten dazu. Zum Teil wurde dies bewertet. Die zweite Rheinbrücke bei Worms ist im Bau. Man kann sagen, dass dies Gott sei Dank der Fall ist. Sie wird sicherlich dazu beitragen, dass die Pendlerströme besser funktionieren und der Raum weiter gestärkt wird. Die Verbindung nach Hessen kann besser genutzt werden, um neue Potenziale zu erschließen. Dies gilt natürlich auch umgekehrt von Hessen aus.

Darüber hinaus sind natürlich andere Brücken in der Diskussion. Hoch aktuell wird in den nächsten vier bis sechs Wochen die Diskussion sein, dass am Mittelrhein irgendwie irgendwann eine Lösung gefunden werden muss, Herr Minister Hering. Es muss eine Lösung geben zwischen St. Goar, St. Goarshausen oder fünf Kilometer abwärts oder aufwärts. Ob jetzt eine Brücke gebaut wird, die mit dem Weltkulturerbe kompatibel ist, sei dahingestellt.

Die Frage ist, ob dies überhaupt möglich ist. Es kann natürlich auch sein, dass ein Tunnelbau eher möglich ist. Wir wissen jedoch, dass der Tunnelbau mindestens doppelt so teuer sein wird wie die Brücke. Darüber muss man diskutieren, aber die Menschen in der Region erwarten eine Lösung. Wir haben jetzt lange genug dar-

über diskutiert. Es muss irgendwann entschieden werden.

(Beifall der FDP –
Beifall des Abg. Bracht, CDU)

Ich kann mich erinnern, dass wir dieses Thema bereits 2006 hatten. Herr Minister Hering, Sie haben damals kraftvoll angekündigt, es würde etwas getan und geschehen. Wir müssen jetzt in der Tat darangehen. Das ist für mich eine wichtige Maßnahme. Ich hätte es auch begrüßt, wenn man zwischen Bingen und Rudesheim zu einer Lösung gekommen wäre oder auch in Richtung Geisenheim. Die Standortfrage ist nicht ganz entscheidend. Wir haben auch an diesen Standorten ein riesen großes Potenzial, das die Brücke nutzen würde. Es wäre sicherlich gerechtfertigt; denn nicht umsonst stand dort früher einmal eine Brücke. Unsere Vorgänger haben schon gewusst, wo die Verkehrsbelastung besonders stark ist.

Den Raum Bingen mit Rudesheim und Geisenheim zu verbinden, würde sicherlich Sinn machen. Das wäre dann ein kommunales Brückenbauvorhaben. Wir alle wissen, dass sich die Landkreise, insbesondere der Landkreis Mainz-Bingen, aus den unterschiedlichsten Gründen, insbesondere wohl aus ökologischen Gründen, nicht dazu durchringen konnten, aber auch in der dortigen Koalition im Kreistag wollte man diese Verbindung weniger.

Meine Damen und Herren, wir haben die Ersatzbrücke Schierstein, die sich in der Planung befindet und dringend notwendig ist; denn die jetzige Brücke Schierstein mit 80.000 Kraftfahrzeugen ist überlastet, wenn Sie das so wollen.

Wenn Sie weiter abwärtsgehen am Rhein, dann stellen Sie fest, es gibt immer wieder Probleme mit Brücken. Was den Rhein-Main-Raum auf der einen Seite betrifft, so brauchen wir dort zusätzliche Potenziale. Das trifft natürlich auch für die Metropolregion Rhein-Neckar zu. Auch dort sind die Brücken in Ludwigshafen mit mehr als 50.000, teilweise mit mehr als 60.000 Fahrzeugen täglich belastet.

Dazu gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Es gibt eine Vorstellung, die geprüft werden muss und schon einmal vorgesehen war, das ist die Variante Altrip – Mannheim. Ob diese Variante umsetzungsfähig ist, sei dahingestellt. Man muss sie aber sicherlich in die Liste der Möglichkeiten mit aufnehmen.

Ich sehe natürlich auch die zweite Rheinbrücke in Wörth als ganz entscheidende Maßnahme an. Hier geht es um einen gemeinsamen Brückenbau mit dem Land Baden-Württemberg. Es muss eine Gesamtlösung gefunden werden.

Ich weiß, dass man auf der rheinland-pfälzischen Seite schon relativ weit ist, was die Detailplanung angeht, aber die Baden-Württemberger in diesem Punkt etwas langsamer sind.

Vielleicht fürchten sie auch zu sehr die Konkurrenz aus Rheinland-Pfalz; denn sicherlich wird die Wirtschaftsre-

gion Südpfalz mit Wörth und Gernersheim besonders davon profitieren. Man wird sicherlich neue Potenziale aus Baden-Württemberg erschließen, die zur Wirtschaftskraft der Südpfalz beitragen werden.

Ich hoffe, dass die ganzen Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umweltgutachten, die in Auftrag gegeben worden sind, irgendwann einmal zum Abschluss kommen und man sich auf eine gemeinsame Linienführung verständigen kann.

Ich habe noch eine Brücke vergessen, die sicherlich den Bürgermeister von Nierstein besonders berührt, das ist das Thema „Nierstein – Trebur“. Das ist auch eine Maßnahme, die schon seit vielen Jahren in der Diskussion steht und die sicherlich ihre Bedeutung hat, wenn man auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Prognose des Verkehrsaufkommens sieht.

Aber auch hier gibt es im gewissen Sinne Probleme: Umweltrisiko, Naturschutzgebiet auf hessischer Seite. Dazu wird über eine Alternative in Gernsheim diskutiert.

Das sind Maßnahmen, die im Grundsatz alle notwendig wären, machen wir uns nichts vor.

Aber – deswegen geht auch unser Antrag in diese Richtung – es gibt derzeit keine sogenannte Prioritätenliste, sondern nur eine Liste von einzelnen Maßnahmen. Es gibt Brücken, die sind im Bundesverkehrswegeplan ganz oben angesiedelt – das ist die zweite Brücke Wörth –, der Rest ist nicht im vordringlichen Bedarf aufgeführt, sondern im weiteren Bedarf eingestuft.

Wir sollten ohne Emotion darüber diskutieren und uns vielleicht im Ausschuss darüber unterhalten, wie der weitere Brückenbau vonstatten gehen kann, welche Maßnahmen am ehesten umsetzbar sind und wo das Kosten-Nutzen-Verhältnis besonders gut ist.

Deswegen geht unser Antrag in diese Richtung. Wir würden gern sehen, dass er zunächst an den Ausschuss überwiesen wird. Ich könnte mir auch vorstellen, dass andere Fraktionen das gleiche Interesse haben, bei dem Thema „Rheinquerungen“ mitzureden und ihre Vorstellungen entsprechend mit einzubringen.

Vor dem Hintergrund könnte ich mir sogar vorstellen, dass wir eine gemeinsame Lösung anvisieren. Wenn die Vorstellung der Regierung ähnlich aussieht, diese zu unterstützen, können wir gemeinsam initiativ werden.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Guth.

Abg. Guth, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind dankbar für die Große

Anfrage der FDP-Fraktion. In der notwendigen Antwort steht zwar nichts spektakulär Neues, aber ein solches Papier, das in komprimierter Form den Sachverhalt darstellt, ist auch schon etwas wert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin selbst Rheinanlieger. Sozusagen vor meiner Haustür in Worms wird gerade die zweite Rheinbrücke gebaut, Herr Kollege Eymael.

Seit Jahrzehnten wurde über diese Brücke diskutiert und gefordert. Die erste entstand Anfang 1900 und wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Der Wiederaufbau erfolgte 1953.

Bereits Anfang der 60er-Jahre wurden Überlegungen angestellt, eine zweite Brücke an dieser Stelle zu realisieren. Jahrzehntlang wurden verschiedene Varianten, einmal nördlich, einmal südlich, aufgeworfen und diskutiert, bis man sich letztendlich entschied, direkt daneben eine zweite Brücke zu bauen. Im Jahr 2000 gab es dann grünes Licht.

Ich sage das deshalb und blicke zurück, weil sich durchaus Parallelen zu anderen Brückenbauprojekten im Land ziehen lassen. Doch es reicht nicht aus, nur neue Brücken zu bauen: Die gesamte Verkehrsinfrastruktur weiträumig um die neue Verkehrsachse ist zu überplanen und gegebenenfalls neu zu regeln.

So darf ich auch hier das Beispiel Worms nennen. Die Brücke allein kostet 16 Millionen Euro, die Gesamtmaßnahme drum herum insgesamt rund 73 Millionen Euro. Weitere Maßnahmen stehen noch an.

Diese weiteren flankierenden Verkehrsmaßnahmen, auch bei anderen Brückenbauwerken, und der damit verbundenen Verkehrszunahme sowie die Auswirkung für die Landschaft, Natur, Umwelt und insbesondere für die Wohnqualität der Menschen in der Region müssen wohlbedacht und ausgewogen sein.

Das hat wohl auch den Landkreis Mainz-Bingen davon abgehalten, die Planungen für eine Rheinquerung Bingen – Rüdesheim weiterzuverfolgen. Interessant ist hierzu eine Pressemitteilung der CDU, des Kollegen Bracht – kombiniert mit den üblichen Beleidigungen –, in der es heißt: Pressemeldung Binger Rheinbrücke: Die CDU steht für eine Brücke über den Rhein.

Herr Kollege Bracht, gegen das Votum der Kommunalpolitik, gegen die Menschen in der Region: mit uns sicher nicht in diesem Bereich.

(Beifall der SPD)

Wir sind froh, dass der Ministerpräsident und der zuständige Wirtschafts- und Verkehrsminister, Herr Hering, das Votum vor Ort berücksichtigen und erst dann weitere Schritte zur Realisierung einleiten.

Auch die Rheinquerung Oppenheim/Nierstein nach Trebur ist mit einem sehr hohen Umweltrisiko bewertet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei allem Verständnis für Ideen und Wünsche, auch hier eine Rheinquerung zu realisieren – es gibt nichts, was es nicht gibt,

mancher spricht sogar von einem Kreisel unter dem Rhein –, dürfen wir die Folgen und Auswirkungen für die Menschen und die Umwelt auch dort nicht übersehen.

Nicht jeder wird zum Beispiel in Nierstein, wo der Herr Kollege Günther Bürgermeister ist, oder an der B 9 Beifall klatschen, wenn die Verkehrsbelastung dort weiter zunimmt oder überregionaler Schwerlastverkehr zu- oder abfließt; denn es werden nicht nur Fußgänger und Radfahrer die Brücke benutzen. Mit Mühe konnte hier die B 9 vom Schwerlastverkehr befreit werden, der die Maut in diesem Fall einsparen wollte. Also müssen solche Gedanken im Sinne der Menschen wohlüberlegt sein.

Ähnlich sieht es in Altrip aus. Die Gemeinde Altrip hat gegen den bereits bestehenden Planfeststellungsbeschluss erfolgreich geklagt. Sie lehnt das Projekt auch weiterhin ab.

Das Sondergutachten des Verbandes Rhein-Neckar hinsichtlich einer Brücke südlich von Ludwigshafen bleibt hierbei abzuwarten. Das wird wohl über die Sommermonate vorliegen. Erst dann sind weitere Schritte einzuleiten.

In Wörth dagegen sind die Weichen klar gestellt. Das Projekt wird auch von der Landesregierung mit hoher Priorität nach vorn gebracht. Die Brücke soll bis zum Jahr 2015 gebaut sein.

Auf die Querung im Mittelrheintal wird mein Kollege Herr Langner gleich noch eingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im April 2007, also noch kein Jahr, nachdem die FDP die Verantwortung im Wirtschafts- und Verkehrsbereich abgegeben hat, entstand die Große Anfrage zu den Rheinquerungen. Im Mai lag die umfangreiche und detaillierte Antwort der Landesregierung vor. Sie wurde dann im Juni 2007 im zuständigen Ausschuss beraten und vorgestellt.

Im Mai dieses Jahres kommt der Kollege Günther von der CDU und fordert, endlich einen detaillierten Brückenplan vorzulegen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man wird natürlich als Abgeordneter mit E-Mails und Post und allen möglichen Informationen überschüttet;

(Licht, CDU: Ja!)

bevor man aber eine Presseerklärung herausgibt, muss man einmal prüfen, ob das Thema nicht schon im entsprechenden Ausschuss beraten wurde.

Man sieht, das Thema „Rheinbrücken“ reiht sich ein in den wohlklingenden, umfangreichen und unerschöpflichen Katalog der Forderungen der CDU: mehr Rheinbrücken, mehr Personal bei der Polizei, mehr Erzieherinnen usw. Man könnte das Ganze noch endlos fortsetzen. Wie das alles bezahlt werden soll, bleibt wie immer unbeantwortet.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, fordern kann man immer.

(Licht, CDU: Wir machen das wie Herr Deubel, mit Bürgschaften!)

Wenn man fordert und es letztendlich zum Erfolg führt, kann man sagen, wir haben es gefordert, wir haben es durchgesetzt. Wenn es nicht zum Erfolg führt, kann man immer noch sagen, wir wollten es, aber die anderen haben es nicht realisiert. Also ist man in der Opposition in diesem Fall immer auf der richtigen Seite. Mit seriöser Politik hat dies freilich nichts zu tun.

(Beifall der SPD –
Frau Mohr, SPD: Sehr schön! –
Baldauf, CDU: Das haben
wir von Euch gelernt!)

Herr Kollege Baldauf, für die SPD-Fraktion gilt, erst müssen die Weichen vor Ort gestellt werden, und dann kann weiter detailliert geplant werden, auch und insbesondere deshalb – Sie halten doch Steuersenkungen immer so hoch –, weil wir nicht unnötige Planungskosten entstehen lassen und Steuergelder unnötig verschwenden wollen. Deshalb werden erst die Rahmenbedingungen gesetzt, und dann wird detailliert geplant.

(Beifall der SPD)

Ich komme nun noch zu einem anderen Aspekt von Rheinquerungen. In Worms war die Brücke einmütig von der Kommunalpolitik, den Fachleuten und vor allem der Bevölkerung gefordert worden – und wie sich heute herausstellt, aus gutem Grund. Durch den Startschuss der zweiten Rheinbrücke und den damit einhergehenden weiteren Verkehrsmaßnahmen ist auch ein deutlicher wirtschaftlicher Entwicklungsschub eingetreten. Viele Logistiker und Dienstleister haben sich in der Stadt und im Landkreis Alzey-Worms angesiedelt, und wir konnten dadurch 3.000 neue Arbeitsplätze in der Region schaffen und die Arbeitslosigkeit auf die Hälfte reduzieren.

Dies macht deutlich, es geht um mehr, als eine Brücke über den Rhein zu realisieren. Die SPD-Fraktion unterstützt deshalb nachdrücklich die Landesregierung bei ihren Bemühungen, weitere Rheinquerungen zu realisieren, die verkehrs- und strukturpolitisch sinnvoll und vor Ort gewollt sind. Wir tun dies aus Überzeugung, weil dadurch die wirtschaftliche, kulturelle, gesellschaftliche und ggf. auch touristische Entwicklung weiter vorange-trieben werden kann. Aber alle Maßnahmen können nur in enger Abstimmung mit den Menschen vor Ort, den Voten der Kommunalpolitik und mit Rücksicht auf Landschaft, Natur und Umwelt zum gewünschten Erfolg führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf abschließend feststellen, dass Prioritäten und Entscheidungen für den Bau neuer Rheinbrücken weitestgehend beim Bund erfolgen, da fast alle Brücken in der Baulast des Bundes stehen. Selbst wenn die Planung einvernehmlich feststeht, ist es letztlich doch immer eine Frage des Geldes. Es gibt unendlich viele Bauprojekte beim Bund, die realisiert werden müssen und die wichtig und notwendig sind. Letztlich ist es immer eine Frage des Geldes. Daher wird es in Zukunft unsere Hauptaufgabe

sein, unsere rheinland-pfälzischen Bauprojekte nach vorn zu bringen und umzusetzen.

Am Beispiel von Worms kann ich sagen, diese Brücke verdanken Rheinland-Pfalz und Worms einem Mann, der sie durchgesetzt hat. Er sitzt auf der Regierungsbank, es ist unser Ministerpräsident Kurt Beck. Er hat diese Brücke in Berlin durchgesetzt, und er wird sich auch in Zukunft für die weiteren Brückenmaßnahmen einsetzen, wenn sie entscheidungsreif sind und wenn sie beim Bund zur Entscheidung anstehen. Darauf können Sie sich verlassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Ich möchte einen letzten Satz zum Alternativantrag der FDP sagen. Lieber Herr Kollege Eymael, wir schließen uns dem Wunsch gern an, im Ausschuss über das Thema der Rheinquerungen erneut detailliert zu beraten. Aber ein Rheinquerungskonzept, wie es von Ihnen gefordert wird, kann natürlich keine Auflistung von Wünschen, Forderungen oder gar Träumen von einzelnen Abgeordneten oder Kommunalpolitikern sein.

Vielmehr ist jedes Projekt einzeln zu beurteilen – Sie haben gerade selbst die Schwierigkeiten aufgezeigt –, und neben der überregionalen Bedeutung ist auch immer die Situation vor Ort zu berücksichtigen.

Das heißt, in einigen Wochen wissen wir, wie die UNESCO entschieden hat. Dann können wir noch einmal über die Mittelrheinquerung reden. Bezüglich der Querung südlich von Ludwigshafen liegt ein Gutachten Rhein-Neckar vor. Wir werden aber mit Sicherheit kein Rheinquerungskonzept beschließen; denn es sind noch viele Fragen offen bzw. viele Details zu klären. Dies lässt sich nicht sozusagen in einem Brei verrühren.

Wir schließen uns Ihrem Wunsch einer Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr an und möchten in Ruhe darüber sprechen. Dann gibt es einiges an Neuigkeiten, die uns alle interessieren.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Günther.

Abg. Günther, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Mit Deinen auf luftigen Bögen schwebenden Straßen hast Du Täler und Flüsse überspannt, Regionen verbunden und Menschen näher zusammengebracht, die vorher durch die Widrigkeit der Natur getrennt waren.“

Mit diesen Worten hat im Jahr 417 nach Christus der spätromische Dichter Rutilius Namatianus Roms Ver-

dienste im Bereich der Infrastruktur gerühmt und dabei vor allem die Bedeutung von Brücken hervorgehoben.

(Beifall bei der CDU –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Sehr gut!)

Daran hat sich bis heute nach fast 1.600 Jahren nicht viel geändert. Im Gegenteil, Brücken werden immer wichtiger, auch für das Land Rheinland-Pfalz. Im April 2007 hat die Fraktion der FDP eine Große Anfrage zu den Rheinquerungen gestellt. Die CDU begrüßt ausdrücklich diese Initiative der Liberalen, da dies langjährige Forderungen der CDU sind und diese Anfrage natürlich der CDU Rechnung trägt.

(Pörksen, SPD: Aha,
wieder abgeschrieben?)

Brücken sind, ungeachtet immer wieder vorgebrachter ökologischer Bedenken, unverzichtbare Elemente der Verkehrsinfrastruktur;

(Beifall bei der CDU)

denn sie verbinden Regionen, bringen Menschen näher und schneller zusammen. Dabei ist entscheidend, dass die Verbindung mittels Brücke ohne unnötige Umwege auf direktem Weg erfolgt, und dies führt bei entsprechender Verortung zur Entlastung des Verkehrs.

Ich kann Ihnen dies am Beispiel Mainz aufzeigen. Täglich pendeln 70.000 bis 80.000 Menschen von der linken zur rechten Rheinseite und müssen über das Nadelöhr der Schiersteiner und der Weisenauer Brücke. Dort wäre es mit einer zusätzlichen Brücke südlich von Mainz möglich, die Verkehrsströme zu entzerren, viele Gemeinden zu entlasten und Pendler nicht kilometerlange Umwege in Kauf nehmen zu lassen. Verkürzte Anfahrtswege sind sowohl ökonomischer als auch umweltfreundlicher. Jeder weniger gefahrene Kilometer bedeutet weniger Schadstoffausstoß und damit bessere Luft, aber gerade bei den derzeit hohen Benzinpreisen auch geringere Fahrkosten.

Ich möchte Ihnen hierzu ein kurzes Rechenbeispiel geben. Bei einer Verminderung des Fahrweges von 15 Kilometer pro Überfahrt und einer Nutzung einer Brücke von einer Million Fahrzeugen würden 15 Millionen Fahrkilometer eingespart. Bei einem durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch von acht Litern pro 100 Kilometer und einem Preis von 1,50 Euro ergäbe sich allein in dieser Position für die Nutzer eine Ersparnis von rund 1,8 Millionen Euro und – man höre – eine Verminderung des Schadstoffausstoßes um ca. 2.000 Tonnen CO².

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus tragen Brücken volkswirtschaftlich zur Attraktivität eines Wirtschaftsraumes bei, und der Aspekt der besseren Erreichbarkeit ist auch für die strukturschwachen ländlichen Regionen von großer Bedeutung. Dies gilt vor allen Dingen für den wichtigen Wirtschaftszweig des Tourismus. Der volkswirtschaftliche Nutzen einer Brücke liegt somit klar auf der Hand und wird von vielen Wirtschaftsverbänden und Politikern immer wieder hervorgehoben, und dies teilweise schon seit mehr als 50 Jahren.

Allerdings – und dies ist die Crux bei dieser Angelegenheit – nützt es den Menschen im Land wenig, wenn die Landesregierung die Notwendigkeiten von Brücken zwar beteuert, deren Realisierung aber letztendlich immer wieder vor sich herschiebt.

(Beifall der CDU)

Dies zeugt nicht von einer verantwortungsbewussten Politik.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, verantwortungsbewusste Politik heißt, über die Gegenwart hinaus zu planen und die richtigen verkehrspolitischen Weichen für die Zukunft zu stellen. Jeder von uns weiß, dass es Jahre oder gar Jahrzehnte dauert, bis eine Brücke Realität wird. Jeder von uns weiß auch, dass Verkehrsprojekte von morgen heute auf den Weg gebracht werden müssen, um den Herausforderungen der Zukunft angemessen begegnen zu können.

(Staatsminister Hering:
Nennen Sie einmal ein Beispiel!)

– Herr Minister, ich komme gleich noch auf Beispiele zu sprechen. Sie werden noch oft genug genannt.

Herr Minister, verantwortungsbewusste Politik heißt aber auch, die für die Realisierung der Verkehrsprojekte erforderlichen strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Planungen zu den einzelnen Bauvorhaben in ein schlüssiges Gesamtkonzept einfließen zu lassen. Wir als CDU – auch der FDP-Kollege – haben klar und deutlich gemacht, was wir wollen, nämlich ein Prioritätenplan. Es ist wichtig, dass das Land gegenüber dem Bund klar sagen kann: Diese Brücken in dieser Reihenfolge und in dieser Priorität werden von uns angegangen. Darum drücken Sie sich bis heute, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

Was wir außerdem brauchen, ist ein Sonderprogramm. Ich fordere die Landesregierung auf, sich mit dem Bund und in Gesprächen mit anderen Ländern über ein Sofort-Brückenprogramm für die Brücken am Rhein Gedanken zu machen, die nun endlich Wirklichkeit werden müssen, die Menschen näher zusammenbringen und die der Wirtschaft dienen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Seit Jahren redet die CDU zusätzlich von diesen Rheinquerungen. Diese müssen jetzt klare Perspektiven erhalten, einmal im Norden von Rheinland-Pfalz zwischen Remagen und Linz, dann am Mittelrhein zwischen St. Goar und St. Goarshausen. Dort hilft es nicht, wenn man auf einmal wieder von einer Brücke zum Tunnel kommt, der viel teurer ist, der letztendlich den Menschen auch etwas vorgaukelt. Hier erwarte ich, dass Sie als Minister klar sagen, wo der Weg hingehen soll.

Drittens ist eine Brücke zwischen Bingen und Rüdesheim zu nennen, bei der sich der Kreistag Mainz-Bingen den GRÜNEN zuliebe gegen einen Brückenbau ausgesprochen hat. Ich denke, es ist hier die Pflicht des Landes, an einer entscheidenden Stelle die Menschen zusammenzuführen, sich einzuklinken und zu versuchen, in den Gesprächen mit den Kreistagen zu einem Ziel zu kommen.

Viertens ist die Brücke bei Mainz-Schierstein zu nennen. Die Ersatzbrücke Schierstein wurde vom FDP-Kollegen schon angesprochen.

Fünftens nenne ich südlich von Mainz eine Brücke zwischen Nierstein und Eich, wo die ländlichen Regionen Rheinhessens durch eine Rheinquerung besser an das rechtsrheinische Verkehrssystem angeschlossen werden müssen.

Herr Kollege von der SPD, Sie wissen, täglich fahren 24.000 Fahrzeuge auf der B 9 Richtung Mainz. 15.000 Fahrzeuge suchen ihren Arbeitsplatz in Hessen.

(Frau Schmitt, SPD: Fahrzeuge?)

Würden sie über die Brücke fahren können, wären 15.000 Fahrzeuge weniger in Mainz und würden das Nadelöhr entlasten.

Sechstens ist im Süden von Rheinland-Pfalz bei Wörth eine zweite Rheinbrücke jetzt dringend geboten, da sie zu einer merklichen Entlastung der bereits vorhandenen, völlig überlasteten Brücke führen würde.

Herr Minister, verantwortungsbewusste Politik heißt schließlich auch, den Menschen im Land nicht nur Versprechungen zu machen, sondern diese auch einzulösen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, ich sage, Worten müssen Taten folgen. Hier zeigen Sie sich sehr ambivalent.

(Staatsminister Hering: Mit Steuersenkungen finanziert?)

Sie verhalten sich ornithologisch gesprochen wie eine Nachtigall, die umtriebiger durch die Lande flattert und den Menschen munter Versprechungen ins Ohr zwitschert.

(Zurufe von der SPD)

Wenn es allerdings darum geht, Taten folgen zu lassen, gibt er den Vogel Strauß, steckt den Kopf in den Sand und trägt wenig dazu bei, dass die Brückenprojekte endlich Realität werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Wirtschaftsminister nun vor diesem Hintergrund wie am vergangenen Freitag in der Presse verlauten lässt, dass er bereits am 21. Juni 2007 im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr einen detaillierten Brückenplan für Rheinland-Pfalz vorgelegt hat, dann stimmt das nur in Zügen. Den Prioritätenplan gibt es bis heute nicht. Bis heute haben Sie nicht gesagt, welche Brücke welche Priorität im Land Rheinland-Pfalz hat. Deshalb bitte ich Sie, nehmen Sie ganz klar Stellung zu diesem Punkt.

Ich muss auch sagen, ich habe nach Rheinquerungen gefragt. Sie sprechen dann von der Wormser Brücke, die jetzt zu Recht fertig wird. Das ist vollkommen klar.

Ich habe aber nicht vom Hochmoselübergang gesprochen. Beide Querungen sind wichtig. Sie antworten auf meine Frage zu Rheinquerungen mit dem Hochmoselübergang. Ich denke, dass Sie wissen, wo der Rhein liegt und wo die Mosel liegt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Minister, ich vermisse ein schlüssiges Brückenkonzept, aus dem klar hervorgeht, welche konkreten Schritte die Landesregierung in den kommenden Jahren unternehmen wird.

Herr Minister, was ich vermisste, ist ein detaillierter Prioritätenplan, der klipp und klar einen konkreten finanziellen zeitlichen Rahmen vorgibt.

Ich wünsche mir dieser Tage in der rheinland-pfälzischen Verkehrspolitik mehr Realitätssinn.

(Heiterkeit der Abg. Frau Schmitt, SPD,
und des Ministerpräsidenten Beck)

Ich wünsche mir an verantwortlicher Stelle beherzte Macher, Tatmenschen wie die Römer, Herr Minister.

(Ramsauer, SPD: Da lachen ja die Hühner
von der Frau Dickes!)

Ich darf Ihnen zum Schluss den Spruch, den der spät-römische Dichter gesagt hat, der von mir anfangs erwähnt wurde, mit auf den Weg geben. Ich habe das Bild mitgebracht. Hängen Sie es sich über den Schreibtisch. Denken Sie immer daran: Brücken für Rheinland-Pfalz sind wichtig. Packen Sie es an! Helfen Sie dabei, dass Brücken in Rheinland-Pfalz Wirklichkeit werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Der Redner übergibt Staatsminister
Hering ein Bild –
Heiterkeit im Hause)

Vizepräsident Bauchhage:

Das ist alles etwas ungewöhnlich, aber wenn Sie schöne Bilder überreichen, dann ist es wohl so.

(Heiterkeit im Hause)

Das Wort hat Herr Staatsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, man muss ergänzen, dass Sie sich

davon verabschiedet haben, Ideen und kreative Konzepte zu machen. Sie verabschiedeten sich auch von der Ernsthaftigkeit in der Politik. Das hat mehr mit Kasperletheater als mit Ernsthaftigkeit zu tun gehabt.

(Beifall der SPD –
Frau Schmitt, SPD: Peinlich!)

Es ist schon eigenartig – aber dafür muss man vielleicht besonders veranlagt sein –, im Kopf gemeinsam hinzubekommen, morgens für Steuersenkungen in nennenswertem Umfang einzutreten und sich mittags hinzustellen und gerade einmal rund 1 Milliarde Euro zu fordern, die kurzfristig als Sonderprogramm auszugeben wären. Das ist die Politik, die Sie betreiben.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Das stimmt nicht, was Sie sagen,
Herr Minister!)

Da wir in Rheinland-Pfalz verantwortliche und ernsthafte Politik machen, sagen wir den Menschen auch ehrlich, was machbar ist, in welchen Zeiträumen dies möglich ist und welche Dinge wir auch finanzieren können, und reden nicht über Wolkenkuckucksheime und anderes.

Wir brauchen uns auch nicht über Brücken zu unterhalten, die vor 1.600 Jahren gebaut wurden. Uns ist wichtig, die Probleme, Nöte und Sorgen der Menschen aktuell zu lösen. Dafür bieten wir den Menschen realistische Möglichkeiten an, wie wir die Probleme auch lösen.

(Beifall der SPD)

Herr Günther, es gibt im Grundgesetz eine Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Bundesländern und den Kommunen. Es gibt auch klare Aussagen darüber, wie in Deutschland die Priorität von Bundesstraßen festgelegt wird. Das lässt sich der Bund nicht von Ländern vorschreiben, sondern dies wird er, da der Bund diese Straßen auch zu bezahlen hat, im Bundesverkehrswegeplan festlegen.

Dort muss es festgelegt werden. Danach muss man sich richten. Wir haben Ihnen dies mehrfach in verschiedenen Formen mitgeteilt, in der Beantwortung der Großen Anfrage, im Ausschuss und woanders. Aber offensichtlich muss man Ihnen das mehrfach erklären.

(Harald Schweitzer, SPD: Oder aufzeichnen!)

– Wir könnten es auch aufzeichnen. Einen Plan haben wir auch. Ob das aber hilfreich im Ergebnis ist, das weiß ich nicht.

Uns ist die Bedeutung von Verkehrsinfrastruktur bekannt. Es ist nach wie vor für einen Wirtschaftsstandort die entscheidende Infrastruktur, dass wir die Straßenverkehrsinfrastruktur voranbringen.

Wir werden nur dann Erfolge haben, wenn wir gerade bei Großprojekten den Mut haben, uns auf wichtige, zeitlich machbare Projekte zu konzentrieren, darauf unsere Kräfte zu bündeln und nicht zu meinen, wir könnten am Rhein sechs, sieben Brücken auf einmal bauen

und auf den Weg bringen. Das ist vernünftige Politik, dies so zu gestalten.

(Beifall bei der SPD –
 Bracht, CDU: Das hat er doch gar nicht gesagt!
 Er hat einen Prioritätenplan verlangt.
 Das Gegenteil von dem, was Sie behaupten!
 Unverschämt! –
 Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben es Ihnen mehrfach dargelegt, die Prioritäten im Bundesverkehrswegeplan sind bekannt. Es gibt zwei Maßnahmen, bei denen wir aufgrund der Festlegungen im Bundesverkehrswegeplan handeln können. Wir sind hier besser bedient als andere. Das betrifft Wörth und Schierstein.

Sie sollten vielleicht Energien verwenden und auf Kollegen Ihrer politischen Couleur in Baden-Württemberg einwirken. Das geht in Rheinland-Pfalz gezielter und deutlicher konsequenter voran als in Baden-Württemberg. Wir in Rheinland-Pfalz haben unsere Hausaufgaben gemacht. Das Bestimmungsverfahren steht.

(Zuruf des Abg. Dr. Gebhart, CDU)

Wir hatten den Mut, eine Entscheidung für eine Trasse zu treffen. Wir haben den Bürgern klargemacht, wie die Trasse verläuft. In Rheinland-Pfalz sind die Dinge geklärt. Wie die Straßenführung im Nachbarbundesland weitergeht, ist nicht abschließend geklärt. Das gehört auch zur Wahrheit mit hinzu. An der Stelle, an der wir handeln können, haben wir unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall der SPD)

Diese beiden Maßnahmen sind für die Wirtschaftsstandorte von zentraler Bedeutung. Es muss zeitnah bis zum Jahr 2015 gelingen, den Bau der Ersatzbrücken zu realisieren, damit die jetzigen Brücken saniert werden können. Es wäre für die Wirtschaftsstandorte Mainz, Karlsruhe und Wörth fatal, wenn wir dort Verkehrsbeschränkungen verordnen müssten.

Vizepräsident Bauckhage:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Gebhart?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ja.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Herr Minister Hering, ist Ihnen bekannt, wer in Baden-Württemberg, also welche Parteien bzw. welche Fraktionen in Baden-Württemberg im Moment den Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Wörth blockieren?

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Dr. Gebhart, die Zuständigkeit für die Planung ist dort auch bei der Landesstraßenbehörde.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt Projekte, bei denen wir den Mut haben, gegen den örtlichen Widerstand derselben politischen Farbenlehre vorzugehen. Beispielsweise gilt das für den Flugplatz Speyer. Ich könnte Ihnen andere Beispiele nennen. Man muss diesen Mut haben, Entscheidungen zu treffen, die umstritten sind.

(Beifall der SPD)

Ich halte es nur für beschränkt sinnvoll, sich lange Zeit über die Gestaltung von Brücken zu unterhalten. Es ist wichtig, zeitnahe Entscheidungen zu treffen, damit solche Maßnahmen vorangehen.

Es gibt zwei Brücken, bei denen die Kommunen Straßenbaulastträger sein werden. Das ist die Mittelrheinquerung und die Rheinbrücke bei Bingen-Rüdesheim. Es gibt hier eine Entscheidung der kommunalen Gebietskörperschaft. Es soll erstens eine kommunale Maßnahme sein. Wir wollen keinen überörtlichen Verkehr.

Es gibt zweitens die Aussage, aufgrund ökologischer und anderer Bedenken soll das Verfahren nicht voran gebracht werden. Eine kommunale Brücke kann nicht vom Land Rheinland-Pfalz gebaut werden. Es muss die Übereinstimmung und die Bereitschaft vorhanden sein, dass Kommunen dort planen. Bei der Mittelrheinquerung können wir das in Übereinstimmung mit den Kommunen machen. Dort werden wir dies voranbringen. Wir sind kurz vor der abschließenden Entscheidung. Die UNESCO wird die Entscheidung im Juli treffen.

Wir hatten den Mut zu sagen, wir werden eine weltkulturerbeverträgliche Lösung auf den Weg bringen. Notfalls werden wir die finanziellen Mittel bereitstellen, einen Tunnel zu bauen, weil wir nicht akzeptieren, dass Jahrzehnte nur über das Projekt geredet wird. Wir haben vor der Wahl zugesagt, hier wird gehandelt. Wir werden das konsequent umsetzen. Wir werden im zweiten Halbjahr dieses Jahres mit weiteren konkreten Planungen beginnen. Ob eine Brücke oder ein Tunnel gebaut wird, wird letztendlich die UNESCO entscheiden.

Meine Damen und Herren, es gibt Maßnahmen in Trägerschaft des Bundes, die beginnen in Linz, gehen über Nierstein und betreffen auch andere Maßnahmen. Wir werden die Unterlagen weiter vorbereiten. Rechtzeitig vor dem neuen Bundesverkehrswegeplan werden wir diese Brücken anmelden. Aufgabe einer Landesstraßenbaubehörde ist es, für den Bund in Auftragsangelegenheiten alle Maßnahmen aufzuarbeiten und das notwendige Datenmaterial zu liefern, damit der Bund eine entsprechende Entscheidung treffen kann.

An der Stelle, an der wir den Eindruck haben, dass Planungen zeitnah umgesetzt werden können, werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen in den

Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. Wir werden uns nicht sperren, im Gegenteil.

Bezüglich der Rheinquerung südlich von Ludwigshafen habe ich mich so positioniert, dass wir das aufgreifen und planen werden, damit eine Anmeldung erfolgen kann. Sie wissen, dass derzeit eine Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes nicht ansteht.

Wir sind gerne bereit, das mit Ihnen im Ausschuss im Detail noch einmal zu diskutieren. Wir sind auch bereit, auf weitere Detailfragen von Ihnen einzugehen.

Wir haben klare Vorstellung bezüglich Schierstein und Wörth. Worms werden wir in diesem Sommer bereits abschließen können. Die weiteren Detailuntersuchungen zu den anderen Maßnahmen werden weiterbetrieben, damit wir rechtzeitig fundiertes Material beim Bund vorlegen können.

Bei den kommunalen Maßnahmen, bei denen das Land finanziell handeln kann, stellen wir die Mittel bereit.

Herr Günther, Sie können keine einzige Maßnahme benennen, bei der durch Nichthandeln der Landesregierung eine Maßnahme verzögert würde. Sie können keine einzige Maßnahme nennen.

(Beifall bei der SPD)

Die Maßnahmen sind angemeldet worden. Auf Bundesebene hat es beim Bundesverkehrswegeplan entsprechende Entscheidungen gegeben. Es ist insbesondere dem Einsatz von Ministerpräsident Kurt Beck zu verdanken, dass wir sowohl für Wörth, Schierstein als auch für Worms die Voraussetzungen hatten, dass wir planen und bauen dürfen. Die Voraussetzungen sind geschaffen.

Wenn Sie am Rhein die Genese nach dem Krieg betrachten, was geschehen ist, dann ist in dem Zeitraum, den wir jetzt betrachten, sehr viel geschehen. Bis zum Jahre 2015 werden drei bedeutsame Brückenbaumaßnahmen auf den Weg gebracht. Das sind die Maßnahmen in Wörth, Schierstein und die Mittelrheinquerung. Dann ist in einem Zeitraum von zehn Jahren mehr passiert als in den Jahrzehnten, in denen andere die Verantwortung hatten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich möchte einige wenige Feststellungen treffen. Herr Kollege Thomas Günther hat Forderungen gestellt, dass die Landesregierung alles versu-

chen soll, um die entsprechenden Brückenprojekte im Land schneller voranzubringen. Er hat auch gesagt, soweit ich ihn verstanden habe – – –

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD)

– Diese Einschränkung muss ich auch bei Ihnen machen, das ist hier kein Einzelfall, meine Damen und Herren.

Er hat gesagt, dass es uns bekannt ist, dass die Folgekosten daraus das Land nicht allein stemmen kann. Das hängt bei Bundesprojekten mit dem Bundesverkehrswegeplan zusammen.

Herr Minister, das ist nichts Neues. Sie haben gesagt, dass der Bundesverkehrswegeplan in der Fortschreibung ist.

(Staatsminister Hering: 2015!)

– Ja, für das Jahr 2015. Aber die Vorbereitungen für eine Fortschreibung werden mit dem Land abgestimmt.

(Zuruf von Staatsminister Hering)

Wir wissen ganz genau, dass keine Maßnahme in eine Priorität kommt, die das Land nicht will.

Deshalb sollten Sie hier wirklich nicht so tun, als ob Sie darauf überhaupt keinen Einfluss hätten. Das ist nämlich nicht der Fall. Das stimmt nicht.

Zweitens: Alles das, was wir zu den notwendigen Brückenbauprojekten im Land gesagt haben, gibt Ihnen keinen Anlass, hier laut zu werden.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Ich verstehe zwar, dass Sie von der einen oder anderen Aussage emotional berührt sind, aber diese Gründe waren hier nicht gegeben. Ich bin Ihnen dankbar – auch das will ich sagen –, dass Sie hier von dieser Stelle aus erklärt haben, dass Sie die gesamte Problematik im zuständigen Ausschuss noch einmal erörtern wollen. Dafür bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Das haben wir aufgenommen. Von dieser Möglichkeit werden wir dann auch rege Gebrauch machen.

Ich will noch etwas sagen. Ich verstehe auf der einen Seite, dass Sie sich davor scheuen, auch eine politische Prioritätenliste der Maßnahmen, die erkennbar notwendig sind, hier zu machen. Das verstehe ich, aber in einem Parlament haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Sie danach zu fragen, in welcher Priorität Sie die einzelnen Dinge sehen und wie Sie sie dann auch entsprechend umsetzen wollen. Nicht mehr und nicht weniger tun wir hier. Nicht mehr und nicht weniger wünschen wir von Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter David Langner.

Abg. Langner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Jens Guth mich schon so freundlich angekündigt hat und Sie sich sicherlich alle darauf gefreut haben, dass ich auch noch zu Wort komme, will ich Sie nicht enttäuschen. Ich denke, dass wir – wie angekündigt – an dieser Stelle noch etwas zur Mittelrheinquerung auch vonseiten der SPD-Landtagsfraktion sagen sollten. Ich möchte aber eingangs dem Kollegen Eymael noch einmal für das danken, was er direkt am Anfang seiner Rede gesagt hat und was sicherlich die Kollegen Günther und Wirz an dieser Stelle vielleicht auch noch einmal hätten berücksichtigen sollen, dass Sie, Herr Eymael, nämlich gesagt haben, die Versäumnisse, dass die Brückenbauwerke am Rhein nicht so üppig sind wie an der Mosel, liegen in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren begründet. Ich kann mich nicht erinnern, dass die SPD damals an der Landesregierung beteiligt war.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erwartungen gerade am Mittelrhein an eine Querung sind besonders hoch. Die Menschen, die dort leben, müssen damit rechnen, dass ihnen die Fähre vor der Nase wegfährt. Sie müssen damit rechnen, dass in den Abendstunden keine Möglichkeit mehr besteht, diese Fähren zu nutzen, und weite Umwege über Mainz oder Koblenz in Kauf genommen werden müssen. Ich denke, jeder, der schon einmal in dieser Region unterwegs war und diese Erfahrungen gemacht hat, weiß, was das gerade dann bedeutet, wenn man nicht nur Urlaub dort macht, sondern wenn man dort auch seinen Arbeitsplatz aufsuchen muss und Termine einhalten muss.

Ich denke, wenn man sich die Bevölkerungszahlen in Gemeinden am Rhein beiderseits anschaut, dann zeigt das auch sehr deutlich, dass wir dort einen Rückgang haben, beispielsweise in der Stadt Kaub von 1965 von über 2.000 auf heute 963, also unter 1.000 Einwohner. Wir sehen es auch bei den Arbeitsplätzen, dass hier ein Rückgang in dieser Region festzuhalten ist, beispielsweise in St. Goarshausen von 503 im Jahr 1999 auf gegenwärtig 379. Insofern ist es notwendig und wichtig, dass wir auch in diesem Bereich eine Querung über den Rhein bekommen, damit diese Region als Ganzes beiderseits des Rheins prosperiert und sich sowohl wirtschaftlich als auch demografisch entwickeln kann.

Ich denke – das hat die Landesregierung aus unserer Sicht in vorbildlicher Art und Weise getan –, wir haben die Dinge dort sehr deutlich auch gegeneinander abgewogen. Wir haben mit der Anerkennung des Welterbestatus im Jahr 2002 dort ein Pfund, mit dem man wuchern kann, einen Punkt, an dem viele Mittel, auch finanzielle, seit dem Jahr 2002 in Regionen geflossen sind. Das hat eine Anfrage neulich ergeben. 13 Millionen Euro sind allein in den touristischen Sektor gegangen,

die so in dieser Form sicherlich ohne das Welterbe nicht geflossen wären. Insofern ist es richtig, dass wir diese Anerkennung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, sondern wir ganz klar und deutlich sagen: Ja, wir wollen an dieser Stelle eine Querung, aber wir wollen den Status als Welterbe auf der anderen Seite nicht gefährden. –

(Beifall bei der SPD)

Insofern hat Herr Minister Hendrik Hering unsere volle Unterstützung, wenn er mit Sensibilität und Fingerspitzengefühl an diese Sache herangeht, wenn er mit der UNESCO dieses Gespräch sucht und uns dann entsprechend eine Lösung präsentiert wird, mit der wir alle leben können. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie es wäre, wenn wir ein Erlebnis wie in Dresden haben würden, wenn uns das Welterbe am Mittelrhein aberkannt würde. Ich glaube, dass der Aufschrei auch hier bei Ihnen im Landtag dann entsprechend wäre und sich die Landesregierung verantworten müsste, welchen Mist sie denn da gemacht hätte.

(Pörksen, SPD: Das interessiert den Günther nicht!
Das ist dem egal!)

Das wird mit dieser Strategie verhindert und vermieden. Insofern werden wir im Juli das Ergebnis der UNESCO erfahren. Wir werden entsprechend handeln. Insofern war es richtig, zwei Alternativen aufzuzeigen und auch die Tunnelvariante in aller Deutlichkeit und mit genauem Datenmaterial noch einmal zu unterlegen, damit das Projekt wirklich verwirklicht werden kann und wir nicht am Ende in die Röhre schauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube ein bisschen, dass wir diese Debatte heute auch führen, weil – da beziehe ich mich jetzt vor allem auch auf das Mittelrheintal – vielleicht der eine oder andere hier aus den Reihen der Opposition gerade beim Mittelrheintal erkannt hat, dieses Projekt ist auf einem guten Weg. Es steht quasi vor einer Verwirklichung. Nun tun Sie so, als ob es Ihres Druckes bedürfe, damit eine Querung realisiert wird.

(Glocke des Präsidenten)

So hoffen Sie, ein Stück vom Kuchen des Erfolgs abzubekommen.

(Bracht, CDU: Ach Gott!)

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir kämen jetzt zur Abstimmung. Wenn ich die Signale richtig verstanden habe, hat der Herr Minister angeboten, im Ausschuss weiter über das Thema zu reden. Das bedeutet, dass für beide Tagesordnungspunkte Ausschussüberweisung beantragt ist. Das gilt also für den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2295 – und die Große Anfrage – Drucksachen 15/1012/1161/2070 –. Besteht dar-

über Einverständnis, dass dies im Ausschuss weiter besprochen werden soll?

(Hartloff, SPD: Nicht die Große Anfrage noch einmal! Eure EntschlieÙung, doch nicht die Große Anfrage!)

– Die Große Anfrage auch, also beides. Man kann auch eine Große Anfrage weiter im Ausschuss besprechen, auch wenn man sie nicht beschließen kann. Das lässt die Geschäftsordnung ausdrücklich zu. Wenn gegenteilige Meinungen bestehen, muss man abstimmen lassen.

(Baldauf, CDU: Antrag!)

Herr Kollege Hartloff, bitte schön.

Abg. Hartloff, SPD:

Wenn es der Wunsch der Antragsteller ist, machen wir beides im Ausschuss.

Vizepräsident Bauckhage:

Ich stelle Übereinstimmung fest, dass sowohl die Große Anfrage als auch der Antrag der Fraktion der FDP weiter im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr besprochen werden.

Ich danke Ihnen.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD:
Wenn es denn eine Brücke baut! –
Pörksen, SPD: Jetzt hat Ihnen der Artur
eine Brücke gebaut, na so was!)

– Frau Kollegin, alles kommentiere ich hier nicht.

Wir kommen jetzt zu den **Punkten 16 und 17** der Tagesordnung:

**Zukunftsperspektiven für ältere Menschen
Antrag der Fraktion der CDU – EntschlieÙung –**
– Drucksache 15/1704 –

**Altern als Chance begreifen –
Potenziale des demographischen Wandels nutzen –
die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens
gestalten**
Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/1722 –

Diese beiden Tagesordnungspunkte werden durch folgenden neuen Tagesordnungspunkt ersetzt:

**Zukunftsperspektiven für ältere Menschen:
Altern als Chance begreifen, Potenziale des demographischen
Wandels nutzen, die Politik für eine Gesellschaft des längeren
Lebens gestalten**
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/2253 –

dazu:

**Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen
Ausschusses**
– Drucksache 15/2258 –

Ich begrüÙe gern die Besuchergruppe der Sängervereinigung 1842 Nieder-Olm. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich bitte um Wortmeldungen. – Ich erteile Herrn Abgeordneten Rüdchel das Wort.

Ich bitte um Verständnis, ich muss jetzt einmal diesen Platz verlassen und bitte den Alterspräsidenten, mich vorübergehend zu vertreten.

(Heiterkeit und Beifall im Hause –
Alterspräsident Kuhn übernimmt den Vorsitz)

Alterspräsident Kuhn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine außergewöhnliche Situation eingetreten, wie Sie gerade feststellen. Sie wundern sich, dass ich hier sitze. Es gibt aber Notsituationen, wie man gerade feststellen kann. Da gerade weder der Präsident noch die Vizepräsidenten greifbar sind und wir die Handlungsfähigkeit des Parlaments gewährleisten wollen, haben wir zu dieser Lösung gegriffen.

Herr Abgeordneter Rüdchel, Sie haben das Wort.

Abg. Rüdchel, CDU:

Sehr geehrter Herr Alterspräsident!

(Beifall und Heiterkeit im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die CDU-Fraktion gehört es zu den vitalen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, dass Ältere ihren Platz in der Mitte der Gemeinschaft haben.

(Beifall und Heiterkeit im Hause)

Eine verlässliche und kreative Politik für die ältere Generation ist daher ein zentraler politischer Gestaltungsauftrag. Es sagt viel über uns aus, wie wir mit älteren Menschen umgehen, wie wir ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander ermöglichen und wie viel Wertschätzung und Respekt wir ihrer Erfahrung entgegenbringen.

(Beifall im Hause)

Die CDU-Fraktion fühlt sich deshalb der stetig wachsenden älteren Generation in besonderer Weise verbunden.

Rentenlasten, Gesundheitsausgaben und Pflegekosten wachsen in den nächsten Jahren enorm und ruhen auf den Schultern von immer weniger Menschen, die Beiträge in die Sozialversicherung zahlen. All das beschäftigt ältere Menschen mit der Sorge, auf diese Veränderungen nicht mehr ausreichend reagieren zu können.

Wir dürfen bei der Lösung dieser Herausforderung weder die Jungen überfordern noch die Älteren im Stich lassen. Ganz wichtig ist hierbei, das Alter nicht in pessimistischer Weise zu sehen oder mit vielen Fragezeichen zu betrachten, sondern vor allem die Chancen des Alters hervorzuheben.

Langlebigkeit in körperlich guter Verfassung und geistiger Fitness ist eine sensationelle Entwicklung. Dank moderner Medizin geht ein Menschheitstraum in Erfüllung. Aber niemals zuvor gab es mehr Ältere als Jüngere. Gerade dies verursacht Zukunftsängste bei älteren Menschen. Wer Deutschland aufgebaut hat, wer auf eine anständige Lebensweise zurückblicken kann, hat ein Recht darauf, ohne materielle Sorgen alt zu werden.

(Beifall bei SPD und FDP –
Baldauf, CDU: Bravo!)

Menschen in Deutschland leben heute über 30 Jahre länger als noch vor 100 Jahren, scheiden aber immer früher – es gibt Ausnahmen – aus gesellschaftlichen und beruflichen Funktions- und Verantwortungsbereichen aus.

In Deutschland sind heute im Alter von 55 bis 64 Jahren gerade noch vier von zehn Menschen erwerbstätig. Dies ist ein falscher Weg. Ältere Menschen werden nicht nur gebraucht, wenn wir die demografischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen wollen, sondern die meisten Bürgerinnen und Bürger im fortgeschrittenen Alter wollen sich auch keineswegs völlig aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zurückziehen.

Sie möchten sich mit dem ganzen Schatz ihrer kulturellen und beruflichen Lebenserfahrung, mit ihrer Bildung einbringen und ihr Wissen aktiv beibehalten. Ihnen dies zu ermöglichen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Deshalb brauchen wir ein neues Altersbild, das die Fähigkeiten älterer Menschen für Wirtschaft und Gesellschaft anerkennt und wertschätzt.

Ältere müssen als Generation „Erfahrung“ und nicht als Generation „Sorge“ wahrgenommen werden.

Die großen Potenziale der älteren Generation, besonders im Bereich des ehrenamtlichen Engagements, müssen systematisch gefördert werden. Viele der älteren Menschen haben ein tiefes Bedürfnis, Bleibendes zu schaffen und Aufgaben auch jenseits der eigenen Familie zu übernehmen. Sie warten nur darauf, dass man sie mehr in die Verantwortung nimmt. Aber sie brauchen auch Impulse aus der Gesellschaft, sich zu engagieren.

Hier muss die Politik ansetzen. Mitmischen statt Zuschauen, Aktivbleiben und Dazugehören sind zentrale Wünsche der meisten Menschen. Dies verändert sich auch nicht, wenn das Berufsleben abgeschlossen ist und die Kinder groß sind.

Mit der steigenden Lebenserwartung von Frauen und Männern steigt aber die Zahl der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen. Auch die Zahl von Demenzkranken wächst. Wir müssen den hilfe- und pflegebedürftigen Menschen Unterstützung, Schutz und Hilfe anbieten.

Ziel muss sein, dass alle Betroffenen solange wie möglich ihr Leben selbst gestalten können.

Um eine aktive und selbstbestimmte Lebensführung älterer Menschen möglichst lange zu erhalten und zu fördern, muss die Politik entsprechende Rahmenbedingungen setzen. Es sind deshalb Wohnsituationen zu schaffen, die den Wünschen und Bedürfnissen der älteren Menschen am meisten entsprechen.

Wir brauchen auch seniorengerecht gestaltete öffentliche Räume und Strukturen zur Gewährleistung von Sicherheit, Schutz vor Gewalt und geeignete Dienst- und Hilfsangebote. Die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums schafft die Voraussetzungen, um Menschen mit eingeschränkter Mobilität die selbstständige und unabhängige Benutzbarkeit des Wohnumfelds zu ermöglichen.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Alterspräsident, ich komme jetzt zum Schluss.

Wir müssen diese Herausforderungen, aber auch die großen Chancen als Politik wahrnehmen. Mit dem gemeinsamen Antrag sind wir auf einem guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Alterspräsident Kuhn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschließen heute über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen „Zukunftsperspektiven für ältere Menschen: Altern als Chance begreifen, Potenziale des demografischen Wandels nutzen, die Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens gestalten“.

Die Formulierung dieser etwas ausführlicheren Überschrift weist schon darauf hin, dass wir uns in Rheinland-Pfalz darüber einig sind, dass wir die Herausforderung und auch die Chancen des demografischen Wandels aufgreifen und in ein konkretes Handeln umsetzen wollen.

Wir können dabei auf ein breites Spektrum von Aktivitäten der Landesregierung aufbauen, das vor allem die Handschrift von Staatsministerin Malu Dreyer trägt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe die erfolgreiche Seniorenpolitik der Landesregierung bereits am 14. Dezember des vergangenen Jahres ausführlich gewürdigt, als wir diese Anträge, die in einen gemeinsamen Antrag gemündet haben, zum ersten Mal besprochen haben, und nutze daher die heutige Debatte dazu, noch auf einige Aspekte hinzuweisen, die mir besonders am Herzen liegen.

Da ist demnächst die Bereitschaft der Älteren, Verantwortung für ein solidarisches Miteinander der Generationen zu übernehmen. Das setzt Mitwirkung und Mitbestimmung auf allen Entscheidungsebenen voraus. Ich komme darauf noch zurück.

Die Chancen, die wir haben, liegen in dem Wissen und in den Erfahrungen sowie in der Bereitschaft vieler älterer Menschen zum Engagement für unsere Gesellschaft, in der es keine Diskriminierung aufgrund des Lebensalters geben darf.

In einer sich verändernden Gesellschaft sind solidarische Beziehungen wichtiger denn je, und sie müssen erhalten, erweitert, geschützt und unterstützt werden. Es muss auch darauf hingewirkt werden, dass ältere Menschen in unserer Gesellschaft viel stärker als bisher in gesellschaftliche Prozesse als aktive, mitverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden, die sich nicht nur für die Belange der eigenen Generation, sondern auch für die Belange anderer Generationen und damit für den fruchtbaren Austausch zwischen den Generationen und anderen Kulturen einsetzen.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Darüber hinaus möchten viele Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind, ihr Wissen und ihre Erfahrung auch in bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement einbringen. Allerdings gilt auch hier, dass wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und bereitstellen müssen. Sie betreffen sowohl die professionelle und infrastrukturelle Unterstützung als auch eine neue Anerkennungskultur. Sie betreffen natürlich auch – darauf gehe ich jetzt nicht näher ein – die soziale Absicherung.

Was die Teilhabe und die politische Teilhabe angeht, möchte ich darauf hinweisen, dass die Zusammensetzung der Parlamente aller Ebenen zurzeit nicht dem Alteraufbau der Bevölkerung und der Wählerschaft vor allem widerspiegeln. Wir haben sehr viele, die in diese Altersgruppe der 60-Jährigen hineinwachsen, auch auf der Regierungsbank.

(Heiterkeit im Hause)

Es fehlt an Repräsentanten der älteren Generation. Ihre Leistungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und gesellschaftliche Erfahrung bleibt häufig ungenutzt.

Das sage ich vor allem auch im Hinblick auf die kommende Kommunalwahl, bei der es auch darum gehen könnte, Menschen, die vorher nicht über lange Jahre in politischen Ämtern waren, dafür zu gewinnen, ihre Lebenserfahrung einzubringen. Bei politischen Weichenstellungen hilft es natürlich auch, sich selbst einmal zu fragen, wie man im Alter leben möchte.

Die Ergebnisse aus einer repräsentativen Hamburger Studie zeigen, dass mit absoluter Mehrheit Hoffnung, Anerkennung, Zufriedenheit und Lebensfreude vorherrschen, Selbstständigkeit und Aktivität bei vielen Älteren vorhanden sind, Geselligkeit und Gesundheit auch noch in einem hohen Maße vorhanden sind und die Sorgen, die ältere Menschen haben, sich vor allem darauf beziehen, dass sie irgendwann einmal auf fremde Hilfe, auf

Pflege angewiesen sind und sie gesundheitliche Probleme haben.

Gesund sein im Alter bedeutet für ältere Menschen in erster Linie, im Alltag nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein und sich wohlfühlen. Erst viel weiter weg kommen dann die Dinge wie wenig Tabletten zu nehmen, selten zum Arzt zu gehen usw.

Ältere Menschen tun auch etwas für ihre Gesundheit. Das zeigen viele Untersuchungen. Das heißt, sie sind bereit, dafür aktiv Verantwortung zu übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir die im gemeinsamen Antrag enthaltenen Ziele und Schwerpunkte einer Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens, nämlich aktive Lebensgestaltung, selbstbestimmtes und selbstständiges Leben, Gesundheit und Pflege, Teilhabe und politische Partizipation, ernst nehmen, sind wir mit dieser Politik auf einem richtigen Weg.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Peter Schmitz.

(Abg. Beck, SPD: Viel zu jung, um dazu reden zu können!)

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben die wesentlichen positiven Punkte schon vorgetragen. Ich kann das gerne alles noch einmal unterstreichen und freue mich für meine Fraktion, dass wir diesen fraktionsübergreifenden Antrag formuliert haben, so wie er jetzt vorliegt.

Daraus ergibt sich die Gelegenheit – ich bin überrascht, wie hoch die Aufmerksamkeit ist, aber vielleicht ist das dem Personalwechsel beim Präsidium zu verdanken –, über Wohl und Wehe und über wichtige Lebensumstände eines großen Teils unserer Bevölkerung zu sprechen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Da hätte der Alterspräsident sprechen müssen!)

– An sich hätte man das so organisieren können, Frau Brede-Hoffmann. Ich wollte ihn aber auch nicht überlasten. Er hatte jetzt schon dieses schwierige Amt wahrzunehmen. Seniorenpolitik ist schließlich von gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt. Da darf man nicht überziehen.

(Abg. Beck, SPD: Respekt vor dem Alter!)

– Respekt vor dem Alter. Richtig, Herr Ministerpräsident.

Diese 960.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in der Tat eine Bevölkerungsgruppe, die so gar nicht dem Bild des traditionellen Alten entspricht, das noch vor wenigen

Jahrzehnten gang und gäbe war. In Vorbereitung auf dieses Thema habe ich Blätter des Statistischen Landesamts ausgedruckt, die ich Ihnen im Detail erspare. Die Überschriften sind aber interessant: „Zahl der älteren Menschen nimmt stark zu“ – „Die Lebenserwartung steigt“. Das sind Dinge, mit denen sich die Politik heute unter Betonung der Chancen und nicht unter Betonung der Risiken aktiv auseinandersetzt. Vor ein paar Jahren war das noch anders. Da war das Wort „Demografie“ noch nicht auf allen Ebenen durchgedrungen.

Dass wir im ersten Block gemeinsam formuliert haben, die Potenziale der Älteren und nicht die Risiken sollen im Mittelpunkt einer Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens stehen, beschreibt den positiven Grundduktus dieses Antrags, den ich nutze, um in einem ganz zentralen Punkt eine politische Botschaft unserer Partei zu transportieren. Da geht es nämlich um den oft strittig diskutierten Übergang vom aktiven Berufsleben in das Rentenalter. Sie kennen die Diskussion um das Renteneinstiegsalter 65 und 67.

Unsere Bundestagsfraktion hat das genutzt, um ein in meinen Augen sehr pfiffiges Konzept zu präsentieren, das sich von der starren Frage 65 oder 67 Jahre löst und das fordert, was bei einem Nachdenken über die Grundproblematik den meisten einfällt, was aber politisch noch nicht Platz gegriffen hat, nämlich eine sehr viel stärkere Flexibilisierung des Einstiegs ins Rentenalter, bei dem jeder ohne Begründung ab 60 in die Rente einsteigen kann unter Bedingungen, die dadurch verbessert werden, dass wir eine klare Option zum Zuverdienst schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Unser flexibler Renteneintritt funktioniert unabhängig von der Rentenhöhe mit Zuverdienstmöglichkeiten, die viele, viele Vorteile für den Betroffenen, für seine eigenen Rentenanwartschaften, für die Sozialkassen, für die Arbeitgeber haben, die beispielsweise naturgemäß keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen müssen, weil unser Modell des flexiblen Renteneintritts daran bindet, dass wir unabhängig von der Altersgrundsicherung sind. Es muss also eine Rentenhöhe erreicht sein, die den Staat mit zusätzlichen Wohlfahrtsleistungen außen vor lässt. Dadurch kann man auf die Arbeitslosenversicherung verzichten, wodurch insgesamt die Sozialversicherungsbeiträge geschmälert werden, was dem Netto des im Vorruhestand befindlichen Zuverdieners entgegenkommt.

Das sind Ideen, die in eine Richtung weisen, die ich bei den Gesprächen mit den anderen Parteien gespürt habe. Man will sich von einer sturen Rentenpolitik lösen und das Flexible in den Vordergrund stellen: die Aktivitäten des jugendlichen Seniors, seine Möglichkeiten, für sich selbst zusätzlich etwas zu tun und damit auch für die Gesellschaft etwas zu tun. –

Seit Jahren haben wir Übereinstimmung darin, dass beispielsweise der Bereich der Pflege nicht ohne ehrenamtliches Engagement auskommen wird. Das sollte auch von denen erbracht werden, die irgendwann einmal auf die Segnungen anderer Hilfe angewiesen sein werden. Der Altersabschnitt mit hohem Potenzial und ho-

hem Aktivitätspotenzial jenseits der Erwerbsarbeit vor oder mit Eintritt in die Rente eignet sich dazu wie kein anderer.

Das heißt nicht, dass sich die Bevölkerung mit diesem Lebensalter quasi auf eine Fortsetzung des Erwerbslebens vorbereiten muss, das keinen Unterschied zur 40-Stunden-Woche und zu einer Verantwortungsübernahme wie bei jungen Eltern, die voll im Leben stehen, kennt. Das darf und soll abgestuft erfolgen und muss und soll Rücksicht nehmen auf die individuellen Fähigkeiten der Einzelnen. Das Modellhafte staatlichen Handelns muss aber so sein

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich komme zum Ende meiner Rede –, dass die Entscheidungen beim Individuum liegen. Die Kunst für uns alle wird darin liegen, das Ganze so zu organisieren, dass wir nachher nicht wieder staatliche Zusatzaufgaben haben, die das negativ überkompensieren, was die Individuen an individuellem Input bringen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! Die Debatte hatte einen unbeabsichtigt heiteren Einstieg. Ich fand das aber wunderbar, weil dadurch schön eingeleitet wurde zu dem heute bunten Thema „Alter“. An Herrn Kuhn konnte man auch wirklich sehr schön sehen, wie jung ein Mensch ist, der hier als Alterspräsident gilt.

(Beifall der SPD, der FDP und bei der CDU)

Schön betrachten konnte man auch, wie sich die junge Generation rechts und links vom Alterspräsidenten ganz schnell auf die neue Situation eingestellt hat und die Sitzung reibungslos weitergelaufen ist. Das war ein schönes Bild.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, damit sind wir eigentlich mitten drin. Das Alter ist bunt geworden. Das ist wunderschön. Ich erinnere mich immer noch an meine Oma, die mit Mitte 60 gestorben ist. Sie ist von ihrer agilen Art oder ihren Möglichkeiten gar nicht zu vergleichen mit einer Mitte 60-Jährigen von heute.

Wir leben nun einmal in einer Gesellschaft des langen Lebens. Die meisten von uns werden gesund sehr alt und können sehr lange aktiv sein. Es ist auch schön, sich immer wieder vor Augen zu halten, dass jedes dritte Mädchen, das heute geboren wird, 100 Jahre alt wird. Das bedeutet, wir befinden uns in einer Entwicklung, bei der 60 Jahre eigentlich gar nichts sind, sondern tatsächlich noch ganz lange Lebensphasen vor uns liegen.

Dementsprechend hat sich auch das Bild des Alters tatsächlich gewandelt. Das ist von einem Abgeordnetenkollegen auch angesprochen worden. Früher hat man Alter immer sehr defizitorientiert debattiert. Ich weiß noch, als man in meiner Amtszeit als Ministerin damit begonnen hat, über dieses Thema zu sprechen, waren die Schlagzeilen in der Regel eher negativ.

Heute wird Alter – die Abgeordneten haben das schon gesagt – eigentlich sehr positiv kommentiert. Es wird ganz viel über die Ressourcen und die Kompetenzen gesprochen und darüber, dass wir diese Kompetenzen auch in unserer Gesellschaft brauchen und es wichtig ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen auch nach dem Arbeitsleben die Chance haben, an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilzuhaben und sich einbringen zu können.

Ich glaube, insofern sind wir auf einem ganz guten Weg. Es ist selbstredend, dass wir auf allen Ebenen etwas tun müssen, damit sich ältere Menschen gut einbringen können.

Auf der Bundesebene – das möchte ich nur kurz ansprechen – geht es um die sozialen Sicherungssysteme. Selbstverständlich haben auch ältere Menschen genauso wie die jungen Menschen einen Anspruch darauf, dass sie wissen, dass die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und die Rente funktionieren.

Ich glaube, dass wir auch bei der Rentendiskussion noch nicht ganz am Ende sind. Schön ist, dass alle Experten, egal woher sie kommen, bestätigen, dass die Finanzierbarkeit der Rente inzwischen sehr nachhaltig gesichert ist. Natürlich reden wir über das Thema, wie armutsfest die Rente der Zukunft ist. Darüber wird man auch in den nächsten Jahren sehr intensiv diskutieren. Es gibt inzwischen die unterschiedlichsten Vorschläge. Herr Dr. Schmitz hat einen davon genannt.

Insgesamt möchte ich den größten Blick auf das Land und die Kommunen richten. Es ist sehr schön, dass der gemeinsame Antrag aller Fraktionen damit einleitet, wenn es um die Schwerpunkte hinsichtlich der aktiven Lebensgestaltung im Alter geht. Ich denke, das ist das zentrale Thema. Wenn wir die Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens nutzen wollen, ist es wichtig, auf die aktive Lebensgestaltung zu schauen.

Was brauchen ältere Menschen, um sich einzubringen? Wir teilen die Meinung, dass man aktiv sein muss, um diese Rahmenbedingungen zu schaffen. Deshalb haben wir uns dem bundesweiten Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“ angeschlossen. Dieses Memorandum beinhaltet zum einen ein Leitbild über das aktive Älterwerden. Es beinhaltet auch den Auftrag, das Leitbild in den Kommunen zu verankern und dort auch unterschiedlichste Modellprojekte durchzuführen, die bundesweit gefördert werden, um das aktive Gestalten vor Ort zu intensivieren.

Natürlich gehört dazu auch das Thema „Arbeit“. Es ist von vielen angesprochen worden. Wichtig ist, Menschen zu befähigen, dass sie in ihrem Job gesund bleiben und die Möglichkeit haben, auch noch in hohem Alter arbeiten zu können. Das sind die großen Herausforderungen

der Unternehmen der Zukunft. Man nennt es im Fachjargon „Altersgerechtes Arbeiten“. Damit beschäftigen wir uns auch in Zusammenarbeit mit den Kammern.

Ich freue mich schon heute, dass wir demnächst auch ein Kompetenzzentrum für zukunftsfähiges Arbeiten in Rheinland-Pfalz als Koordinationsstelle und Netzwerkpartner bei der Handwerkskammer eröffnen können, sodass Betriebe in diesem Thema ganz konkret unterstützt werden, was man tun kann, um den Betrieb so zu gestalten, dass Menschen länger arbeiten können als bis 50 Jahre oder Mitte 50.

Zur aktiven Lebensgestaltung gehört auch das Thema „Partizipation“. Auch das ist angesprochen worden. Wir sind ein bisschen stolz – vor sechs Jahren wurden die Seniorenbeiräte in der Kommunalverfassung rechtlich verankert –, dass wir inzwischen über 70 aktive Seniorenbeiräte in Rheinland-Pfalz haben. Persönlich bin ich nach wie vor der Auffassung, dass die Seniorenbeiräte sehr viel vor Ort bewirken können, wenn sie auf Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen stoßen, die diese Beteiligungsform offenen Herzens annehmen und es als persönlichen Gewinn empfinden, dass es die Beiräte gibt und sie auch aktiv sind. Das Land fördert das.

(Beifall der SPD)

Ich finde, die Seniortrainer und -trainerinnen sind eines der wirklich schönen Konzepte in Rheinland-Pfalz. Wir haben inzwischen fast 150 Personen in diesem Bereich ausgebildet. Es sind Senioren und Seniorinnen, die ihr Leben lang ganz bestimmte Kompetenzen ausgeübt haben. Sie bekommen in Fortbildungen vermittelt, wie man dieses Wissen an Jüngere weitergeben kann. Sie unterstützen mit ihrem Wissen beispielsweise ehrenamtliche Vereine, die im Aufbau sind oder wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Von diesem Know-how partizipieren Ältere und Jüngere.

Die Landesleitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ bietet gemeinsam mit dem sozialpädagogischen Fortbildungszentrum verschiedene Bildungsangebote für Engagierte in der Seniorenarbeit an, und zwar Qualifizierungsangebote zur Lernbegleitung älterer Menschen, aber auch Internetangebote und alles, was man so braucht, um in der heutigen Zeit mitreden, mitwirken und vielleicht auch mit den neuen Medien mithalten zu können.

Es ist für uns im Ministerium vergnüglich, dass wir inzwischen mit vielen alten Menschen, die 80 Jahre oder 85 Jahre alt sind, per Internet Kontakt haben. Diese haben irgendwann einmal in einem Seniorenbüro einen Kurs gemacht und kommunizieren heute fröhlich mit E-Mails. Ich denke, das sind Dinge, die man unterstützen muss, weil in Zukunft vieles schwerer wird, wenn man den technischen Bereich überhaupt nicht mehr beherrscht.

(Beifall der SPD)

Ich möchte trotz der fortgeschrittenen Zeit noch zwei Punkte ansprechen. Auf das Thema „Pflege“ gehe ich nicht intensiv ein, weil Sie alle die Aktivitäten der Landesregierung in diesem Bereich kennen. Im Zusammen-

hang mit der Pflege – ich glaube, das ist von Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz angesprochen worden – bauen wir auf intensives bürgerschaftliches Engagement.

Es gibt inzwischen in unserer Politik viele Bausteine, die dieses Engagement unterstützen. Ich sage es ausdrücklich: Wir brauchen auch im Bereich der Pflege ältere fitte Leute, die uns freiwillig und ehrenamtlich unterstützen. Das ist sozusagen ein kleiner Appell.

Wir erfüllen damit zwei Dinge, nämlich einmal, dass wir uns in der Gesellschaft positiv einbringen. Zum anderen wollen wir, wenn wir alt sind, gern zu Hause wohnen bleiben und hoffen darauf, dass es Menschen gibt, die neben den professionellen Stellen vielleicht ab und zu etwas Zeit aufwenden, um für uns einkaufen zu gehen und mit uns ein paar Stunden zu verbringen. Insofern ist es durchaus eine Medaille mit zwei Seiten, die sich wirklich lohnt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zum Abschluss meiner Ausführungen komme ich zum Thema „Neue Wohnformen“. Wir wissen inzwischen – das ist im Plenum mehrfach debattiert worden –, dass ältere Menschen die Vorstellung haben, in Gemeinschaft zu wohnen. Die Gemeinschaft drückt sich nicht im Altersheim, sondern so aus, dass es Freunde, Freundinnen und Menschen sind, mit denen man sich gut versteht.

So beobachten wir zunehmend und unterstützen es, dass Menschen am Beginn einer bestimmten Altersphase versuchen, ihre Häuser gegen Häuser im Zentrum eines Dorfes zu tauschen, um dort gegebenenfalls mit anderen gemeinsam zu leben, oder dass sie ganz gezielt neue Haus- und Wohngemeinschaften suchen.

Den ersten Strang unterstützen wir durch Beratungsstellen im ganzen Land, die den älteren Menschen helfen, ihre Räumlichkeiten barrierefrei zu gestalten. Das ist nämlich die Voraussetzung dafür, dass man in Zukunft eigenständig zu Hause leben kann. Wir haben viele Fachtagungen und kontinuierlich Fortbildungsangebote für Menschen, die gemeinschaftlich wohnen wollen.

Dazu gibt es die Beratungsstelle „Lebenswohnraum“, die für das ganze Land Ansprechpartnerin für Initiativen ist, die sich auf den Weg gemacht haben, um gemeinsam zu wohnen. Inzwischen gibt es auch eine Dependence in Landau, weil es dort herausragende Aktivitäten gab.

Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Drei Ministerien haben gemeinsam die „Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinschaftliches Wohnen in Rheinland-Pfalz“ gegründet, um Lobby und Selbstvertretung für alle Wohnprojekte zu sein und entsprechend beraten zu können.

Ich bin immer davon angetan, wenn ich Gruppen von älteren Menschen antreffe, die sich mit gemeinsamen Wohnprojekten befassen. Wenn man den Elan und den Esprit dieser Leute sieht, obwohl sie schon 70 Jahre oder Mitte 70 sind, wenn sie sich auf den Weg machen, noch einmal eine ganz neue Wohn- und Lebensperspektive zu entwickeln, ist das ein sehr schönes Gefühl. Dieses hat es einfach verdient, dass wir es unterstützen.

Wir tun das durch die unterschiedlichen Maßnahmen, weil wir glauben, dass das Wohnen im Alter heute auch sehr viel bunter geworden ist. Henning Scherf ist einer der großen Vertreter, der mit einem sehr interessanten Vortrag durch das ganze Land reist. Diesem kann man sehr gut zuhören. Er wohnt auch in einer solchen Wohnform. Er ist ein Stück Sinnbild dafür geworden, wie sich das Alter heute gestaltet und wie verschieden und bunt es ist.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft alles unternehmen, dieses bunte Alter gut mitzugestalten und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/2253 –, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Ihnen.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 18 und 19** auf:

Jugendkriminalität wirksam bekämpfen Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1836 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses – Drucksache 15/2274 –

Den nachhaltigen Kampf gegen Jugendkriminalität und ihre Ursachen fortsetzen Antrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 15/2267 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses – Drucksache 15/2275 –

Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam beraten.

Zunächst bitte ich den Berichterstatter, Herrn Alexander Schweitzer, um seine Berichterstattung.

Abg. Schweitzer, Alexander, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um Anträge zum Thema „Jugendkriminalität“. Ich berichte Ihnen über die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses bezüglich des Antrags der CDU „Jugendkriminalität wirksam bekämpfen“.

Durch Beschluss des Landtags vom 24. Januar 2008 ist der Antrag an den Rechtsausschuss – federführend –,

an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Bildung und Jugend überwiesen worden.

Der Rechtsausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 21. Februar 2008, in seiner 18. Sitzung am 15. April 2008 und in seiner 20. Sitzung am 3. Juni 2008 beraten. In seiner 18. Sitzung am 15. April 2008 hat der Rechtsausschuss ein Anhörverfahren durchgeführt. Da der federführende Rechtsausschuss die Ablehnung des Antrages empfohlen hat, fand eine Beratung mit den mitberatenden Ausschüssen gemäß § 83 Abs. 6 Satz 1 GOLT nicht statt. Die Beschlussempfehlung lautet, dass der Antrag abgelehnt wird.

Ich füge die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zum Antrag der Fraktionen von SPD und FDP zum Thema „Den nachhaltigen Kampf gegen Jugendkriminalität und ihre Ursachen fortsetzen“ an. Der Präsident des Landtags hat den Antrag auf Verlangen der Antragstellenden gemäß § 60 Abs. 2 GOLT unmittelbar an den Rechtsausschuss überwiesen. Dieser Antrag hat den Antrag der SPD-Fraktion – Drucksache 15/1935 – ersetzt, den der Rechtsausschuss bereits in seiner 17. Sitzung am 21. Februar 2008 und in seiner 18. Sitzung am 15. April 2008 beraten hat. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Antrag wird angenommen. –

Danke schön.

Vizepräsident Bauckhage:

Ich danke Ihnen, Herr Berichterstatter.

(Beifall bei der SPD)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wilke von der CDU-Fraktion. Die Grundredezeit beträgt fünf Minuten.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine gute Sache, dass wir uns auch heute noch einmal mit dem Thema „Jugendkriminalität und Jugendgewalt“ befassen. Als wir es in diesem Parlament das erste Mal getan haben – es war im Januar –, war die Bundesdiskussion zu diesem Thema gerade auf ihrem Höhepunkt. Alle Welt sprach über Jugendgewalt und Jugendkriminalität. Sie wissen alle, dass die Agenda inzwischen weiter ist. Man hat sich anderen Themen zugewandt, was aber nichts daran ändert, dass dem Thema immer noch besondere Bedeutung zukommt.

Es ist kein Thema, das nur München, Frankfurt, Berlin oder andere Großstädte in Deutschland betrifft, sondern auch unser Land. Das hat sich zuletzt im Februar gezeigt, als es einen bedauerlichen Vorfall in Ludwigshafen gab. Drei Jugendliche haben einen Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe in einer U-Bahn-Haltestelle überfallen und ihn schlimm misshandelt. Nachdem diese mit ihm fertig waren, machten sich zwei weitere Jugendliche erneut über diese wehrlose Person her. Auch sie misshandelten die Person schwer. Dies zeigt, Jugendkriminalität

und Jugendgewalt ist immer noch ein brennend aktuelles Thema.

„Schäuble warnt vor Jugendgewalt“, war eine Schlagzeile in den Medien, als Bundesinnenminister Schäuble gemeinsam mit dem Innenminister von Brandenburg, Jörg Schönbohm, die kriminalpolizeiliche Statistik für 2007 vorstellte.

Ich ahne bereits, dass die SPD nachher sagen wird: Ja, aber es steht auch drin, dass die Jugendkriminalität insgesamt um ein halbes Prozent zurückgegangen ist von 2006 auf 2007. – Alles zugestanden. Es gibt weniger Schwarzfahrer und weniger Ladendiebstähle, aber im Gewaltbereich müssen wir feststellen – das müssen auch Sie tun –, dass die Zahlen weiter ansteigen.

Bei der Gewaltkriminalität haben wir von 2006 auf 2007 ein Plus von 4,9 %. Bei den Delikten „gefährliche Körperverletzung“ und „schwere Körperverletzung“ ist es sogar ein Anstieg von 6,3 %. Das ist ein Trend, der sich fortsetzt, den wir schon von 2005 auf 2006 hatten. Damals kamen schon 3 % dazu. Das sind fast 10 % innerhalb von nur zwei Jahren.

Es war also richtig, dass wir eine umfassende Anhörung im Rechtsausschuss durchgeführt haben. Das war, wie ich denke, eine sehr wertvolle Erfahrung für alle drei Landtagsfraktionen. Wir hatten ein breites Spektrum an Sachverständigen geladen. Wir als CDU fühlen uns in unserer Auffassung, was den sachgerechten Umgang mit Jugendkriminalität und Jugendgewalt angeht, umfassend bestätigt.

Jugendkriminalität hat – das war schon im Januar hier Konsens – ihre Ursache in Perspektivlosigkeit, mangelnder Bildung, zerrütteten Familienverhältnissen, mangelnder Integration und im Gefühl, ausgestoßen zu sein. Jugendliche mit gesundem Selbstwertgefühl sind immun gegen ein Abrutschen in kriminelle Karrieren. Also müssen wir hier ansetzen. An dem Punkt sind alle drei Landtagsfraktionen weitgehend einig, was ein Vergleich beider Anträge zeigt.

Allerdings möchten wir einen Punkt aus der Anhörung an dieser Stelle in Erinnerung rufen. Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses hat uns deutlich ins Stammbuch geschrieben, dass gegen Schulverweigerer noch mehr getan werden muss. Ich zitiere ihn: Schulverweigerung ist ein Problem, dem wesentlich mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden muss. –

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

– Ja, der Kampf dafür, dass das bekämpft wird, muss gefördert werden. Vielen Dank für die Gelegenheit zur Klarstellung, Frau Kollegin.

Wir sind uns aber auch einig, dass dieses erst Resultate in Jahren haben wird, aber was ist mit den Jugendlichen, die wir jetzt schon nicht mehr erreichen? Unsere feste Überzeugung als CDU-Landtagsfraktion ist, dass wir die Sanktionsseite weiter im Blick behalten müssen. Meine Damen und Herren, es ist ein ganz wichtiger Punkt für die CDU, dass wir eine Verfeinerung der staatlichen

Reaktionen auf Jugendkriminalität und Jugendgewalt brauchen.

Das erste Stichwort an dieser Stelle ist ganz klar der Warnschuss-Arrest. Das hat die Anhörung klar ergeben. Wir haben es schon im Januar betont und tun dies erneut: Ein Besuch von uns in der Jugendarrestanstalt in Worms war sehr lehrreich; denn der Leiter dort hat in seltener Klarheit formuliert, wie in Österreich und in der Schweiz bräuchten wir das auch in Deutschland, was in diesen Ländern „Schock-Strafe“ heißt. Wir bezeichnen dies als Warnschuss-Arrest. Wir brauchen dies, um Jugendlichen zu zeigen, was es heißt, wenn man nicht nur eine Freiheitsstrafe auf Bewährung bekommt und doch wieder als freier Mann oder freie Frau nach Hause geht, sondern wenn man verspürt, was die Sanktion „Freiheitsentziehung“ heißt. Die Praxis will das. Wir unterstützen das voll und ganz und würden uns freuen, wenn die Landesregierung zur Einsicht käme und im Bundesrat entsprechende Initiativen von CDU-Ländern unterstützen würde.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum zweiten Komplex. Dies ist das Thema „Jugendarrest“. Wir waren nicht ohne Grund in Worms, um uns vor Ort zu informieren. Wir stellen fest, dass es dort eine erhebliche Fehlbelegung insofern gibt, als nicht nur Jugendliche mit typischen Jugendverfehlungen dort verspüren, was es heißt, Freiheitsentziehung zu erleben, sondern dort sind 30 % der Jugendlichen, wie uns gesagt wurde, mit krimineller Vorerfahrung, die dort nicht hingehören. Es ist an der Gerichtspraxis, die Weichen entsprechend umzustellen.

Vollzugsdefizite müssen dort abgebaut werden. Wir brauchen dringend eine zweite Jugendarrestanstalt. Wir haben dies schon mehrfach gefordert. Wir erwarten, dass im Doppelhaushalt 2009/2010 die Weichen dafür gestellt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank für den Hinweis. Ich darf trotzdem den Abschlussgedanken noch kurz formulieren.

(Glocke des Präsidenten)

Aus unserer Sicht ist ganz klar, dass der Antrag von SPD und FDP, leicht verbessert durch die FDP, zu einseitig ist. Wir bleiben dabei: Auf zwei Beinen steht man richtig. Wir wünschen uns deswegen, dass unser Antrag Zustimmung findet.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoch.

Abg. Hoch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land, auch

hinsichtlich der Jugendkriminalität. Herr Dr. Wilke, wenn Sie das über einen Kamm scheren, indem Sie sagen, Schäuble warnt vor Jugendkriminalität, dann haben Sie einerseits recht. Es gibt bei den Rohheitsdelikten ein Problem. Die Landesregierung und dieser Landtag haben sich in vielfacher Weise, wie wir vom Berichtersteller eben gehört haben, des Problems angenommen. Wenn Sie davon sprechen, dass in Ihrem Antrag die Verfeinerung des staatlichen Instrumentariums zum Ausdruck komme, dann frage ich mich, inwieweit Sie damit Rohheitsdelikte bewerten.

Wenn Verfeinerung bedeutet, dass Sie Strafverschärfung wollen, wenn Verfeinerung bedeutet, Sie wollen Warnschuss-Arrest und Sie sich dann auch noch beim Instrumentarium der Verfeinerung unter Hinweis auf die Schulverweigerer auf den Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses beziehen, der zu Schulverweigerern sicherlich gesagt hat, dass dies ein Problem sei, bei dem wir etwas tun müssten, warne ich davor, dies über einen Kamm zu scheren und zu behaupten, die Schulverweigerer seien unsere Intensivtäter, die nachher nur noch, womöglich unter Drogeneinfluss, prügeln und Gewalt ausüben. Ganz im Gegenteil, dies ist nicht so. 99 % derjenigen, die in ihrer Sturm- und Drangzeit einmal über die Stränge schlagen, führen danach ein völlig normales Leben wie jeder andere auch. Nur 1 % sind diejenigen, die uns bei den Gewalt- und Rohheitsdelikten Sorgen machen.

Um diese 1 % müssen wir uns intensiv kümmern.

Sie haben eindrucksvoll bei der Anhörung auch etwas anderes gehört, nämlich dass Strafschärfungen überhaupt nichts bringen; denn eine Strafe von 10 bis 15 Jahren – dies steht immer im Raum – hat keinen Einfluss mehr auf die Erziehung. Diesbezüglich sei nach vier Jahren Schluss, sagt der BGH.

Warnschuss-Arrest heißt nichts anderes, als dass die Ultima Ratio unseres Strafgedankens, nämlich Freiheitsentzug, plötzlich schuldunangemessen sofort verhängt wird. Mich wundert, dass Sie das nicht für das Erwachsenenstrafrecht fordern, dass man einfach einmal bei dem kleinsten Vergehen jemanden für zwei Wochen einsperrt.

(Beifall der SPD)

Auf Jugendliche lässt sich einfach so pauschal herumhacken, wie Sie das erfolgreich zeigen. Ich finde es etwas schade, weil wir in der Analyse nicht weit auseinanderliegen, sondern nur in den Konsequenzen.

Wenn Sie in der Anhörung zugehört hätten, z. B. Herrn Professor Streng oder dem eben zitierten Herrn Pfarrer Bähr, und von Ihren Forderungen nur von Strafschärfungen und dem Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für Warnschuss-Arrest abgewichen wären, hätten wir einen gemeinsamen Antrag einreichen können, glaube ich; denn wir wollen auf ein Mehr an Erziehung setzen, um Jugendliche wieder auf die richtige Bahn zu bringen, statt einfach nur längere Strafen zu verhängen.

Wir wollen mehr Prävention durch Aufklärung und Hilfestellungen anwenden, statt Jugendliche direkt beim

ersten Fehltritt einzusperren. Wir sehen die Chancen in der besseren und früheren Förderung, statt Jugendlichen bei einem erstmaligen Fehltritt für den Rest ihres Lebens direkt das Stigma „Knacki“ anzuhängen.

Prävention, Reaktion und Opferschutz, das ist der entscheidende Dreiklang. Darüber haben wir schon beim letzten Mal gesprochen. Das gilt nicht nur bei den Erwachsenen, sondern insbesondere bei der Jugendkriminalität und deren Ursachen.

Wir haben in Rheinland-Pfalz in der Vergangenheit viel getan und werden auch in Zukunft viel tun; denn die regierungstragende Fraktion ist mit der FDP-Fraktion zusammen der Auffassung, dass Bildung die beste Prävention ist und gute Bildung in Rheinland-Pfalz bessere Lebensperspektiven bringt. Bessere Lebensperspektiven bedeutet, dass die Perspektivlosigkeit für jeden Einzelnen abnimmt. Wir haben eindrucksvoll auch in der Anhörung erfahren, dass Perspektivlosigkeit von jungen Menschen eine der Hauptursachen für Kriminalität ist.

Ich nenne nur einige Programme, Sie kennen sie alle: „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ist nicht nur ein Bildungsprogramm, sondern es ist ein Präventionsprogramm gegen Kriminalität.

(Beifall der SPD)

Auch das erfolgreiche Ganztagschulprogramm ist ein Beitrag gegen Kriminalität genauso wie die Beitragsfreiheit von Kindergärten. Wir setzen früher in der Förderung an und eröffnen Menschen Lebensperspektiven.

Wenn Sie ansprechen, dass die Rohheitsdelikte zunehmen, dann haben Sie recht, diese nehmen zu. Es nehmen aber auch weitere Delikte zu im Bereich der Rohheitsdelikte, nämlich diejenigen, die unter Drogen- und Alkoholeinfluss begangen werden. Was, wenn nicht Drogen und Alkohol, kann mehr Ausfluss dessen sein, dass sich junge Menschen immer mehr meinen, benehmen zu müssen, weil sie ansonsten für ihre persönliche Zukunft keine anderen Auswege sehen?

Sie sagen immer, Integration sei ein Problem, und wir hätten ein Problem bei Menschen mit Migrationshintergrund. Diese werden in größerer Anzahl krimineller als Deutsche.

(Dr. Wilke, CDU: Habe ich das gesagt? –

Frau Morsblech, FDP: Ja! –

Dr. Wilke, CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Das stimmt nicht.

Kriminalität ist ein Problem eines gewissen sozialen Status und wenn man keine Chance mehr sieht, aus eigener Kraft da rauszukommen.

Deshalb ist Sprachförderung für uns ein entscheidender Schlüssel; denn beim Kriminalitätsvergleich zeigt sich, das soziale Milieu ist entscheidend. Wenn wir Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen Startchancen einräumen wie Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind und eine gute Sprachkompetenz schon von Hause aus haben, dann haben sie im Leben die

gleichen Startchancen und können die gleichen Erfolge erzielen wie andere auch. Das senkt nachhaltig die Kriminalität in unserem Land.

Als letztes die Reaktion: Auch das gehört dazu. Wenn Menschen einen Fehltritt geleistet haben, dann muss ihnen das Instrumentarium vor Augen gehalten werden.

Wir haben ein bemerkenswert breites Instrumentarium im Jugendstrafrecht. Der Richter kann angemessen reagieren. Wenn Sie sagen, Arrest sei die falsche Reaktionsform, so haben Richterinnen und Richter in diesem Land vielfältige kreative Möglichkeiten, auch anders zu reagieren.

Wir wollen nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen, wir wollen, dass kreative Lösungen jenseits des einfachen Strafens gefunden werden. Dazu ist aber eine schnelle Reaktion nötig.

Diesbezüglich werden wir mit mehr Personal bei der Strafjustiz, mit besserer Kommunikation zwischen Jugendhilfe und Justiz und mit mehr Häusern des Jugendrechts, nach meiner Vorstellung auch gerne in etwas kleinerer Form an den Standorten der Polizeidirektion, nachlegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Auler.

Abg. Auler, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Jugendkriminalität“ hat uns in diesem Hause schon mehrfach beschäftigt. Heute liegen zwei Anträge vor: Zum einen der Antrag der CDU-Fraktion „Jugendkriminalität wirksam bekämpfen“ und der Antrag der SPD- und der FDP-Fraktion „Den nachhaltigen Kampf gegen Jugendkriminalität und ihre Ursachen fortsetzen“.

Bereits die Überschriften beider Anträge machen deutlich, dass sich alle drei Fraktionen über das Krankheitsbild und seine Symptome einig sind, nicht aber über die richtige Therapie. Gegenwärtig und künftig wollen wir alle einen noch größeren Einsatz im Bereich der Prävention, aber für eine Verschärfung der Sanktionen hat sich nur die CDU ausgesprochen. Die FDP lehnt dies ab.

Alle bisherigen Erfahrungen sowohl in Deutschland als auch in anderen Staaten haben gezeigt, dass eine Verschärfung der Sanktionen vielleicht besser das Genugtuungsinteresse der Opfer der jugendlichen Straftäter bedient, mehr aber auch nicht. Kein Straftäter wird eher auf den Weg der Tugend zurückgeführt, wenn das Strafmaß angehoben wird; denn jeder geht zunächst davon aus, dass er nicht erwischt wird.

Deshalb wird die Prävention auch künftig das Bündel an Mitteln sein, das weiterentwickelt und betrieben werden muss. Eine kriminelle Karriere setzt nicht erst mit der Strafmündigkeit ein, sondern sie hat vielfältige Vorboten.

Wer als Kind nicht dazu erzogen wird, dass Regeln einzuhalten sind und es diesbezüglich einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gibt, wird sich auch als Erwachsener beständig über alle Regeln hinwegsetzen. Gegenseitiger Respekt und Rücksichtnahme sowie die Achtung der Rechte anderer werden ihm stets fremd sein.

Hier sind vor allem und zunächst die Eltern gefragt. Sie sind in der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrags zu unterstützen, wenn sie an ihre Grenzen stoßen. Dies ist eine wesentliche Aufgabe des Staates. Dann sind die Schulen in der Pflicht. Sie werden unmittelbar mit nicht bewältigten häuslichen Problemen, mit solchen mangelnder Integration oder dem Drogenmissbrauch konfrontiert und sollen dort Reparaturbetrieb spielen, wo das Elternhaus seine Pflichten nicht erfüllen konnte, aus welchen Gründen auch immer.

Das ist eine große Verantwortung. Sie ist nur im Verbund mit anderen Institutionen zu bewältigen. Deshalb ist eine stärkere Vernetzung der schulpsychologischen Dienste, der Schulsozialarbeiter, der Jugendämter und der Polizei unabdingbar.

Hier müssen Erziehungsdefizite aufgearbeitet werden. Sollte es dann noch nicht gelingen, Jugendliche von Straftaten abzuhalten, ist es wichtig, dass die Strafverfahren schnell und effektiv durchgeführt werden. Damit dies gelingt, ist das Zusammenwirken der Jugendhilfe, der Polizei und der Justiz, am besten in einem Haus des Jugendrechts, unverzichtbar.

Natürlich ist Jugendkriminalität und ihre zunehmende Brutalisierung kein wirklich neues Phänomen, sondern ein solches, das die Rechts- und Innenpolitik schon lange begleitet. Sogar schon zu Zeiten Shakespeares waren diese Probleme präsent, und sie endeten damals bei Romeo und Julia ebenso ungut, wie sie heute enden.

(Beifall bei der FDP)

Neu ist allerdings die allgemeine Bereitschaft zum Umgang mit dem Thema. Es wird nicht mehr so viel beschönigt, so viel vernebelt, sondern die Probleme werden klar erkannt und benannt.

Wir haben in Deutschland Probleme aufgrund mangelnder Integration ausländischer Mitbürger durch die Bildung von Parallelgesellschaften. Es gibt Erziehungs- und auch Betreuungsdefizite in nicht wenigen sozial-schwachen, bildungsfernen Familien.

Wir haben einen nicht zu unterschätzenden Alkohol- und Drogenkonsum bei Kindern und Jugendlichen. Vielen in unserer Gesellschaft fehlt die Zivilcourage, um junge Menschen in der Öffentlichkeit auf ihr Fehlverhalten aufmerksam zu machen. Das klare Benennen nur eines Teils der Ursachen für Jugendkriminalität ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Diesen und auch die weiteren notwendigen Schritte gehen wir in dem gemeinsamen Antrag mit der Regierungsfraktion.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Bamberger.

Dr. Bamberger, Minister der Justiz:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wer glaubt, dass Medizin nur hilft, wenn sie besonders bitter schmeckt, der irrt. Wer glaubt, man könne die erhoffte Wirkung einer Arznei schlicht durch eine Erhöhung ihrer Dosis verstärken, der irrt ebenfalls.

(Beifall der SPD)

Dies ist es aber gerade, was die CDU-Fraktion tut, wenn sie in ihrem Antrag alte Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts erneuert. Solche Bestrebungen haben sich schon in der Vergangenheit – wie ich meine – aus guten Gründen nicht durchgesetzt. Auch bei der Anhörung im Rechtsausschuss haben sich die Experten ganz überwiegend für die effektive Nutzung des bereits vorhandenen vielfältigen Instrumentariums des Jugendstrafrechts ausgesprochen, nicht aber für dessen Verschärfung.

Meine Damen und Herren, schon 1882 hat der berühmte Kriminologe Franz Eduard von List den Satz geprägt, dass nur eine gute Sozialpolitik die beste und wirksamste Kriminalpolitik ist. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

(Beifall der SPD)

Dies ist eine Politik, die Chancengleichheit herstellt, die jungen Menschen Bildung ermöglicht und Perspektiven aufzeigt, eine Politik, die alle integriert und die Ausgrenzung und Armut verhindert.

Die Landesregierung verfolgt bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität einen ganzheitlich orientierten Ansatz. Akzente setzen wir vor allem im präventiven Bereich sowie bei der Frage der zügigen und zielgenauen Reaktion auf Straftaten Jugendlicher. Wir können auf eine Vielzahl von präventiven Projekten im Bildungs- wie im Polizeibereich verweisen. Betonen möchte ich auch die Förderung von Schulsozialarbeit – dies wurde bereits gesagt –, die Unterstützung von Projekten zur Vermeidung von Schulverweigerung, die in der Tat sehr wichtig ist, sowie die Sprachförderung, die ebenso wichtig ist. Meine Damen und Herren, demgegenüber sind Strafrechtsverschärfungen unnötig, wenn nicht gar kontraproduktiv.

(Beifall der SPD)

Die Forderung der CDU-Fraktion nach einer verstärkten Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende ist verfehlt, weil Menschen zwischen 18 und

21 Jahren noch einen Entwicklungsprozess durchleben. Unsere Verurteilungsstatistik belegt zudem, dass kein Grund vorliegt, sich der derzeit bereits gegebenen Differenzierungsmöglichkeit zu berauben. In den Jahren 2005 und 2006 wurde in Rheinland-Pfalz etwa die Hälfte der Heranwachsenden nach Jugendstrafrecht verurteilt.

Meine Damen und Herren, auch die von der CDU geforderte Einführung eines Warnschussarrestes führt in eine Sackgasse. Einem Verurteilten kann durch empfindliche Bewährungsauflagen nachdrücklich genug vor Augen geführt werden, dass er für das begangene Unrecht einzustehen hat. Kommt er diesen Auflagen nicht nach, kann ein Nichtbefolgungsarrest gegen ihn verhängt werden. Von einem Freispruch zweiter Klasse kann also überhaupt keine Rede sein.

(Beifall der SPD)

Umgekehrt kann ein Warnschuss-Arrest eine Erfolg versprechende Bewährung sogar gefährden.

Gegen das von der CDU behauptete Bedürfnis eines höheren Strafmaßes spricht schon die Tatsache, dass bereits der derzeitige Strafrahmen nur selten ausgeschöpft werden muss. In Rheinland-Pfalz sind 2006 nur vier Personen zu einer Jugendstrafe von mehr als fünf Jahren verurteilt worden.

Meine Damen und Herren, zudem ist auch bei der Expertenanhörung im Rechtsausschuss erneut deutlich geworden, dass nur die Erhöhung des Überführungsrisikos abschrecken kann. Hier setzen wir mit der geplanten Schaffung von weiteren 20 Stellen für Dezernentinnen und Dezernenten bei den Staatsanwaltschaften sowie von weiteren Stellen in der Polizei in den beiden kommenden Haushaltsjahren an.

Effektive Aufklärungsarbeit – es gibt sie in Rheinland-Pfalz – erhöht den Druck auf Straftäter. Für eine weitere Beschleunigung der Verfahrensabläufe sind wir mit dem Projekt „Haus des Jugendrechts“ auf einem guten Weg. Das Konzept hat sich in Ludwigshafen bereits bewährt. In Mainz haben Staatsanwaltschaft, Polizei und Stadt vor einigen Wochen die Arbeit im Haus des Jugendrechts aufgenommen. Die Entwicklung weiterer Häuser des Jugendrechts an anderen Standorten werden wir vorantreiben.

(Beifall der SPD)

Speziell zur Bekämpfung jugendspezifischer Aggressionsdelikte ist im Ministerium des Innern und für Sport eine Rahmenkonzeption der Polizei erarbeitet worden. Hierdurch werden die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität jugendlicher Mehrfach- und Intensivtäter enger vernetzt und weiter optimiert.

Meine Damen und Herren, dies sind nur einige Belege dafür, dass wir unseren ganzheitlich orientierten Weg bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität mit aller Konsequenz weitergehen. In der Richtigkeit unseres Vorgehens hat uns die Anhörung der Experten im Rechtsausschuss bestärkt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU „Jugendkriminalität wirksam bekämpfen“ – Drucksache 15/1836 –. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und FDP „Den nachhaltigen Kampf gegen Jugendkriminalität und ihre Ursachen fortsetzen“ – Drucksache 15/2267 –. Es ist unmittelbare Abstimmung über den Antrag vorgesehen. Wer stimmt dem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist die letzte Landtagssitzung vor der Urlaubszeit. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Ferienzeit und hoffe, dass Sie sich gut erholen und wieder gut erholte Ihre Arbeit aufnehmen können. Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am 27. August 2008 ein.

Ich danke Ihnen. Wir haben die Tagesordnung erledigt. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18:28 Uhr.